IV. Die Bürgerrechtsbewegung

Der Zweite Weltkrieg brachte die Große Depression zu einem schnellen Ende. Der florierenden Kriegsproduktion folgte in den Nachkriegsjahren eine rasche ökonomische Expansion, die zusammen mit einer keynesianisch orientierten Wirtschaftspolitik vielen amerikanischen Arbeitern zu Stabilität und Wohlstand verhalf. Ihre verbesserte wirtschaftliche Lage, im Verein mit dem wachsenden Einfluß der Gewerkschaften, dämpfte die Unzufriedenheit unter der Industriearbeiterschaft. Die nächsten großen gesellschaftlichen Konflikte sollten von den Schwarzen ausgefochten werden, von denen viele sich außerhalb der Industriearbeiterklasse oder allenfalls in ihrer untersten Schicht befanden.

Die Bewegung der Schwarzen hatte zwei Ziele: zum einen, formelle politische Rechte im Süden zu gewinnen, vor allem das Wahlrecht; zum anderen, die eigene ökonomische Lage zu verbessern. Rückblickend betrachtet ist eindeutig, daß ihr hauptsächlicher Erfolg in der Ausdehnung der politischen Rechte auf die schwarze Bevölkerung der Südstaaten lag (zusammen mit einem höheren Grad politischer Repräsentation in den nördlichen Großstädten).

Seit den vierziger Jahren hatten die Bundesgerichte historisch begründete Rechtsdoktrinen umgestoßen und begonnen, die Legalität des südstaatlichen Kastenwesens zu untergraben - eine Entwicklung, die 1954 schließlich in der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs gipfelte, die Rassentrennung im Schulwesen für verfassungswidrig zu erklären, weil die Aufspaltung in weiße und schwarze Schulen keine Chancengleichheit bot. Zwischen 1957 und 1965 traten dann vier Bürgerrechtsgesetze in Kraft, die den Schwarzen endlich ein breites Spektrum politischer Rechte zusicherten und die Mechanismen schufen, um diese Rechte auch durchzusetzen. In der Folge wurde die Rassentrennung in öffentlichen Einrichtungen aufgehoben, fanden Schwarze Zugang zu den Geschworenengerichten, die den weißen Südstaatlern so lange Immunität bei ihren Terrorakten gegen Schwarze verliehen hatten, und wurde auch das Wahlrecht endlich gewährt. Historisch betrachtet, war ein großer Sprung nach vorn gemacht worden.

Im Süden findet die Erringung dem okratischer politischer Rechte ihre größte Bedeutung in der Tatsache, daß das historische Primat des Terrors als Mittel sozialer Kontrolle wesentlich geschwächt worden ist. Der Abbau von Terror im Alltag eines Volkes ist schon für sich ein wichtiger Fortschritt. Myrdal hat betont, daß »Drohungen, Auspeitschungen und selbst schwerwiegendere Gewaltformen ... gebräuchliche Repressionsmittel waren, um strikte Disziplin unter den Negerarbeitern zu erhalten« (229). Doch seit der Erringung formeller politischer Rechte hat der Terror – Polizeibrutalität, Lynchmorde, willkürliche Verhaftungen – als Methode zur Kontrolle der Schwarzen weitgehend an Bedeutung verloren. Warum diese historische Veränderung stattgefunden und welche Rolle die Bürgerrechtsbewegung dabei gespielt hat, ist Gegenstand dieses Kapitels.

Die ökonomischen Fortschritte waren demgegenüber gering. Zwar stiegen viele Schwarze in die Mittelschicht auf und profitierten von den liberalen Einstellungspraktiken im öffentlichen Sektor wie auch in der Privatwirtschaft, die ein Produkt der politischen Turbulenzen waren. Für die meisten armen Schwarzen aber haben sich die Beschäftigungsbedingungen kaum verbessert. Der größte Fortschritt für sie bestand darin, daß eine liberalere Wohlfahrtspolitik ihr Überleben fortan sicherstellte, obwohl Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung weiterhin grassierten. Dieser Erfolg und die Bewegung, die ihn ermöglichte, werden Gegenstand des nächsten Kapitels sein.

Im weitesten Sinne folgte die politische Modernisierung im Süden aus der vorhergehenden ökonomischen Modernisierung. Während des gesamten 20. Jahrhunderts war in den sogenannten Südstaaten und in einigen Städten des tiefen Südens² die Industrialisierung vorangeschritten. Zur selben Zeit hielten die Mechanisierung und neue landwirtschaftliche Technologien ihren Einzug in den Agrargebieten des tiefen Südens und überrollten, vor allem in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, das traditionelle Plantagensystem. Durch diese ökonomischen Umwälzungen wurde die noch immer in großen Teilen des Südens vorherrschende, halbfeudale politische Ordnung zu einem Anachronismus, zum Überbleibsel eines arbeitsintensiven Plantagensystems, dessen Stunde geschlagen hatte.

Die ökonomischen Veränderungen, die traditionelle Herrschaftsmuster obsolet machten, brachten aber auch die Kräfte hervor, die neuen politischen Verhältnissen zum Durchbruch verhelfen sollten. Die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse sowie ihre de-

mographischen und sozialen Folgen, die nicht lange auf sich warten ließen, lösten wachsende Unruhe unter den schwarzen Massen aus, die letztlich in einen Kampf gegen das südstaatliche Kastensystem mündete. Mitte der sechziger Jahre reagierte schließlich auch die nationale politische Führung auf die Woge des schwarzen Protests und zwang dem Süden die politische Modernisierung auf. Daß sie dies tun konnte, ist ein Anzeichen sowohl für das Ausmaß der ökonomischen Umwälzungen, die sich vollzogen hatten, als auch für die Kraft der schwarzen Rebellion.

In der nun folgenden Analyse haben wir uns auf das Verhältnis zwischen ökonomischem Wandel, Massenunruhen und dem politischen Wahlsystem konzentriert. Wenn auch die politischen Reformen im Süden durch ökonomischen Wandel ermöglicht wurden, und wenn auch dieser ökonomische Wandel, indem er Massenunruhen erzeugte, Reformen unumgänglich machte, so war es doch das politische Wahlsystem, das den Druck registrierte und vermittelte, und das die Reformen zugestand. Die Schwarzen im Süden trotzten ihre politische Gleichberechtigung einer nationalen Demokratischen Partei ab, die sich jahrzehntelang eisern geweigert hatte, sich in die Kastenverhältnisse des Südens einzumischen. In einer Serie von Maßnahmen, die Mitte der sechziger Jahre ihren Höhepunkt fand, zwangen dann Demokratische Präsidenten und ein von den Demokraten beherrschter Kongreß dem Südstaaten-Flügel ihrer eigenen Partei politische Reformen auf.

Wir sind der Ansicht, daß die Bürgerrechtsbewegung aufgrund der Auswirkungen, die ihre explosiven Taktiken auf das politische Wahlsystem hatten, eine entscheidende Kraft in diesem Prozeß darstellte. Indem sie sich gegen die Vorherrschaft einer Kaste auflehnte und damit Südstaaten-Weiße zur Anwendung terroristischer Methoden provozierte, die ihre Legitimation verloren hatten, gelang es der Bürgerrechtsbewegung, die politische Instabilität, die die ökonomische Modernisierung im Süden hervorgerufen hatte, noch weiter zu verschärfen. Die nationale Demokratische Partei war der Leidtragende dieser politischen Konflikte und abnehmenden Parteiloyalität. In den Nachkriegsjahren waren ihre Wählermehrheiten in dem Maße geschrumpft, wie die Polarisierung zwischen den weißen Südstaatlern einerseits und den Schwarzen sowie liberalen Weißen aus dem Norden andererseits zunahm. Als dann in den fünfziger Jahren der schwarze Angriff auf das Kastensystem Gestalt annahm und die Gefühle in Nord und Süd noch weiter polarisierte, versuchte die Parteiführung der Demokraten, den Wählerschwund dadurch in Grenzen zu halten, daß sie dem Süden politische Reformen aufzwang. Zu dieser Zeit gab es keinen anderen Weg mehr, die grundlegenden Konflikte, die den nördlichen und südlichen Flügel der Partei trennten, zu entschärfen. Auch gab es nur einen Weg für die Demokraten, wie sie ihre Stärke im Süden zurückgewinnen konnten: den Schwarzen das Wahlrecht zu geben und sie in die Südstaatenorganisation der Partei zu integrieren.³ Wir wollen nun beginnen, diese Punkte im einzelnen anzuführen.

Die Schwarzen in der politischen Ökonomie des Südens

Keine andere Gruppe in der amerikanischen Gesellschaft ist den Extremen wirtschaftlicher Ausbeutung in demselben Maße unterworfen worden wie die Schwarzen. Jede Änderung ihrer Stellung im ökonomischen System bedeutete in der Regel nur die Ablösung einer Form äußerster Unterdrückung durch eine andere: vom Sklaven zum Pachtbauern; vom Pächter zur untersten Schicht einer sich herausbildenden »freien« Landarbeiterklasse; und schließlich zum städtischen Proletarier, dessen Status von niedrigen Löhnen und hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war. Kurzum: der »Fortschritt« führte die schwarzen Armen von der Sklavenarbeit zu niedrigbezahlter Lohnarbeit und (für viele) zu Arbeitslosigkeit.

In allen Perioden der amerikanischen Geschichte hat es Konflikte zwischen den herrschenden Weißen um die Kontrolle der sich verändernden Formen ökonomischer Ausbeutung der Schwarzen gegeben: angefangen bei der Debatte der Väter der Verfassung, ob Schwarze als Menschen oder Eigentum anzusehen seien; über den Streit um die territoriale Ausdehnung der Sklaverei (»free soil«), aus dem der Bürgerkrieg entstand; die unentschiedene Präsidentschaftswahl zwischen Hayes und Tilden und den »Kompromiß von 1877«, der die Hegemonie der Weißen und der Demokratischen Partei im Süden wiederherstellte; bis zu den Jahren des »massiven Widerstandes«, den die südstaatlichen Eliten nach dem Zweiten Weltkrieg der Bundesregierung entgegensetzten.

In jeder dieser Epochen benutzten aufsteigende Eliten die nationalen wie lokalen Staatsapparate, um die Unterdrückung der Schwarzen sicherzustellen. Der gesamte Staatsapparat – Legislative, Judikative wie Exekutive – wurde mobilisiert, um die Kastenordnung des Südens und die Segregation und Diskriminierung im Norden zu erhalten. Parlamente verabschiedeten Gesetze, die den Schwarzen politische Rechte vorenthielten, und weigerten sich, private Institutionen daran zu hindern, den Schwarzen ökonomische und soziale Rechte zu versagen; die Gerichte knüpften ein feines Netz von Entscheidungen, die das Vorgehen der beiden anderen staatlichen Gewalten und der privaten Institutionen legitimierte; die staatliche Exekutive schließlich bediente sich ihrer Machtmittel, vor allem ihres Gewaltapparates, um die Interessen privater Eliten an der Ausbeutung der schwarzen Arbeitskraft zu schützen.

Die speziellen Arrangements, mit denen der Staatsapparat während der vergangenen hundert Jahre die ökonomische Unterjochung der Schwarzen stützte, hatten ihren Ursprung in der Zeit nach der Rekonstruktionsperiode (»Reconstruction« wird die Zeit der politischen Reorganisierung der Südstaaten nach dem Bürgerkrieg genannt; sie dauerte von 1867 bis 1877 - d. Ü.). Die Erfolge des Bürgerkrieges und der Rekonstruktionsphase waren im Prinzip erheblich gewesen. Die Schwarzen waren mit der Verkündung der Emanzipation aus der Sklaverei befreit worden; zudem war 1868 der vierzehnte Verfassungszusatz verabschiedet worden, der den Anspruch auf rechtsstaatliche Behandlung und gleichen Schutz durch das Gesetz gewährleistete. Zwei Jahre später garantierte der fünfzehnte Verfassungszusatz allen Bürgern das Wahlrecht, ungeachtet ihrer Rasse oder anderer Merkmale. Im Jahre 1875 wurde das Bürgerrechtsgesetz verabschiedet, das den »gleichen Genuß« öffentlicher Einrichtungen gewährleistete. Um die Jahrhundertwende waren die meisten dieser Gewinne jedoch wieder verloren, und nach dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts waren sie vollständig vom Tisch.

»Der Rassismus«, hat Arnold Rose gesagt, »entstand als amerikanische Ideologie teilweise in Reaktion auf die Notwendigkeit, ein verläßliches und dauerhaftes Arbeitskräftereservoir für das schwierige Geschäft des Baumwollanbaus zu unterhalten ...« (xviii) Diese wirtschaftliche Notwendigkeit bestand auch nach der Sklavenemanzipation unvermindert fort. Die Ökonomie der Südstaaten lag in Scherben; die Restauration des Plantagensystems hing davon ab, ob wieder ein verläßliches und dauerhaftes Arbeitskräftereservoir gesichert werden konnte: Arbeiter, die unter Bedingungen arbeiten würden, welche sich von denen der Sklaverei nur wenig

unterschieden. Legale Sklaverei war zwar nicht mehr möglich, ein relativ ähnlicher Status ökonomischer Leibeigenschaft aber war es sehr wohl. Im letzten Drittel des 19. und in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts schufen die südstaatlichen Eliten bei stillschweigender Billigung durch ihre nördlichen Partner das politische Herrschaftssystem, mit dessen Hilfe sie die Schwarzen in faktische Leibeigenschaft zwingen konnten. Diese Bestimmung der ökonomischen Rolle der Schwarzen war auch entscheidend für den Platz, den die armen Weißen in der Südstaatenökonomie zugewiesen bekamen.

Der Rückzug der Bundestruppen im Jahre 1877 erlaubte dem Süden, die alten Kastenverhältnisse zwischen Schwarzen und Weißen weitgehend wiederherzustellen. Diese gesellschaftliche Transformation wurde auf einzelstaatlicher wie lokaler Ebene durch die Gewalt des Mobs und der Polizei, durch legislative Maßnahmen und Gerichtsentscheidungen vollzogen – ein Vorgang, der im gesamten Norden und auch von der Bundesregierung stillschweigend oder sogar ausdrücklich gebilligt wurde.

Zum Symbol weißer Gewalt gegen die Schwarzen wurde der Lynchmob. Die Gewalt des Mobs war das elementarste Mittel, mit dem die Schwarzen nach der Rekonstruktionsphase wieder zur Leibeigenschaft gezwungen wurden. »... es gibt eine Unzahl von Belegen für die Rassenkonflikte dieser Zeit, für die Gewalt, die Brutalität, die Ausbeutung. In den achtziger und neunziger Jahren erreichten die Lynchmorde das größte Ausmaß in der Geschichte dieses Verbrechens.« (Woodward, 1974, 43) (In den folgenden 70 Jahren registrierte die »National Association for the Advancement of Colored People« [NAACP] nahezu 5000 bekanntgewordene Fälle von Lynchmord.) Die Mobs setzten sich natürlich hauptsächlich aus armen Weißen zusammen, was Cox zu der Schlußfolgerung führte, »die armen Weißen selbst können als das Hauptinstrument der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der Neger angesehen werden« (536).4 Aber auch die Polizei der Südstaaten erwarb sich landesweite Berühmtheit durch ihre Terrorakte gegen die Schwarzen. Zuweilen standen sie an der Spitze der Lynchmobs. Noch häufiger gaben sie einfach deutlich zu erkennen, daß sie Ausschreitungen weißer Mobs nicht unterbinden würden. (Und der Kongress lehnte es bis nach dem Zweiten Weltkrieg ab, Lynchmord zu einem Verbrechen zu erklären, das gegen Bundesgesetze verstößt.)

Ende des 19. Jahrhunderts waren in vielen Bundesstaaten Gesetze erlassen worden, die die Schwarzen isolierten, stigmatisierten und damit ihre ökonomische Ausbeutung rechtfertigten.⁵ Schon bald überzog die Rassentrennung jeden einzelnen Lebensbereich, von den Schulen bis zu den Friedhöfen. Die Gesetzgebung fand die Unterstützung des Obersten Gerichtshofs, der 1883 das Bürgerrechtsgesetz von 1875 für verfassungswidrig erklärte; im Jahre 1896 schuf er dann mit einer Entscheidung, die die Rassentrennung für ein halbes Jahrhundert festschreiben sollte, die rechtliche Fiktion, daß Rassentrennung nicht in Widerspruch zum vierzehnten Verfassungszusatz stehe, solange die Einrichtungen für die Schwarzen denen der Weißen gleichwertig seien. Schließlich wurde auch noch das Wahlrecht der Schwarzen durch eine Reihe von Maßnahmen zunehmend eingeschränkt, z.B. durch Überprüfung von Bildungsstand und Eigentumsverhältnissen, durch Wahlsteuern und »Großvater-Klauseln« (die nur denjenigen erlaubten zu wählen, deren Vorfahren auch schon gewählt hatten). All diese Maßnahmen wurden vom Obersten Gericht ermuntert, das 1898 eine Verordnung des Staates Mississippi, die den Schwarzen das Wahlrecht entzog, für verfassungskonform erklärte.

Um 1910 hatte die Bewegung zur Wiederherstellung der alten Kastenordnung auf der ganzen Linie gesiegt. Die Bewegung hatte in praktisch jedem Bereich des öffentlichen Lebens Unterstützung gefunden: von den desillusionierten agrarischen Radikalen bis hin zu den konservativsten Vertretern der Plantagenbesitzer. Doch am wichtigsten war, daß die Bewegung auch die Masse der armen Weißen für sich gewinnen konnte, die sich von ihren verschiedenen Führern dazu verleiten ließen, Maßnahmen gegen das Wahlrecht der Schwarzen - wie Wahlsteuern und Bildungstests - zu unterstützen, obwohl viele von ihnen selbst davon betroffen waren. Ermöglicht wurde dies durch den großen Erfolg, mit dem die herrschende Klasse des Südens die ökonomische Konkurrenz zwischen Schwarzen und Weißen für sich ausnutzte. Denn: »Die Südstaaten-Aristokratie ... könnte ohne den Haß, den sie zwischen den weißen und schwarzen Massen schürt, nicht existieren, und sie [ist] sich dieser Tatsache durchaus bewußt.« (Cox, 577) Die armen Weißen mußten ihren Haß teuer bezahlen, denn viele von ihnen verloren nicht nur mancherlei politische Rechte, sondern gerieten außerdem in einen Zustand ökonomischer Leibeigenschaft, der sich nicht sehr von der Lage der Schwarzen unterschied. So schreibt Perlo:

»Obwohl die Pflanzer im Bürgerkrieg viel verloren, erhielten sie doch gewisse Kompensationen. ... Das neue Ausbeutungssystem, das auf der sfreien Lohnarbeit aufbaute, ließ sich auch auf die armen Weißen ausdehnen. Mit der zunehmenden Konzentration in der Landwirtschaft der Südstaaten verloren Hunderttausende kleiner, weißer Farmer ihr Land. Viele zogen in die Stadt, um dort Arbeit zu finden; doch viele andere wurden zu Lohnarbeitern oder Landpächtern auf den Plantagen. Sie wurden dort derselben extremen Ausbeutung unterworfen wie die farbige Landbevölkerung.« (71)

Der »Kompromiß von 1877« markierte den Beginn nördlicher Tolerierung der politischen Praxis der Südstaaten; eine Toleranz, die auch durch die erneute Unterdrückung der Schwarzen gegen Ende des 19. Jahrhunderts nicht erschüttert wurde. Dies lag zum Teil daran, daß der US-Kapitalismus in eine neue Phase eingetreten war – den Imperialismus –, und die Ideologie des Rassismus jetzt auch im Norden wichtiger wurde:

»... im Jahre 1898 stürzten sich die Vereinigten Staaten unter der Führung der Republikanischen Partei in imperialistische Abenteuer in Übersee. Diese Abenteuer im Pazifik und in der Karibik brachten plötzlich etwa acht Millionen Menschen farbiger Rassen unter die Hoheit der USA.... Nun, da Amerika sich des weißen Mannes Last auf die Schultern lud, eignete es sich auch viele der südstaatlichen Einstellungen in der Rassenfrage an. ... Als das neue Jahrhundert am Horizont aufzog, wurde der Rassismus des Südens von einer wachsenden Woge nationalistischer Stimmung getragen, und er war nicht zuletzt selbst Teil dieser Stimmung.« (Woodward, 1974, 72–74)

Ohne Land, ohne Bildung und ohne Schutz durch Gesetz oder Politik fanden sich die Schwarzen zu Beginn des Jahrhunderts wieder zur Knechtschaft verurteilt. Ermöglicht worden war all dies durch die stillschweigende nationale Billigung des gesamten Spektrums von Mechanismen, die das Kastensystem des Südens ausmachten. Die Bundesregierung intervenierte weder, um die harsche Ausbeutung der schwarzen Arbeitskraft zu mildern, noch um die sozialen und politischen Strukturen, die die Ausbeutung ermöglichten, zu verändern. Das Resultat war die Konsolidierung einer herrschenden Klasse im Süden, die die Lebensverhältnisse der Bevölkerung fest im Griff hatte und sich bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg nur schwacher Opposition ausgesetzt sah. »Das Einparteiensystem des Südens ... und die nur geringe politische Partizipation sogar der weißen Bürger begünstigen ein de facto olig-

archisches Regime«, betont Mydral. »Diese Oligarchie besteht aus den Großgrundbesitzern, den Industriellen, Bankiers und Kaufleuten. Konzerne aus dem Norden, die in der Region investieren, haben Anteil an der von dieser Gruppe ausgeübten politischen Kontrolle.« (453)

Unter den totalitären Bedingungen im Süden, die bis zum Zweiten Weltkrieg herrschten, konnte eine Widerstandsbewegung weder entstehen noch gar Konzessionen erzwingen. Die ökonomischen Interessengruppen konnten willkürlich Arbeitskräfte entlassen, Familien auf die Straße setzen und Kredite vorenthalten; weiße Mobs konnten willkürlich lynchen und niederbrennen; die Polizei konnte prügeln, verstümmeln und töten; Politiker konnten die Miliz in Marsch setzen und die Gerichte willkürliche Gefängnisstrafen verhängen. Alle den öffentlichen und privaten Eliten zur Verfügung stehenden Zwangsmaßnahmen wurden in ihren ungezügeltsten und offensten Formen durchgeführt, um die Schwarzen gefügig zu machen. Die »Welt der Farbigen war«, wie Lomax es formulierte, »ein Getto der Angst« (55). Dabei waren Anlässe, da Gewalt angewendet werden mußte, nicht einmal häufig. Offene Auflehnung wurde schon von vornherein durch die Sozialisationsmechanismen der Südstaatengesellschaft unterbunden - durch das Bildungssystem, die religiösen Institutionen, die Medien und eine Kultur, die von den Symbolen weißer Vorherrschaft geprägt war. Alles war darauf abgerichtet, den Schwarzen die Überzeugung zu vermitteln, ihr Schicksal sei das einzig rechtmäßige oder zumindest das einzig mögliche. Die Unterdrückungs- und Sozialisationsmechanismen waren so perfekt, daß Auflehnung einfach unvorstellbar schien.

Selbst wenn die Schwarzen sich in irgendeiner Form erhoben hätten, wären sie blutig niedergeschlagen worden, solange die Bundesregierung diese regionalen Verhältnisse deckte. Gegen die Allianz zwischen Bundesregierung und südlichen Länderregierungen und Lokalverwaltungen war nicht anzukommen. Um diese Komplizenschaft zu zerstören, bedurfte es grundlegender Veränderungen, einer großen Transformation. Die ökonomische Modernisierung im Süden war schließlich diese umwälzende Kraft, eine Kraft, die allmählichen Einfluß auf die nationale Politik gewann und damit den Boden für eine schwarze Widerstandsbewegung bereitete.

Die ökonomische Modernisierung des Südens

Als sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Kastenordnung im Süden konsolidierte, waren schon weitreichende ökonomische Kräfte am Werk, die diese Ordnung mit der Zeit zerstören sollten. Für unsere Analyse besteht die wichtigste Auswirkung dieser ökonomischen Entwicklung in einer dramatischen Veränderung schwarzer Erwerbstätigkeit in Verbindung mit ihrer massenhaften Abwanderung aus dem Süden in die Städte des Nordens. Was den ersten Punkt betrifft: »Während der Sklaverei waren praktisch alle Schwarzen in der Landwirtschaft oder als Domestiken beschäftigt. Das galt auch 1900 noch für 87% und 1910 für 80% der Schwarzen. Im Jahre 1960 aber waren nur noch 10% in der Landwirtschaft und 15% im Haushalt tätig.« (Ross, 31) Was die Migrationsbewegung betrifft, lebten zu Beginn des 20. Jahrhunderts mehr als 90% der Schwarzen im Süden; 1960 lebte die Hälfte von ihnen im Norden. Im Verlauf von etwa mehr als einem halben Jahrhundert hatte sich die Beschäftigungssituation der Schwarzen grundlegend verändert, waren große Teile der schwarzen Bevölkerung vom agrarischen Süden in den industriellen Norden abgewandert.

Diese Verschiebungen wurden in groben Umrissen durch die folgenden Faktoren verursacht: durch die industrielle Expansion des Nordens zu Beginn des 20. Jahrhunderts; durch den Verfall der Agrarmärkte nach dem Ersten Weltkrieg, in Verbindung mit einer seit den dreißiger Jahren verfolgten Landwirtschaftspolitik des Bundes, die eine starke Einschränkung der Anbaufläche zur Folge hatte; und durch das schnelle Tempo landwirtschaftlicher und industrieller Modernisierung der Südstaaten während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Die industrielle Expansion des Nordens begann der Landwirtschaft und dem gesamte Süden zu Beginn des Jahrhunderts viele Schwarze zu entziehen. »Nach der Jahrhundertwende«, schreibt Ross, »blühte die amerikanische Industrie voll auf. Von durchschnittlich 13 Milliarden Dollar pro Jahr im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts stieg das Bruttosozialprodukt ... auf 40 Milliarden in der Periode zwischen 1909 und 1918. Die Gesamtbeschäftigung stieg von einem Jahresdurchschnitt von 27 Millionen zwischen 1889 und 1898 auf 39 Millionen zwischen 1908 und 1918.« (11) Mit dem Ausbruch des Krieges in Europa ging die Einwanderung, die als Hauptlieferant der Arbeitskräfte für die expandierende Industrie gedient hatte, stark zurück. Die nördliche

Industrie wandte sich bei ihrer Suche nach Arbeitskräften nun nach Süden. Die erste große Abwanderungswelle von Schwarzen aus dem Süden der USA setzte ein: zwischen 1910 und 1920 zogen rund eine halbe Million Schwarze in nördliche und westliche Bundesstaaten.⁶

Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg ging die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten aufgrund der gekürzten Kriegsexporte und Einwanderungsbeschränkungen stark zurück. Für die Landarbeiter brachen damit extrem harte Zeiten an. Die Not erreichte während der Großen Depression katastrophale Ausmaße. Der Zusammenbruch des Agrarmarktes sowie die Politik des New Deal, landwirtschaftliche Überschüsse durch Produktionseinschränkungen abzubauen, vertrieben überall in den USA Millionen Menschen vom Land. Im Süden, wo noch immer die überwältigende Mehrheit der Schwarzen lebte, ging »die tatsächlich kultivierte Anbaufläche für Baumwolle ... von 17,4 Millionen Hektar im Jahre 1929 auf 9,3 Millionen Hektar im Jahre 1939 zurück. Neger aller Schichten - Landbesitzer, Pächter und Landarbeiter - wurden in großer Zahl entwurzelt ... « (Ross, 14) Unter den herrschenden Bedingungen war Abwanderung für viele die einzige Wahl. 1940 lebte dann schon fast ein Viertel (nämlich 23%) der Schwarzen außerhalb des Südens.

Der Zweite Weltkrieg setzte dem Niedergang der Landwirtschaft zwar ein Ende, gab aber gleichzeitig den Anstoß zu Modernisierung in großem Stil⁷:

»Der Boom durch die Kriegsvorbereitungen im Zweiten Weltkrieg gab den südstaatlichen Gutsherren noch einmal neue Lebenskraft – die Baumwollpreise stiegen, ebenso die Profite, die sich mit der Arbeit der Pächter und Lohnarbeiter erzielen ließen. Gleichzeitig beschleunigte die Hochkonjunktur die Technisierung der südlichen Landwirtschaft. Mit der Ausdehnung rein kapitalistischer Produktionsmethoden in der Landwirtschaft, die sich mit einem im Süden bislang unbekannten Tempo vollzog, ... wurde um so deutlicher, welch Anachronismus die Quasi-Sklavenarbeit der Landpächter war, die die Felder noch immer in harter Handarbeit und mit Mauleseln beackerten.« (Perlo, 113)

Die Modernisierung der südstaatlichen Agrarwirtschaft leitete außerdem einen verstärkten Konzentrationsprozeß ein. Obwohl die landwirtschaftlich genutzte Fläche zwichen 1940 und 1960 nur wenig schrumpfte, verringerte sich die Zahl der Farmen fast um die Hälfte; die durchschnittliche Farmgröße stieg von knapp 50 Hek-

tar auf 88 Hektar. Gemeinsam bewirkten die Mechanisierung, die neuen Agrartechnologien, die Maßnahmen der Bundesregierung zur Verknappung der Anbaufläche und die Konzentration des Grundbesitzes eine dramatische Veränderung der landwirtschaftlichen Beschäftigung in den Südstaaten.

Das Heer der traditionellen Kleinpächter des Südens wurde zunehmend obsolet und sah sich gezwungen, seinen Lebensunterhalt woanders zu verdienen. Die freigesetzte weiße Landbevölkerung fand in der sich entwickelnden Textilindustrie und verwandten Branchen Beschäftigung. Die Schwarzen aber blieben von der Fabrikarbeit weiterhin ausgeschlossen. Diese diskriminierenden Beschäftigungspraktiken leisteten den Unternehmern im Süden (wie im Norden) gute Dienste. Die schwarze industrielle Reservearmee diente als beständige Drohung, mit der Forderungen weißer Arbeiter nach höheren Löhnen und gewerkschaftlicher Organisierung leicht abgewiesen werden konnten. Indem sie die Schwarzen ausschlossen, ließen die Industrieunternehmer »die unterbezahlten weißen Arbeiter mit ihrem >überlegenen« Status zufrieden« sein, und »drohten implizit damit, die Weißen durch Neger zu ersetzen, sollten sie »Schwierigkeiten« machen« (Perlo, 99). Niedrige Löhne und eine gefügige Arbeiterschaft wiederum förderten die industrielle Expansion, denn die verfügbare billige Arbeitskraft im Süden veranlaßte Kapital aus dem Norden, zunehmend in großem Stil, in der Region zu investieren.

Für unsere Analyse hatte der relative Ausschluß der Schwarzen von der Beschäftigung in der Südstaatenindustrie eine weitere Konsequenz von großer Bedeutung: vielen Schwarzen blieb kaum eine andere Wahl, als nach Norden zu wandern. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß eine ganze Reihe von Schwarzen auch in die Städte des Südens zog, was dazu führte, daß 1960 nur noch ca. 40% der Schwarzen im Süden in ländlichen Gebieten lebten. Ihr Leben in den Städten war jedoch von großem wirtschaftlichen Elend geprägt: sie bildeten die unterste Schicht des urbanen Proletariats und fanden Arbeit meist nur in Bereichen, die als für Weiße »nicht geeignet« galten (wie beispielsweise Hausarbeit und andere ungelernte Dienstleistungsarbeiten). So übten die Lebensverhältnisse auf dem Land wie in der Stadt unerbittlichen Druck auf die Schwarzen aus, nach Norden zu entfliehen. Die Folge war der größte Exodus schwarzer Landarbeiter in der amerikanischen Geschichte: »In den zehn Jahren zwischen 1940 und 1950 verließen

über 1,5 Millionen Neger den Süden, und weitere eineinhalb Millionen folgten im nächsten Jahrzehnt ... Die Netto-Abwanderung der Weißen betrug dagegen in den vierziger Jahren nur 0,1% und in den fünfziger Jahren 1,7%.« (Henderson, 83)⁹ Dieser Trend hielt weiter unvermindert an, und so stieg der Anteil der Schwarzen außerhalb des Südens von 23% im Jahre 1940 auf fast 50% Mitte der sechziger Jahre. Der Süden hatte jetzt einen großen Teil seines überschüssigen Arbeitskräftereservoirs auf andere Regionen des Landes verteilt.

All diese Veränderungen produzierten ein erstaunliches Resultat: »1910 lebten 75% der schwarzen Bevölkerung Amerikas auf dem Lande und 90% lebten im Süden. [Mitte der sechziger Jahre] lebten dann drei Viertel in Städten und die Hälfte außerhalb der Südstaaten.« (Foner, 325) Im Laufe weniger Jahrzehnte war eine unterdrückte südstaatliche Landbevölkerung in ein verelendetes städtisches Proletariat verwandelt worden.

Im Zuge der massiven Veränderungen in Landwirtschaft und Industrie verlor auch das auf Terror und politischer Entmündigung aufgebaute Herrschaftssystem des Südens an Bedeutung: es war für die profitable Deckung des Arbeitskräftebedarfs der herrschenden Klasse nicht mehr wesentlich. Die ökonomische Modernisierung hatte den Süden, mit anderen Worten, für die politische Modernisierung zugänglich gemacht. In der großflächig mechanisierten Landwirtschaft, die sich im Süden entwickelte, wurde das tradierte System faktischer Leibeigenschaft langsam von Marktanreizen abgelöst. Die Nachfrage nach Lohnarbeitern stieg, vor allem nach qualifizierten Arbeitskräften, die mit Maschinen umzugehen wußten. Der Übergang zur Lohnarbeit wurde zum großen Teil vom Mechanisierungsprozeß in der Landwirtschaft selbst begünstigt, da er beständig für die Freisetzung neuer Arbeitskräfte sorgte. Die ständig drohende Arbeitslosigkeit war zugleich ein zwingendes Argument für die Landarbeiter, Lohnarbeit auf der von den Pflanzern diktierten Basis zu akzeptieren.

In den sich entwickelnden Industriegebieten des Südens bildete sich, besonders während und nach dem Zweiten Weltkrieg, eine neue kapitalistische Klasse heraus. Sie war mit den Großkonzernen des Nordens eng verbunden, denn ein erheblicher Teil der Industrieunternehmen des Südens wurde von nördlichem Kapital initiert und kontrolliert. Diese neue, städtische industrielle Klasse verließ sich hauptsächlich auf die Mechanismen des Marktes, um ihren

Bedarf an Arbeitskräften zu befriedigen. Das bedeutet nicht, daß der untergeordnete Status der Schwarzen nicht auch weiterhin als nützliches Instrument zur Sicherung maximaler Profite diente. Die gezielte Verschärfung der Konkurrenz der Rassen auf dem Arbeitsmarkt war aber eine Strategie, die schon seit langem von Arbeitgebern im Süden wie im Norden benutzt wurde, um die Arbeiter unter Kontrolle zu halten, und keineswegs mit einem Kastensystem gleichzusetzen. Kurzum: die Kastenordnung des Südens wurde mit der Zeit als ein System zur Beschaffung und Kontrolle von Arbeitskräften obsolet.

Zudem hatte der weiße Südstaatler, ungeachtet seiner Klassenlage, in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg weniger Grund, die Ausweitung der politischen Rechte, einschließlich des Wahlrechts, auf die Schwarzen zu fürchten, nahm doch deren Anteil an der Gesamtbevölkerung des Südens aufgrund der schwarzen Migrationsbewegung nach Norden kontinuierlich ab. Wie groß die wahlpolitische Bedrohung durch die Schwarzen auch immer gewesen sein mag, durch die Umsiedlung wurde sie erheblich verringert.

Während im Süden die ökonomische Modernisierung voranschritt, fanden im Norden andere Veränderungen statt, die ebenfalls zu einer Schwächung der Opposition gegen die Ausweitung formeller Rechte auf die Schwarzen führten. Wie wir schon angemerkt haben, waren die imperialistischen Abenteuer des amerikanischen Kapitalismus zu Anfang des 20. Jahrhunderts zum Teil durch eine rassistische Ideologie gerechtfertigt worden, die weitgehend aus dem Süden geborgt worden war. Der Aufstieg des Kommunismus drängte die USA jedoch in eine heftige Konkurrenz um die Vorherrschaft in der Welt; um diesen Kampf erfolgreich bestehen zu können, bedurfte es einer Ideologie von »Demokratie« und »Freiheit«. Als in der Nachkriegszeit der »Kalte Krieg« ausbrach, kam diese Ideologie in den internationalen Beziehungen zu voller Blüte. Die Zustände in den Südstaaten waren dabei für die Nation als ganze zunehmend peinlich, und so schwand die Unterstützung der ökonomischen Eliten für diese Ordnung langsam dahin. Die Erfordernisse des Imperialismus, die einst bei der erneuten Knechtung der Schwarzen mitgewirkt hatten, trugen in einer anderen Epoche zu ihrer Befreiung aus der Knechtschaft bei.

Außerdem sank nach dem Zweiten Weltkrieg die Bedeutung des heimischen Rassismus für den Kapitalismus der Nordstaaten. Als

Anfang des Jahrhunderts die Zahl der Schwarzen in den Industriezentren wuchs, hatten die Unternehmer beständig Schwarze gegen Weiße ausgespielt und die Rassenprobleme verschärft, um die Solidarität der Arbeiterklasse zu schwächen. Wie erfolgreich diese Strategie war, läßt sich am Ausbruch von Gewaltaktionen weißer Mobs gegen Schwarze nach dem Ersten Weltkrieg ablesen: »In den letzten sechs Monaten des Jahres 1919 brachen in amerikanischen Städten rund 25 Rassenunruhen aus« - Folge der Arbeitslosigkeit nach Drosselung der Kriegsproduktion und der Rückkehr der Soldaten. »Mobs kontrollierten tagelang die Städte, prügelten, legten Brände, schossen und folterten, soviel sie wollten. ... Im ersten Jahr nach Kriegsende wurden mehr als siebzig Neger gelyncht, einige von ihnen waren heimkehrende Soldaten, die noch ihre Uniform trugen.« (Woodward, 1974, 114) Allmählich wurden die Schwarzen wieder aus vielen Industriezweigen, in denen sie während des Krieges Beschäftigung gefunden hatten, herausgedrängt und überdies von den Gewerkschaften ausgeschlossen. Um überleben zu können, waren die Schwarzen um so stärker darauf angewiesen, mit gewerkschaftsfeindlichen Arbeitgebern gegen weiße Arbeiter zu kooperieren. Das Problem nahm solche Ausmaße an, daß die »National Urban League« sich 1919 genötigt sah, politische Leitlinien zu erlassen, die vage genug waren, »um ihren autonomen Ortsgruppen zu erlauben, nach eigener Beurteilung der Lage zu handeln - entweder Gewerkschaften zu unterstützen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, oder Neger als Streikbrecher abzustellen oder aber neutral zu bleiben«, wenn es zu Auseinandersetzungen kam (Meier, 1967, 175).

Als der Zweite Weltkrieg hereinbrach, hatten sich die Kapitalisten des Nordens jedoch weitgehend mit der gewerkschaftlichen Organisierung der Industriearbeiter abgefunden; dementsprechend hatte die Ausbeutung von Rassenkonflikten ihre alte Nützlichkeit verloren. Dieser Wandel – zusammen mit der Notwendigkeit, der kommunistischen Herausforderung auf internationaler Bühne mit einer liberaleren Rassenideologie zu begegnen – untergrub die Unterstützung, die das südstaatliche Kastenwesen bei den herrschenden ökonomischen Gruppen des Nordens genossen hatte. Zu Beginn der fünfziger Jahre hatte das Kapital in Nord und Süd dann keine entscheidenden Gründe mehr, dem Trend zur politischen Modernisierung der Südstaaten entgegenzuwirken. Arnold Rose ging sicherlich zu weit, als er bemerkte, die Kastenordnung sei

»nur noch Ausdruck traditioneller psychologischer Strukturen« gewesen, dennoch hatte die Bemerkung einen großen Wahrheitsgehalt (xxvi).

Ökonomische Modernisierung und parteipolitische Instabilität

Indem der ökonomische Wandel das Interesse der Eliten aus Industrie und Landwirtschaft an der Erhaltung der Kastenordnung schwächte, erlaubte er der nationalen politischen Führung, gegen diese Ordnung vorzugehen. In den vierziger und fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts war die Fortdauer der Kastenordnung nur noch eine Frage der öffentlichen Meinung. In Abwesenheit signifikanter Opposition von ökonomischen Machtgruppen ging es nur darum, ob Loyalitätsverschiebungen großer Teile der Wählerschaft genügend Druck erzeugen würden, um führende Politiker auf Bundesebene zum Handeln zu zwingen. Die Arena, in der dieses Drama allmählich zunehmender wahlpolitischer Konflikte und Loyalitätsverschiebungen ausgetragen wurde, war die Demokratische Partei.

Seit den Jahren nach der Rekonstruktionsphase war der Süden mit seinem Einparteiensystem das regionale Fundament der nationalen Demokratischen Partei. Wiederholte Versuche der Republikaner, ihre politischen Chancen zu verbessern, indem sie eine »südliche Strategie« entwickelten - die entweder eine Koalition von weißen und schwarzen Südstaatlern schmieden, oder nur die Stimmen der konservativen Weißen auf sich ziehen wollte -, zerschellten regelmäßig an dem haßerfüllten Rassismus, den die Demokratischen Politiker des Südens und die ökonomischen Eliten, denen sie dienten, verbreiteten. Die armen Weißen im Süden wurden-ungeachtet ihrer populistischen Neigungen - auch im 20. Jahrhundert von einer tiefverwurzelten Angst vor den Schwarzen geleitet und ortientierten sich nach wie vor an den geringen ökonomischen Vorteilen und dem höheren sozialen Status, die sie aufgrund der Kastenordnung genossen. Folglich schlugen sich die armen Weißen auch weiterhin auf die Seite der herrschenden Klasse im Süden und ordneten ihre eigenen Klasseninteressen dem übergreifenden Bündnis gegen die Schwarzen unter.

Die politische Neuordnung der Demokratischen Partei im Jahre

1932 hatte keinerlei Einfluß auf die südstaatliche Politik, denn in der nationalen Koalition fanden sich die Industriearbeiter des Nordens und der Einparteien-Süden zusammen. Doch schon früh entwickelten sich zwei Spannungsherde in dieser Allianz.

Zum einen schlossen sich 1936 die städtischen Schwarzen aus dem Norden der Koalition an. Durch diese Entwicklung wurde das »amerikanische Dilemma« zu einem Dilemma der Demokraten, nachdem es für mehr als ein halbes Jahrhundert ein Republikanisches Dilemma gewesen war. So wie die Rassenfrage die Partei Lincolns geplagt hatte (vor allem die Präsidentschaftsanwärter der Partei, die sich auf den Nominierungskonventen mit Delegationen nördlicher und südlicher Schwarzer herumzuschlagen hatten), sollte sie nun die Partei des New Deal heimsuchen – und schließlich entlang regionaler Grenzen spalten.

Doch bevor es soweit war, vergingen mehrere Jahrzehnte. In der Zwischenzeit erhielten die Schwarzen als politische Interessengruppe für ihre Partizipation in der Demokratischen Partei nur geringen Lohn: ein paar Brocken aus dem Patronagetopf der kommunalen Parteiorganisationen, ein paar symbolische Gesten von Demokratischen Präsidenten. 1936 hob die Demokratische Partei die Regel auf, daß Nominierungen mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit zu erfolgen hatten, was bedeutete, daß der Süden sein Veto bei der Bestimmung der Demokratischen Kandidaten verlor. In den frühen vierziger Jahren erklärte das Roosevelt nahestehende Oberste Gericht rein weiße Vorwahlen für verfassungswidrig, und Roosevelt berief eine »Fair Employment Practices Commission« (FEPC) zur Bekämpfung diskriminierender Beschäftigungspraktiken (nachdem von A. Phillip Randolph geführte Schwarze gedroht hatten, einen Marsch auf Washington durchzuführen). Selbst diese kleinen Zugeständnisse deuteten auf eine veränderte Haltung der Demokratischen Parteiführung in der Rassenfrage hin, was schwere Spannungen zwischen dem Nordstaaten- und dem Südstaatenflügel der Partei hervorrief.

Der zweite Spannungsherd entwickelte sich aus den sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen des New Deal. Die New Deal-Programme zur Wiederbelebung der Industrie und Erhaltung der Massenloyalität provozierten einen offenen Konflikt mit den traditionellen Eliten des Südens, deren Macht auf der Plantagenwirtschaft fußte. Diese aus Bankiers, Kaufleuten, Farmern, Anwälten, Ärzten und Politikern bestehende Klasse betrachtete den New

Deal als eine Bedrohung ihrer umfassenden Kontrolle über die Lebensverhältnisse in den Dörfern und Kleinstädten:

»Für diese Leute bedrohte der New Deal eine Machtposition, die auf der Kontrolle des Eigentums, der Arbeitskraft, des Kreditwesens und der Lokalverwaltungen beruhte. Sozialfürsorge verminderte die Abhängigkeit [vom Arbeitgeber]; staatlich festgesetzte Arbeitsnormen erhöhten die Löhne; Agrarprogramme brachten das Pflanzer-Pächter-Verhältnis durcheinander; Regierungskredite umgingen die Bankiers; Bundesprogramme entzogen sich dem Einfluß der Bezirksämter und manchmal sogar der Länderbehörden.« (Tindall, 31)

Die ökonomischen Interessengruppen des Südens verschmähten natürlich nicht diejenigen New Deal-Programme, von denen sie direkt profitierten; sie opponierten nur gegen solche Programme, deren Auswirkungen ihre Macht schmälern würden. So wurden die Plantagenbesitzer zum Beispiel im Rahmen der Landwirtschaftsprogramme des New Deal fürstlich dafür belohnt, daß sie ihre Anbauflächen verringerten. Für diese Subventionen waren die Grundbesitzer dankbar, lehnten aber gleichzeitig besondere Fürsorgeleistungen des Bundes für die aufgrund der reduzierten Anbauflächen freigesetzten Arbeitskräfte ab:

»Die kleinen Pächter befinden sich in einer unglaublichen Zwickmühle: einerscits werden sie durch die Unzulänglichkeiten des gegenwärtigen Systems gezwungen, öffentliche Unterstützung zu suchen, um überhaupt zu überleben; andererseits aber müssen sie erfahren, daß die Plantagenbesitzer gegen diese Unterstützung opponieren, weil sie dadurch als Pächter verdorben sein könnten, falls und wenn sie wieder einmal gebraucht werden sollten. Hinter der Haltung der Gutsbesitzer stehen noch andere Ängste: die Angst, der Pächter könnte ihrem Einfluß entzogen werden und womöglich lernen, daß er nicht mit Haut und Haaren von ihnen abhängig ist; und die Angst, die Sozialfürsorge könnte den Lebensstandard so weit erhöhen, daß das Aushandeln von Arbeit und Lohn schwieriger werden würde. Es ist unschwer zu erkennen, daß vom Standpunkt des Grundbesitzers staatliche Sozialfürsorge einen demoralisierenden Einfluß hat.« (Johnson, Embree und Alexander, 52)

Infolge dieser beiden Konfliktpunkte erschienen in mehreren Südstaaten bei den Wahlen von 1936 unabhängige Kandidaten auf den Stimmzetteln. Obwohl noch ein Jahrzehnt vergehen sollte, bevor die Praxis um sich griff, parteiunabhängige oder nicht auf einen Präsidentschaftsbewerber festgelegte Wahlmänner zu nominieren, war die Wahl von 1936 ein Vorbote für die schweren Konflikte, die später über die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten in

der Demokratischen Partei ausbrechen und sie schließlich spalten sollten.

Aber bei aller Opposition gegen einige der New Deal-Programme besaßen die südstaatlichen Parteiführer nicht die Fähigkeit zur Spaltung der Partei, bestanden doch kaum Aussichten, daß die Parteibasis ihnen gefolgt wäre. Roosevelts Politik des wirtschaftlichen Aufschwungs und der sozialen Reformen entsprach einer langen Tradition des ökonomischen Populismus unter der weißen Südstaatenbevölkerung und festigte somit seinen Wählerstamm in der gesamten Region. Die in der New Deal-Periode entstandenen Spannungen veranlaßten jedoch viele Kongreßabgeordnete aus dem Süden, Bündnisse mit den Republikanern einzugehen; dafür, daß Südstaaten-Demokraten progressiven Wirtschaftsmaßnahmen und Sozialprogrammen der Demokratischen Führung Widerstand entgegenbrachten (Maßnahmen, denen die konservativen Südstaatler allerdings ohnehin nichts hatten abgewinnen können), versagten die Republikaner als Gegenleistung den Bürgerrechtsvorschlägen, die für den Süden so unannehmbar waren, ihre Unterstützung.

Um mit diesen Spannungen in der Partei fertig zu werden, vermied Roosevelt frontale Konfrontationen mit dem Süden in der Rassenfrage (zum Beispiel durch die Weigerung, Anti-Lynch-Gesetzgebung zu unterstützen). Statt dessen argumentierte er, den Schwarzen sei am meisten damit gedient, sich dem New Deal gegenüber loyal zu verhalten und so in den Genuß des ganzen Arsenals der Sozial- und Wirtschaftsgesetzgebung des New Deal zu kommen. Ohne Zweifel profitierten die Schwarzen von vielen dieser Programme (obwohl einige Maßnahmen, besonders im Rahmen der Agrarpolitik, ihnen auch schwer schadeten). Doch in ihrer Eigenschaft als ausgeschlossene und ausgebeutete rassische Minderheit bekamen sie so gut wie gar nichts. Faktisch wurde das Bürgerrechtsproblem unterdrückt, um die Einheit der Partei zu wahren.

Um 1940 begannen die Schwarzen, den Süden in großer Zahl zu verlassen. Die Auswirkungen dieser demographischen Umwälzung auf die politischen Verhältnisse im Norden waren immens, denn die Schwarzen konzentrierten sich in den Städten der bevölkerungsreichsten und am stärksten industrialisierten Bundesstaaten. Sie konzentrierten sich, mit anderen Worten, in den Hochburgen der Demokratischen Partei. Und je größer die Zahl der schwarzen Wählerstimmen wurde, um so näher kamen die Führer des nörd-

lichen Parteiflügels der Erkenntnis, daß Konzessionen an die schwarze Bevölkerung unumgänglich würden.

1948 wurde die Rassenfrage zum Wahlkampfthema. Sie wäre vermutlich nicht schon zu diesem Zeitpunkt zum Thema eines Präsidentschaftswahlkampfes geworden, hätte nicht Henry Wallace mit seiner neugegründeten »Progressive Party« einen Wahlkampf geführt, der vor allem auf die Stimmen der Liberalen aus dem Norden und der Schwarzen abzielte. Trumans Wahlkampfberater Clark Clifford sorgte sich um den Rückhalt des Präsidenten in der schwarzen Wählerschaft, allerdings nicht allein wegen Wallace. Auch die Republikaner machten den schwarzen Wählern symbolische Angebote. So warnte Clifford den Präsidenten, daß

»die Republikaner alles nur mögliche unternehmen, um diese Wähler zurückzugewinnen. Er sagte voraus, die Republikaner würden in der nächsten Legislaturperiode zeinen Anti-Diskriminierungsausschuß, ein Gesetz gegen die Wahlsteuer und ein Anti-Lynch-Gesetz einbringen«. Um dem etwas entgegenzusetzen, müsse sich der Präsident für jede von ihm für notwendig befundene Maßnahme zum Schutz der Minderheitenrechte« stark machen. Auch wenn der Süden das nicht gern sehe, sei es doch das zeringere von zwei Übeln«.« (Yarnell, 44)¹⁰

Zur selben Zeit erklärte Clifford Truman, daß »der Süden wie immer als sicheres Demokratisches Territorium angesehen werden kann. Bei der Formulierung nationaler Politik kann er daher ohne Gefahr ignoriert werden.« (Cochran, 1973, 230)

Also hängte Truman sich den Mantel eines Kämpfers für die Bürgerrechte um. »Obwohl er viel weiter ging als alle Präsidenten vor ihm ... reichten seine konkreten Bemühungen nie an seine Rhetorik heran.« (Hartmann, 150-151) So forderte Truman in einer Botschaft an den Kongress vom 7. Januar 1948 ein breites Spektrum von Bürgerrechtsmaßnahmen und richtete am 2. Februar eine spezielle Bürgerrechts-Botschaft an den Kongreß, in der er ein 10-Punkte-Programm entwickelte, das die Abschaffung der Wahlsteuern, die Einrichtung eines permanenten FEPC und die Verfolgung von Lynchmorden durch die Bundesgerichte einschloß. Obwohl er jedoch versprochen hatte, Exekutivverordnungen zu erlassen, um die Rassentrennung in den Streitkräften aufzuheben und diskriminierende Beschäftigungspraktiken durch Bundesbehörden zu beseitigen - beides Dinge, die in seiner unmittelbaren Macht standen -, unternahm er nichts dergleichen (jedenfalls nicht vor dem unerwartet turbulenten Nominierungskonvent im Sommer).

Der Wahlparteitag ließ Trumans im wesentlichen rhetorische Bürgerrechtsstrategie auflaufen. Die Führer des liberalen Flügels erhielten bei ihrem Versuch, gegen Trumans Widerstand die Forderung nach umfassender Bürgerrechtsgesetzgebung im Wahlprogramm der Partei zu verankern, die Unterstützung einflußreicher Vertreter des Parteiapparates im Norden, die glaubten, Truman werden die Wahl verlieren. Sie

»waren nicht so sehr besorgt, irgendwelche Querköpfe aus dem Süden könnten die Partei spalten; ihnen ging es vielmehr darum, die schwarze Wählerschaft hinter ihre lokalen und bundesstaatlichen Kandidaten zu bringen. Henry Wallace war für diese Wähler in einigen wichtigen Städten sehr attraktiv geworden. So war jede spektakuläre Vorführung der Demokraten als resolute Verteidiger der farbigen Interessen willkommen, wenn dadurch nur die Wallace-Kandidatur abgewehrt werden könnte.« (Cochran, 1973, 230)

Somit wurde auf dem Parteikongreß ein umfangreiches Bürgerrechtsprogramm verabschiedet, was die Delegationen aus Alabama und Mississippi zum Auszug veranlaßte. Die Dixiecrats (zusammengesetzt aus »Dixie«, wie der Süden genannt wird, und »Democrats« - d. Ü.), die Dissidentengruppen aus dem ganzen Süden um sich scharten, versammelten sich zwei Tage später in Birmingham, um eine »States' Rights Party« zu gründen und Senator Strom Thurmond aus South Carolina zu ihrem Präsidentschaftskandidaten zu küren. Durch diese Ereignisse wurde Truman in der Rassenfrage immer weiter nach links gedrängt, und erließ nun umgehend die Exekutivverordnungen, die er schon Monate zuvor versprochen hatte. »So fand sich ein Grenzstaat-Politiker, der bemüht gewesen war, eine möglichst vieldeutige Rassenpolitik zu verfolgen, unvermutet als Fackelträger der Bürgerrechte wieder.« (Cochran, 1973, 231) Truman gewann die darauffolgenden Wahlen (mit Hilfe der schwarzen Stimmen), obwohl er vier Staaten des tiefen Südens - Louisiana, South Carolina, Alabama und Mississippi - an die »States' Rights Party« verlor.

Das militante Vorgehen der Südstaatenpolitiker im Jahre 1948 widerspiegelte das fortdauernde, wenn auch rasch abnehmende politische und ökonomische Interesse an der Ausbeutung der Schwarzen, besonders im tiefen Süden. Darüber hinaus bot ihnen das Aufziehen des States'-Rights-Banners eine Gelegenheit, die Opposition gegen die verhaßten sozial- und wirtschaftspolitischen Programme des New Deal und des Fair Deal zu mobilisieren.

Lubell nennt dies »eine doppelte Erhebung: eine ökonomische Revolte, die darauf abzielte, die Staatsausgaben und die Macht der Gewerkschaften einzuschränken, und Widerstand in der Rassenfrage als Gegengewicht zum wachsenden schwarzen Wählerpotential im Norden« (1966, 186).¹¹

So kann nicht behauptet werden, daß der Sache der Bürgerrechte durch diese Ereignisse unmittelbar gedient wurde. Die Verluste im Süden bei der Wahl von 1948 waren Vorboten eines möglichen Zerfalls dieser regionalen Basis; damit wurden Konzessionen an den Süden - nämlich die Aufrechterhaltung des Status quo in der Rassenfrage - zum Gebot des Tages. Stevensons Haltung bei seiner Kampagne für die Nominierung zum Demokratischen Präsidentschaftskandidaten im Jahre 1952 machte das ganz deutlich; so erklärte er in einer Rede noch vor dem Wahlparteitag: »Ich weise die rücksichtslose Behauptung, der Süden sei ein Gefängnis, in dem die eine Hälfte der Menschen Gefangene und die andere Hälfte Wärter sind, als verachtungswürdig zurück.« (Cochran, 1969, 222) Während des Parteitags verlieh er seiner großen Sorge Ausdruck, der Kampf um die Bürgerrechte »könnte den Süden aus der Partei treiben - die Partei brauchte die Einheit« (Martin, 1976, 589). Mit seiner stillschweigenden Billigung stimmte die Delegation aus Illinois dafür, die Dixiecrat-Delegationen ohne »Loyalitätseid« zuzulassen - eine Position, die viele Bürgerrechtsverfechter aus dem Norden auf die Barrikaden brachte. Aufgrund seiner persönlichen Überzeugung und Sorge, daß der Süden im Schoße der Demokratischen Partei verbleiben müsse, ging Stevenson nach mehreren Wahlgängen, in denen er Kefauver und Harriman aus dem Feld schlug, als Kompromißkandidat aus dem Parteitag hervor. Daraufhin wählte er Senator John Sparkman aus Alabama zu seinem Vizepräsidentschafts-Kandidaten.

Während des gesamten Wahlkampfes bemühte sich Stevenson, den Süden zu beschwichtigen, und schenkte den schwarzen Wählern in den nördlichen Industriestädten relativ geringe Aufmerksamkeit (Cochran, 1969, 221–222). »Er deutete wiederholt seine Sorge an, er könne den Süden verlieren« (Martin, 1976, 597), und versicherte immer wieder, die Lösung des Rassenproblems falle allein in den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Bundesstaaten:

»Er griff auf einen alten Vorschlag zurück, daß der Anti-Diskriminierungsausschuß (FEPC) des Bundes seine Vollmachten an die Staaten abtreten solle, die über eigene FEPC's verfügten. Was hielt er vom Filibuster (ein parlamentarischer Geschäftsordnungstrick, mit dem damals vor allem Abgeordneten aus den Südstaaten Abstimmungen über unliebsame Gesetzesentwürfe verhinderten – d.Ü.). Ich denke, der Präsident sollte die Geschäftsordnung des Senats beachten.... Ich würde sie ganz sicher studieren wollen. ... Man sagt mir, sie habe Vorzüge, aber auch Nachteile. Bezüglich der ungehinderten und freien Debatte sind auch andere Überlegungen von Bedeutung, die wir in unserem Eifer, auf einem einzigen Gebiet Fortschritte erzielen zu wollen, nicht übersehen dürfen. (Martin, 1976, 611)¹²

Wie es sich herausstellte, konnte diese Beschwichtigungspolitik die Flut der Abtrünnigen bei den Wahlen von 1952 nicht eindämmen, denn es war außerdem noch eine völlig andere Kraft am Werk. Zwar kehrten die »Dixiecrat«-Staaten wieder in den Schoß der Demokratischen Partei zurück, wenn auch im Fall von South Carolina und Louisiana mit nur sehr knappen Mehrheiten. In den äußeren Südstaaten jedoch konnten die Republikaner große Gewinne erzielen: Virginia, Florida, Tennessee und Texas ließen ihre Stimmen Eisenhower zugute kommen. Die Republikaner gewannen hier insbesondere in der wachsenden weißen Mittelschicht der Großstädte dazu, während die Stärke der Demokraten vor allem bei den Weißen in den an Bedeutung verlierenden Kleinstädten und ländlichen Gebieten des tiefen Südens lag (Lubell, 1956, 179 ff.).

Die Wahlen von 1952 offenbarten also die politischen Auswirkungen einer zweiten Form des ökonomischen Wandels, der sich im Süden vollzog: der industriellen Modernisierung. Dieser Modernisierungstrend schuf eine neue weiße Mittelschicht in den Städten und Vororten (besonders in den Grenzstaaten), deren politische Sympathien sich den Republikanern zuneigten. Die Veränderungen in der Klassenstruktur wurden bei den Wahlen von 1952 offensichtlich und

»markierten einen Wendepunkt im Schicksal der Republikaner, den Beginn einer südstaatlichen Basis der Republikanischen Partei, die fortan bei Wahlen eine Rolle spielen sollte – zunächst auf der Ebene der Präsidentschaftswahlen, später auf einzelstaatlicher und kommunaler Ebene. Langsam entwickelten sich die Republikaner überall zu einer ernstzunehmenden Oppositionspartei, außer vielleicht im Kern des tiefen Südens, und sporadisch sogar dort.« (Tindall, 49)

Der Bruch zwischen dem nördlichen und südlichen Flügel der Demokratischen Partei, der sich 1948 vollzogen hatte, war, mit anderen Worten, kein vorübergehendes Phänomen. Agrarische wie industrielle Modernisierung schufen einen immer tieferen Riß. Jede dieser ökonomischen Kräfte unterhöhlte die Demokratische Basis im Süden auf andere Weise. Einige politische Beobachter kamen damals sogar zu dem Schluß, die Demokratische Partei werde womöglich nicht überleben. Zu ihnen gehörte Lubell:

»Die Bezirke mit den größten Demokratischen Mehrheiten im Norden ... werden jene, die wirtschaftlich am schwächsten sind und den größten schwarzen Bevölkerungsanteil haben – zwei Charakteristika, die die politischen Repräsentanten dieser Gebiete auf die alten Positionen des New Deal zurückfallen lassen. Sollte dieser Trend anhalten, was wahrscheinlich ist, werden die Kongreßabgeordneten dieser Bezirke in wachsende Auseinandersetzungen mit den südstaatlichen Wahlkreisen verwickelt werden: sowohl mit denen, die vom Rassenantagonismus des ländlichen Südens geprägt, als auch mit denen, die vom ökonomischen Konservativismus der aufstrebenden Mittelschichtsangehörigen in den südlichen Städten gekennzeichnet sind. ... Die grundlegenden Spannungen zwischen diesen beiden Flügeln »sicherer« Demokratischer Wahlkreise sind von ausreichender Intensität, um das Auseinanderbrechen der Demokratischen Partei als Möglichkeit einzustufen.« (1956, 215–216)

Mit dieser Vorhersage hatte Lubell natürlich unrecht. Sein Fehler lag zum Teil darin, daß er nicht berücksichtigte, welch großes Interesse die politische Führung des Südens, einschließlich seiner parlamentarischen Vertreter in Washington, am Erhalt der Demokratischen Partei hatten. Schon als sich 1948 die ersten Gruppen abspalteten, hielten sich die südstaatlichen Kongreßabgeordneten von jedem Abenteuer mit einer dritten Partei fern. »Die fortdauernde Agitation für eine unabhängige politische Bewegung kam überwiegend von den ›Citizens' Councils‹ und alternden ›Dixiecrat‹-Kräften« auf einzelstaatlicher und kommunaler Ebene (Bartley, 290). Aufgrund ihrer langjährigen Zugehörigkeit zum Kongreß genossen die Parlamentarier aus dem Süden ungeheuren Einfluß auf die Bundespolitik; sie beanspruchten einen guten Teil des staatlichen Patronagesystems und besaßen ein gewichtiges Mitspracherecht bei der Vergabe von Mitteln aus dem Verteidigungsetat für den Bau von Rüstungsbetrieben und militärischen Anlagen, von denen viele im Süden angesiedelt wurden. Zudem war ein Wechsel der Parteizugehörigkeit nicht ohne Risiko für die Amtsinhaber. Denn trotz aller Spannungen wegen der Rassenfrage hatte die Demokratische Partei südlich der Mason-Dixon-Linie ihre geradezu mystische Anziehungskraft nicht verloren. Folglich beschränkten sich die Südstaatenpolitiker darauf, Republikanische Präsidentschaftsambitionen zu ermutigen, ungebundene Wahlmänner zu unterstützen und die Bundespartei mit ähnlichen Manövern unter Druck zu setzen, aber sie spalteten sich nicht ab. Ihre Politik lief faktisch darauf hinaus, daß sie der weißen Widerstandsbewegung des Südens Grenzen setzten und sie damit schwächten. Innerhalb dieser Grenzen jedoch taten sie das Ihre, um den Nord-Süd-Konflikt zu verschärfen.

Aufgrund dieser Tatsache profitierten die Schwarzen in diesem Stadium nur wenig von ihrer wachsenden Wählerstärke im Norden. Die Loyalität der Schwarzen zur Demokratischen Partei stand außer Frage; sie war sogar noch stärker geworden. Zum Wahlverhalten der Schwarzen im Kontext ihrer anhaltenden Nordwanderung stellte Lubell fest, daß »ihre Loyalität zur Demokratischen Partei ... um so mehr zugenommen hat, je größer ihre Zahl geworden ist. ... Truman erhielt einen größeren Anteil der schwarzen Stimmen als Roosevelt, während Stevenson [bei der Wahl von 1952] sogar noch mehr Stimmen aus der Negerbevölkerung erhielt als Truman« (1956, 214). Die Treue der schwarzen Wähler ermutigte die Strategen der Demokratischen Partei zu der Entscheidung, die Wählerverluste im Süden als das Hauptproblem der Partei zu definieren. So wurde die Bürgerrechtsfrage auch weiterhin dem Ziel der Parteieinheit geopfert. Zunächst war es also der Süden, der von der wahlpolitischen Instabilität profitierte. Das aber sollte sich ändern, denn nicht nur die weißen Südstaatler wurden durch die Rassenfrage aufgewühlt und auf die Barrikaden getrieben - es rumorte auch in der schwarzen Bevölkerung.

Ökonomische Modernisierung und schwarzer Aufruhr

Als die ökonomische Modernisierung die Schwarzen aus einem sozio-ökonomischen System in ein anderes schleuderte, wurde ihre Fähigkeit, sich den Kontrollen der Kastengesellschaft zu entziehen, erheblich vergrößert. Die Kontrollmechanismen, die in der ländlichen Gesellschaft mit ihrer geringen Bevölkerungsdichte und den unmittelbaren zwischenmenschlichen Beziehungen so vorzüglich griffen, verloren in der Großstadt, wo Gettoisierung zu räumlicher Trennung und Konzentration führte, ihre alte Effektivität. Daraus folgte, daß die Schwarzen whinter den Mauern von Segrega-

tion und Isolation ... eher dazu in der Lage waren, Widerstand gegen ihre Unterdrückung aufzubauen« (Rose, xviii).

Der historische Prozeß der Mobilisierung von Widerstand gegen rassische Unterdrückung hatte seinen Ausgangspunkt im Norden, wo es keine alteingesessene Kastenordnung und keine gesellschaftlich sanktionierte Tradition des Terrors gegen Schwarze gab. Da die Industriellen die Binnenwanderung gefördert hatten, um der Arbeitskräfteknappheit zu begegnen und Arbeiterrebellionen zu unterdrücken, standen sie gewissermaßen in einer Allianz mit den Schwarzen, die diesen bis zu einem bestimmten Grad Schutz bieten konnte. Auch wurden Politiker durch den beginnenden wahlpolitischen Einfluß der Schwarzen von den extremeren Formen rassistischer Demagogie abgehalten. Die städtische Umwelt des Nordens war rauh, zweifellos, schloß aber Proteste nicht aus.

Parallel zur Massenzuwanderung brachen die ersten Proteste hervor. Befreit von der feudalen Kontrolle, begannen die Schwarzen gegen die Unterdrückung, der sie schon immer ausgesetzt waren, zu protestieren. Darüber hinaus gewährte die Segregation in den nördlichen Gettos eine gewisse Sicherheit, und die räumliche Zusammenballung verlieh den Anwohnern ein Gefühl der Stärke. So konnte Marcus Garvey während der ersten großen Migrationswelle im Ersten Weltkrieg mit seinen Appellen, die »die stigmatisierte Identität amerikanischer Schwarzer in eine Quelle persönlichen Selbstwertgefühls« (Michael Lewis, 158)¹³ verwandelten, eine Million Schwarzer aus dem Norden für seine »Universal Negro Improvement Association« gewinnen. Er konnte dies tun, weil ein Volk, das gerade erst dem Joch erzwungener Minderwertigkeit entflohen war, eine Bestätigung seines Selbstwertgefühls benötigte. Zur selben Zeit und in denselben Gettos zeigten »Schwarze ... eine neue Kampf- und Verteidigungsbereitschaft« gegen die weißen Mobs, die bei Kriegsende in mehreren Dutzend amerikanischer Städte die Schwarzen terrorisierten (Woodward, 1974, 114). Zur Rolle des Streikbrechers verdammt, kämpften die Schwarzen wiederholt gegen weiße Arbeiter für das Recht auf Arbeit. Während der Depression schlugen sie sich mit der Polizei bei Wohnungsräumungen und schlossen sich dem Kampf der Arbeitslosen gegen das Fürsorgesystem an. In den Massenstreiks, die zur Gründung des »Congress of Industrial Organizations« führten, standen sie Seite an Seite mit den weißen Arbeitern gegen die Konzerne der Massenindustrie, zu denen sie Zugang als Arbeiter gefunden hatten. Im

227

Zweiten Weltkrieg schlossen sie sich zusammen, um Roosevelts Kriegsregiment mit einer massenhaften »Marsch-auf-Washington-Bewegung«, die sich gegen die Diskriminierung in der Rüstungsindustrie und die Segregation in den Streitkräften richtete, herauszufordern. In den Militärlagern des Südens und den umliegenden Gemeinden griffen sie zu den Waffen, um sich gegen Angriffe von Weißen zu verteidigen. Mit anderen Worten: Sobald die Möglichkeit gegeben war, sprengten die Schwarzen mit ihren Protesten »die Grenzen institutionalisierter Politik« (Michael Lewis, 151).

Die räumliche Trennung und Konzentration in den großen Städten schufen darüber hinaus eine schwarze wirtschaftliche Basis, trotz der Armut, in der die meisten schwarzen Lohnarbeiter lebten. Besonders hervorzuheben ist die allmähliche Herausbildung einer schwarzen Berufsgruppe, die sich von der Macht der Weißen relativ unabhängig machte, einer Gruppe von Priestern, Kleinunternehmern, Ärzten, Anwälten und Gewerkschaftsführern. Früher, und vor allem in den ländlichen Regionen des Südens, gehörten - wenn überhaupt - nur sehr wenige Schwarze diesen Berufsgruppen an, und diese waren meist von Weißen abhängig. Die Herausbildung einer unabhängigen Führungsschicht wurde von einer Expansion und Diversifizierung schwarzer Institutionen sowie von größerer institutioneller Unabhängigkeit von der weißen Gesellschaft begleitet. Auch diese Entwicklung wurde durch die ökonomische Basis, die aus der Konzentration und Segregation resultierte, ermöglicht. Die Kirchen hatten massenhaften Zulauf, Brüderschaften und andere Vereinigungen schossen aus dem Boden, kleine Unternehmen konnten existieren, schwarze Gewerkschaftsverbände wurden gegründet und die schwarze Presse florierte. Diese Institutionen dienten als Vehikel zur Erzeugung von Solidarität, zur Formulierung gemeinsamer Ziele und Mobilisierung kollektiver Aktion.

In der Geschichte schwarzer Proteste sollten diese beruflichen und institutionellen Ressourcen entscheidende Bedeutung gewinnen. Die »Marsch-auf-Washington-Bewegung« unter A. Phillip Randolph, dem Präsidenten der Gewerkschaft der schwarzen Schlafwagenschaffner, ist dafür ein herausragendes Beispiel. Als Führer eines segregierten Gewerkschaftsverbands genoß Randolph bei seinen Aktionen weitgehende Immunität gegen weiße Sanktionen; zudem verfügte die Gewerkschaft über die notwendigen finanziellen Mittel und beträchtliches Organisationstalent. In

den Städten des Nordostens und mittleren Westens, wo ihre Züge Station machten, organisierten die Schlafwagenschaffner, jeder auch ein Kurier und »organizer«, Protestversammlungen und Demonstrationen, um Roosevelt zu zwingen, durch die Bildung einer »Fair Employment Practices Commission« (FEPC) den Schwarzen Zugang zur Rüstungsindustrie zu verschaffen. Entscheidende Bedeutung kam auch der schwarzen Presse zu, die fast einhellig hinter Randolph stand und ununterbrochen über die Aktivitäten der Bewegung berichtete. Die zunehmende Mobilisierung ließ die Solidarität schließlich Klassengrenzen überspringen:

»[Die schwarzen Mittelschichten] waren außerstande, sich der militanten Stimmung der aufbegehrenden Menge, die sie anführen wollten, zu entziehen. Mit einiger Verzögerung wurde die Organisierung der schwarzen Massen [durch Randolph] für eine bundesweite Protestdemonstration allgemein als notwendig anerkannt. Man betrachtete dies als letzten Ausweg, als dramatische Geste, um die weiße Mehrheit zu zwingen, von der bitteren Not ihrer schwarzen Brüder Kenntnis zu nehmen.« (Garfinkel, 42)

Fassen wir zusammen: Die ökonomische Modernisierung, in Verbindung mit der Isolation und Konzentration in den großen Städten, befreite die Schwarzen einerseits von ihren feudalen Fesseln und ermöglichte ihnen andererseits, das berufliche und institutionelle Fundament zu errichten, von dem aus sie den Widerstand gegen die weiße Unterdrückung aufnehmen konnten.

Die Urbanisierung hatte einen weiteren wichtigen Effekt: die auf der untersten Stufe der städtischen Sozialordnung stehenden Schwarzen waren nicht nur der rassistischen Kontrolle weitgehend entzogen, auch die mehr allgemeinen sozialen Kontrollmechanismen hatten an Wirkung eingebüßt. Eine rasche Modernisierung der Landwirtschaft geht gewöhnlich mit sozialen Auflösungserscheinungen einher; die Modernisierung im Süden machte da keine Ausnahme. Die grundlegende Ursache dafür waren Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Im ländlichen Süden mögen die Menschen zwar nahe am Existenzminimum gelebt haben, sie waren aber doch fest in ein ökonomisches System eingebunden. Ebenso fest waren sie in ein semifeudales System sozialer Beziehungen verstrickt. Die Modernisierung aber brachte Arbeitslosigkeit mit sich, die die Menschen in die Städte trieb, wo Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung für viele ein mehr oder weniger chronischer Zustand wurde. 14 Die dauerhafte Arbeitslosigkeit wiederum zersetzte das soziale Gefüge. Mit welcher Gewalt dies geschah, läßt sich anhand des wachsenden Anteils von Familien mit weiblichem Haushaltsvorstand ermessen, denn Männer, die keine Arbeit hatten, waren nicht imstande, Familien zu gründen und zu erhalten. Die Männer selbst verloren durch die Arbeitslosigkeit jede Vorstellung von der Bedeutung der Arbeit und damit auch ihre Arbeitsdisziplin. Auf diese Weise produzierte die Modernisierung der Landwirtschaft eine entmutigte, zerrüttete und daher unberechenbare Klasse, aus deren Reihen jederzeit Revolten hervorbrechen konnten. Eine der Formen, die sie annahmen, waren Gettounruhen: schon 1935 kam es in Harlem zu schweren Unruhen, die sich während des Zweiten Weltkrieges wiederholten.

Als die Zahl der Schwarzen in den Städten zunahm, gelang es ihnen, durch Proteste Konzessionen der politischen Führung zu erzwingen. Jedes dieser Zugeständnisse, waren sie auch noch so symbolisch, verlieh den Forderungen ein weiteres Stück Legitimität und gab Anlaß zu der Hoffnung, daß die Ziele erreicht werden konnten - mit dem Resultat, daß die Proteste noch weiter zunahmen. Die Zugeständnisse kamen von Politikern der nördlichen Bundesstaaten, insbesondere aus der Demokratischen Partei, und von den Bundesgerichten. Wahrscheinlich markierte die Große Depression den Anfang dieser neuen Politik. Obwohl Roosevelt nach Möglichkeit das Bürgerrechtsproblem vermied, weil er befürchtete, den Süden zu verprellen, gab er den Schwarzen doch »ein gewisses Gefühl der nationalen Anerkennung - wenn auch eher im Hinblick auf ihr Interesse an wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit als auf ihren Anspruch auf Gleichberechtigung. Immerhin stieß er das Tor der Hoffnung auf.« (Schlesinger, 806) Die Zahl der Schwarzen im Norden stieg immerfort an, und der Protest wurde intensiver. Während des Zweiten Weltkrieges waren Konzessionen unausweichlich geworden. Zwar war Roosevelt besorgt wegen der Auswirkungen, die ein FEPC auf die Rüstungsproduktion im Süden haben würde, und auch wegen der Gefahr, die Kongreßmitglieder aus dem Süden gegen sich aufzubringen; auf der anderen Seite aber war er mit der Drohung eines Marsches auf Washington konfrontiert, der ein Land, das gerade antrat, für »die Freiheit in Übersee« zu kämpfen, in erhebliche nationale wie internationale Verlegenheit gestürzt hätte. Als der geplante Beginn des Marsches nur noch wenige Tage entfernt war, lenkte Roosevelt ein und unterschrieb am 25. Juni 1941 eine Exekutivverordnung über die Einrichtung eines FEPC.

Im Präsidentschaftswahlkampf von 1948 stieß die Frage der Gewährung grundlegender Rechte für die Schwarzen mit Macht ins Zentrum der Bundespolitik. Mit Truman und Wallace, die Rassentrennung und Diskriminierung einhellig ablehnten, auf der einen, und den das Kastensystem verteidigenden Südstaatenpolitikern auf der anderen Seite, erhielt die Diskussion über die Rassenfrage eine Schärfe, wie seit dem Bürgerkrieg nicht mehr.

In dieser Periode reagierten auch andere Gruppen der nationalen politischen Führungsschicht. Nirgendwo schlug sich dies exemplarischer nieder als in den Entscheidungen des Obersten Gerichts der USA. Nach 1940 bestätigte das Gericht das Recht der Schwarzen, in Zügen, die über Bundesstaatsgrenzen hinaus verkehrten, in rassisch integrierten Speisewagen zu essen; zudem garantierte es ihnen das Recht, sich bei weißen Vorwahlen im Süden in die Wählerlisten eintragen zu lassen und zu wählen, und sich in staatlich finanzierten höheren Bildungseinrichtungen immatrikulieren zu können. Diesem Angriff auf den Rassismus waren jahrelange Bemühungen der NAACP vorangegangen; nun, in einem Klima wachsender schwarzer Proteste, machten die Gerichte endlich Zugeständnisse. Anfang der fünfziger Jahre hatte

»der Rechtsausschuß der »National Association for the Advancement of Colored People« ... einen nahezu lückenlosen Argumentationsstrang gegen das Prinzip des »getrennt, aber gleichwertig« entwickelt und zusätzlich einen Stab von qualifizierten und gewitzten Anwälten aufgebaut, um ihre Sache zu vertreten. In den Fällen Sipuel, Sweatt und McLaurin, die in den ersten fünf Jahren nach dem Kriege entschieden wurden, hatten sie den Obersten Gerichtshof dazu bewegt, die Definition der Gleichwertigkeit enger zu fassen, so daß allein das Prinzip, die Trennung der Rassen sei verfassungsgemäß, solange es echte Gleichheit gebe, Bestand hatte. Jetzt war die NAACP bereit, auch dieses Prinzip anzugreifen.« (Killian, 39)

Der gerichtliche Angriff auf den Rassismus der Südstaaten erreichte 1954 seinen Höhepunkt, als (durch das Urteil im Fall »Brown v. Board of Education«) die »getrennt aber gleichwertig«-Doktrin für den öffentlichen Ausbildungssektor vom Tisch gefegt wurde. Es war ein rauschender Sieg, der jedoch im ganzen Süden die Kräfte der Reaktion entfesseln und eine von Südstaatenpolitikern getragene massive Widerstandskampagne gegen die Bundesprärogative auslösen sollte. Doch sollte er auch unter den Schwarzen selbst bedeutende Auswirkungen haben, war doch das höchste

Gericht des Landes dazu gezwungen worden, dem Kampf gegen den Rassismus neue Legitimität zu verleihen.¹⁵

Die den Politikern und Gerichten im Norden abgerungenen Zugeständnisse schlugen Wellen auch in den Gettos des Südens. Um 1950 quollen auch dort die Gettos von der freigesetzten ländlichen Armutsbevölkerung über. Protest und Erfolg hatten sich als möglich erwicsen. Abgesehen von der fortdauernden Kastenordnung waren alle strukturellen Voraussetzungen für das Entstehen einer Protestbewegung, die in den nördlichen Gettos existierten, auch im Süden gegeben: eine von Lohnarbeitern gebildete ökonomische Basis; die daraus folgende berufliche und institutionelle Expansion und Diversifizierung; die unberechenbare Unterschicht der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten. Zusammengeballt, abgesondert, von weißer Beeinflussung unabhängiger als jemals zuvor und mit den größten Hoffnungen ausgestattet, brach unter den schwarzen Bewohnern der südlichen Großstädte ein Sturm des Protestes hervor.¹⁶

Der dramatischste der ersten Proteste erschütterte Montgomery im Bundesstaat Alabama. 17 Am Donnerstag, den 1. Dezember 1935 weigerte sich Rosa Parks, eine Näherin in einem örtlichen Kaufhaus, in dem für Schwarze vorgeschriebenen Teil eines Busses zu sitzen, und wurde aufgrund der lokalen Rassentrennungs-Verordnung festgenommen. Sie war in jenem Jahr die fünfte Person, die wegen Verletzung der Sitzordnung in den Bussen von Montgomery verhaftet wurde. Allgemein war der Haß auf die Segregation gewachsen, und die Busgesellschaft zum speziellen Ziel der Empörung geworden. Nicht allein hatten die Schwarzen die Demütigung einer nach Rassen getrennten Sitzordnung zu erleiden - die bewaffneten Fahrer waren außerdem wegen der Mißhandlung schwarzer Fahrgäste berüchtigt, von denen sie sogar mehrere getötet hatten. Es war schon seit einer Weile über einen Boykott geredet worden; der »Women's Political Council«, eine Organisation schwarzer Frauen aus der Mittelschicht (die gegründet worden war, nachdem die lokale »League of Woman Voters« sich geweigert hatte, Schwarze aufzunehmen), hatte sogar schon - nach dem Beispiel einer erfolgreichen Boykottaktion in Baton Rouge ein Jahr zuvorkonkrete Schritte geplant. Eine Reihe von Treffen mit Vertretern der Busgesellschaft, in denen sie die Klagen der Schwarzen vorbrachten, waren ergebnislos geblieben.

Als sich die Nachricht von der Verhaftung herumsprach, kam es

unter dem Einfluß der Vorsitzenden des »Women's Political Council« und von E. D. Nixon, einem bekannten Aktivisten aus Montgomery, der auch einflußreiches Mitglied der Gewerkschaft der Schlafwagenschaffner war, zu einer äußerst raschen Mobilisierung der schwarzen Führung. Die schwarzen Pfarrer der Stadt schlossen sich an, und die Vorbereitungen machten schnelle Fortschritte. Am Freitagnachmittag wurden in der schwarzen Gemeinde, die 50 000 Köpfe zählte, 40 000 Flugblätter verteilt, auf denen für den folgenden Montag zum Boykott aufgerufen wurde. Ein Großteil der Flugblätter wurde von den Fahrern eines schwarzen Taxiunternehmens verteilt, das sich außerdem bereit erklärte, Passagiere zum Bustarif zu befördern. Ein Zeitungsreporter, der mit den Schwarzen sympathisierte, brachte es fertig, eine Geschichte über den geplanten Boykott auf der Titelseite der Sonntagsausgabe einer lokalen weißen Zeitung zu plazieren; und schwarze Pfarrer forderten überall von der Kanzel dazu auf, sich dem Boykott anzuschließen.

Am Montagmorgen, nur vier Tage nach der Festnahme, die alles ausgelöst hatte, war der Boykott ein fast hundertprozentiger Erfolg. Am Nachmittag wurde Martin Luther King, der neu nach Montgomery gezogen und daher von etwaigen Fraktionskämpfen noch unverbraucht war, zum Führer eines ständigen Boykottkomitees, der »Montgomery Improvement Association« (MIA), gewählt. Am Montagabend versammelten sich 4000 Schwarze – 8% der schwarzen Bevölkerung von Montgomery, in einer Kirche, um zu bestaunen und zu feiern, was sie getan hatten.

Der Kampf von Montgomery hatte begonnen. In dem Jahr, das er andauerte, wurden alle Elemente der großen Umwälzung deutlich, die den Süden in den folgenden zehn Jahren verändern sollten. Die Busgesellschaft und die Stadtverwaltung verweigerten starrköpfig jedes Zugeständnis, und die schwarze Bevölkerung stellte sich auf einen langen Kampf ein. Eine Mitfahreraktion mit 48 Ausstiegsund 42 Einstiegsstellen wurde organisiert, die ein Jahr lang mit bemerkenswertem Erfolg operierte. Mitglieder der Stadtverwaltung und Gruppen weißer Bürger versuchten, so gut es ging, die Boykotteilnehmer einzuschüchtern: Fahrgäste, die an den Haltestellen warteten, wurden wegen Stadtstreicherei, wegen Trampens oder irgendwelcher anderer »Vergehen« verhaftet; Kraftfahrzeugversicherungen wurden gekündigt; die Führer der Boykottbewegung waren ständigen telefonischen Morddrohungen ausgesetzt.

Das Bombenattentat auf das Wohnhaus von Martin Luther King Ende Januar führte fast zu schweren Rassenunruhen. Als King dann wegen zu schnellen Fahrens verhaftet wurde, ließ man ihn so lange nicht auf Kaution frei, bis sich eine Menge von mehreren hundert Personen vor dem Gefängnis versammelte. Die Stadtverwaltung versuchte die MIA daran zu hindern, ein Büro zur Koordination des Boykotts einzurichten. Mit ständigen Verweisen auf örtliche Bau- und Feuervorschriften der einen oder anderen Art zwangen sie die MIA wiederholt umzuziehen, bis sie endlich Zuflucht in einem Gebäude fand, das einem lokalen Gewerkschaftsverband schwarzer Maurer gehörte.

Gemäßigte Kräfte in Montgomery wurden während dieser Ereignisse erfolgreich mundtot gemacht. Sogar die Kausleute in der Innenstadt, die wegen des Boykotts schwere finanzielle Einbußen hinnehmen mußten, übten nur halbherzigen Druck für eine Beilegung aus, weil sie durch den offen zur Schau getragenen Haß der weißen Bevölkerung in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt waren. Als das »White Citizens' Council« Mitte Februar Senator Eastland einlud, in Montgomery zu sprechen, kamen 12000 Menschen, um ihn zu hören. Auch waren die führenden weißen Geschäftsleute gewarnt worden, daß sie jede Geste der Verständigung an die schwarze Bewegung mit einem Boykott ihrer Geschäfte durch die Weißen würden bezahlen müssen.

Wenn aber die Fronten in Montgomery derart verhärtet waren, so bewegte sich außerhalb Montgomerys doch allerhand. Im ganzen Land und um die ganze Welt erregte der Konflikt große Aufmerksamkeit. Spenden begannen zu fließen: von der NAACP, von den »United Automobile Workers« (die eine erhebliche Zahl schwarzer Mitglieder hatte) und von Tausenden von Einzelpersonen, vor allem aus dem Norden. Die öffentliche Meinung geriet um so stärker in Wallung, als die Führer der Boykottbewegung Ende Februar wegen einer Verschwörung zur Störung des Geschäftslebens angeklagt wurden. Der Prozeß selbst zog die weltweite Aufmerksamkeit der Presse auf sich und bot Dutzenden von schwarzen Zeugen die Gelegenheit, die Kastenordnung der Südstaaten vor einer internationalen Zuhörerschaft anzuklagen. In Alabama wurden die Angeklagten - natürlich - für schuldig befunden, doch das Urteil brachte ihnen Einladungen zu Vorträgen in vielen nördlichen Städten ein, und damit die Möglichkeit, im Norden weitere Unterstützung zu sammeln.

Der Kampf zog sich so lange hin, bis im November ein örtliches Gericht die Mitfahreraktion untersagte. Wäre es früher zu dieser Maßnahme gekommen, wäre der Boykott vielleicht zusammengebrochen (die Boykottführer waren der Auffassung, sie dürften Gerichtsentscheidungen nicht zuwiderhandeln, um vor der Öffentlichkeit nicht ihren Anspruch auf moralische Legitimität zu mindern). Doch mitten im Prozeß – die MIA-Führer waren auf den unvermeidbar negativen Ausgang gefaßt – kam die Nachricht, der Oberste Gerichtshof habe die Gesetze des Staates Alabama sowie entsprechende lokale Verordnungen über die Rassentrennung in Bussen für verfassungswidrig erklärt.

Angesichts dieses Erfolges kam es zu grausamen Vergeltungsmaßnahmen: vier Kirchen und mehrere Häuser wurden zerbombt, viele Schwarze zusammengeschlagen und beschossen. Das Klima der Gewalt alarmierte die Geschäftsleute, deren Umsatzverluste bis dahin ein erhebliches Ausmaß erreicht hatten, nun doch so sehr, daß sie schließlich erheblichen Druck auf die Stadtverwaltung ausübten, woraufhin sieben Weiße wegen der Terrorakte verhaftet wurden. Die Flut der Gewalt ebbte ab. Die schwarze Bewegung der Nachkriegszeit hatte ihre erste große Schlacht geschlagen – und ihren ersten bedeutenden Sieg errungen.

Die Mobilisierung weißen Widerstands

Der Extremismus und Terror der Weißen, der für die Geschichte des Südens so charakteristisch war und bei dem Montgomery-Busboykott und anderen Protesten jener Zeit wieder so offensichtlich wurde, bedurfte kaum der Ermunterung durch die Eliten. Sie wurde dennoch gewährt, denn als die Kastenordnung unter Beschuß geriet, erhoben sich die alteingesessenen Südstaatenpolitiker voller Wut zu ihrer Verteidigung. Respektierte und einflußreiche Persönlichkeiten verurteilten die Gerichte, die Bundesregierung und die Bürgerrechtsaktivisten wegen ihrer Einmischung in Rechte der Bundesstaaten. Sie gingen noch weiter: Senator Harry Flood Byrd von Virginia rief die Südstaatenregierungen und Lokalverwaltungen zum »massiven Widerstand« auf, um die Macht der Gerichte zu brechen. Am dramatischsten wurde diese Elitenreaktion durch die »Deklaration der Verfassungsprinzipien« - das sogenannte »Manifest des Südens« - symbolisiert, die auf Senator Strom Thurmond von South Carolina zurückging. Als sie 1956 ver-

kündet wurde, trug sie die Unterschrift von 82 Mitgliedern des Repräsentantenhauses und von 19 US-Senatoren – das waren 101 der insgesamt 128 nationalen parlamentarischen Vertreter derjenigen Staaten, die während des Bürgerkriegs die Konföderation gebildet hatten. Die Erklärung nannte das Brown-Urteil des Obersten Gerichts von 1954 eine »eindeutige Überschreitung der Befugnisse des Gerichts«, die von »auswärtigen Agitatoren« ausgeschlachtet werde. Die Obersten Richter, so hieß es, »haben sich angemaßt, nackte juristische Macht auszuüben und an die Stelle der rechtmäßigen Gesetze dieses Landes ihre persönlichen politischen und sozialen Vorstellungen zu setzen«. Das Dokument schloß mit der Selbstverpflichtung, »alle gesetzlichen Mittel anzuwenden, um die Zurücknahme dieser Entscheidung, die im Gegensatz zur Verfassung steht, herbeizuführen«. Diese und andere Erklärungen weißer Südstaatenpolitiker (Gouverneur Herman Talmadge von Georgia verkündete, die Entscheidung des Obersten Gerichts sei »nationaler Selbstmord«) blieben nicht ohne Wirkung: so gut wie jeder Staat der ehemaligen Konföderation verabschiedete zum Beispiel Gesetze und Verordnungen gegen eine wirksame Implementation des Brown-Urteils, bis hin zur Schließung und Absperrung öffentlicher Schulen.

Die Legitimität, die die Führer des Südens damit der Mißachtung von Bundesgerichtsurteilen verliehen, ermutigte die Entstehung einer massiven weißen Widerstandsbewegung. Im gesamten Süden schossen neue Organisationen, die sich dem Erhalt der Rassentrennung zum Ziel setzten, wie Pilze aus dem Boden (nach einigen Schätzungen waren es bis zu fünfzig). Ihre Mitgliedschaft rekrutierte sich hauptsächlich aus den Kleinstädten und ländlichen Gebieten des »black belt«. Die meisten dieser Gruppen gingen irgendwann in den besser organisierten und finanzierten »White-Citizens'-Councils« auf, die auf ihrem Höhepunkt im Jahre 1956 über 250000 Mitglieder verfügte. Doch diese

»organisierten Rassentrennungsfanatiker übten einen noch viel weitgehenderen Einfluß aus, als ihre Mitgliederzahlen vermuten ließen. Zu ihren Reihen zählten die ... Kader des massiven Widerstands. Effektive Führung und Organisation [ermöglichten es] ... den Vertretern der ›Citizens' Councils‹, als Sprecher der weißen Bevölkerung aufzutreten. Eine etwas gespannte, aber funktionsfähige Allianz mit mächtigen politischen Persönlichkeiten verlieh ihren Anführern Einfluß auf den höchsten politischen Ebenen.« (Bartley, 84)¹⁸

Auf der lokalen Ebene produzierten die »Citizens' Councils« riesige Mengen von Propagandamaterial gegen die Rassenintegration. Sie verunglimpften und bedrohten Weiße, die sich dafür aussprachen, die Gerichtsentscheidungen zu befolgen, und zettelten systematische Vergeltungsaktionen gegen schwarze Aktivisten an. Auf den Boykott von Montgomery war im Juni 1956 eine ähnlich erfolgreiche Kampagne in Tallahassee gefolgt, und Boykotts weißer Geschäfte verbreiteten sich auch auf andere Teile des Südens. Die »Citizens' Councils« reagierten mit der Organisierung oder Unterstützung ökonomischer Sanktionen gegen Schwarze. Unliebsame Schwarze und Sympathisanten der Bürgerrechtsbewegung wurden aus ihren Farmhäusern geworfen, verloren ihre Arbeitsplätze, und mußten zusehen, wie ihnen Kredite verweigert und Hypotheken vorzeitig gekündigt wurden. Für die zweite Hälfte der fünfziger Jahre, als die schwarze Boykottbewegung um sich griff und die ökonomischen Vergeltungsmaßnahmen der Weißen sich verschärften, läßt sich im Süden durchaus von einem Wirtschaftskrieg sprechen.

Im Präsidentschaftswahlkampf von 1956 versuchten die führenden Politiker des Landes, das explosive Rassenproblem herunterzuspielen; vor allem vermieden sie klare Äußerungen zur brisanten Brown-Entscheidung des Obersten Gerichts. Das Republikanische Wahlprogramm verkündete, die Partei »akzeptiert die [Brown-]Entscheidung«; die Demokraten führten aus, die Entscheidung habe zu »Konsequenzen von ungeheurem Ausmaß geführt«. 19 Während des Wahlkampfes erklärte Eisenhower: »Ich glaube nicht, daß man die Herzen der Menschen durch Gesetze oder Gerichtsentscheidungen verändern kann«, und Stevenson meinte auf die Frage, ob er Bundestruppen einsetzen würde, um die Entscheidungen des Gerichts durchzusetzen: »Ich hielte das für einen großen Fehler. Genau dadurch ist ja schon der Bürgerkrieg ausgelöst worden. So etwas schafft man nicht mit Soldaten oder Bajonetten. Wir müssen Schritt für Schritt vorgehen, ohne dabei Gebräuche und Traditionen zu verletzen, die älter sind als unsere Republik. « (Anthony Lewis, 1964, 108) Die Position, die die Demokraten 1956 in der Bürgerrechtsfrage einnahmen, zielte, mit anderen Worten, darauf ab, den rebellischen Süden wieder zurückzugewinnen.

Obwohl beide Parteien die Frage der Schulintegration mieden, sahen die Republikaner Chancen für ihre Partei in den Schwierig-

keiten, die die Demokraten mit der Rassenfrage hatten. Es bot sich damit eine gute Gelegenheit, das Thema zu nutzen, um entweder weitere Gewinne bei den weißen Südstaatlern zu erzielen²⁰, oder ebenso bedeutsame Gewinne in den schwarzen Gettos des Nordens zu verbuchen. Zu einem gewissen Grad waren die Strategen der Republikanischen Partei darüber uneins, welcher Kurs der richtige wäre:

»Wie die Demokraten, waren auch die Republikaner zwischen zwei konträren Strategien hin- und hergerissen. Einige Vertreter der »Grand Old Partyvblickten sehnsüchtig auf die Stimmen der Schwarzen in den Nordstaaten und empfahlen eine entschlossene Bürgerrechtspolitik. Andere Parteistrategen, die den Einfluß der Demokratischen Parteiführung im Süden beobachteten, stellten sich weitere Republikanische Stimmengewinne unter den weißen Wählern südlich des Potomac vor und rieten zu einer vorsichtigen Behandlung des Problems der Desegregation. « (Anthony Lewis, 1964, 62)

Schließlich entschieden sich die Republikaner, auf die potentiellen Stimmengewinne bei den Schwarzen im Norden zu setzen, kamen doch die Republikanischen Kongreßmitglieder alle aus Nordstaaten mit hohem schwarzen Bevölkerungsanteil. Auf Drängen von Justizminister Herbert Brownell und anderen Republikanern, übermittelte Eisenhower dem Kongreß 1956 eine Bürgerrechtsvorlage, für die sich die Abgeordneten der Partei besonders stark einsetzten; der Präsident forderte von ihnen »die Unterstützung der Partei für ein Bürgerrechtsgesetz, von dem man annehmen konnte, daß es die Politik der Schwarzen revolutionieren und ihre Stimmen wieder der Partei Lincolns zuführen würde« (Evans und Novak, 115).²¹ Die Nordstaaten-Demokraten gerieten durch diesen Vorstoß der Republikaner in ein erhebliches Dilemma, zumal in einem Wahljahr. Viele waren der Meinung, man müsse unbedingt entschlossen für die Bürgerrechte eintreten; andere fürchteten die Auswirkungen, die ein solches Vorgehen auf die Wählerschaft der Südstaaten haben könnte. Es endete damit, daß Lyndon B. Johnson, der Vorsitzende der Demokratischen Mehrheitsfraktion im Senat, mit anderen Abgeordneten aus dem Süden konspirierte, um den Entwurf scheitern zu lassen; bevor über das Gesetz abgestimmt werden konnte, war die Sitzungsperiode des Kongreß vorüber.

Die Wahlen von 1956 ließen erkennen, daß die Demokratische Strategie, die Bürgerrechtsfrage nach Möglichkeit zu umgehen, alles andere als erfolgreich war. Die Basis der Demokratischen Nord-Süd-Koalition wurde ständig schwächer. Auf der einen Seite verließen immer mehr Südstaatler die Partei. Als die Stimmen ausgezählt waren, stand fest, daß Stevenson etwas schlechter als bei den Wahlen von 1952 abgeschnitten hatte. Vier Staaten des äußeren Südens – Florida, Virginia, Tennessee und Texas – blieben in Republikanischer Hand, was deutlich machte, daß sich infolge der industriellen Modernisierung teilweise ein Zweiparteiensystem entwikkelt hatte. Im tiefen Süden ging zudem Louisiana verloren. Obwohl die Demokraten eine Beschwichtigungspolitik in der Rassenfrage verfolgt hatten, mußten sie damit gegenüber den Wahlen von 1952 den Verlust eines weiteren Südstaates hinnehmen. In der Folge begannen politische Beobachter Spekulationen anzustellen, daß das Zweiparteiensystem im Süden eine Wiedergeburt erleben könnte.

Auf der anderen Seite offenbarte die Wahl von 1956, daß auch die schwarze Loyalität zur Demokratischen Partei schwächer geworden war.

»Parteigebundene wie überparteiliche Sprecher der Schwarzen hatten [vor der Wahl] davor gewarnt, daß das Wiederaufleben der rassistischen Bigotterie im Süden das bisherige Bündnis gefährdete. Umfragen deuteten an, daß die Demokraten nicht mit den überwältigenden Mehrheiten in den Bezirken der Schwarzen rechnen konnten, wie sie sie regelmäßig in den vorangegangenen zwanzig Jahren erzielt hatten.« (Moon, 1957, 219)

Als die Stimmen ausgezählt waren, stellte eine Gallup-Untersuchung fest, daß »von allen größeren Bevölkerungsgruppen ... die Schwarzen ... den größten Umschwung zu Eisenhower und Nixon verzeichneten«. 1952 hatte Stevenson rund 80% der schwarzen Wählerstimmen gewonnen, 1956 nur noch rund 60%. Der Trend zunehmender Unterstützung der Schwarzen für die Demokratische Partei, der mit der Wahl von 1936 eingesetzt hatte, war jäh gebrochen.

Beobachter der Wahl von 1956 schreiben den Rückgang der schwarzen Stimmen für die Demokraten übereinstimmend Stevensons Bemühungen zu, auf Kosten der Bürgerrechtsfrage die Einheit der Partei zu erhalten. Matthews und Prothro stellen fest: »Der erhebliche Umschwung zu Eisenhower im Jahre 1956 wurde durch die Überzeugung verursacht, daß vom Standpunkt der Schwarzen aus weder Stevenson noch die Demokratische Partei in der Rassenfrage vertrauenswürdig waren.« (391–392) Diese These wird vor allem durch die Analyse der regionalen Verteilung der

Stimmenverluste gestützt: »Bezeichnenderweise war die Abwanderung der schwarzen Wähler um so stärker, je enger sie mit dem wiederauflebenden Terror in Berührung kamen.« (Moon, 1957, 226) In vielen südlichen Wahlkreisen war der Rückgang der schwarzen Stimmen für die Demokraten bestürzend. Zum Beispiel hatte »im Jahre 1952... der Gouverneur von Illinois (Stevenson) die farbigen Wahlkreise von Atlanta mit einer Mehrheit von über zwei zu eins gewonnen. Vier Jahre später erhielt er in denselben Wahlkreisen weniger als 15% der Stimmen.« (Moon, 1957, 221)²²

Zwar waren die größten Verluste unter den schwarzen Wählerstimmen im Süden zu verzeichnen, aber auch im Norden signalisierten viele Schwarze ihre Unzufriedenheit mit der Demokratischen Partei, wenn auch auf andere Weise:

»In vielen schwarzen Distrikten im ganzen Land ging die Wahlbeteiligung stark zurück, besonders aber in den Industriezentren des Nordens, in denen die Demokraten in den vorhergehenden Jahren große Mehrheiten errungen hatten. Und das trotz einer Zunahme der farbigen Bevölkerung in den meisten dieser Städte....

In Philadelphia wurden 27000 Stimmen weniger abgegeben als 1956, ein Rückgang um 14,7%. In den farbigen Stadtteilen von Kansas City im Bundesstaat Missouri ging die Wahlbeteiligung um ein Fünftel zurück: 5900 weniger Wähler gaben dort ihre Stimme ab. Der prozentuale Rückgang war in Boston mit 28,5% sogar noch höher. In Atlantic City ging die Stimmenzahl der Schwarzen um 19% zurück, inToledo um 15,6%, in Pittsburgh um 15,4%, in Chicago um 12%, in Brooklyn um 9,3%, in Youngstown (Ohio) um 9,1%, in Cleveland um 6,4% und in Harlem um 5,9%.« (Moon, 1957, 228)

Zusätzlich zur Unzufriedenheit mit der Bürgerrechtspolitik der Demokratischen Partei gingen die Stimmenverluste und verminderte Wahlbeteiligung wahrscheinlich noch auf eine weitere Tatsache zurück, daß nämlich die Demokratischen Parteiapparate in den nördlichen Großstädten nur wenig taten, um die Loyalität der Schwarzen zu erhalten. Die Schwarzen fanden in diesen Städten nur langsam Zugang zu den politischen Apparaten, die sich hauptsächlich auf weiße Arbeiter und Mittelschichtsgruppen stützten und kaum darauf vorbereitet waren, ihrer wachsenden schwarzen Anhängerschaft in größerem Umfang entgegenzukommen. Das lag zum Teil daran, daß sich die feindselige Haltung vieler Weißer gegenüber den Schwarzen intensivierte, als deren Zahl zunahm. Zum Teil lag es auch daran, daß viele große Städte fest in Demokra-

tischer Hand waren und die Partei auf schwarze Stimmen nicht angewiesen war, so daß sich nur wenige Demokratische Parteipolitiker veranlaßt sahen, etwa Kampagnen zur Wählerregistrierung in den Gettos durchzuführen, Schwarze in Parteigremien aufzunehmen oder ihre politische Partizipation durch Patronage zu ermutigen bzw. zu belohnen.²³ So lockerte sich, als die Zahl der Schwarzen im Norden anschwoll, die Kontrolle der Demokratischen Kommunalpolitiker über die bisher ausschließlich auf ihre Partei ausgerichtete Gettobevölkerung.

Die Abwanderung schwarzer Wähler im Jahr 1956 war ein Alarmzeichen für die nationale politische Führung der Demokraten. Bis zur Mitte der fünfziger Jahre hatte die Wanderbewegung eine große Zahl von Schwarzen in den Norden gebracht; zudem ließen sich 90% von ihnen in den Innenstädten der zehn am stärksten bevölkerten Industriestaaten nieder, in Bundesstaaten also, die bei Präsidentschaftswahlen von entscheidender Bedeutung waren. In einer Reihe dieser Städte waren die Schwarzen zum größten »ethnischen« Block geworden. Von ihrer potentiellen Bedeutung für den Ausgang von Präsidentschaftswahlen her gesehen, waren sie strategisch ausgezeichnet konzentriert. Darüber hinaus wurde die Demokratische Partei von den Stimmen im Norden um so abhängiger, je deutlicher die Verluste im Süden bei den Wahlen von 1948 und 1952 wurden.

Trotz der wachsenden Bedeutung schwarzer Wähler lehnten es die Demokratischen Parteiführer auch weiterhin ab, in der Frage der Bürgerrechte Konzessionen zu machen. »Die Demokratischen Parteiführer im Norden gaben zwar zu, daß historische Ungerechtigkeiten abgestellt werden müßten«, meint Schlesinger, »glaubten aber, daß stetige und solide Fortschritte über eine Reihe von Jahren hin ausreichen würden, um die Opfer der Ungerechtigkeit zufriedenzustellen und ihre beginnende Revolution einzudämmen.« (807) Wahrscheinlicher ist, daß die Demokratische Parteiführung die Loyalität der Südstaatenwähler einfach nicht noch weiter aufs Spiel setzen wollte, zumal sie damit bis 1956 nicht einmal ein Risiko einging, da doch die Loyalität der Schwarzen ungebrochen schien. Sobald aber die schwarzen Wähler genauso unberechenbar wurden wie die weißen Südstaatler, konnte die Demokratische Strategie sich vorsichtig vorwärts zu tasten, um nicht den Süden gegen sich aufzubringen – nicht länger von Erfolg sein. Der Weg zu Konzessionen in der Bürgerrechtsfrage ist mit anderen Worten nicht, wie einige

Beobachter glauben, durch die Entstehung eines größeren schwarzen Wählerblocks in den Nordstaaten, sondern erst durch den zunehmenden Verlust schwarzer Wählerstimmen geebnet worden.

Eine dieser Konzessionen wurde bereits in dem unmittelbar auf die Präsidentschaftswahl folgenden Jahr gemacht, als der Kongreß das erste Bürgerrechtsgesetz seit 1875 verabschiedete. Das unbeständige Wählerverhalten spielte bei der Bildung der Kongreskoalition, die das Gesetz durchbrachte, eine bedeutende Rolle. Die Demokraten hatten kaum eine andere Wahl, als die Maßnahme zu unterstützen: die Partei hätte vielleicht den Verlust weißer Südstaatler verkraften können, vielleicht auch die Abwanderung schwarzer Wähler, den Verlust beider Lager jedoch nicht. Die Republikaner fühlten sich durch das schwarze Wählerverhalten in ihrer bisher verfolgten gemäßigten Bürgerrechtspolitik bestätigt. Folglich waren es auch wieder die Republikaner, die die Initiative ergriffen und das zuvor gescheiterte Bürgerrechtsgesetz erneut vorlegten. Damit überwarfen sie sich aufs neue mit den Südstaaten-Demokraten. Die Auflösung dieser Allianz, die bisher jegliche Bürgerrechtsgesetzgebung verhindert hatte, war eine direkte Folge des veränderten schwarzen Wählerverhaltens in den nördlichen Industriestaaten.

Da nun dem Kongreß erneut ein Bürgerrechtsgesetz vorlag, riß Johnson rasch die Kontrolle an sich und setzte die notwendigen Kompromisse durch, um einen Filibuster der Südstaaten-Senatoren zu verhindern. Johnsons eigene politische Evolution in der Bürgerrechtsfrage spiegelte die Auswirkungen der erschütterten Wählerbasis der Demokratischen Partei wider – bis zur Mitte der fünfziger Jahre noch hatte sich Johnson regelmäßig geweigert, Bürgerrechtsgesetzgebung zu unterstützen:

»Seit 1937, als er zuerst in das Repräsentantenhaus kam, hatte Johnson in der Bürgerrechtsfrage stets mit Nein gestimmt: Nein zu einem Anti-Lynch-Gesetz im Jahre 1940, Nein zu einer Vorlage gegen die Rassentrennung beim Militär im Jahre 1950, Nein zu Gesetzen gegen die Wahlsteuer in den Jahren 1942, 1943 und 1945, Nein zu einem Anti-Diskriminierungs-Zusatz zu dem bundesstaatlichen Schulspeisungsprogramm, den der Abgeordnete Adam Clayton Powell von Harlem 1946 einbrachte. Ja zu einem von Senator James Eastland von Mississippi 1949 eingebrachten, gegen die Schwarzen gerichteten Zusatz zu dem ewigen Gesetzesvorschlag über die Selbstverwaltung des District of Columbia. Die Liste war lang und lückenlos. « (Evans und Novak, 109)

Johnson geriet durch den Bedeutungszuwachs der Bürgerrechtsfrage, sowie durch die Republikanischen Versuche, daraus Vorteile zu erzielen, in ein qualvolles Dilemma. Obwohl seine Macht im Senat auf der Gruppe der Südstaaten-Senatoren basierte, hatte er starke Präsidentschaftsambitionen. Um diese befriedigen zu können, mußte er sich entscheiden, ob er, der Texaner, »als Mann aus dem Westen und nationaler Demokrat« oder »als Südstaatler und regionaler Demokrat« gelten wollte (Evans und Novak, 110). Den Oppositionskurs gegen die Bürgerrechte fortzusetzen, hätte bedeutet, alle Hoffnung auf eine größere Karriere in der Bundespolitik aufgeben zu müssen.

»Die Entwicklung Johnsons zum scheinbaren Vorkämpfer für die Bürgerrechte begann nach der Zerstörung seiner Hoffnungen im Jahre 1956 [als er die Nominierung zum Vizepräsidentschafts-Kandidaten hauptsächlich aufgrund der Opposition aus dem Norden verlor]. Er hatte verstanden: der Sieg wurde in den Städten errungen, durch die Unterstützung der Gewerkschaften, der Großstadtbosse, der Schwarzen, Einwanderer, unabhängigen Wähler und wenn möglich auch der Farmer, obwohl man sich um die erst ganz zum Schluß zu kümmern brauchte. Johnson erkannte, daß wer den Süden gewinnt, nichts gewinnt. ... LBJ erkannte, daß er sich seine Magnolienblüte aus dem Knopfloch pflücken mußte, also tat er es. Also würde er ein Bürgerrechtsgesetz verabschieden. Und wenn nötig, auch zwei.« (Sherrill, 193)

Das Hauptproblem, dem Johnson sich gegenüber sah, war die Aussicht auf einen Filibuster der Südstaatenabgeordneten – dem mußte vorgebeugt werden. Der Entwurf enthielt Klauseln (und einen Zusatz), die dem Süden nicht gefielen; auf der anderen Seite waren die Republikaner und Demokraten aus dem Norden bereit, auf eine Änderung der Geschäftsordnung des Senats zu drängen, um das Instrument des Filibuster zu schwächen, falls der Süden die Verabschiedung des Gesetzes blockieren wollte. Da jedes der beiden Lager die Stärke der anderen Seite fürchtete, war Johnson in der Lage, Unterstützung für einen Kompromißentwurf zu sammeln, der im wesentlichen symbolischer Natur war und ohne Filibuster mit überwältigender Mehrheit (72 zu 18, wobei Johnson und vier weitere Südstaatler mit der Mehrheit stimmten) verabschiedet wurde.

Die Demokratische Partei hatte wieder einmal die tiefe Kluft in ihren Reihen umschifft. Doch es gab einen Unterschied: das Manöver war nur gelungen, weil man ein Bürgerrechtsgesetz verabschie-

det hatte, so schwach es auch gewesen sein mag. Aus diesem Grund war der »Civil Rights Act« von 1957 von großer Bedeutung, läutete er doch das Ende der althergebrachten Strategie ein, regionale Gegensätze durch Vermeidung des Bürgerrechtsthemas zu überbrücken. Die wachsende Zahl und Unberechenbarkeit der schwarzen Wähler hatten es erforderlich gemacht, diesen Gegensätzen auf neue Art zu begegnen – auf eine Art, die Zugeständnisse an die Schwarzen einschloß. Fortan würde der Kampf über das Wesen dieser Konzessionen geführt werden.

Als das Bürgerrechtsgesetz von 1957 noch diskutiert und verabschiedet wurde, intensivierten die weißen Südstaatler ihren Widerstand. Es war eindeutig die Absicht der »politischen Führung des tiefen Südens ... alle zögernden Kommunen in unüberbrückbare Opposition zum Obersten Gerichtshof [zu] zwingen« (Lubell, 1956, 196). Angesichts der ungeschminkten Mißachtung der Bundesgerichte, die aus dieser Haltung folgte, war eine schwere Krise unvermeidlich. Little Rock im Bundesstaat Arkansas gehörte zu diesen zögernden Kommunen und wurde ein wichtiger Schauplatz der bevorstehenden Krise.

Als die Ideologie massiven Widerstandes vom Süden Besitz ergriff, verlor Gouverneur Faubus, selbst in der Rassenfrage eher gemäßigt, nach und nach die Kontrolle über die weiße Bevölkerung von Arkansas. Angesichts überdeutlicher Hinweise, daß es zu Gewaltaktionen von Weißen kommen würde, falls die Schulbehörde von Little Rock einer gerichtlichen Anordnung zur Integration der öffentlichen Schulen folgen sollte, bat Faubus Eisenhower um Unterstützung durch die Bundesregierung.24 Als seine Bitte zurückgewiesen wurde, mobilisierte er am 2. September 1957 die Nationalgarde, um die Desegregation zu verhindern. Die belagerte Schulbehörde wandte sich an die Bundesgerichte und bat um Instruktionen; sie wurde umgehend angewiesen, den Plan zur Schulintegration durchzuführen. Daraufhin traten neun schwarze Schüler mutig dem gewalttätigen weißen Mob entgegen, um in die »Central High School « zu gelangen, wurden jedoch von den Nationalgardisten zurückgewiesen. Noch einmal baten Vertreter der Schulbehörde die Bundesgerichte um eine zeitweise Aussetzung des Integrationsprogramms, doch wieder wurden sie abgewiesen. Außerdem wies das Gericht das US-Justizministerium an, eine Verfügung gegen Gouverneur Faubus und die Befehlshaber der Nationalgarde zu beantragen. Am 20. September wurde der Antrag verhandelt. Noch am selben Tag untersagte das Gericht Gouverneur Faubus und der Nationalgarde, die Aufhebung der Rassentrennung weiterhin zu verhindern, woraufhin der Gouverneur die Nationalgarde umgehend abrücken ließ. Die Stadtverwaltung von Little Rock sah mit Entsetzen den Gewaltaktionen des Mob, die mit Sicherheit folgen würden, entgegen und bat die Bundesregierung um Polizeitruppen, doch wieder weigerte sich Eisenhower einzugreifen. Als während der folgenden Tage die Ausschreitungen eskalierten, mußte Eisenhower aber schließlich doch die Nationalgarde von Arkansas unter seinen Befehl stellen und Fallschirmtruppen entsenden, um die Ruhe wiederherzustellen.

Die Episode von Little Rock trug erheblich zur weiteren Polarisierung des Landes in der Rassenfrage bei. Wahrscheinlich fühlten sich beide Seiten des Konflikts durch die Ereignisse bestärkt. In den Augen der Schwarzen und ihrer Verbündeten war die Intervention der Bundesregierung ein Triumph zentralstaatlicher Macht über regionalen Rassismus. Andererseits konnte den Südstaatenpolitikern nicht entgangen sein, mit welcher Abneigung sich die Bundesregierung erst unter äußerst extremen Bedingungen in die Kontroverse hatte hineinziehen lassen, was darauf hindeutete, daß weitere Versuche zur Umgehung der Gerichte in Zukunft durchaus erfolgreich sein könnten.

Ein solcher Widerstand konnte viele Formen annehmen. 1958 erreichte zum Beispiel ein koordinierter Angriff auf das Oberste Gericht »seinen Höhepunkt ... als das Repräsentantenhaus fünf Gesetze verabschiedete, die die Autorität des Gerichtes einschränken sollten. Sie scheiterten zwar im Senat, doch die Allianz gegen das Verfassungsgericht bewies auch in der oberen Kammer eine beachtliche Stärke.« (Bartley, 291) Der militante Widerstand der Südstaaten gegen die Aufhebung der Rassentrennung, die Verabschiedung von Anti-Integrationsgesetzen in einer wachsenden Reihe von Bundesstaaten (die die Schließung öffentlicher Schulen einschlossen) und die Initiativen im Kongreß brachten zusammen »den Obersten Gerichtshof unter den schwersten Beschuß seit [Roosevelts Reformversuchen] 1937« (Bartley, 291). Ein Resultat war, daß das Gericht seine Ansichten mäßigte: zwar unterstrich es auch weiterhin das allgemeine Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz, wie es in der Brown-Entscheidung niedergelegt war, doch bestätigte es das Recht der Schulbehörden, Schüler nach ihrem Ermessen auf die Schulen zu verteilen, was den südstaatlichen

244

Behörden erlaube, eher symbolische Maßnahmen zur Schulintegration zu treffen. Kurzum: der massive Widerstand war noch lange nicht gebrochen.

Nichtsdestoweniger begannen sich die zunehmenden regionalen Spannungen, einschließlich der zögernden und tapsigen Versuche der Republikaner, sie zu ihrem Vorteil zu nutzen, für die Schwarzen auszuzahlen. Ein, wenn auch bescheidener Erfolg wurde 1960 mit der Verabschiedung eines zweiten Bürgerrechtsgesetzes erzielt:

»Johnson war sich von Beginn des 86. Kongresses an darüber klar, daß die 1958 gewählten massiven demokratischen Mehrheiten ein zweites Bürgerrechtsgesetz verlangen würden, um die bei der Sicherung des Negerwahlrechts verbliebenen Lücken zu schließen. Er hoffte, so schnell wie möglich noch 1959 und jedenfalls lange vor den Wahlen von 1960, wiederum ohne südstaatlichen Filibuster, ein Mindestgesetz verabschieden zu können. Am 20. Januar 1959 legte er seinen ersten Entwurf vor. Er enthielt in vier Teilen Bestimmungen über die Einrichtung eines Rassenschlichtungsamtes, die er schon 1957 erwogen, aber dann aufgegeben hatte. Der Entwurf wurde von Freunden und Feinden der Bürgerrechtsgesetzgebung gleichermaßen ungünstig aufgenommen. Statt dessen bildete ein von Präsident Eisenhower geförderter, viel umfassender angelegter Gesetzentwurf die Grundlage der Debatte.« (Evans und Novak, 204)

Eisenhowers Gesetzentwurf wurde Anfang 1960 debattiert. Es war ausgeschlossen, daß es Johnson gelingen würde, die Südstaatenabgeordneten zu einer Annahme des Gesetzes zu überreden; ebenso ausgeschlossen, daß er die liberalen Senatoren zu Änderungen hätte veranlassen können. Im Ergebnis kam es zu einem Filibuster, der sich monatelang hinzog und nicht gebrochen werden konnte. »Um den triumphierenden Südstaatlern entgegenzukommen, erklärten sich Johnson und Eisenhowers Justizminister William Rogers [schließlich] bereit, die beiden schärfsten Abschnitte des Entwurfs (die sich auf die Desegregation in Schulen und Berufen bezogen) zu streichen. « (Evans und Novak, 205) Damit war die Verabschiedung des Gesetzes gesichert. Übrig blieben Strafvorschriften gegen Bombenattentate, Attentatsdrohungen und die Verhinderung gerichtlicher Anordnungen, besonders Anordnungen zur Desegregierung von Schulen, sowie eine ineffektive Bestimmung über von Gerichten zu ernennende Wahlbeobachter. Die Republikanischen Senatoren stimmten geschlossen für das Gesetz, das Eisenhower am 6. Mai unterzeichnete.

Das Wiederaufleben schwarzen und weißen Widerstands

Gerade als die Demokraten sich anschickten, 1960 die Präsidentschaft zurückzuerobern, flammte der schwarze Protest wieder auf und nahm immer massivere Formen an. Jetzt provozierten nicht mehr hauptsächlich weiße Südstaatenpolitiker Konfrontationen mit der Bundesregierung – in dieser Phase begannen Bürgerrechtsaktivisten »eine Strategie des zivilen Ungehorsams [einzuschlagen], um Lokalverwaltungen in Konflikte mit den Bundesautoritäten hinein zu zwingen« (Killian, 63). Die Weißen reagierten mit zunehmender Gewalt, die von Südstaatenpolitikern, insbesondere den Gouverneuren, angestachelt wurde und sich in Form von Polizeiterror und Ausschreitungen weißer Mobs äußerte.

Am 1. Februar 1960 betraten vier Studenten des »Negro Agricultural and Technical College« in Greensboro (North Carolina) ein kleines Warenhaus, wo sie sich – unter Verletzung der Kastenordnung – demonstrativ an die Imbißbar setzten. Bedient wurden sie nicht. Von der »Diskrepanz zwischen den Versprechungen auf Integration und der scheinheiligen Wirklichkeit« (Killian, 59) beflügelt, breitete sich die Sit-in-Bewegung wie ein Steppenbrand von einem Schauplatz zum andern aus. In der zweiten und dritten Woche im Februar fanden überall im Staat schon ähnliche Aktionen statt, die von Studenten der Duke University und des North Carolina College organisiert wurden. Trotz Verhaftungen und gewalttätiger Repressalien übernahmen Studenten der Fisk University in Tennessee die Taktik, ebenso Studenten verschiedener Hochschulen in Atlanta. Innerhalb weniger Wochen »dehnten sich die sit-ins auf fünfzehn Städte in fünf Südstaaten aus« (Zinn, 6).²⁵

Das Übergreifen der Sit-in-Bewegung auf Atlanta war von besonderer Bedeutung, hatte doch Martin Luther King nach einer Reihe von Vorbereitungstreffen im Anschluß an den Montgomery-Bus-Boykott die »Southern Christian Leadership Conference« (SCLC) gegründet und die Büros der Organisation in Atlanta, wo er selbst ein neues Pfarramt übernommen hatte, eröffnet. Die SCLC-Führung erkannte rasch die Bedeutung der von den Studenten initiierten Sit-in-Bewegung und bot moralische und finanzielle Unterstützung an (allerdings, wie anzumerken ist, gegen den Widerstand von Funktionären mehrerer etablierter Bürgerrechtsorganisationen). Im April versammelten sich dann, unterstützt von der SCLC, studentische Delegationen von Dutzenden von Universitäten an der

Shaw University in Raleigh (North Carolina), um das »Student Nonviolent Coordinating Committee« (SNCC) zu gründen.

Die Studenten im SNCC waren inspiriert von dem Glauben an die Wirksamkeit zivilen Ungehorsams. Zinn beschrieb sie so: »[Sie hatten] ungeheure Hochachtung vor der Durchschlagskraft von Demonstrationen, sie waren entschlossen, aus dem Labyrinth des Parlamentarismus auszubrechen und die Politiker mit einer Kraft zu konfrontieren, die den Rahmen orthodoxer Politik sprengte – mit der Kraft großer Menschenmengen auf den Straßen und bei Protestdemonstrationen.« (13) Und Kenneth Clark meinte: »Das SNCC scheint die Nase voll zu haben von den langwierigen Verhandlungen und Überzeugungsversuchen, wie die »Urban League« sie praktiziert, und geht davon aus, daß der legislative und juristische Ansatz der NAACP« an seine Grenzen gestoßen war (259).

Im Sommer und Herbst 1960 kam es überall zu militanten Aktionen des SNCC. Keiner wußte genau, was eigentlich geschah oder wer beteiligt war. Es gab keine Organisation, die die Protestaktionen koordinierte²⁶, und einer der Teilnehmer sagte, warum: »Weil die Studenten viel zu beschäftigt waren mit Protestieren ... »Organisation« brauchte eigentlich keiner, denn damals hatten wir eine Bewegung.« (Zinn, 36) Nach der Gründungsversammlung trafen sich im Oktober mehrere Hundert Delegierte in Atlanta, offensichtlich um der Bewegung, die sie geschaffen hatten, so etwas wie eine Struktur zu geben. Doch sogar jetzt gab es kaum Ansätze zu einer festgefügten Organisationsstruktur. Das SNCC »war keine ... Mitgliederorganisation. So blieb die Bindung der einzelnen Individuen an die Gruppe fließend und funktional, der Zusammenhalt ergab sich aus den Aktivitäten. ... Bog man den Zweig in eine Richtung, dann wuchs der Baum eben so. « (Zinn, 37–38)

Ähnlich bemerkte Clark: »Anstelle eines einzigen Vorsitzenden hat SNCC viele »Sprecher«.« (259–260) (Die bekanntesten dieser Sprecher waren vielleicht Bob Moses, Jim Forman, Stokely Carmichael und John Lewis.)

In der Tat kannten all die Organisationen der Bürgerrechtsbewegung, die sich an direkten Aktionen beteiligten, weder eine besonders entwickelte Organisationsstruktur, noch waren sie sehr erpicht darauf, eine formelle Mitgliedschaft aufzubauen. Das traf ebenfalls auf den »Congress of Racial Equality« (CORE) zu. Obwohl seine beitragszahlenden Mitglieder von wenigen Tausend im Jahre 1959 auf 80000 im Jahre 1964 anstiegen, überstieg die

aktive Mitgliedschaft nie 3 000 bis 5 000 Personen, die sich auf über einhundert Ortsgruppen verteilten (Rich, 124; Meier und Rudwick, 227). Der wichtigste Punkt dabei ist, daß die »direkte Aktion ... nur kleine Gruppen von Leuten erfordert, die allerdings so hoch motiviert sein müssen, daß sie bereit sind, das große Risiko, das bei direkten Aktionen unvermeidbar ist, zu tragen. ... CORE in den Südstaaten war ein typisches Beispiel dafür. « (Bell, 90) Kurz gesagt, die Organisationen der direkten Aktion, die sich im Verlauf der Bürgerrechtsbewegung herausbildeten, waren Kaderorganisationen.²⁷

Die Kader - ob im SNCC, CORE oder in der SCLC - führten zunächst exemplarische Aktionen durch. »Das entscheidende Merkmal der SNCC-Führung scheint diese Bereitschaft zu sein, ein persönliches Risiko einzugehen, sich selbst dem Gefängnis und der Brutalität auszusetzen. Seine Mitglieder spielen die wichtige Rolle von Stoßtrupps an der vordersten und gefährlichsten Front des Rassenkampfes.« (Clark, 260) Häufig in Gruppen von nur zwei oder drei, oder einem halben Dutzend agierend, waren die Kader die aktivsten Demonstranten. Zum Beispiel waren »die ersten Sitin-Studenten, die in den sechziger Jahren tatsächlich ihre volle Gefängnisstrafe absitzen mußten, ... Mitglieder der CORE-Gruppe von Tallahassee. Die ersten sfreedom riders, die ihre Strafen voll verbüßten, anstatt in die Berufung zu gehen, waren Mitglieder der CORE-Gruppe von New Orleans.« (Rich, 116) Die SNCC-Aktivisten nannten diese Taktik »Jail-no-bail« (etwa: »Knast-statt-Kaution«):

»Nachdem in Rock Hill (South Carolina) im Februar 1961 zehn Studenten verhaftet worden waren, fällte der Leitungsausschuß des SNCC auf einer Sitzung in Atlanta seine bis dahin kühnste Entscheidung. Vier Leute, so einigte man sich, sollten nach Rock Hill fahren und dort ein sit-in veranstalten, sich verhaften lassen und sich dann weigern, die Kaution zu stellen, wie es bereits die ersten zehn Studenten getan hatten, alles um der Öffentlichkeit die Ungerechtigkeit vor Augen zu halten. ... Jail-no-bail breitete sich aus. Im Februar 1961 gingen in Atlanta achtzig Studenten der schwarzen Colleges ins Gefängnis und weigerten sich, auf Kaution freizukommen.« (Zinn, 38–39)

Derartige exemplarische Aktionen inspirierten wiederum die Mobilisierung der Massen. Ȇberall schnellte die Zahl der Teilnehmer an [CORE-]Demonstrationen in die Höhe«, doch nur wenige von ihnen waren auch CORE-Mitglieder (Meier und Rudwick,

227). Und obwohl die SCLC 65 Ortsgruppen im ganzen Süden hatte, war ihre formelle Struktur »amorph und symbolisch«, waren die Menschen, die in großer Zahl an ihren Demonstrationen teilnahmen, keine Mitglieder (Clark, 255-256). Die Mobilisierung erfolgte hauptsächlich über die segregierten Institutionen, in denen die Menschen bereits »organisiert« waren: die schwarzen Colleges, Kirchen und Gettoviertel. In den Jahren 1960 und 1961 mobilisierten die Aktivisten von SNCC, CORE und SCLC mit großem Erfolg schwarze Collegestudenten im ganzen Süden. Matthews und Prothro geben an, daß während des ersten Jahres 25% der schwarzen Studenten an überwiegend schwarzen Hochschulen in den elf südlichen Bundesstaaten an der Sit-in-Bewegung teilnahmen. Sie taten dies trotz permanenter Repressalien. Von diesen aktiven Studenten wurde »jeder sechste ... festgenommen, jeder zwanzigste ins Gefängnis geworfen. Ungefähr jeder zehnte berichtete, er sei gestoßen, angerempelt oder bespuckt worden, etwa derselbe Prozentsatz kam mit Prügel, Schlagstockeinsatz, Tränengas oder Brandstiftung in Berührung; weitere 8% wurden aus der Stadt gejagt. Nur 11% der Demonstranten berichteten, daß ihnen nichts zugestoßen sei.« (412-415) Den Aktivisten gelang es außerdem, die schwarze Unter- und Mittelschicht in großer Zahl für Aktionen zivilen Ungehorsams zu mobilisieren. Im ersten Jahr der sit-ins nahmen insgesamt ȟber 50000 Menschen - die meisten von ihnen Schwarze, aber auch einige Weiße - ... an der einen oder anderen Demonstration in einhundert Städten teil, und über 3 600 Demonstranten waren eine Zeitlang im Gefängnis« (Zinn, 16).

Versuche zur Überwindung der politischen Instabilität

Durch die Verhaftungen, gewalttätigen Ausschreitungen und Brutalität der Polizei geriet die nationale politische Führung rasch in ein größeres Dilemma. Zum Beispiel wurde King am 25. Oktober – nur ein paar Tage vor der Präsidentschaftswahl von 1960 – verhaftet und verurteilt, weil er seine Bewährungsauflagen innerhalb der vom Gericht festgesetzten zwölfmonatigen Frist verletzt habe. Verurteilt worden war er wegen eines unbedeutenden Verkehrsdeliktes, der Verstoß gegen die Bewährungsfrist bestand in der Teilnahme an einem studentischen sit-in; das Urteil dafür lautete auf vier Monate Zwangsarbeit im Staatsgefängnis von Reidsville,

einem Straflager im ländlichen Georgia. Über Nacht wurde das Weiße Haus mit Telegrammen und Briefen von Gouverneuren, Kongreßabgeordneten, einfachen Bürgern und ausländischen Würdenträgern überschwemmt, die alle um Kings Sicherheit in den Händen südstaatlicher Gefängniswärter aus der tiefen Provinz fürchteten.

Präsident Eisenhower und Präsidentschaftskandidat Richard Nixon wogen die potentiellen Stimmenverluste und -gewinne im Fall einer Intervention gegeneinander ab und entschieden dagegen. Kennedy entschied sich anders, und einige Beobachter behaupten seitdem, daß diese Entscheidung ihm letztlich den knappen Sieg eingebracht habe (Schlesinger, 810–811). Sein Anruf bei Kings Frau und der Anruf Robert Kennedys bei dem Richter, der King verurteilt hatte, lösten unter den Schwarzen im ganzen Land unbeschreibliche Begeisterung aus. Binnen weniger Tage nach Kings prompter Entlassung aus dem Gefängnis kursierten in den Gettos zwei Millionen Exemplare einer Broschüre, in der die Inaktivität der Republikanischen Partei verurteilt und Kennedys Vorgehen gepriesen wurde.

Im allgemeinen war die Demokratische Wahlkampagne jedoch von einer eher ambivalenten Haltung in der Rassenfrage gekennzeichnet. In Kennedys bisheriger Karriere hatte nichts darauf hingedeutet, daß seine Überzeugungen in der Rassenfrage besonders ausgeprägt gewesen wären:

»Da die Bürgerrechte eine so wichtige und dramatische Rolle während seiner Präsidentschaft spielten, werden Historiker immer an Kennedys früherem Standpunkt in der Bürgerrechtsfrage interessiert sein. Bis zum Präsidentschaftswahlkampf von 1960 setzte sich Kennedy nicht besonders stark für die Schwarzen ein. Während seiner Bewerbung um die Vizepräsidentschaftskandidatur von 1956 umwarb er die Delegation aus dem Süden und betonte seine gemäßigte Haltung. Nach 1956 bemühte er sich, das Wohlwollen, das ihm aus dem Süden entgegenschlug, am Leben zu erhalten, und seine dortigen Reden - in die er wenig schmeichelhafte Bemerkungen über Carpetbaggers wie Gouverneur Alcorn aus Mississippi und Lob für L. O. C. Lamar und andere Verfechter südstaatlicher Interessen nach dem Bürgerkrieg einflocht - klangen ein wenig nach Claude Bowers' Tragic Era. 1957 schlug er sich während der Debatte über das Bürgerrechtsgesetz auf die Seite der Befürworter des O'Mahoney-Zusatzes, der vorsah, Geschworenengerichte über die Mißachtung von Gerichtsentscheidungen urteilen zu lassen. Militante Bürgerrechtler betrachteten den Zusatz als eine Kastration des Gesetzes, da Angeklagte, die Schwarze an der Ausübung ihres Wahl-

250

rechts behindert hätten, vor Geschworenenjuries im Süden eher Gnade finden würden als vor Bundesrichtern.« (Carleton, 279)²⁸

Auf dem Nominierungsparteitag wurde eine größere Auseinandersetzung mit den Südstaatenextremisten vorsichtig vermieden. »Die Kennedy-Leute taten alles, um die Südstaatler nicht durch irgendwelche Aktionen, die über eine klare Bürgerrechtsaussage im Wahlprogramm hinausgingen, gegen sich aufzubringen. « (Tindall, 42)²⁹ Der Wahlkampf der Republikaner war von ähnlicher Ambivalenz gekennzeichnet. Obwohl Nixon einem Abschnitt im Parteiprogramm, in dem mit starken Worten nach Bürgerrechten verlangt wurde, zugestimmt hatte, führte er eine heftige Wahlkampagne in der weißen Südstaatenbevölkerung, vermutlich in der Hoffnung, aufgrund der Kontroverse um Kennedys Katholizismus weitere Stimmenzuwächse erzielen zu können, und warb unterschwellig um die Stimmen der Segregationisten.³⁰ In dieser unklaren Situation liefen Florida, Tennessee und Virginia zu den Republikanern über, während aus den Wahlen in Alabama und Mississippi ungebundene Wahlmänner hervorgingen. Die Schwarzen aber kehrten zur Demokratischen Partei zurück. Kennedy erhielt 68% ihrer Stimmen, das waren 8% mehr als Stevenson 1956.

Darüber hinaus muß betont werden, daß die Rückkehr der schwarzen Wählerstimmen exakt an den richtigen Stellen erfolgte. Überwältigende Mehrheiten in einigen der größten Gettos verhalfen Kennedy zum Gewinn wahlentscheidender Bundesstaten, und das mit hauchdünnen Mehrheiten:

»Kennedys Stärke in den großen Städten des Nordens, wohin die Schwarzen aus dem Süden gezogen waren, war entscheidend für den hauchdünnen Sieg der Demokraten in den acht Bundesstaaten, die von Experten bei knappem Wahlausgang für ausschlaggebend über Sieg oder Niederlage gehalten werden: New York, Illinois, Pennsylvania, Michigan, Maryland, Missouri, Minnesota und New Jersey. Alle von ihnen – bis auf Missouri – waren 1956 an Eisenhower gefallen; 1960 gingen alle acht an Kennedy aufgrund seiner Überlegenheit in den großen Städten. Am Beispiel Philadelphias ließ das »Republican National Committee« Wahlkreis für Wahlkreis untersuchen, welches die Gründe dafür waren. Die Studie zeigte unter anderem, daß ihr Kandidat nur 18% der schwarzen Stimmen hatte gewinnen können, Kennedy dagegen 82.« (Fuller, 113)

Wenn nach den Wahlen von 1960 eine Gruppe Grund hatte, Maßnahmen des Präsidenten zu ihrem Vorteil zu erwarten, waren es die Schwarzen. Ohne ihre massive Unterstützung in den wichtigsten

Industriezentren hätte Kennedy die Wahl nicht gewinnen können. Dennoch sollten »fast zwei Jahre vergehen, bevor Kennedy wieder zum Telefon griff« (David Lewis, 1970, 130). Er war nur mit knapper Mehrheit ins Amt gekommen und hätte aufgrund der weißen Stimmenverluste im Süden die Wahl fast verloren. Noch immer schien daher eine Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Süden ratsam.

Darüber hinaus fürchtete Kennedy (wie schon andere Demokratische Präsidenten vor ihm), durch eine Konfrontation mit dem Kongreß in der Bürgerrechtsfrage Unterstützung für andere innenpolitische Gesetzesvorhaben zu verlieren. »Der Grund lag in politischer Arithmetik. ...« (Sorenson 1965, 475) »Eine Zementierung der konservativen Koalition – indem man eine Streitfrage anschnitt, bei der die Südstaatler schon immer die Unterstützung der Republikaner im Austausch für die Opposition der Südstaatler gegen andere Vorlagen gesucht hatten – konnte sein ganzes Programm scheitern lassen.« (Sorenson 1967, 444; vgl. auch Schlesinger, 811) So entschied sich der Präsident, anstelle gesetzlicher Änderungen die Möglichkeiten der Exekutive voll auszuschöpfen:

»Kennedys Aufgabe bestand darin, auf dem Wege von Exekutivmaßnahmen soviel zu erreichen, daß Forderungen nach neuen Gesetzen unter Kontrolle gehalten werden konnten. Die Macht zur Durchsetzung der bestehenden Bürgerrechtsgesetze lag beim Justizministerium; die Handhabung der Macht oblag dem Justizminister. In dieser Lage konnte Kennedy nicht nur vermitteln, auf welcher Seite sich die präsidiale Autorität befand, sondern auch seine persönliche moralische Position deutlich machen.... Wenn es dem Justizminister Kennedys gelang, das Vertrauen derjenigen, deren Hauptsorge die Bürgerrechte waren, zu gewinnen und den Eindruck zu vermitteln, daß sich auf diesem Gebiet etwas bewege, konnte der Präsident seine Unterstützung für neue Bürgerrechtsgesetze so lange hinauszögern, bis der Kongreß bewilligt hatte, wozu es der Stimmen aus dem Süden bedurfte.« (Fuller, 112, 116)³²

So wurde das Justizministerium zum Hauptinstrument der Administration in der Bürgerrechtspolitik. Bürgerrechtsklagen erhielten im Ministerium eine höhere Priorität, und es wurden mehr Gerichtsverfahren als vorher, insbesondere auf den Gebieten Schulintegration und Wahlrecht eingeleitet. Gleichzeitig berief Kennedy jedoch Südstaatler ins Verfassungsgericht, die bei den Schwarzen großes Mißfallen hervorriefen. James Farmer gibt die Gefühle der Aktivisten wieder:

»Sicherlich leitete das Justizministerium mehr Verfahren wegen Verletzung der Vorschriften zur Wählerregistrierung ein als unter Eisenhower, doch hatte Kennedy, vermutlich mit der Zustimmung des Justizministeriums, drei bekannte Rassisten ins Oberste Gericht berufen: William Harold Cox aus Mississippi [der zweihundert Antragsteller auf Wahlzulassung »einen Haufen Nigger ... Schimpansen, die eher in einen Film gehören als auf die Wählerlisten« genannt hatte], J. Robert Elliott aus Georgia [Ach will nicht, daß diese Kommunistenfreunde, Radikalen und Schwarzen mehr Stimmen zusammenbringen als diejenigen Wähler, die unsere Segregationsgesetze und Traditionen bewahren wollen«] und E. Gordon West aus Louisiana [der die Schulintegrationsentscheidung von 1954 »eine der wahrlich bedauernswerten Entscheidungen in der Geschichte« nannte]. Rassistische Bundesrichter bilden heute vielleicht das größte Hindernis bei der Durchsetzung der Gleichberechtigung im Süden. « (40)

Im Beschäftigungsbereich erließ Kennedy eine Exekutivverordnung gegen diskriminierende Beschäftigungspraktiken bei Bundesbehörden und stellte mehr Schwarze ein als alle vorherigen Regierungen; unter anderem verhalf er einer Reihe von Schwarzen zu führenden Regierungspositionen. Ferner instruierte er alle Ministerien, Schwarze systematisch in höhere Posten aufzunehmen. So stieg die Zahl der Schwarzen in mittleren Beamtenpositionen von Juni 1961 bis Juni 1963 um 36,6% und im höheren Dienst um 88,2% (Schlesinger, 813). Ebenso versuchte der Präsident, über das von Vizepräsident Johnson geführte »President's Committee on Equal Employment Opportunity« die Diskriminierung im privaten Sektor einzuschränken, wenn auch im Zuge der Aktivitäten des Komitees keine Bundesaufträge an private Arbeitgeber gekündigt wurden.

Der Widerstand verstärkt sich

Allein: die Aktivitäten der Kennedy-Administration an der Bürgerrechtsfront gingen den Südstaatenpolitikern zu weit, den Bürgerrechtsaktivisten jedoch bei weitem nicht genug. Folglich eskalierten beide Seiten ihren Widerstand- die einen, um die Bemühungen der Bundesregierung um Gleichberechtigung zu schwächen, die anderen, um sie zu verstärken. Zu den dramatischsten Aktionen in diesem Zeitraum gehörten die »freedom rides« (»Freiheitsfahrten«, d.h. organisierte Bus- oder Zugfahrten in den amerikanischen Süden zur Aufhebung der Rassentrennung im Transportwesen – d.Ü.) von Bürgerrechtsaktivisten und die Konfrontationen

um die Integration des Erziehungswesens, die von mehreren Südstaaten-Gouverneuren heraufbeschworen wurden.

Zu den herausragendsten Symbolen der Kastenordnung des Südens gehörte die Rassentrennung in Busstationen und Bahnhöfen - von Warteräumen über Bahnhofsrestaurants bis hin zu den Toiletten. Da diese öffentlichen Einrichtungen zum Zuständigkeitsbereich einer Bundesbehörde - der »Interstate Commerce Commission« (ICC) – gehörten, waren sie ein logischer Schauplatz für Konfrontationen über die Rassentrennung. Im Frühjahr 1961 beschloß der »Congress of Racial Equality« unter seinem neuen Vorsitzenden James Farmer³³, »freedom riders« in den Süden zu schicken.³⁴ Die »freedom rides« (denen sich später auch die SCLC, das SNCC und das »Nashville Student Movement« anschlossen) riefen einige der schlimmsten Gewalttaten weißer Mobs in dieser Zeit hervor. Insgesamt gab es ungefähr ein Dutzend verschiedener »freedom rides«, an denen sich rund 1000 Personen beteiligten (Lomax, 161; Schlesinger, 815). Nach jeder der gewalttätigen Konfrontationen und Massenverhaftungen stand die Bundesregierung vor der Frage, ob sie in den Konflikt eingreifen sollte. Eins stand jedenfalls fest: die Bürgerrechtsaktivisten würden auf keinen Fall aufgeben. James Farmer drückte den Geist der »freedom rides« aus, als er erklärte: »Für die Beteiligten waren die Gefängnisse nichts Neues, aber für die Gefängnisse von Mississippi waren die sfreedom riderse bestimmt etwas Neues.« (Zinn, 57) Viele der Teilnehmer an den verschiedenen Fahrten hatten in der Tat schon Erfahrungen mit Südstaatengefängnissen gemacht; sie waren Veteranen der sit-ins und der »jail-no-bail«-Proteste. Die Gefängnisse waren zu der Feuerprobe geworden, aus der die Kader des zivilen Ungehorsams hervorgingen.

Die Kennedy-Administration wurde fortwährend in den Konflikt der beiden aufeinanderprallenden Seiten hineingezogen. Mit ihren Reaktionen schüttete sie nur Öl ins Feuer: wenn die Bundesregierung sich hinter die Ziele der Bewegung stellte – entweder symbolisch oder durch verschiedene administrative Maßnahmen –, fühlten sich die Beteiligten ermutigt, wie frustriert sie auch sonst wegen der Verzögerung und Kompromisse aus Washington gewesen sein mögen. Als der Präsident beispielsweise bei einer Pressekonferenz nach den »freedom rides« gefragt wurde, antwortete er: »Der Justizminister hat unsere Auffassung klar und deutlich herausgestellt, daß jeder, der reist – ganz gleich aus welchem Grund (sic) –,

den vollen Schutz der Gesetze und der Verfassung genießen muß.« (Schlesinger, 815/816) Schließlich griff der Justizminister ein, um die »freedom rides« in Montgomery zu beschützen, da dort die Gewalt ein Ausmaß erreichte, das sich nicht länger ignorieren ließ:

»Die Gewalt nahm solche Ausmaße an und geschah so offen, daß Justizminister Robert Kennedy 400 Mann der Bundespolizei nach Montgomery beorderte, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Am Abend des 21. Mai hielt Dr. King eine Massenversammlung in Montgomerys First Baptist Church ab. Während die Veranstaltung ablief, rottete sich draußen vor der Kirche ein weißer Mob zusammen. Zwischen den tausend Schwarzen in der Kirche und dem Mob stand ein Trupp Bundespolizisten und Stadtpolizei von Montgomery. Irgend jemand aus der Menge rief: »Wir wollen auch Integration. Laßt uns zu ihnen rein. Danach hagelte es Flaschen und Pflastersteine auf die Kirche. Die Bundessheriffs schlugen mit Tränengas zurück. Die Schlacht wütete fast die ganze Nacht.

In der Kirche hakten sich die Schwarzen gegenseitig ein und sangen die Hymne der Bürgerrechtsbewegung: »We Shall Overcome«.

We are not afraid ... We are not afraid ... We are not afraid today ... Oh, deep in my heart, I do believe ... We shall overcome someday.

(Wir fürchten uns nicht ... Wir fürchten uns nicht ... Auch heute fürchten wir uns nicht ... Oh, tief in meinem Herzen, da glaube ich ... Eines Tages werden wir siegen.)« (Bleiweiss, 84–85)

Innerhalb nur weniger Monate nach diesem Ereignis ordneten die Bundesgerichte und die ICC die Desegregation aller Bahnhofseinrichtungen an, sowohl für die Passagiere der Busse und Züge, die die Grenzen einzelner Bundesstaaten überquerten, als auch der innerstaatlichen Transportmittel.

Versuche zur Kanalisierung der Bürgerrechtsbewegung

Nach dem Beginn der studentischen sit-ins und »freedom rides« versuchte die Kennedy-Administration, die Bürgerrechtsbewegung von ihrer Konfrontationstaktik abzubringen und sie statt dessen zum Aufbau einer starken schwarzen Wählerschaft im Süden zu bewegen. Die Haltung der Regierung in dieser Frage ist nicht schwer zu verstehen. Die Taktik der Konfrontation führte – zusammen mit den Gewalttaten der Polizei und weißer Zivilisten, die sie provozierte – überall zu einer Polarisierung der öffentlichen Meinung. Die Gewaltexzesse stürzten die Kennedy-Administration immer wieder in ein qualvolles politisches Dilemma: Sollte sie intervenieren, um die Bürgerrechtler zu schützen und dem Gesetz

zur Geltung zu verhelfen, oder sollte sie nicht? Jegliche Intervention würde die eine Seite im Kampf um die Bürgerrechte empören, passive Zurückhaltung die andere – so oder so mußte sich die Kluft in der Demokratischen Wählerschaft vertiefen.

Folglich unternahm die Regierung Schritte, um das Ausmaß des Konfliktes zu reduzieren, indem sie versuchte, die Bürgerrechtler von der offenen Konfrontation über die Aufhebung der Rassentrennung in Schulen, Wartesälen, Toiletten, Parks und Schwimmbädern, die die weißen Südstaatler so aufbrachte, abzubringen. Statt dessen schlug sie vor, die Bürgerrechtler sollten sich auf die Registrierung schwarzer Wähler konzentrieren, weil in den Worten von Schlesinger

»das Stimmrecht der Schwarzen ... keine sozialen oder sexuellen Ängste aus[löste], und die Weißen im Süden kaum mit dem gleichen moralischen Eifer gegen das Wahlrecht ihrer farbigen Mitbürger argumentieren [konnten] wie gegen die Rassenmischung in den Schulen. Kurz, die Konzentration auf das Wahlrecht schien das beste verfügbare Mittel, um den weißen Süden zu überzeugen.« (814)

(Diese Meinung ignorierte unerklärlicherweise das tiefverwurzelte Interesse weißer Südstaatenpolitiker an der weiteren Verweigerung des Wahlrechts für die Schwarzen; noch berücksichtigte sie das – zwar abnehmende, aber noch immer wichtige – Interesse der Plantagenbesitzer im »black belt« an der Unterdrückung der Schwarzen.)

Außerdem erkannte die Kennedy-Administration – wie sowohl Sorenson als auch Schlesinger verdeutlichen – allmählich, daß eine Ausdehnung des Wahlrechts auf die Schwarzen die Möglichkeit bot, verlorenes Terrain der Demokratischen Partei im Süden zurückzugewinnen. Die Schwarzen im Süden repräsentierten ein gewaltiges, noch gänzlich unberührtes Reservoir Demokratischer Wähler: ihre Zahl konnte die Verluste weißer Südstaatenwähler wieder wettmachen. Diese Erkenntnis machte es erforderlich, der Durchsetzung des Wahlrechts größere Aufmerksamkeit zu schenken. Auf diese Weise

»passierte die Abschaffung der Wahlsteuern bei Bundeswahlen, die schon seit zwanzig Jahren angestrebt wurde ... schließlich beide Häuser des Kongresses, wurde vom Präsidenten und vom Nationalen Demokratischen Komitee durch die Parlamente der Bundesstaaten gepeitscht und wurde damit zum vierundzwanzigsten Zusatz zur Verfassung. Der Präsident glaubte, daß allein die Zahl der Schwarzen und weniger begüterten Weißen,

denen durch diese Maßnahme die Wahl ermöglicht wurde, beim Rennen um die Wiederwahl im Jahre 1964 in Texas und West Virginia ihm einen Stimmenzuwachs bringen könnte.« (Sorenson, 444)

In demselben Sinne schrieb Kennedy, als er die Berichte seines Justizministers über den Fortschritt in der Wahlrechtsfrage nach zwei Jahren durchsah: "Treib die Sache weiter voran. « Schlesinger glaubte in diesen Ereignissen einer Parallele zu den frühen Jahren des New Deal zu erkennen: "Eine Generation zuvor hatte Roosevelt die Energien und Hoffnungen der Gewerkschaftsbewegung im New Deal aufgefangen. [Ebenso] versuchte Kennedy 1963, die Negerrevolution in die demokratische Koalition einzubeziehen und sie so für die Zukunft Amerikas in Freiheit nutzbar zu machen. « Lassen wir die Frage, ob der Zukunft amerikanischer Freiheit gedient worden ist, einmal beiseite, kann jedoch nur wenig Zweifel darüber bestehen, daß die Einbeziehung der schwarzen Südstaatenbevölkerung in die New-Deal-Koalition der Zukunft der Demokratischen Partei dienen würde.

In Übereinstimmung mit dieser politischen Strategie argumentierte die Kennedy-Administration bei ihren Verhandlungen mit Bürgerrechtsgruppen auch, das Wahlrecht sei das »Sesam-öffnedich für alle anderen Rechte« (Navasky, 169; vgl. ebenfalls Sorenson, 447; Schlesinger, 814). Dementsprechend sei es die Aufgabe der Bundesregierung, das Wahlrecht auf dem Rechtsweg durchzusetzen, und die Aufgabe der Bürgerrechtsbewegung, für die Registrierung der Schwarzen als Wähler zu sorgen. Bei diesen Verhandlungen mit den Führern der Bürgerrechtsbewegung leistete die Kennedy-Administration jedoch mehr als reine Überzeugungsarbeit.

Sie operierte darüber hinaus in einer, wie Schlesinger es nennt, »Aktion hinter den Kulissen«, die in ihrer Dringlichkeit »an die Anstrengungen zur Befreiung der Schweinebucht-Gefangenen erinnerte« (814), mit umfangreichen finanziellen Anreizen. Im Juni 1961 »trafen Vertreter des SNCC, der SCLC, der ›National Student Association« und des CORE [auf dessen Einladung] mit dem Justizminister zusammen. Kennedy erklärte, daß seiner Meinung nach Projekte zur Wählerregistrierung weitaus konstruktiver wären als ›freedom rides« und andere Demonstrationen. Er versicherte den Konferenzteilnehmern, daß die notwendigen Geldmittel über private Stiftungen zur Verfügung gestellt werden und Beamte des Justizministeriums, einschließlich FBI-Agenten, jede

nur mögliche Unterstützung und Kooperation gewähren würden.« (Meier und Rudwick, 173; Zinn, 58)³⁵

Innerhalb der Bürgerrechtsbewegung riefen diese Kanalisierungsversuche sowohl Bestürzung als auch Enthusiasmus hervor.

"Während viele CORE-, SNCC- und SCLC-Aktivisten Kennedys Vorschlägen skeptisch gegenüberstanden und sie als einen bewußten Versuch, sie von direkten Aktionen abzubringen, ansahen, waren andere ohnehin schon zu dem Schluß gekommen, daß direkte Aktionen kein Allheilmittel seien und daß die Wählerregistrierung die notwendige Basis für weiteren Fortschritt bilden würde.« (Meier und Rudwick, 172)

Wieder andere, unter ihnen King, meinten, beide Herangehensweisen seien notwendig:

»Immer wieder stimmten wir zu, daß zwar das Recht, an Wahlen teilnehmen zu können, sehr wichtig sei, aber wir erklärten auch immer wieder mit Geduld, daß die Neger nicht alle anderen Rechte vernachlässigen wollten, um sich nur auf das eine zu beschränken, das besonders ins Scheinwerferlicht gestellt wurde.« (1965, 19)

Über dieser Frage brach SNCC fast auseinander. Die eine Fraktion, die die Bedeutung direkter Aktionen hervorhob, war davon überzeugt, das Interesse der Kennedy-Administration an der Wählerregistrierung sei ein getarnter Versuch, »die Militanz der Studentenbewegung zu dämpfen«, während die andere Fraktion davon ausging, daß Wählerregistrierung den Schlüssel zum Sturz des südlichen Kastensystems darstellte (Zinn, 59). Die Spaltung wurde schließlich dadurch vermieden, daß für jede der beiden Strategien eine eigene Abteilung innerhalb der Organisation geschaffen wurde: eine Fraktion verfolgte auch weiterhin eine Konfrontationsstrategie (die sich vor allem gegen die Rassentrennung in Hotels und Gaststätten richtete), die andere führte Kampagnen zur Wählerregistrierung durch. Da alle Bürgerrechtsorganisationen auf die eine oder andere Weise der Verlockung des Urnenganges erlagen und die Bundesregierung ihre finanzielle Unterstützung und ihren Schutz zugesichert hatte, kam es zwangsläufig zu einer Kampagne zur Registrierung schwarzer Wähler in den Südstaaten. Zum Frühjahr 1962

»lief das Voter Education Project schließlich an. ... Es war für einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren geplant und kostete 870000 Dollar, die fast vollständig von der Taconic und der Field Foundation sowie vom Stern Family Fund aufgebracht wurden. Da bei Beginn des Projekts nur 25% der Schwarzen im Süden registriert waren, wurde erwartet, daß die Kampagne

noch rechtzeitig zur Präsidentschaftswahl von 1964 wesentliche Veränderungen hervorbringen werde.« (Meier und Rudwick, 175)

Obwohl es der Kennedy-Administration gelang, viele Mitglieder des SNCC und anderer Bürgerrechtsorganisationen in die Kampagnen zur Wählerregistrierung einzubeziehen, sollte sich bald herausstellen, daß ihr Versuch, sie von ihrer Konfrontationsstrategie abzubringen, keinen Erfolg hatte. Mochte ihre Auffassung vom politischen Wahlsystem auch noch so traditionell sein, ließen sich die Aktivisten, die nun ausschwärmten, um die schwarze Armutsbevölkerung zu registrieren, dennoch vom Elan der sit-ins, »freedom rides« und der übrigen Konfrontationstaktiken mitreißen. Da sie beabsichtigte, Macht durch den Stimmzettel zu gewinnen, war es darüber hinaus nur natürlich, daß sie sich auf die Wahlbezirke im »black belt«, wo es potentielle schwarze Mehrheiten gab, konzentrierten. Aus eben diesem Grund aber standen sie auch den erbittertsten und sich am stärksten bedroht fühlenden Lokalpolitikern gegenüber, denen eine Polizei zur Seite stand, die wie nirgendwo sonst in den USA zu zügellosem Terror fähig war. Zudem griffen diese Politiker zu allen möglichen Formen ökonomischen Drucks auf die schwarze Armutsbevölkerung, um deren Wählerregistrierung zu verhindern. So wurden Schwarze entlassen, zwangsgeräumt oder von der Lebensmittelhilfe des Bundes abgeschnitten:

»Als die Flut der Wähleranträge in Greenwood [Mississippi] anschwoll [obwohl während der ersten sechs Monate der SNCC-Aktivitäten dort nur ganze fünf Schwarze offiziell den Test, den das Wahlamt ihnen vorlegte, bestanden hatten], wurde die ökonomische Schraube gegen die farbige Bevölkerung angezogen. Die Winter waren in den Landgemeinden von Mississippi schon immer karg gewesen, und die Leute waren auf die Lebensmittellieferungen der Regierung angewiesen. Im Oktober 1962 stoppte das Board of Supervisors« von Leflore County die Verteilung der Lebensmittellieferungen, wovon 22000 Menschen – hauptsächlich Schwarze –, die von ihnen abhängig waren, betroffen wurden. « (Zinn, 86)

Es kam vor, daß Bürgerrechtler in ländlichen Wahlkreisen nach einem Jahr Arbeit zwar auf zahllose Verhaftungen, Prügel und sogar einige Todesopfer zurückblicken konnten, nicht aber auf registrierte schwarze Wähler.

Angesichts dieser Fehlkalkulation wollte die Regierung von ihren Versprechungen, die Wahlrechtsaktivisten zu schützen, nichts mehr wissen. Die Regierung hatte zwar gehofft, im Süden Stimmen dazuzugewinnen, aber nicht zum Preis einer verschärften Rebel-

lion weißer Südstaatler (besonders im Kongreß) gegen die nationale Demokratische Partei. Vor diese Alternative gestellt, wurden die Bürgerrechtler geopfert. Trotz extensiver Dokumentierung von Wahlrechtsverletzungen und trotz extensiver Dokumentierung von Gewalttaten gegen Bürgerrechtsaktivisten, weigerte sich die Kennedy-Regierung immer wieder einzugreifen.

Zur Rechtfertigung ihrer fortgesetzten Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Süden argumentierte die Kennedy-Administration, es mangele der Bundesregierung an Autorität, um gegen Gouverneure, Polizeichefs und andere Südstaatenpolitiker vorzugehen (Navasky, 221). Am Ende blieben sogar die juristischen Vorstöße der Kennedy-Administration stecken, denn die zuständigen Bundesrichter im Süden (und nicht zuletzt die von Kennedy selbst berufenen) gehörten oft zu den kompromißlosesten Rassisten:

»Der nachweisbare Schaden, den diese Richter anrichteten, war dreifacher Natur: Erstens schoben sie die Gerechtigkeit gnadenlos auf die lange Bank – womit sie die Durchsetzung der verfassungsmäßigen Rechte, die schon seit über hundert Jahren überfällig gewesen war, weiter verzögerten. Zweitens versetzten sie der Bürgerrechtsbewegung schwere Nackenschläge, so daß diese zusehends frustrierter, fragmentierter und radikalisierter wurde – eine direkte Folge der offen ungerechten Entscheidungen, der Bundesgerichtsbarkeit. ... Drittens unterminierten sie durch Täuschung, Verschleppung und unmittelbare Angriffe auf die Bundesgewalt die Strategie des Justizministeriums, Fortschritte durch Rechtssprechung anstelle von Gesetzesgebung zu erzielen.« (Navasky, 247–248)

Als Resultat genoß die massive weiße Widerstandsbewegung im Süden auch weiterhin großen Handlungsspielraum bei ihrer Bekämpfung der Bürgerrechte.

Wie es sich herausstellte, hatte sich auch die Bürgerrechtsbewegung verkalkuliert. Die Aktivitäten zur Wählerregistrierung waren geographisch weit gestreut, und häufig mußten Bürgerrechtler in kleinen Gruppen von nur zwei oder drei Personen in relativ isolierten ländlichen Gebieten arbeiten. Daraus resultierten zahlreiche kleinere Konfrontationen, die jedoch gewöhnlich nicht publiziert wurden und somit vom Weißen Haus ignoriert werden konnten. Auf diese unerwartete Weise waren die Kanalisierungsversuche der Kennedy-Administration doch noch erfolgreich.

So blieb der Bürgerrechtsbewegung nur, auch weiterhin massenhafte Unruhe zu provozieren, denn nur wenn massenhafte Unruhe in ihren extremsten Formen ausbrach (und manchmal nicht einmal

dann), tat die Bundesregierung das, wozu sie angeblich nicht befugt war. »Wir erzeugen Druck und schaffen eine Krise«, sagte James Farmer, »und schon reagieren sie.« Zu einer wichtigen Krise kam es in Albany, Georgia, obwohl auch sie die Bundesregierung nicht zum Eingreifen veranlaßte.

Der Widerstand eskaliert

Die Vorfälle von Albany wurden durch eine Anordnung der »Interstate Commerce Commission« ausgelöst. Angesichts der Unruhe, die von den »freedom rides« ausgelöst worden waren, hatte Robert Kennedy bei der ICC beantragt, rassisch getrennte Bahnhofseinrichtungen im zwischenstaatlichen Reiseverkehr zu verbieten. Am 22. September 1961 hatte das ICC die notwendige Anordnung erlassen, die am 1. November in Kraft treten sollte. Doch viele Südstaatenkommunen ignorierten die Anordnung oder hoben zwar die Rassentrennung im zwischenstaatlichen, nicht aber im innerstaatlichen Reiseverkehr auf. In dem Monat, in dem die Anordnung hatte in Kraft treten sollen, bestiegen SNCC-Aktivisten aus Albany, die in der schwarzen Bevölkerung der Stadt weitreichende Verbindungen angeknüpft hatten, in Atlanta einen Bus nach Albany, um dort das Verbot der separaten Bahnhofseinrichtungen zu testen und zu erkunden, wie groß die Bereitschaft der schwarzen Bevölkerung zu direkter Aktion war. 36 Wie sie erwartet hatten, wurden sie verhaftet. Es folgte eine Reihe weiterer Tests, wobei das Justizministerium in jedem einzelnen Fall unterrichtet wurde. Doch in Washington regte sich nichts. Am 10. Dezember reisten wiederum SNCC-Mitglieder nach Albany, diesmal mit dem Zug, und Hunderte von Schwarzen versammelten sich zu ihrer Begrüßung. Acht der neun »freedom riders« wurden umgehend verhaftet, was unter der schwarzen Bevölkerung große Empörung auslöste. In den nächsten Tagen zogen Hunderte von Schwarzen mehrmals durch die Stadt, um gegen die Verhaftungen der Vorwochen zu protestieren. »Am 15. Dezember waren schon fast fünfhundert Leute im Gefängnis.« (David Lewis, 146)

Nachdem Verhandlungen mit der Stadtverwaltung gescheitert waren, wandten sich die Führer der »Albany Movement« (einer Vereinigung schwarzer Organisationen, die im Laufe der Bürgerrechtserhebung entstanden war) hilfesuchend an die SCLC. Zwei Tage später fanden unter Leitung von Martin Luther King erneut

Massenumzüge statt, denen sich größere Polizeikontingente entgegenstellten. Mehr als 1000 Demonstranten wurden in der Folge verhaftet und ins Gefängnis gesperrt, unter ihnen King, der sich weigerte, auf Kaution entlassen zu werden. Anschließend appellierte er an die Geistlichen im ganzen Land, nach Albany zu kommen und gemeinsame Nachtwachen abzuhalten, während er über Weihnachten im Gefängnis bleiben wollte. Aufgrund eines offensichtlichen Mißverständnisses akzeptierte King jedoch ein paar Tage später seine Freilassung, nur um zu erfahren, daß die Konzessionen örtlicher Geschäftsleute und Politiker, die er als sicher angenommen hatte, in Wahrheit nicht zugestanden worden waren. Trotz der Bitterkeit diese Niederlage und trotz des peinlichen Presseechos ging der Kampf in Albany im gesamten Frühjahr und Sommer 1962 weiter. Die Auseinandersetzung schloß alle Formen direkter Aktion ein: von Boykotts über sit-ins bis hin zu Märschen und Massendemonstrationen. In einer Woche im August 1962 wurden allein 1000 Demonstranten ins Gefängnis geworfen. Viele wurden von der Polizei verletzt; andere erlitten wirtschaftliche Repressalien unterschiedlicher Art. Und doch war alles umsonst, zumindest in dem Sinne, daß die Massendemonstrationen und Massenverhaftungen nicht zu Zugeständnissen der Stadtverwaltung führten. »Die Schwarzen gewannen nichts in Albany. ... Erst das Bürgerrechtsgesetz von 1964 brachte einen Hauch von Integration nach Albany in Georgia. « (Bleiweiss, 86)

Zwei Erklärungen für dieses Scheitern sind vorgebracht worden. Zum einen »herrscht unter führenden Vertretern der Bürgerrechtsbewegung die allgemeine Übereinstimmung, daß es ein Fehler war, alle Bollwerke der Rassentrennung in der Stadt gleichzeitig anzugreifen, anstatt sich auf ein oder zwei Ziele zu konzentrieren, etwa auf den Beschäftigungssektor oder die segregierten Busse, auf die Integration der Polizei oder den freien Zugang zu Freizeiteinrichtungen« (David Lewis, 1970, 169). Zum anderen waren einige Beobachter und Teilnehmer der Meinung, daß die Planung der Kampagne, zum Teil wegen geradezu selbstmörderischer Fraktionskämpfe, weitgehend dem Zufall überlassen wurde. King schien persönlich beide Erklärungsmomente für zutreffend zu halten: am Ende der Kampagne sagte er, die Bewegung sei »zu weit, zu schnell und ohne ausreichende Vorbereitung gesprungen« (Bleiweiss, 86).

Doch gleichgültig, aus welchen Gründen die »Albany Move-

ment« der lokalen weißen Führung keine Zugeständnisse hatte abringen können, es gibt noch einen anderen Blickwinkel, von dem aus die Erfahrung von Albany einen außergewöhnlichen Erfolg darstellte. Albany hatte erwiesen, daß große Massen schwarzer Südstaatler für Märsche und Demonstrationen mobilisiert werden konnten; Albany »repräsentierte eine endgültige Abkehr von den Imbißbars und Busbahnhöfen und die Hinwendung zur Straße, von den kleinen, überfallartigen (>hit-and-run<) Aktionen von Studenten und professionellen Bürgerrechtsaktivisten zu einer breiten Rebellion der schwarzen Unterschicht ... [und wurde so] zum Prototyp für die Demonstrationen, die später Birmingham und andere Städte überall im Land erschütterten« (Zinn, 123).

Die Vorgehensweise in Albany unterschied sich auch erheblich von den Taktiken, die in den späten fünfziger Jahren in Montgomery und bei ähnlichen Boykotts an anderen Orten angewandt worden waren. Ein Boykott erforderte es, daß Menschen auf die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder auf den Einkauf in weißen Geschäften verzichteten, was sicherlich zu Unbequemlichkeiten und einigen Härten führte. Darüber hinaus mußten sich die Beteiligten auf Repressalien gefaßt machen - wie den Verlust des Arbeitsplatzes -, die von solchen Boykotts provoziert wurden. Dagegen müssen sie gewöhnlich nicht auf übermäßige Polizeibrutalität und auf die Möglichkeit, verletzt oder gar getötet zu werden vorbereitet sein. Albany bewies, daß die Bewegung große Mengen von Schwarzen dazu bringen konnte, sich der Polizei entgegenzustellen und die Südstaatengefängnisse zu füllen. Das war die Hauptbedeutung der Ereignisse in Albany, so will es uns jedenfalls scheinen.

Die Kampagne von Albany bewies außerdem, daß weiße Südstaatler weitaus widerspenstiger waren, als allgemein angenommen, und daß gemäßigte Weiße – vorausgesetzt es gab sie – von der sich verschärfenden extremistischen Stimmung eingeschüchtert und zum Schweigen gebracht wurden. Der weiße Extremismus lebte unvermindert fort.

Erst als sie von diesem Extremismus ausreichend provoziert worden war, entschloß sich die Regierung schließlich zum Eingreifen. Einige der meistgefeierten Regierungsmaßnahmen in dieser Periode fanden im Bereich der höheren Bildung statt. Sie wurden aufgrund derselben Art von Gewalttaten weißer Mobs durchgeführt, die schon Eisenhower zum Eingreifen in Little Rock gezwungen

hatten. So setzte Kennedy, als Gouverneur Barnett im September 1962 James Meredith entgegen dem Urteil des Obersten Gerichts daran hinderte, sich an der Universität von Mississippi zu immatrikulieren, Bundespolizei ein und stellte die Nationalgarde von Mississippi unter Bundesaufsicht, hauptsächlich um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten:

»In der an Schlachten reichen Geschichte der Negerrevolte seit der Entscheidung des Obersten Gerichts von 1954 war Oxford ein Alptraum. Zwei entsetzliche Tage lang – Sonntag, den 30. September und Montag, den 1. Oktober 1962 – wogte die Schlacht, in der mehr als 2 500 fanatisierte Weiße wiederholt auf die Bundespolizei, die unter Regierungsaufsicht stehende Nationalgarde von Mississippi und reguläre Armeesoldaten, die den brodelnden Campus schützten, losstürmten. ... Der Campus erzitterte jetzt unter den Explosionen der Tränengasbomben und den Schreien der Weißen: ›Gebt uns den Nigger!« Zwei Männer, ein französischer Journalist und ein Einwohner von Oxford, ließen in dem Holocaust ihr Leben und mindestens 375 wurden verletzt. Am Ende gab der rebellische Gouverneur Ross Barnett jedoch nach, und James Meredith wurde immatrikuliert.« (Brink und Harris, 1964, 40)

Ahnlich reagierte die Kennedy-Administration, als sich Gouverneur Wallace »auf den Treppenstufen der Universität« mit großer, theatralischer Geste weigerte, die Universität von Alabama für Schwarze zu öffnen. (Es war Wallace, der erklärte: »Ich ziehe die Grenze hier in den Sand, werfe den Fehdehandschuh vor die Füße der Tyrannei, und ich sage: Rassentrennung heute, Rassentrennung morgen, Rassentrennung für immer!«) Eine derartige Herausforderung der Bundesautorität durch einen Südstaatengouverneur ließ sich nicht ignorieren und wurde auch nicht ignoriert.

Die Erlangung politischer Rechte

In den Jahren von 1963 bis 1965 verschob sich das wahlpolitische Gewicht entscheidend zugunsten der Bürgerrechte. In dieser Periode bewies die Bürgerrechtsbewegung wie nie zuvor ihre Fähigkeit, die Schwarzen im Süden in großer Zahl zu mobilisieren; ihre Aktionen zogen überall im Land die öffentliche Meinung auf ihre Seite.

Die entscheidenden Faktoren bei der Verschiebung der politischen Gewichte waren folgende: Erstens ließ die Bürgerrechtsbe-

wegung die Wut in den Gettos zunehmen, was für die Kennedy-Administration ein akutes Problem darstellte. Die Präsidentschaftswahlen waren nur noch weniger als zwei Jahre entfernt, und die potentielle Instabilität des schwarzen Wählerblocks bot Grund zur Sorge. Ja, die potentielle Instabilität der Gettos selbst war besorgniserregend. Regierungsvertreter fürchteten, daß »die Strategie des gewaltlosen Widerstandes... in den Traditionen der Neger nicht fest verwurzelt war, und es gab Anzeichen dafür, daß sie schon bald einer gewalttätigeren, für die verantwortungsbewußten Führer nicht kontrollierbaren Strategie würde weichen müssen« (Sorenson 1965, 493 f.).

Die Vorgänge im Süden verhalfen den Forderungen der Bürgerrechtler zudem zu breiter Unterstützung unter den Weißen in den nördlichen Bundesstaaten. Zwar verschärfte sich in den nördlichen Großstädten der Konflikt zwischen den Schwarzen und Teilen der weißen Arbeiterschaft, doch war die mit größtem Nachdruck gestellte schwarze Forderung nach politischen Rechten im Süden keine Bedrohung für die weiße Arbeiterklasse des Nordens. Die große weiße Mittelschicht, die in den wohlhabenden Nachkriegsjahren entstanden war, gewährte ihre Unterstützung bereitwilliger, war sie doch aufgrund ihrer Abwanderung in die Vororte und ihrer privilegierten beruflichen Stellung weitgehend von den Schwarzen isoliert.

Zur selben Zeit brach der Widerstand in großen Teilen des Südens zusammen. Dies war vor allem in den Staaten des äußeren Südens der Fall. Neben den schon genannten Entwicklungen, die das ökonomische Interesse an der Kastenordnung geschwächt hatten, begann die Aufrechterhaltung dieser Ordnung zusätzliche Kosten zu verursachen. So bemühten sich zum Beispiel viele Gemeinden im Süden um die Ansiedlung von Industrieunternehmen aus dem Norden, doch die großen Konzerne scheuten vor Gebieten zurück, in denen weiße Kompromißlosigkeit und rassischer Unfriede herrschten. Die Unternehmensleitungen aus dem Norden erklärten, ihre Angestellten wünschten nicht in Kommunen zu ziehen, wo die Schulen geschlossen werden könnten oder fortwährender Aufruhr wahrscheinlich sei. Auf viele weiße Kommunalpolitiker machte diese Botschaft Eindruck. So übten denn führende Geschäftsleute Druck auf Südstaatenpolitiker aus, damit diese Konzessionen machten, die entweder Unruhen verhinderten oder die Ordnung wiederherstellten.

»In Charlotte ebenso wie in Memphis, Dallas, Atlanta und einem Dutzend anderer Kommunen im ganzen Süden erkannte die weiße Führungsschicht, daß die Revolution auf ihren Straßen voller Gefahren war. Sie fürchteten, Geld zu verlieren. Sie fürchteten, die Unternehmen aus dem Norden würden ihre Regionalbüros nicht in ihren Städten errichten. Auf einem Stück Papier konnten sie sich ausrechnen, wieviel Geld sie verlieren könnten, wenn keine Kongresse mehr bei ihnen stattfänden. Vielleicht gab es sogar Momente, in denen ihnen die moralischen Aspekte der Frage zu Bewußtsein kamen, wenn dies auch in ihren Handlungen nicht deutlich wurde. Letztlich lief alles darauf hinaus, daß diejenigen unter ihnen, die einigermaßen intelligent waren, die sich nicht von tyrannischen Gouverneuren und Abgeordneten unter Druck setzen ließen und sich nicht vor weißen vigilanten Gruppen fürchteten, beschlossen, Abkommen zu erreichen, die der Stadt Frieden und ihnen Geld in die Taschen bringen würden.« (Powledge,

Diese Gegensätze zwischen den verschiedenen Führungsschichten – vor allem auch zwischen Bundesstaaten des inneren und des äußeren Südens – hatten entscheidenden Anteil an der Schwächung der Fähigkeit des Südens, Angriffe auf seine traditionelle Sozialstruktur abzuwehren.

Der tiefe Süden war, kurz gesagt, von wichtigen Bestandteilen seiner Unterstützung abgeschnitten und, dermaßen isoliert, verwundbar geworden. Aber noch immer konnten die Südstaatenpolitiker keiner Veränderung der Rassenverhältnisse zustimmen, ohne ihre Posten zu riskieren. Innerhalb weniger Jahre würde eine gemäßigtere Führungsschicht auf der Bildfläche erscheinen; in der Zwischenzeit aber beharrte die alte Führung auf einer aussichtslosen Obstruktionspolitik. Gegen diese Politik richtete sich eine erneute Mobilisierung der schwarzen Massen: die Bürgerrechtsbewegung brachte zu ihren Demonstrationen immer größere Mengen auf die Beine, und sie beflügelte die Demonstraten zu immer größerer Militanz und immer mutigerem Vorgehen.

Die Massenmobilisierung der Schwarzen

Nach der Niederlage von Albany wandten sich die Führer der SCLC Birmingham zu. In der darauffolgenden Kampagne stellten sich die Schwarzen zu Hunderten der Polizei entgegen und ließen sich verhaften. Ob die Koordination und Zielrichtung der Kampagne von Birmingham gegenüber der in Albany nun besser war oder nicht, ihr herausragendes Merkmal und die Quelle ihres Ein-

flusses auf die Bundesregierung lag in der Konfrontation zwischen den Demonstranten und der Polizei.

Vom Gesichtspunkt der SCLC-Führung war Birmingham ein idealer Schauplatz, um die Fronten mit der Kennedy-Administration zu klären, denn Birmingham gehörte zweifellos zu den in der Rassenfrage rückschrittlichsten Großstädten im Süden. Polizeichef Eugene »Bull« Connor war bereits als Bollwerk des Südstaaten-Rassismus bekannt. Die Stadtverwaltung hatte auf die Herausforderung der Bürgerrechtsbewegung mit Maßnahmen wie der Schließung öffentlicher Parks geantwortet, und die Stadt hatte eine wahre Epidemie von Bombenattentaten auf schwarze Kirchen erlebt – ein Omen für die Gewalt, die mit Sicherheit ausbrechen würde, wenn Birmingham zum Schlachtfeld für die Durchsetzung der Bürgerrechte werden sollte. Gerade aus diesem Grund glaubte die SCLC-Führung, daß eine Kampagne in Birmingham wie keine zuvor den Rassismus und Extremismus der Südstaaten provozieren und bloßstellen würde.

Das »Project C« für (confrontation) wurde mit äußerster Akribie geplant, wie noch keine Kampagne bisher: Hunderte von freiwilligen Kadern schulten große Mengen von Schwarzen in Philosophie und Taktik der gewaltlosen Offensive. ³⁷ Unter den Geschäften wurden geeignete Zielobjekte für sit-ins, Demonstrationen und selektive Boykotts ausgewählt; einflußreiche Persönlichkeiten aus dem Norden wurden informiert, vor allem solche, die in der Lage waren, Geld für Kautionen zur Verfügung zu stellen.

Am Dienstag, den 2. April 1963 begann die Kampagne mit sit-ins an Imbißbars, selektiven Boykotts und anderen begrenzten Demonstrationen. Die Polizei, die eine gerichtliche Verfügung erwartete, nahm auf friedliche Weise Verhaftungen vor. Bis Freitag stieg die Zahl der Verhafteten auf 35 an. Nach einem Schweigemarsch zum Rathaus kamen am Samstag weitere 45 dazu. Die erwartete Gerichtsverfügung erging am Mittwoch, den 10. April, woraufhin 50 Freiwillige bestimmt wurden, die am Freitag unter Verletzung der Verfügung demonstrieren sollten. Sie wurden sämtlich verhaftet, unter ihnen King, der in Einzelhaft kam. Die SCLC-Führer entschieden, »ein historischer Telefonanruf verdiene es, nicht allein zu bleiben«, und so rief Coretta King am Sonntag den Präsidenten an (David Lewis, 1970, 186). Am Abend rief der Justizminister zurück und versicherte, für ihren Mann bestehe keine Gefahr. Am Montag traf das erste Geld für die Kaution ein, und das

Weiße Haus wurde mit einer Flut von Briefen und Telegrammen, die gegen die Ereignisse von Birmingham protestierten, überschwemmt. Aus dem Gefängnis sandte King seinen inzwischen berühmten »Brief aus einem Gefängnis in Birmingham«, den er vor allem an die Geistlichen aus dem Süden adressierte, die ihn, die SCLC und die Strategie der direkten Aktion angegriffen hatten. Es war ein Dokument, das die moralische und theologische Rechtfertigung für gewaltlosen Protest gegen ungerechte Gesetze und Praktiken lieferte, und große Auswirkungen auf Geistliche und die öffentliche Meinung der nördlichen Bundesstaaten hatte.

Am Donnerstag, dem 2. Mai, verschärfte sich die Auseinandersetzung, als »959 von rund 6000 Kindern ... im Alter von sechs bis sechzehn Jahren verhaftet wurden, als sie in Blöcken, singend von der Baptistenkirche in der 16. Straße in die Innenstadt marschierten. ... Hätte die Polizei mehr Wagen zur Verfügung gehabt, hätte sie noch mehr Kinder abtransportiert.« (David Lewis, 1970, 192) Am nächsten Tag ließ die Polizei auch die letzte Zurückhaltung fallen. Während sich in einer Kirche 1000 Demonstranten auf einen Demonstrationszug vorbereiteten, versperrte die Polizei die Ausgänge, mit dem Erfolg, daß nur die Hälfte der Demonstranten nach draußen gelangten, wo sie von losgelassenen Polizeihunden, Gummiknüppeln und dem harten Strahl der Wasserwerfer empfangen wurden. Nur eine Handvoll von ihnen erreichte ihr ursprüngliches Ziel, das Rathaus. Fernsehkameras hielten alles fest, und so stand die erhoffte Krise endlich vor der Tür.

Am Samstag erschien der stellvertretende Justizminister, Burke Marshall, in Birmingham, um die Ruhe wiederherzustellen, doch beide Seiten waren zu keinem Kompromiß bereit. Mehrere Tage lang gab es weitere Demonstrationszüge, denen die Polizei mit Brutalität begegnete; jüngere Schwarze hörten auf zu singen und zu beten und griffen statt dessen zu Pflastersteinen und Flaschen. Mehr als 2 000 Menschen waren verhaftet worden; reguläre wie improvisierte Gefängnisse waren überfüllt. Und doch waren mehrere tausend Menschen bereit, weiterzumarschieren. Die Kennedy-Administration bemühte sich verzweifelt, eine offene Intervention mit all ihren politischen Folgen zu vermeiden, und arbeitete erfolglos hinter den Kulissen, um Bürgerrechtler und Lokalpolitiker von Birmingham zum Einlenken zu überreden und zu zwingen. Neben direktem Druck auf die Stadtverwaltung benutzte sie auch indirekte Kanäle, indem sie führende Persönlichkeiten des Nor-

dens aus Finanzwelt und Industrie, aus Kirchen, Wohltätigkeitsorganisationen, der Justiz und anderen Bereichen des öffentlichen Lebens drängte, ihre Partner bzw. entsprechende Persönlichkeiten in Birmingham anzurufen und sie zum Eingreifen zu veranlassen.

Die Demonstrationen von Montag, dem 6. Mai, waren aufs neue von Polizeigewalt gekennzeichnet, und als am Dienstagmorgen die Märsche fortgeführt wurden, wurden einer Reihe von Demonstranten von dem harten Strahl der Wasserwerfer die Beine gebrochen und Brustkörbe eingedrückt. Am Nachmitag, als sich Massen von Demonstranten im Geschäftsviertel verteilt hatten und vor den verlassenen Geschäften sangen und beteten, begannen jüngere Teilnehmer, Steine und Flaschen zu werfen. Die Fähigkeit der schwarzen Gemeinde zu gewaltloser Disziplin war langsam erschöpft. Als die Ausschreitungen sich ausweiteten, boten führende Geschäftsleute einen Waffenstillstand an, den die SCLC akzeptierte.

Polizeichef Connor war außer sich, daß man ihm in den Rücken gefallen war; er forderte von Gouverneur Wallace 500 Staatspolizisten an und ließ King festnehmen. Die SCLC rief umgehend zu Demonstrationen auf, wohl wissend, daß die Polizei sie erwartete. Ein beispielloses Blutbad lag in der Luft. Um es zu verhindern, rief der Justizminister die Verantwortlichen vor Ort an, erklärte ihnen, die Toleranz der Bundesregierung sei erschöpft, und drohte mit einschneidenden Maßnahmen, falls es nicht zu einer schnellen Lösung komme. Am 10. Mai wurde eine Einigung erzielt: Schnellrestaurants, Toiletten und Trinkwasserfontänen sollten fortan jedermann gleichermaßen zugänglich sein, diskriminierende Beschäftigungsund Beförderungspraktiken eingeschränkt und 3000 verhaftete Demonstranten umgehend freigelassen werden.

Dann begannen die Bombenattentate: zunächst auf das Haus von Kings Bruder, dann auf das Hotel, in dem die SCLC ihr Haupt-quartier aufgeschlagen hatte. Es hatte zwar keine Todesopfer gegeben, aber die schwarzen Viertel explodierten jetzt förmlich, und am 11. Mai kam es zu schweren Ausschreitungen. Fünf Stunden lang »tobten die Schwarzen auf den Straßen, schwangen Messer, stürzten Autos um und schleuderten Steine und Ziegel nach allem, was sich bewegte, sogar nach anderen Schwarzen. Ein verletzter Schwarzer stöhnte: »Sie waren wahnsinnig.« (Brink und Harris, 1964, 44)

Jetzt konnte auch der Präsident nicht länger zögern; er befahl den

Einsatz von Bundestruppen und zwang Gouverneur Wallace zum Einlenken, indem er drohte, die Nationalgarde von Alabama unter Bundesbefchl zu stellen. In öffentlichen Erklärungen lobte er die Bewegung wegen ihres Mutes und ihrer Zurückhaltung und versicherte, die Bundesregierung stehe voll hinter der Vereinbarung zwischen den Bürgerrechtlern und der Stadtverwaltung von Birmingham. (Ein paar Tage später verwies die Schulbehörde 1 100 Schüler wegen ihrer Beteiligung an den Demonstrationen von der Schule; sie wurden allerdings später auf Anordnung der Bundesgerichte wieder aufgenommen.) Nach diesen Ereignissen verbreiteten sich die Proteste über das ganze Land: »In der Woche des 18. Mai registrierte das Justizministerium 43 größere und kleinere Demonstrationen, davon zehn in Städten im Norden.« (Franklin, 631)

Die Bundesregierung handelt

Der endgültige Sieg der Birmingham-Kampagne kam am 11. Juni, als Präsident Kennedy in einer Fernsehansprache an die Nation verkündete, er werde den Kongreß auffordern, so schnell wie möglich ein umfassendes Bürgerrechtsgesetz zu verabschieden. Im Februar hatte er ein verhältnismäßig schwaches Gesetz vorgelegt und auch nur wenig getan, um dessen Verabschiedung sicherzustellen. James Farmer sagte zutreffend: »Es ist klar, daß ... der Präsident beabsichtigt hatte, die Bürgerrechtsgesetzgebung von der Liste der dringenden Tagesordnungspunkte zu streichen, um andere Teile seines Gesetzgebungsprogramms durchzusetzen. Doch hatte er seine Rechnung ohne Birmingham gemacht.« (40-41) Im Juni mußte er Führern der Bürgerrechtsbewegung in Privatgesprächen gestehen, »daß die Straßendemonstrationen zu Erfolgen geführt hätten; sie hätten die Exekutive zu schnellerem Handeln veranlaßt und zwängen den Kongreß, Maßnahmen zu erörtern, die noch vor ein paar Wochen keinerlei Aussicht gehabt hätten« (Schlesinger, 841). Massenproteste hatten den Bund zum Handeln gezwungen. Auch der Justizminister gab das zu: »Der Bürgerrechtsentwurf der Regierung ... zielt darauf ab, einige der Hauptursachen für die schwerwiegenden und beunruhigenden Rassenunruhen, die jetzt in vielen Bundesstaaten herrschen, zu beseitigen.« (Navasky, 205)

In seiner im ganzen Land übertragenen Fernsehansprache bezog sich der Präsident auf »die wachsende Unzufriedenheit, die die öffentliche Sicherheit gefährdet«, und meinte: »Sie läßt sich nicht durch repressive Polizeiaktionen zum Schweigen bringen. ... Sie läßt sich auch nicht durch symbolische Handlungen und Rhetorik abstellen. Die Zeit ist gekommen, daß im Kongreß gehandelt wird.« Laut einer Umfrage von Newsweek hatte »fast nichts, was den Schwarzen in den letzten zehn Jahren widerfahren war, ... sie so sehr ermutigt wie die Rede des Präsidenten. ... Endlich und unwiderruflich hatte der Führer ihres Landes der Nation erklärt, daß ihre Sache gerecht war und ihre Forderungen erfüllt werden sollten.« (Brink und Harris, 1964, 46)

Nur wenige Stunden, nachdem Kennedy gesprochen hatte, wurde Medgar Evers, der Sekretär der NAACP von Mississippi, vor seiner Garage erschossen. Seine Beerdigung am 15. Juni in Jackson mündete in Ausschreitungen. Die New York Times berichtete:

»Nachdem der letzte Teilnehmer des vier Häuserblocks langen Trauermarsches das Beerdigungsinstitut erreicht hatte ... beschlossen die jüngeren Schwarzen offensichtlich, den Versuch zu unternehmen, im weißen Geschäftsviertel zu demonstrieren. ... Vier Polizisten auf Motorrädern ließen sie über eine Kreuzung hinwegziehen; als sie jedoch die Hauptverkehrsstraße erreichten, [trafen sie auf] 20 Polizeibeamte. ... [Ihre Zahl war jetzt auf ungefähr eintausend angewachsen, und sie riefen:] »Wir wollen den Killer! Wir wollen Gleichheit! Wir wollen Freiheit!

Polizisten mit Hunden rückten an.... Ein Demonstrant nach dem anderen wurde ergriffen und in die wartenden Polizeitransporter geschleppt.... Sie fingen an, mit Steinen, Flaschen und anderen Wurfgeschossen nach den Polizisten zu werfen... Die Menge schrie.... Das Knurren und Bellen der Polizeihunde, das Zersplittern der Flaschen auf dem Asphalt und die Flüche der Polizisten verstärkten den Lärm noch....

[Als alles vorbei war,] war die Stimmung der Schwarzen ... noch immer von Bitterkeit und Wut bestimmt. Die einzige Möglichkeit, das Übel hier auszurotten, ist eine Revolution«, murrte ein junger Mann in einer Einfahrt. Irgend jemand muß sterben. (Anthony Lewis, 1964, 227–228)

Im ganzen Land vervielfachte sich die Zahl der Demonstrationen:

»In einem Zeitraum von drei Monaten im Sommer 1963 zählte das US-Justizministerium 1412 Demonstrationen. Die Zeitungsphotos, auf denen zu sehen war, wie Polizisten die schlaffen Körper der Schwarzen zu den Polizeiwagen schleppten, sie wurden die großen, historischen Wandteppiche dieser Zeit. Überall erklang das Echo der schwarzen Hymne: »We Shall Overcome« (Brink und Harris, 1964, 46)

Trotz Kennedys Ankündigung, er werde den Kongreß drängen, ein wesentlich erweitertes Bürgerrechtsprogramm zu verabschieden,

gab es guten Grund zu der Annahme, daß es auf unabsehbare Zeit durch einen Filibuster verhindert werden würde. Angesichts der aggressiven Stimmung in der schwarzen Bevölkerung hatten die Bürgerrechtsführer bereits entschieden, daß eine nationale Demonstration zur Unterstützung der Bürgerrechtsgesetzgebung sowohl möglich als auch nötig war. Schon früher, im November 1962, hatte A. Philip Randolph vorgeschlagen, einen »Marsch auf Washington für Arbeitsplätze und Freiheit« durchzuführen. Viele Bürgerrechtler aus dem Norden waren von dem Vorschlag zunächst wenig begeistert, und die »National Urban League« war schlichtweg dagegen. Zum Teil blockierten sich die schwarzen Sprecher durch ihren chronischen Konkurrenzkampf um die Führung der schwarzen Bewegung gegenseitig; einige hatten mit Demonstrationen ohnehin nicht viel im Sinn, weil sie fürchteten, diese könnten ihre Verbindungen zu hohen Regierungsbeamten und privaten Eliten gefährden. Im späten Frühjahr 1963 änderten sie jedoch ihre Haltung aufgrund der veränderten Stimmung in der schwarzen Bevölkerung, des Erfolges von Birmingham sowie der Hinweise, daß die Kennedy-Administration endlich doch bereit war, auf dem Gebiet der Bürgerrechte entschiedener vorzugehen. Für Anfang Juli wurde eine Planungskonferenz angesetzt, die in vielen Lagern Unterstützung fand. Der Präsident war natürlich gegen einen Marsch auf Washington, weil er negative Auswirkungen auf den Kongreß befürchtete, falls der Marsch in Gewalt enden oder die Beteiligung gering sein sollte. Andererseits hatten »die Schwarzen ... entdeckt, daß sie mit Demonstrationen erreichen konnten, was sie mit anderen Methoden nicht erreicht hatten« (Franklin, 630). Die Vorsitzenden einiger großer Gewerkschaften sicherten ihre Unterstützung zu, und auch einige der bedeutendsten Kirchenführer aus dem Norden boten ihre Hilfe an. Es sollte die größte Demonstration in der Geschichte der Bürgerrechtsbewegung werden und die größte Demonstration überhaupt, die bis zu jener Zeit in Washington stattgefunden hatte. Als am 23. August die Sonne über dem Horizont aufzog, füllten sich schon die Straßen von Washington; bis zum Nachmittag waren 250000 zusammengeströmt, um sowohl die Verabschiedung neuer Bürgerrechtsgesetze als auch wirtschaftliche Maßnahmen gegen die Armut der Schwarzen zu fordern.

Am 15. September, nur drei Wochen nach dem Marsch, wurde ein Bombenattentat auf eine Kirche in Birmingham verübt, bei dem vier kleine Mädchen ums Leben kamen. Es war ein Akt des Südstaatenterrors, der die ganze Welt empörte und am folgenden Tag vom Präsidenten in einer bundesweit übertragenen Fernsehansprache verurteilt wurde. Nur zwei Monate später wurde Kennedy ermordet.

Lyndon Johnson hatte keine andere Wahl, als seine Regierung auf die Sache der Bürgerrechte zu verpflichten. Am 27. November 1963 erklärte er dem Kongreß: »Wir haben in diesem Land lange genug über Bürgerrechte nur geredet. Die Zeit ist gekommen, ein neues Kapitel zu schreiben - und es in dem Buch des Gesetzes zu schreiben.« Das Hauptproblem bestand darin, genügend Stimmen zu sammeln, um ein Ende der Debatte im Senat erzwingen zu können, da ein Filibuster (der 83 Tage dauerte) den Kongreß lahmlegte. Wieder gaben Republikaner aus den Nordstaaten den Ausschlag. Der Führer der Republikanischen Minderheitsfraktion im Senat, Everett Dirksen aus Illinois, ergriff das Wort und verkündete: »Dies ist eine Idee, deren Zeit gekommen ist. Sie wird nicht aufgehalten werden. Sie wird nicht abgewiesen werden. « Wie schon 1957 und 1960 reagierten die Nordstaaten-Republikaner auch diesmal wieder auf die Forderungen der erregten Massen schwarzer und weißer Nordstaatler. Als die Debatte endlich für beendet erklärt wurde und über das Gesetz abgestimmt werden konnte, stimmten 27 der 31 Republikanischen Senatoren dafür, und der Präsident unterzeichnete am 2. Juli das Bürgerrechtsgesetz von 1964.

Im Herbst siegte Lyndon Johnson über seinen Herausforderer Barry Goldwater mit überwältigender Mehrheit; die Wahl offenbarte, wie sehr der tiefe Süden in die Isolation geraten war. Johnson erhielt 61% der Stimmen. Abgesehen von Arizona verlor er nur die fünf Bundesstaaten des tiefen Südens, wo auch weiterhin der unbeugsamste und heftigste Widerstand gegen das schwarze Wahlrecht andauerte. In den schwarzen Gettos des Nordens errangen die Demokraten bis zu 95% der Stimmen. »Hinter der Wahlstatistik verbarg sich eine Revolution in der amerikanischen Politik. Der erste Präsident aus den Südstaaten seit dem Bürgerkrieg erhielt 90% der Negerstimmen und verlor den tiefen Süden mit großem Rückstand.« (Evans und Novak, 404) In den elf Bundesstaaten der alten Konföderation, in denen die Zahl der registrierten schwarzen Wähler zwischen 1962 und 1964 von 1,4 Millionen auf 2,2 Millionen gestiegen war, begannen sich die schwarzen Stimmen auf die Chancen der Demokraten auszuwirken:

»Von den sechs Südstaaten, die von den Demokraten gewonnen wurden, wären vier (Arkansas, Florida, Tennessee und Virginia) ohne die Stimmen der Schwarzen eindeutig an die Republikaner gefallen. Von allen elf Südstaaten konnte die Demokratische Partei nur in Präsident Johnsons Heimatstadt Texas die Mehrheit der weißen Stimmen für sich verbuchen. «58

Mit anderen Worten: es gab keinen Grund mehr, die Kompromißlosigkeit des tiefen Südens noch länger zu erdulden.

Das Bürgerrechtsgesetz von 1964 garantierte den Schwarzen nachdrücklich das Wahlrecht und verdeutlichte ebenso nachdrücklich den Willen der Bundesregierung, dieses Recht auch durchzusetzen. Doch schon vor Verabschiedung des Gesetzes waren einige Bürgerrechtler skeptisch gewesen, ob die Verantwortlichen im Süden das Gesetz auch befolgen würden, und ob die Bundesregierung bei Nichtbeachtung mit der notwendigen Entschiedenheit intervenieren würde. Wählerregistrierungskampagnen von CORE und SNCC hatten bereits einige Veranlassung für dieses Skepsis geliefert. Darüber hinaus war die »Mississippi Freedom Democratic Party«, die 1963 gebildet worden war, um die reguläre Demokratische Parteiorganisation von Mississippi herauszufordern, erfolglos geblieben; im Frühjahr 1964 wurden die Schwarzen von Vorwahlen ausgeschlossen, man verweigerte ihnen den Zutritt zu Parteiversammlungen und verhinderte ihre Aufnahme in Parteiämter.39 Aus diesem Grund wurden im Frühjahr eine Reihe direkter Aktionen geplant, um Druck hinter die Wahlrechtsfrage zu setzen, obwohl die Verabschiedung des Bürgerrechtsgesetzes kurz bevorstand.

Unter einer gemeinsamen Dachorganisation, dem »Council of Confederated Organizations« (die bereits Wählerregistrierungskampagnen durchgeführt hatte), bereiteten das SNCC, CORE und die NAACP von Mississippi Hunderte von weißen Studenten aus dem Norden darauf vor, bei der Organisation von Demonstrationen vor Wahlämtern zu helfen, wo man erwartete, daß die Polizei den Schwarzen den Zutritt verweigern werde. Noch bevor die meisten der Studenten im Süden ankamen, verschwanden drei und wurden erst zwei Monate später ermordet und unter einem Erdwall vergraben aufgefunden. 40 Außerdem fand man die Leichen von zwei ermordeten Schwarzen in Mississippi. Zwischen Juni und Oktober wurden allein in Mississippi auf 24 schwarze Kirchen Bomben geworfen.

Zur selben Zeit, als im Süden gemordet und gebombt wurde, bra-

chen in den Gettos des Nordens Unruhen aus. Im Juni 1964, kurz vor der Unterzeichnung des Bürgerrechtsgesetzes, kam es in Cambridge (Maryland) zu Rassenunruhen. Mitte Juli folgten Unruhen in Harlem und Bedford-Stuyvesant; im Laufe des Sommers breiteten sich die Unruhen auf Rochester, Jersey City, Paterson, Elizabeth, einen Vorort von Chicago, und Philadelphia aus. Das war der Anfang einer Serie von »heißen Sommern«, die in der amerikanischen Geschichte ohne Beispiel war. Die schwarzen Massen schlossen sich dem Protest auf ihre Weise an, so, wie es ihr institutionelles Umfeld zuließ. Wie King treffend bemerkte: »Unruhen sind die Sprache der Ungehörten.« (Killian, 109) Teilweise waren den Unruhen Bürgerrechtsdemonstrationen vorausgegangen, denn die Bürgerrechtler hatten ihren Kampf auch in die Städte des Nordens getragen.⁴¹

Die Wählerregistrierungskampagne im Süden lieferte also weiterhin den Beweis für südstaatliche Unnachgiebigkeit, selbst als der schwarze Protest in den nördlichen Gettos schon um sich griff. Folglich schien jetzt eine Lösung – die Registrierung von Bundesbeamten vornehmen zu lassen –, die ein Jahrzehnt lang von Präsidenten und vom Kongreß erwogen und immer wieder verworfen worden war, das einzige Mittel zu sein, mit dem das Wahlrecht sichergestellt werden konnte. Diese Lösung erforderte jedoch neue Gesetzgebung. Um den nötigen Druck auf den Präsidenten und Kongreß entwickeln zu können, beschlossen die Bürgerrechtsorganisationen, neue Demonstrationen im Stile von Albany und Birmingham durchzuführen.

Selma im Bundesstaat Alabama wurde zum Schauplatz der neuen Auseinandersetzung bestimmt. Eine Wählerregistrierungskampagne des SNCC hatte hier bereits zu Gewalttätigkeiten von Weißen geführt, die zum großen Teil auf das Konto der örtlichen Polizei unter Leitung von Sheriff James Clark gingen.

Die Kampagne begann Anfang Januar 1965 mit mehreren Demonstrationszügen zur Stadtverwaltung. Im Laufe der nächsten Wochen nahm die Zahl der Demonstrationsteilnehmer weiter zu, ebenso wie die Anzahl der Verhafteten. Am 1. Februar führte King eine Demonstration an, auf der über 700 Personen verhaftet wurden; am 2. Februar kam es zu weiteren 550 Festnahmen: »... die große Mehrheit waren, wie schon am Tag zuvor, Schulkinder. Trotzig sangen sie: ›Ain't Gonna Let Jim Clark Turn Me Around« (Ich laß mich von Jim Clark nicht kleinkriegen).« (David Lewis, 1970,

268) In den ersten vier Februartagen wurden über 3000 Demonstranten festgenommen. »Jim Clark ist ein zweiter Bull Connor«, meinte ein Mitglied des SCLC-Stabes. »Wir sollten ihn auf unsere Gehaltsliste setzen.« (Bleiweiss, 125) Am 4. Februar erklärte ein Bundesgericht die Bildungstests und andere Methoden, mit denen Antragstellern die Wahlberechtigung abgesprochen wurde, für gesetzwidrig und bekräftigte damit noch einmal die Legitimität des Kampfes um das Wahlrecht. Die Südstaatenbeamten in den Wahlämtern zur Einhaltung der Gesetze zu zwingen, war allerdings eine andere Sache.

Am 9. Februar traf King in Washington mit Vizepräsident Humphrey und dem zukünftigen Justizminister Nicholas Katzenbach zusammen und »erhielt die feste Zusicherung, daß in naher Zukunft« ein starkes Wahlrechtsgesetz an den Kongreß gesandt werden würde« (David Lewis, 1970, 269). Die Demonstrationen in Selma dauerten an. Kongreßabgeordnete und andere Würdenträger kamen, um sich vor Ort über die Verweigerung des Wahlrechts zu informieren; einige beteiligten sich an den Demonstrationen. Am 18. Februar protestierten 400 Schwarze aus einem benachbarten Bezirk gegen die Verhaftung eines Bürgerrechtlers; dabei wurde einer von ihnen – ein Junge namens Jimmie Lee Jackson – in den Bauch geschossen. Er starb eine Woche später, woraufhin King zu einem Marsch von Selma nach Montgomery aufrief.

Gouverneur Wallace gab eine Erklärung heraus, in der er den Marsch untersagte. Der Justizminister der Vereinigten Staaten appellierte an die Führer der SCLC, den Marsch abzublasen. Doch am 7. März, einem Sonntag, machten sich 7 000 Demonstranten auf den Weg nach Montgomery. An der Pettus-Brücke in den Außenbezirken von Selma trafen sie auf »eine blaue Reihe von Soldaten des Staates Alabama«:

»Erst flogen Gasbomben, dann galoppierte ein Trupp Berittener in den Schwarm fliehender Schwarzer hinein und schlug mit Viehknüppeln und Schlagstöcken auf die Demonstranten ein. Die Bürgerrechtler wurden über die Brücke zurückgetrieben, zurück in ihre Häuser oder zu Freunden, die es wagten, ihre Türen zu öffnen, um den Gejagten Schutz zu bieten. ... Einmal schlugen einige Schwarze zurück, warfen Steine und Ziegelsteine auf die Polizei, für einen Moment konnten sie Clark und seine Männer sogar zum Rückzug zwingen. Doch es es war ein ungleicher Kampf. Während die weißen Zuschauer über die wilde Flucht in Jubel ausbrachen und den schrillen Schrei der Rebellenarmee (aus der Zeit des Bürgerkrieges – d. Ü.) aus-

stießen, brüllte Sheriff Clark: »Schnappt diese gottverdammten Nigger!« Geschützt durch Gasmasken schleuderten Polizisten und Staatssoldaten Tränengaskannister in die in Panik geratene Menge ... ein Oberschüler erinnert sich, daß »das Gas ... so dick war, daß man es fast anfassen konnte ...«. Ein Zeitungsreporter aus dem Süden beobachtete, wie Clark wiederholt auf Demonstranten losstürzte, die sich zu einer Kirche zurückgezogen hatten, obwohl er von einem Stein getroffen worden war und blutete. Jetzt, da ihre Wut immer größer wurde und da sie sich in diesem Stadtviertel sicherer fühlten, wurden viele der Demonstranten kampfentschlossen und griffen nach jedem Gegenstand, der sich irgendwie als Waffe gebrauchen ließ.« (David Lewis, 1970, 274–275)

Nach diesen Ereignissen wuchs die Unterstützung durch die öffentliche Meinung im Norden enorm an; wahrscheinlich war sie jetzt größer als zu jeder anderen Zeit. In einer Stadt nach der anderen wurden Demonstrationen organisiert. Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens - und wenn nicht sie selbst, so doch ihre Frauen, Söhne und Töchter - machten sich zu Hunderten auf den Weg nach Selma. Die Liste ihrer Namen glich einem Who's Who der nördlichen Bundesstaaten. Mitglieder der Bundesregierung verhandelten mit dem Gouverneur von Alabama, dem zuständigen Bundesgericht, der Polizeibehörde und Stadtverwaltung von Selma sowie mit den Bürgerrechtlern, und schließlich schien ein Kompromiß erreicht, der es den Demonstranten erlauben würde, noch einmal bis zur Brücke zu marschieren, wo sie dann umkehren sollten. Wer genau an dieser Vereinbarung beteiligt war, ist bis zum heutigen Tag nicht geklärt, und die Berichte sind widersprüchlich. Wie auch immer, viele der 1 500 Menschen, die am Dienstag, dem 9. März, zusammenkamen, glaubten, sie würden geradewegs nach Montgomery marschieren, und King unternahm offensichtlich nichts, um sie aufzuklären. An der Brücke, an deren anderem Ende massierte Polizeikräfte aufgezogen waren, forderte er die Leute auf weiterzumarschieren, um sich nur Sekunden später anders zu entscheiden, sehr zur Enttäuschung und Empörung junger Aktivisten, vor allem von SNCC und CORE. Am Abend desselben Tages wurden drei weiße Geistliche aus dem Norden in Selma auf der Straße von einer weißen Gang überfallen; einer von ihnen, Reverend James Reeb, starb am Donnerstag an den Folgen seiner Verletzungen.

Im ganzen Land herrschte Empörung, und jetzt bat Wallace um eine Unterredung mit dem Präsidenten. Am Samstag, dem 13. März, versicherte er dem Präsidenten, der Staat Alabama könne die Ordnung auch ohne Intervention von Bundestruppen wiederherstellen. Für den Augenblick akzeptierte Johnson diese Zusicherungen. Am Montag erschien er zu einer außerordentlichen Sitzung des Kongresses und forderte die Verabschiedung eines Wahlrechtsgesetzes: »Ihre Sache muß auch unsere Sache sein. Denn es geht nicht nur um die Schwarzen, wir alle müssen das schreckliche Erbe der Bigotterie und der Ungerechtigkeit überwinden. Und wir werden es überwinden.«

Der Präsident wurde mehrmals durch stehende Ovationen und über dreißigmal durch Beifall unterbrochen – ein unfehlbares Zeichen dafür, daß die Zustimmung des Parlaments zu einem Wahlrechtsgesetz schnell erfolgen würde. Am Donnerstag, den 18. März versuchte Gouverneur Wallace dem Weißen Haus die Last, mit dem Konflikt fertig zu werden, aufzubürden: er schickte ein Telegramm, in dem er mitteilte, er könne nicht für den Schutz der Teilnehmer des Marsches von Selma garantieren, und in dem er die Bundesregierung um »ausreichende und adäquate behördliche Unterstützung« ersuchte.

»Das war alles, was Johnson brauchte. Er begann seine Aktion mit einer Erklärung, in der er die Notwendigkeit einer Bundes-Intervention bedauerte. Es ist keine erfreuliche Pflicht für die Bundesregierung, die Verantwortung der Regierung eines US-Staates zum Schutz der Bürger bei der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte zu übernehmen, betonte er. Zugleich unterstellte er die Nationalgarde von Alabama sofort den Bundesbehörden. 1862 Nationalgardisten sowie reguläre Soldaten und Bundessheriffs erhielten Order, die Marschstrecke von Selma nach Montgomery zu bewachen. Johnson war hocherfreut, daß Wallaces Fehler ihm die Möglichkeit gegeben hatte, zu intervenieren und damit die Bürgerrechtskämpfer zufriedenzustellen, und zugleich die Verantwortung unzweideutig dem Alabama-Gouverneur angelastet hatte, dem Vorkämpfer der unentwegten Rassenfanatiker bis zum bitteren Ende« (Evans und Novak, 416)

Am 21. März begann der Marsch. Rund 8000 Menschen, mit mächtigen und geachteten Persönlichkeiten in ihrer Mitte, zogen singend zur Pettus-Brücke, von wo eine kleinere Schar weiter nach Montgomery marschierte. »Es war ein Marsch-auf-Washington in Miniatur.« (David Lewis, 1970, 290) Als die Demonstranten fünf Tage später die Außenbezirke von Montgomery erreichten, schlossen sich ihnen 30000 Sympathisanten an, und gemeinsam zogen sie in einem Triumphzug vor George Wallaces Amtssitz. In derselben Nacht wurde Viola Liuzzo, eine Hausfrau aus Detroit, die an dem

Marsch teilgenommen hatte, von Mitgliedern des Ku Klux Klan erschossen, als sie mit dem Wagen zurück nach Selma fuhr.

Im April, als der Kongreß über die Forderung des Präsidenten nach einem Wahlrechtsgesetz beriet, begannen in etwa 120 Wahlkreisen zwischen Virginia und Louisiana, in denen bis dahin nur wenige Schwarze zu Wahlen zugelassen worden waren, verstärkte Wählerregistrierungskampagnen. Sie lösten erhebliche Gewalt aus, wodurch die Notwendigkeit der bevorstehenden Gesetzesmaßnahmen noch weiter unterstrichen wurde. Der Kongreß handelte außergewöhnlich schnell: das Gesetz wurde am 17. März vorgelegt und am 6. August vom Präsidenten unterzeichnet. Alle Republikanischen Senatoren außer Strom Thurmond von South Carolina stimmten für das Gesetz, das in seinem Kern den Justizminister dazu ermächtigte, die Registrierungsbüros von Wahlkreisen, in denen Schwarzen nachweislich das Wahlrecht verweigert worden war, mit Bundesbeamten zu besetzen. Unter diese Bestimmung fielen Bundesstaaten und Landkreise, wenn es dort noch »nach dem 1. November 1964 Tests oder andere Vorbedingungen für die Registrierung oder Stimmenabgabe gab und wenn weniger als 50% der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter bei der Präsidentschaftswahl von 1964 registriert waren oder tatsächlich gewählt hatten«. Dieses Kriterium traf zu auf die Bundesstaaten Alabama, Alaska, Georgia, Louisiana, Mississippi, South Carolina, Virginia und auf ungefähr 26 Wahlkreise in North Carolina.

Mit dieser Gesetzgebung zerschlug die Führung der Demokratischen Partei endlich den feudalen Apparat, den die Südstaaten nach Beendigung der Rekonstruktionsphase aufgebaut hatten. Als sie schließlich handelte, versprach sie sich davon spezifische politische Vorteile. Die Konzessionen in der Bürgerrechtsfrage banden nicht nur die bereits wahlberechtigten Schwarzen fester an die Demokratische Partei; die Bestimmungen, die das Wahlrecht auf fünf Millionen potentieller schwarzer Südstaatenwähler (mehr als zwei Millionen waren schon bei der Wahl von 1964 registriert gewesen) ausdehnten, schufen ein weiteres ausgedehntes Wählerpotential, mit dessen Loyalität zur Demokratischen Partei gerechnet werden konnte. Dieser Block würde wiederum dazu beitragen, die dauerhaften Stimmenverluste der in der Rassenfrage unbelehrbaren, weißen Südstaatler aus dem tiefen Süden aufzufangen und überdies den Trend zur Republikanischen Partei in den stärker industriell geprägten Staaten des äußeren Südens auszugleichen. Der Grundstein für eine neue Demokratische Mehrheit im Süden – bestehend aus gemäßigten Weißen, vielen armen Weißen, die trotz ihrer Rassenvorurteile entsprechend ihrer ökonomischen Lage wählen würden, und den frisch mit dem Wahlrecht ausgestatteten Schwarzen – war damit gelegt. Indem sie schließlich Bürgerrechtsmaßnahmen doch noch unterstützte und entschieden vorantrieb, schuf, mit anderen Worten, die nationale Demokratische Parteiführung das Mittel, um die Risse in der Partei zu kitten. Daß sie dies leisten konnte, zeigt, wie sehr die Bedeutung der Kastenordnung, zunächst für die gesamte Wirtschaftsordnung und später auch für die Südstaatenökonomie, gesunken war.

Die Bürgerrechtsbewegung war also nicht die grundlegende Ursache dieser politischen Transformation; die grundlegende Ursache waren der ökonomische Wandel und die politischen Kräfte, die durch ökonomischen Wandel in Bewegung gesetzt wurden. Dennoch bedurfte es eines langen, ausdauernden und mutigen Kampfes, um die politische Transformation zu erzwingen, die von den ökonomischen Bedingungen ermöglicht worden war.

Vom Aufruhr zur Organisation

Als diese Transformation im Gange war, begann die Koalition der Gruppen, die gemeinsam die Bürgerrechtsbewegung des Südens ausmachten, auseinanderzufallen. In den meisten Darstellungen dieser Periode wird der Zerfall den Gegensätzen innerhalb der Bewegung zugeschrieben, vor allem der wachsenden Frustration und Militanz jüngerer SNCC- und CORE-Mitglieder. Ein Vorfall, dem als auslösendem Moment vielfach besondere Bedeutung zugesprochen wird, ereignete sich am 6. Juni 1966: An diesem Tag wurde James Meredith, der sich auf einem Ein-Personen-Marsch durch den tiefen Süden befand, von einem Heckenschützen auf einer Landstraße in Mississippi nahe der Staatsgrenze niedergeschossen. Eine kleine Gruppe führender Bürgerrechtler versammelte sich daraufhin an dem Punkt des Attentats, um für Meredith den Marsch zu beenden; dabei schmähten die jüngeren, militanten Schwarzen (vor allem vom SNCC) die Gewaltlosigkeit und Kooperation der Rassen und erhoben die geballten Fäuste zum »Black Power«-Gruß. Für sie war ein Schuß zuviel gefallen, hatte es einen Verrat der Bundesregierung zuviel gegeben.

Gegensätze kommen in allen Bewegungen vor und haben immer einen schwächenden Effekt. Doch als Erklärung für den Niedergang der schwarzen Bewegung erscheinen sie uns mehr als unbefriedigend. Die allmähliche Auflösung der Bewegung war unvermeidbar, berücksichtigt man die integrative Kraft der gewonnenen Konzessionen. Wenn überhaupt, dann trug die »Black Power«-Ideologie nur zu der Transformation bei, indem sie der Führungsschicht (und, allgemeiner, einer wachsenden schwarzen Mittelschicht) die Rechtfertigung bot, um von den nun dargebotenen Chancen aggressiv Gebrauch zu machen. Zwar war »Black Power« zunächst mit schwarzem Nationalismus, »Extremismus« und politischem »Radikalismus« identifiziert worden, doch schon bald bekam der Begriff für die meisten Beteiligten eine weit gemäßigtere und konventionellere Bedeutung, wie bei Carmichael und Hamilton nachzulesen ist: »Das Programm von Black Power« geht von einer grundlegenden Voraussetzung aus: Ehe eine Gruppe in die offene Gesellschaft eintreten kann, muß sie die Reihen aufschließen ... ein Zusammengehörigkeitsgefühl der Gruppe [ist notwendig], damit sie von einer starken Verhandlungsbasis aus wirksam in einer pluralistischen Gesellschaft operieren kann. « (45, Hervorhebung im Orig.) So definiert, war das Konzept wie geschaffen, um die ideologischen Bedürfnisse einer schwarzen Führungsschicht zu befriedigen, die es darauf abgesehen hatte, die neuen Möglichkeiten, politischen und bürokratischen Einfluß zu gewinnen, intensiv zu nutzen.

Von den verschiedenen Zugeständnissen, die der Bewegung gemacht worden waren, hatte das Wahlrecht die größte Integrationskraft: es führte die Aktivisten rasch auf die traditionellen Bahnen parlamentarischer Politik. Die Gewährung des Wahlrechts und die Garantien der Regierung zu seinem Schutz bargen die Verheißung, durch Teilnahme an politischen Wahlen wesentlichen Fortschritt auf dem Weg zur vollen Gleichberechtigung zu erzielen. Daraus folgte, daß Protest an Legitimität verlor und von der Kraft der amerikanischen politischen Überzeugungen und Traditionen allmählich untergraben wurde. Die Abkehr vom Protest wurde ferner von liberalen Kräften aus dem Norden unterstützt, die den intelligenten Gebrauch des Stimmrechts zum wahren Mittel zur Erlösung der Schwarzen erklärten und (über private Stiftungen, religiöse Institutionen und die Demokratische Partei) die notwendigen Mittel für weitere Registrierungskampagnen und andere

wahlpolitische Aktivitäten bereitstellten. Darüber hinaus war für viele führende Bürgerrechtler die Versuchung, ein öffentliches Amt zu bekleiden, unwiderstehlich, und so wandten sie sich vom Protest ab, verurteilten ihn sogar. Ein Ereignis, das mit der wachsenden »Black Power«-Kontroverse in Zusammenhang steht, illustriert diesen Punkt. Nachdem einige Führer der Bürgerrechtsbewegung nach Mississippi gekommen waren, um den »Meredith-Marsch« zu Ende zu führen, wandte sich Charles Evers, der Direktor der NAACP von Mississippi, entschieden gegen diese Absicht und erklärte, er könne nicht verstehen, inwiefern »es helfen soll, wenn man eine heiße Landstraße rauf und runter rennt; ich bin dafür, von Tür zu Tür und von Zaun zu Zaun zu laufen, um Schwarze davon zu überzeugen, sich registrieren zu lassen« (David Lewis, 1970, 321). Die Anführer des Marsches stimmten zu und legten fortan besonderen Wert darauf, wo immer sie vorbeikamen, zur Registrierung aufzurufen. Evers wurde später zum Bürgermeister von Fayette, Mississippi, gewählt.

Entscheidend ist, daß schon zu dem Zeitpunkt, als die Kontroverse über »Black Power« ausbrach, der Widerstand gegen die politische Modernisierung im Süden zusammengebrochen war. Am 6. Juli 1967 – nur zwei Jahre nach der Verabschiedung des Wahlrechtsgesetzes - meldete das Justizministerium, daß in den fünf Bundesstaaten des tiefen Südens mehr als 50% aller wahlberechtigten Schwarzen registriert seien. Die Veränderung der politischen Lage im Süden schritt also immer schneller voran, obwohl sich die Fraktionskämpfe in der schwarzen Bewegung verschärften. Beim Parteikongreß der Demokraten von 1964 hatten nur die Delegationen aus drei Südstaaten - Tennessee, Georgia und North Carolina schwarze Mitglieder; 1968 waren Schwarze in allen Südstaatendelegationen vertreten. Jetzt, da immer mehr Schwarze an die Urnen gingen, wurden auch häufiger in der Rassenfrage gemäßigte Demokraten zu Südstaatengouverneuren gewählt; die Republikanischen Gouverneure waren im allgemeinen ähnlich gemäßigt. 1972 waren im Süden schon über 900 Schwarze in politische Ämter gewählt worden; 1976, als bereits 3,5 Millionen Schwarze im Süden als Wähler registriert waren, gaben die schwarzen Stimmen den Ausschlag für den Sieg Jimmy Carters bei den Präsidentschaftswahlen: Carter gewann die Südstaaten (ohne die er nicht hätte gewinnen können), obwohl 55% der weißen Südstaatler für Ford stimmten. Die Reorganisation des südlichen Parteiflügels der Demokraten war erfolgreich abgeschlossen. Gewissermaßen über Nacht war die Bürgerrechtsbewegung in das politische Wahlsystem integriert worden. Ihre Führer kandidierten überall im Süden für politische Ämter, und ihre Anhängerschaft bemühte sich nach Kräfen, diesen Kandidaturen im Namen von »Black Power« zum Erfolg zu verhelfen.

Auch die sozio-ökonomischen Programme der Kennedy-Johnson-Ära trugen dazu bei, die Bürgerrechtsbewegung zu absorbieren und zu kanalisieren. Im nächsten Kapitel werden wir genauer auf diese Programme eingehen. An diesem Punkt soll nur angemerkt werden, daß die Kennedy-Administration versuchte, Forderungen nach neuen Bürgerrechtsgesetzen dadurch abzuwehren, daß sie die Notwendigkeit sozio-ökonomischer Reformen herausstrich, um dem Problem der schwarzen Armut zu begegnen. Die »Great Society«-Programme, vor allem das Programm gegen die Armut, waren die Folge, und Bürgerrechtsaktivisten besetzten in großer Zahl die neugeschaffenen, durch die Bundesregierung finanzierten Stellen, offenbar in der Absicht, dadurch »schwarze Macht« auszuüben. In ihrem Bericht über den Niedergang von CORE zeigen zum Beispiel Meier und Rudwick mit besonderer Sorgfalt, wie das Programm gegen die Armut Bürgerrechtler von direkten Aktionen abzog und die zerbrechliche Einheit von CORE-Ortsgruppen unterminierte:

»CORE-Mitglieder, die gutbezahlte Positionen im Rahmen der ›Community Action‹-Programme [CAP] angenommen hatten, hatten Schwierigkeiten, aktiven Kontakt zu ihren Ortsgruppen zu halten, und da sie meistens die erfahrensten Mitglieder waren, war der Verlust erheblich. . . . Mitglieder [des ›National Action Committee‹ von CORE] begannen sogar zu klagen, das Programm gegen die Armut sei ›dazu benutzt worden, militante Bürgerrechtsführer zu kaufen‹. Von gleicher Bedeutung war die Tatsache, daß COREs Aktivitäten in den CAP-Projekten einen großen Teil der Energic absorbierte und so die Aktivität bei CORE-Projekten verringerte. . . . Beide Sachverhalte erwiesen sich als wesentlicher Faktor beim Rückgang der Gruppenaktivitäten. « (363–364)

Das Programm gegen die Armut war nur eines von mehreren »Great Society«-Programmen, in denen Schwarzen eine Rolle spielen sollten. Der »Elementary und Secondary Education Act« (Gesetz über die Grund- und Sekundar-Schulbildung) war ein anderes, wie auch das »Model Cities«-Programm. Jedes einzelne trug dazu bei, die Führungsschicht der schwarzen Bewegung zu integrieren (zudem bot jedes einzelne Programm die Dienstleistungen

und materiellen Vorteile, die zur Befriedung der schwarzen Massen beitrugen).

Die Bewegung wurde jedoch nicht allein durch das politische Wahlsystem und damit zusammenhängende Regierungsinstitutionen absorbiert. Auch viele andere Institutionen in der Gesellschaft begannen nun, Schwarze zu integrieren: Geschäftswelt und Industrie reagierten auf die Unruhen, indem sie Schwarze einstellten; Universitäten und Colleges, die ja selbst von den Kämpfen erschüttert worden waren, revidierten ihre Zulassungspraktiken, um mehr Studenten aus Minderheitengruppen, von denen einige in den vordersten Reihen der Bürgerrechtsbewegung gestanden hatten, zuzulassen. Nachdem sie Zugang zu diesen Institutionen gewonnen hatten, bildeten viele Schwarze ihre eigenen politischen Fraktionen (»caucuses«) oder gründeten andere schwarze Suborganisationen, um »black power« auszuüben. Kurzum: die Gesellschaft schluckte die Bewegung, saugte ihr das Mark aus den Knochen, indem sie die Kader der Bewegung integrierte und die Schwarzen in die bürokratische und parlamentarische Politik einband.

Wahlpolitische Organisation und ökonomischer Fortschritt

Die Schwächung der Kastenordnung im Süden hat einige wichtige Fortschritte mit sich gebracht. Am bedeutendsten ist dabei die Reduzierung des Terrors als Hauptinstrument sozialer Kontrolle. Zumindest in diesem Punkt stellt der erfolgreiche Kampf um die politische Modernisierung des Südens einen großen Sieg für die Masse der Schwarzen dar. (So beteiligten sich z. B. am 4. Mai 1966 mehr als 80% der registrierten schwarzen Wähler in Alabama an den Vorwahlen der Demokratischen Partei und verhinderten mit ihren Stimmen, daß die Sheriffs James Clark [Selma] und Al Lingo [Birmingham] wieder nominiert wurden.)

Doch viele Schwarze im Süden leiden auch weiterhin unter ökonomischer Ausbeutung und den vielfältigen Formen sozialer Unterdrückung, die sie der Ausbeutung ausliefern. Die entscheidende Frage bleibt, ob die Erringung formeller politischer Rechte die Schwarzen nun in die Lage versetzen wird, auch ökonomische Fortschritte zu machen. Diese Frage stellte schon John Lewis, der Vorsitzende des SNCC, als er zu den Zehntausenden von Demonstranten sprach, die sich 1963 beim Marsch auf Washington versam-

melt hatten: »Was finden wir in [Kennedys Bürgerrechtsgesetz], das die obdachlosen und hungernden Menschen dieses Landes beschützen wird? Was finden wir in diesem Gesetz, das die Gleichberechtigung einer Hausangestellten sicherstellt, die fünf Dollar in der Woche im Haus einer Familie mit einem Jahreseinkommen von 100000 Dollar verdient?« Anders formuliert lautet die Frage, ob die Ausübung des Wahlrechts und die jetzt fast ausschließliche Betonung wahlpolitischer Strategien durch schwarze Südstaatenpolitiker zu einer entscheidenden Verbesserung der Lebensbedingungen der schwarzen Armutsbevölkerung im Süden führen wird. Wir meinen nicht.

Die Wahl einer bescheidenen Anzahl schwarzer Südstaatenpolitiker in öffentliche Ämter wird mit Sicherheit wieder die politische Macht schaffen, die notwendig wäre, um eine Vollbeschäftigungspolitik der Bundesregierung sicherzustellen, noch wird sie eine substantielle Änderung der Beschäftigungs-, Entlohnungs- und Beförderungspraxis in der Privatwirtschaft erreichen. Sie wird weder die Wohnungsbauprogramme durchsetzen, die nötig wären, um den verelendeten Minderheiten in den Städten des Südens menschenwürdige Unterkunft zu bieten, noch Maßnahmen - wie etwa eine von Regierungshilfen begleitete Landreform - durchführen, die es einigen der schwarzen (und weißen) Armen auf dem Lande gestatten würde, in der Ära des Agribusiness als unabhängige Farmer zu existieren. Weder wird es ihr gelingen, das Wohlfahrtssystem so zu reformieren, daß alle Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen ein angemessenes Mindesteinkommen beziehen, noch all die anderen Reformen und Programme durchzuführen, die die Lebensbedingungen der schwarzen Armutsbevölkerung verbessern könnten.

Andere haben ähnlich argumentiert: So schrieb Sindler genau zu der Zeit, als der »Voting Rights Act« verabschiedet wurde: »Die Fähigkeit und Bereitschaft der Weißen, den politischen Prozeß dazu zu nutzen, den politischen Einfluß der Schwarzen abzuwehren und zu begrenzen, werden aus diesem Einfluß alles andere als den entscheidenden Hebel für den Fortschritt der Farbigen machen, der er angeblich sein soll.« (1965, 53) Selbst James Q. Wilson hat geschrieben:

»Die politischen Aktivitäten der Schwarzen müssen als eine Strategie mit begrenzten Zielen beurteilt werden. Wo sie wählen können und dies auch tun, liegt es in ihrer Macht, die Indifferenz und Feindseligkeit ihrer gewählten Vertreter abzustellen. Aber es liegt nicht in der Macht dieser politischen Repräsentanten, das Los der Schwarzen entscheidend zu verändern: mit dem Wahlrecht ... kann ... die Entfernung von Rassisten und erklärten Segregationisten aus ihren Ämtern erzwungen werden. [Aber] es kann Einkommen, Wohnungssituation, berufliche Stellung oder Lebenschancen der Schwarzen nur marginal beeinflussen.« (456, Hervorhebung von uns)

Neben einer generellen Bejahung des traditionellen amerikanischen Glaubens an die Effektivität politischer Wahlen führen die Verfechter einer wahlpolitischen schwarzen Strategie das Argument ins Feld, die Schwarzen könnten jetzt erfolgreiche »Pendel-Politik« betreiben, da sie einerseits in den Schlüsselstaaten im Norden konzentriert seien und andererseits im Süden über einen ständig wachsenden Anteil der Stimmen verfügten. Dieses Machtpotential ist unseres Erachtens jedoch weit weniger real als es den Anschein hat. Der Erfolg eines Pendelns zwischen den Parteien erfordert sowohl außergewöhnliche Einheit als auch außergewöhnliche Unabhängigkeit des betreffenden Wählerblocks. Die Wahlen seit 1936 (mit Ausnahme der Wahlen von 1956 und in geringem Maße von 1960) haben zwar demonstriert, daß die Einheit der Schwarzen sehr wohl möglich ist. Die Loyalität zur Demokratischen Partei hat seit dem New Deal kontinuierlich zugenommen und ist heute größer als zu irgendeiner Zeit in den letzten 30 Jahren. Bei den Wahlen von 1968 und 1972 stimmten die Schwarzen zu 87 bzw. 86% für die Demokratische Partei und bei der Wahl von 1976 entschieden sich von den rund 6,6 Millionen schwarzen Wählern sogar 94% für diese Partei.

Doch diese Daten über die politische Geschlossenheit der Schwarzen deuten keineswegs an, daß der schwarze Wählerblock auch unabhängig ist – ganz im Gegenteil. Zwar hatte die Loyalität zu den Demokraten bei den Wahlen von 1956 und 1960 Rückschläge erlitten, die Konzessionen der Bürgerrechts-Ära aber haben sie mehr als wieder aufgefangen. Die Schwarzen bilden heute unter jedem Gesichtspunkt den stabilsten Block in der Demokratischen Wählerschaft. Wie schwarze Politiker es bewerkstelligen wollen, diese Wähler regelmäßig zum Pendeln zwischen den Parteien zu bewegen, ist alles andere als einleuchtend.

Zudem ist keineswegs klar, ob die meisten Minderheitenpolitiker ein Pendeln schwarzer Wähler überhaupt fördern würden, selbst wenn sie die Gelegenheit dazu hätten. Schwarze Politiker sind selbst nicht unabhängig. Viele von ihnen verdanken ihre Stellung weniger dem Rückhalt, den die schwarze Bevölkerung ihnen gibt, als weißen Parteiführern. Darüber hinaus hängen die Mandate der meisten schwarzen Politiker von der Stärke der Demokratischen Partei ab, von ihrer Fähigkeit, die Mehrheit der Wählerstimmen auf sich zu vereinigen. In demselben Maße, in dem eine unberechenbare schwarze Wählerschaft die Machtposition der Demokratischen Partei in Gefahr bringen würde, müßten auch die schwarzen Amtsinhaber um ihre Posten fürchten.

Wir wollen nicht behaupten, daß schwarze Wähler nicht in Zukunft flexibler werden könnten, doch vermuten wir, daß eine solche Entwicklung dann nicht auf Drängen politischer Führer erfolgen wird, sondern aufgrund neuer sozialer und ökonomischer Veränderungen und des Anbruchs einer neuen Periode massenhafter Auflehnung.

V. Die Protestbewegung der Wohlfahrtsempfänger

In Einschätzungen der schwarzen Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg wird häufig hervorgehoben, daß Mittelschichtsangehörige (oder diejenigen, die aufgrund ihrer Ausbildung in die Mittelschicht aufrücken konnten) aus ihr den größten ökonomischen Nutzen gezogen hätten. Die schwarze Armutsbevölkerung hat jedoch auch ökonomische Fortschritte gemacht, nur geschah dies nicht innerhalb des Beschäftigungssystems. Ein wichtiges Merkmal der schwarzen Nachkriegsbewegung bestand in zunehmenden Forderungen nach Sozialfürsorge, die vor allem nach 1960 und speziell in den nördlichen Großstädten auftraten. Ein großer Teil der verarmten Schwarzen aus dem Süden, die in den vierziger und fünfziger Jahren ihre Existenzgrundlage in der Landwirtschaft verloren hatten, fanden in den Städten des Nordens keine Arbeit; extremes Elend wurde rasch zu einem Dauerzustand. Später wurde die Not allerdings durch zunehmende Wohlfahrtsleistungen, die der Aufruhr der sechziger Jahre produzierte, gemildert. Der Aufruhr der sechziger Jahre bescherte auch den armen Weißen in größerer Zahl öffentliche Unterstützung, so daß die amerikanische Unterschicht insgesamt von den schwarzen Protesten dieser Periode profitierte.

Die Größe des Erfolgs läßt sich an der Anzahl zusätzlicher Familien, die Unterstützung erhielten, und an den zusätzlichen Milliarden Dollar, die für Sozialfürsorge aufgewandt wurden, ablesen: 1960 erhielten nur 745 000 Familien Unterstützung im Rahmen des AFDC-Programms (»Aid to Families with Dependent Children« – Unterstützung von Familien mit abhängigen Kindern); die Höhe der Leistungen betrug insgesamt weniger als eine Milliarde Dollar. 1972 waren es dagegen drei Millionen Familien, und die Beihilfen beliefen sich auf insgesamt sechs Milliarden Dollar.

In diesem Punkt erweisen sich Darstellungen der Bürgerrechts-Ära als merkwürdig kurzsichtig – der Sachverhalt wird nicht einmal erwähnt. Hätte es nicht die Rassenunruhen gegeben, die eine Stadt nach der anderen erschütterten, man müßte aufgrund der vorliegenden Berichte zu dem Schluß kommen, die städtische schwarze Armutsbevölkerung sei untätig gewesen. Dies ist um so merkwürdiger, als viele Beobachter dahin tendieren, die Rassenunruhen als eine Form der Rebellion zu definieren. Mit gleichem Recht läßt

sich aber auch die Erhebung der Wohlfahrtsempfänger als Rebellion der Armen gegen die Umstände, die ihnen sowohl Arbeit als auch Einkommen versagten, verstehen. Mehr noch, die Bewegung der Wohlfahrtsempfänger war in gewissem Sinne die authentischste Form der schwarzen Bewegung in der Nachkriegszeit. Ihre vielen hunderttausend Teilnehmer kamen aus der untersten Schicht der schwarzen Bevölkerung. Sie waren weder Integrationisten noch Nationalisten; sie kannten weder Sprecher noch Organisation. Diese Bewegung brach aus dem Innersten der nördlichen Gettos hervor, wo auf engstem Raum die Opfer der agrarischen Umwälzung und städtischen Arbeitslosigkeit lebten. Es war, kurz gesagt, ein Kampf der schwarzen Massen ums Überleben.

Als sich die weitverzweigte Bewegung der Fürsorgebedürftigen in den frühen sechziger Jahren entfaltete, schlossen sich einige Schwarze (und ein paar Weiße) zu einer Organisation zusammen, die sich zum Ziel setzte, das System der öffentlichen Wohlfahrt zu verändern. Wie schon während der Großen Depression Arbeitslosengruppen aus dem Boden schossen und schließlich die »Workers' Alliance of America« bildeten, begannen auch Mitte der sechziger Jahre Gruppen aufzutauchen, die das Recht auf Wohlfahrt auf ihr Banner geschrieben hatten und sich später zur »National Welfare Rights Organization« (NWRO) zusammenschlossen. Im folgenden Kapitel wollen wir untersuchen, wie bedeutend der Beitrag war, den die NWRO zur Wohlfahrtsbewegung leistete – welchen Anteil sie an der ungeheuren Zunahme der Forderungen nach Unterstützung und an der darauffolgenden explosiven Ausweitung der Empfängerlisten hatte.

Die NWRO ist noch aus einem weiteren Punkt von Interesse. Sie wurde zu einem Zeitpunkt gegründet, als die Bürgerrechtsbewegung im Süden so gut wie verebbt war und sich viele Aktivisten nach Norden wandten, angezogen von der wachsenden Unruhe der schwarzen städtischen Massen. Zusammen mit der Konzentration schwarzer Wähler im Norden bestärkte diese Unruhe die Überzeugung, politische Macht könne durch Massenorganisation gewonnen werden. Protestdemonstrationen und direkte Aktionen, die für die Bewegung im Süden charakteristisch gewesen waren, wurden daher rasch in den Hintergrund gedrängt; statt dessen betonte man die Notwendigkeit von »community organization« in den Gettos des Nordens. Die NWRO war ein Ausdruck dieser Veränderung. Ihre Protagonisten waren zwar vom Geist des Protestes

inspiriert worden, sahen jedoch ihre Aufgabe primär darin, dauerhafte Massenorganisationen der städtischen Armutsbevölkerung aufzubauen. Neben ihr gab es noch eine Reihe weiterer Organisationsversuche in dieser Periode, von denen jedoch keiner die nationale Bedeutung der »National Welfare Rights Organization« erlangte.¹ Eine Analyse der Erfahrungen der NWRO stellt daher eine wichtige Grundlage für die Einschätzung der Tauglichkeit dieser politischen Strategie dar.

Es ist so gut wie nichts über die NWRO geschrieben worden. Während ihrer kurzen Existenz erhielt sie relativ geringe Unterstützung von Bürgerrechtsgruppen, und seitdem haben Historiker und Sozialwissenschaftler ihr kaum Beachtung geschenkt.² Die Analyse, die wir in diesem Kapitel leisten werden, basiert daher fast ausschließlich auf unseren eigenen Beobachtungen, die wir während unseres Engagements bei der NWRO sammeln konnten, als wir an Strategiediskussionen, Spendenkampagnen und Demonstrationen teilnahmen.3 Wir waren entschiedene Verfechter einer bestimmten politischen Strategie, deren Hauptgewicht auf militanten Protesten anstelle von »community organization« lag, und die eine Quelle ständiger Auseinandersetzung unter der NWRO-Führung darstellte, wie wir im weiteren Verlauf des Kapitels darlegen werden. Es muß dem Leser überlassen bleiben zu beurteilen, inwieweit unser eigenes Engagement und unsere Parteilichkeit die folgende Analyse verzerrt haben mögen.

Die Entstehung einer Bewegung der Wohlfahrtsempfänger

Das AFDC-Unterstützungsprogramm wurde im Rahmen des »Social Security Act« von 1935 geschaffen.⁴ Bis 1940 hatten alle Bundesstaaten die notwendigen Durchführungsgesetze verabschiedet, und immer mehr Menschen wurden auf die Fürsorgelisten gesetzt. Es ist allerdings entscheidend, darauf hinzuweisen, daß nur wenige der Armen von dieser allseits gepriesenen Reform profitierten. Wohlfahrtsstatuten und -praktiken sollten vor allem dazu dienen, Arbeitsnormen durchzusetzen und durch die Verknappung von Sozialfürsorge ein Reservoir billiger Arbeitskräfte verfügbar zu halten. Gesunde Erwachsene ohne Kinder wurden, ebenso wie alle Familien mit zwei Elternteilen, durch das Bundesgesetz einfach von der Fürsorge ausgeschlossen; Bestimmungen

290

und Praktiken einzelner Bundesstaaten und Landkreise verweigerten auch vielen der übrigen Bedürftigen noch die Unterstützung. Ein weiterer Grund für die Begrenzung der Fürsorgeleistungen waren die Kosten. Einen Teil der Wohlfahrtsausgaben finanzierte der Bund; Bundesstaaten und Gemeinden brachten den Rest auf. Die lokalen Fürsorgeverwaltungen hatten folglich allen Grund, es so schwierig wie möglich zu machen, Unterstützung zu bekommen.

In den sechziger und siebziger Jahren schwoll dann die Zahl der Fürsorgeempfänger vor allem im Norden erheblich an. ⁵ Zurückzuführen ist diese Expansion auf die Entstehung einer Bewegung der Fürsorgebedürftigen.

Die Legitimität der Armut wird in Frage gestellt

Wie wir schon in Kapitel 4 gezeigt haben, nahm nach dem Zweiten Weltkrieg das Elend großer Teile der Armutsbevölkerung weiter zu. In der Landwirtschaft, vor allem im Süden, griff die Arbeitslosigkeit um sich und auch in den Städten lag sie auf hohem Niveau. Die Beschäftigungssituation verbesserte sich während des Koreakrieges vorübergehend, doch dann stieg die Zahl der Erwerbslosen wieder abrupt an. Schwarze wurden besonders hart betroffen. Während des letzten Kriegsjahres lag die offizielle Arbeitslosenquote in der nicht-weißen Bevölkerung bei 4,5%; sie stieg in der Rezession von 1958 auf 13% und blieb bis zur Eskalation des Vietnam-Krieges ständig über 10%. In den Gettos der nördlichen Großstädte erreichte die Arbeitslosigkeit teilweise das Ausmaß der Depressionsjahre.

»Zum Beispiel waren 1960 41% der männlichen Schwarzen in einem Zensus-Bezirk von Detroit, der ausschließlich von Schwarzen bewohnt wurde, arbeitslos; in bestimmten Zensus-Bezirken von Chicago, Los Angeles und Baltimore – in denen 90% oder mehr der Bewohner Schwarze waren – bewegten sich die Arbeitslosenquoten zwischen 24 und 36%.«⁶

Doch trotz des Elends beantragte nur ein kleiner Teil der Armen öffentliche Unterstützung. Das Ethos der Eigenverantwortlichkeit und die Verachtung des Almosenempfängers sind fürwahr machtvolle Kontrollmechanismen. Zudem reagierte die Regierung nicht auf die ökonomische Notlage: von den Familien, die Beihilfe beantragten, wurde etwa die Hälfte abgewiesen. Folglich stieg die Zahl

der Fürsorgeempfänger nur unbedeutend an: von 635 000 Familien im Jahre 1950 auf 745 000 im Jahre 1960 – ein Anstieg von nur 110000 Familien (oder 17%) in einem Jahrzehnt, das von der Abwanderung von Millionen entwurzelter Menschen vom Land in die Städte gekennzeichnet war. Diese Menschen nahmen ihr elendes Dasein einfach hin.

Das allerdings sollte sich bald ändern. Dies war zum Teil darauf zurückzuführen, daß Armut zu einem öffentlich debattierten Thema wurde. Die Rezessionen der späten fünfziger Jahre spielten im Präsidentschaftswahlkampf von 1960 eine prominente Rolle. Kennedy forderte wiederholt »einen wirtschaftlichen Feldzug gegen die Armut« (Schlesinger, 873), und als die Stimmen gezählt waren, machte ein verbitterter Nixon für seine Niederlage nicht zuletzt Eisenhowers Wirtschaftspolitik verantwortlich, der es nicht gelungen war, Rezessionen, besonders im Wahljahr selbst, zu verhindern.7 Nur wenige Tage nach seiner Amtsübernahme leitete Kennedy Gesetzesvorlagen an den Kongreß, in denen er vorschlug, »dem Gesetz zur Arbeitslosenunterstützung eine zeitlich begrenzte Ergänzung über eine dreizehnwöchige Zahlung hinzuzufügen ... die Unterstützung für Kinder von Arbeitslosen auszudehnen ... die Zahlungen der Sozialversicherung zu verbessern und frühzeitige Pensionierung zu fördern ... [und] die Mindestlöhne auf breiter Basis zu erhöhen« (Sorensen, 387).

Kennedys Interesse an ökonomischen Problemen war zwar primär seiner breiten Gefolgschaft in der Arbeiterklasse geschuldet, war aber zu einem gewissen Grad auch eine Reaktion auf die Ansprüche seiner schwarzen Wähler. Vom Augenblick seiner Amtsübernahme an mußte er sich gegen die Kritik von Bürgerrechtlern verteidigen, die meinten, er wolle sich vor der Einlösung des Versprechens drücken, ein Bürgerrechtsgesetz vorzulegen:

»Als ihm [Kennedy] die Führer der Bürgerrechtsbewegung 1961 Vorwürfe machten, weil er sich nicht für die Gesetzgebung einsetzte, erklärte er ihnen, daß ein erhöhter Mindestlohn, Unterstützung des Bildungswesens durch den Bund und andere Sozial- und Wirtschaftsmaßnahmen auch Bürgerrechte seien.« (846–847)

Zu Anfang dienten die Aktivitäten der Kennedy-Administration im Kampf gegen die Armut also dazu, Bürgerrechtsforderungen zu umgehen, ohne die Unterstützung der Schwarzen zu verlieren.

Doch in dem Maße, wie sich die Auseinandersetzungen um die

Bürgerrechte verschärften, wuchs auch die Empörung der Schwarzen über ihre Lebensbedingungen - nicht allein als unterdrückte rassische Minderheit in einer weißen Gesellschaft, sondern auch als verarmter Bevölkerungsteil umgeben von Wohlstand. Von den Erfolgen der Bürgerrechtsbewegung im Süden profitierten nun einmal am stärksten und unmittelbarsten die schwarzen Südstaatler, vor allem jene, die schon zur Mittelschicht gehörten oder sich anschickten, in die Mittelschicht aufzusteigen. Als Anfang der sechziger Jahre die Schwarzen in Dutzenden von Landkreisen endlich das Recht erhielten, zu wählen oder sich auf jeden beliebigen Platz im Bus zu setzen, da lebten in diesen Gebieten gar nicht mehr so viele Schwarze, die die neuen Rechte in Anspruch nehmen konnten. Die Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft, zusammen mit einer repressiven Fürsorgepraxis der Südstaaten, die arbeitslosen Landarbeitern Unterstützung versagte, hatten eine Abwanderung erzwungen, die zwangsläufig die Reihen der schwarzen Landbewohner lichtete. In den Städten schufen Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, niedrige Löhne und Wohlfahrtsrestriktionen neue Härten. Eine Bürgerrechtsrevolution war im Gange, nur: die schwarze, städtische Armutsbevölkerung hatte kaum etwas davon.

In den Jahren 1962 und 1963 hatten viele Bürgerrechtsaktivisten begonnen, sich ökonomischen Problemen zuzuwenden. Sie organisierten Boykotts, Arbeitskämpfe und Protestdemonstrationen, um diskriminierende Beschäftigungspraktiken anzugreifen; sie organisierten Mietstreiks, um gegen unzumutbare Wohnbedingungen und Mietwucher zu protestieren, und wandten sich mit Massendemonstrationen gegen Häuserabriß und Stadtsanierung. Auf diese Weise gerieten wirtschaftliche Probleme in den Mittelpunkt der Proteste, und der Marsch auf Washington für Arbeit und Freiheit im August 1963 bot diesen Protesten eine nationale Bühne.

Während der Marsch auf Washington noch geplant wurde, starteten Regierungsvertreter eine rhetorische Kampagne über ökonomische Ungerechtigkeit, die sie mit Verlautbarungen über die Wichtigkeit neuer Programme zur Bekämpfung der Armut verbanden. Der Planungsprozeß begann in einer Kabinettssitzung im Juni, kurz nach der Bürgerrechtskrise in Birmingham und kurz vor dem Marsch auf Washington:

»Kennedy widmete einen großen Teil [dieser Sitzung] ... einer Diskussion über das Problem schwarzer Arbeitslosigkeit, und gab eine Reihe von Stabsanalysen zu dem Thema in Auftrag. Den gesamten Sommer 1963 über

waren Experten der zuständigen Regierungsbehörden – des ›Council of Economic Advisors‹, des Bureau of the Budget, des Arbeits- und des Gesundheitsministeriums ... emsig dabei, eine wahre Flut von Referentenstudien zu produzieren. Im November informierte Präsident Kennedy [seine Berater] ... daß er beabsichtige, die Bekämpfung der Armut zu einem der Hauptziele seines Gesetzgebungsprogramms für 1964 zu machen.« (Donavan, 23)

Hatte Kennedy die rhetorische Welle über das Armutsproblem nur in Gang gesetzt, ließ Johnson nach dem Attentat die Welle zu einer Sturmflut anschwellen. In seinem Bericht zur Lage der Nation vom 8. Januar 1964 begann er mit der Erklärung eines »bedingungslosen Kriegs gegen die Armut in Amerika. [Wir] werden nicht eher ruhen, bevor dieser Krieg gewonnen ist.« Später im Januar unterbreitete er dem Kongreß die »Economic Opportunity Bill« von 1964 (das Programm gegen die Armut)9, und setzte sich in den folgenden Monaten bei verschiedenen Interessengruppen - Gewerkschaftsvorsitzenden, Wirtschaftsvertretern, Kirchenführern und Bürgerrechtlern - mit großem Nachdruck für das Programm ein. Mit Reden und Pressemitteilungen mobilisierte Johnson die öffentliche Meinung für den Feldzug gegen die Armut. Das Ergebnis dieser Aktivitäten war durchschlagend: »Wenn die Öffentlichkeit sich der Armut in den Vereinigten Staaten vor einem Jahr praktisch überhaupt noch nicht bewußt geworden war, so war dieses Bewußtsein jetzt allgemein. Vor allem aber hatte Johnson den Krieg gegen die Armut zu einem Teil des nationalen Konsensus gemacht.« (Evans und Novak, 368) Der Kongreß reagierte außergewöhnlich schnell. Schon im August, nur einige Wochen vor den Präsidentschaftswahlen, konnte der Präsident das Gesetz unterzeichnen.

Programme gegen die Armut

Was das Programm gegen die Armut tatsächlich leistete, war, eine Reihe von Maßnahmen, die schon während der Kennedy-Jahre initiiert worden waren, erheblich auszuweiten. Dazu gehörte beispielsweise der »Juvenile Delinquency and Youth Offenses Control Act« von 1961 (Gesetz zur Bekämpfung der Jugendkriminalität), unter dem in 20 Städten »community action«-Programme eingerichtet worden waren. Zusätzlich war 1962 der »Manpower Development and Training Act« verabschiedet worden, dem 1963 der »Community Mental Health Centers Act« gefolgt war. 1966 trat

noch der »Demonstration Cities and Metropolitan Development Act« hinzu.

Eine Zeitlang gelang es diesen Programmen weniger, die Unruhe zu dämpfen; statt dessen dienten sie als Vehikel für die Mobilisierung der schwarzen Gettobevölkerung, um weitere Regierungshilfen zu fordern. Sie schufen eine neue Führungsstruktur in den Gettos und brachten zudem die Massen der schwarzen Armutsbevölkerung in Bewegung. Dies wurde möglich, weil ein Teil der Mittel aus diesen Programmen direkt in einzelne Gettoviertel floß – als eine Art direkter Zuwendung aus dem Patronagetopf des Bundes an Minderheitengruppen. Auch wurden die Schwarzen durch Regierungspolitiker dazu ermuntert, diese Mittel zur Gründung eigener Organisationen zu benutzen, um so gezielt ihre eigenen Interessen, vor allem in den Bereichen der Kommunalpolitik und städtischen Dienstleistungen vertreten zu können.

Die neuen Hilfsprogramme gaben entscheidenden Anstoß zu der Flut von Anträgen auf öffentliche Unterstützung, die nach 1965 einsetzte. Als Tausende von Sozialarbeitern und Nachbarschaftshelfern, die im ganzen Land von den »community action«-Büros angeheuert wurden, mit Bedürftigen in Kontakt kamen, waren sie gezwungen, sich mit den Fürsorgerichtlinien vertraut zu machen und zu lernen, wie sie am besten Unterstützung für ihre Klienten durchsetzen konnten. Hätten sie etwas anderes getan, hätten sie sich schnell als nutzlos erwiesen für die Menschen, deren Interessenvertreter sie ja sein sollten. Es war ganz einfach: die Armen brauchten Geld; Geldmangel war die Ursache der meisten Probleme, wegen derer Familien sich an die Sozialarbeiter in den Ladenbüros oder anderen »community action«-Büros im ganzen Land wandten.

Nach kurzer Zeit wurden auch Anwälte, die sich für die Rechte der Wohlfahrtsempfänger einsetzten, aktiv. Wenn einzelne Betreuer nicht in der Lage waren, die Ansprüche der von ihnen vertretenen Familien auf Unterstützung durchzusetzen, strengten die Anwälte Musterprozesse an und errangen zunächst in den Gerichten der Einzelstaaten, später auch in den Bundesgerichten, bis hinauf zum Obersten Gericht, verblüffende Erfolge. So wurden nach und nach eine Reihe von Restriktionen beseitigt: »Mann-im-Haus«-Klauseln; Wohnsitzbestimmungen; Vorschriften, nach denen beschäftigungsfähigen Müttern Unterstützung versagt werden konnte (employable mother); und ein Haufen anderer Bestimmungen,

Praktiken und Regelungen, die den Kreis der Fürsorgeempfänger einschränken sollten. 11 Infolge dieser Gerichtsentscheidungen wurden völlig neue Personengruppen antragsberechtigt, so daß vielen, die zuvor abgewiesen worden waren, jetzt Beihilfe gewährt werden mußte. Als nun die Sozialarbeiter feststellten, daß Tausende potentieller Fürsorgeempfänger die Slums und Gettos bevölkerten, begannen sie, Handbücher über das »Recht auf Wohlfahrt« zu erstellen und in Zehntausenden von Exemplaren zu verteilen, wodurch immer mehr Menschen von ihrem Anspruch auf öffentliche Unterstützung erfuhren. Kurzum: ab 1965 waren die Armen über ihr »Recht« auf Wohlfahrt informiert, wurden sie ermutigt, Fürsorge zu beantragen, und wurde ihnen geholfen, diese auch zu bekommen. Eine vielfältige Kampagne gegen restriktive Wohlfahrtspraktiken war in Gang gekommen, und die Bundesregierung stellte nicht nur den Hauptteil der finanziellen Mittel zur Verfügung, sondern verlieh der Kampagne außerdem noch Legitimität. 12

Die Bedeutung der Unruhen

Die Massenunruhen, die zwischen 1964 und 1968 das Land überzogen, waren für die neuen Unterstützungsprogramme von erheblicher Bedeutung. Im Jahre 1966 gabe es 21 größere Bürgerunruhen, 1967 waren es 83. Der Juli 1967 war ein Monat des Aufruhrs. In Milwaukee starben vier Menschen; in Detroit 43. Überall im Land brachen Unruhen aus: in Cambridge (Maryland); in Lansing, Kalamazoo, Saginaw und Grand Rapids (Michigan); in Philadelphia; Providence; Phoenix; Portland; Wichita; South Bend und Memphis; in Wilmington (Delaware); San Francisco, San Bernardino, Long Beach, Fresno und Marin City im Bundesstaat Kalifornien; in Rochester, Mt. Vernon, Poughkeepsie, Peekskill und Nyack im Staat New York; in Hartford (Connecticut); in Englewood, Paterson, Elizabeth, New Brunswick, Jersey City, Palmyra und Passaic in New Jersey. Als der Monat zu Ende ging, richtete das Pentagon eine »Task Force« und der Präsident eine Untersuchungskommision zu den Bürgerunruhen ein. Nur knapp sieben Monate später (im Februar 1968) forderte die Kommission eine »massive und dauerhafte Verpflichtung«, um die Armut und Rassendiskriminierung aus der Welt zu schaffen. Nur ein paar Tage vorher hatte der Präsident in seinem Bericht zur Lage der Nation Gesetzesvorschläge

über die Ausbildung und Beschäftigung langjähriger Arbeitsloser sowie Stadterneuerungsvorhaben angekündigt.

Angesichts dieser Situation – Massenproteste auf der einen, eine entgegenkommende Regierung auf der anderen Seite – blieb den Sozialarbeitern der »Great Society«-Programme kaum eine andere Wahl, als die Interessen ihrer Mandanten militant zu vertreten. Also verhandelten sie nicht länger mit ihrem jeweiligen Gegenüber in den Lokalverwaltungen (der Schulbehörde, der Stadtsanierungsverwaltung, dem Fürsorgeamt) – jetzt forderten sie positive Bescheide auf die Anträge ihrer Klienten. Auch scheuten sie nicht mehr vor Prozessen zurück, selbst wenn es Lokalpolitikern und Behördenleitern besonders gegen den Strich ging: sie klagten und gewann auch häufig. Schließlich zögerten sie nicht länger, Proteste der Armen gegen Politik und Praxis lokaler Wohlfahrtsempfänger zu organisieren. Dies war eine Ursache der Wohlfahrtsexplosion in den sechziger Jahren.

Eine Bewegung der Fürsorgeempfänger entsteht

Alle genannten Faktoren stiegen gleichzeitig an: die rhetorischen Kraftakte gegen die Armut, die Bewilligung neuer Mittel für die Anti-Armuts-Programme, die Gettounruhen ebenso wie die Anträge auf öffentliche Unterstützung. Offensichtlich waren viele Bedürftige zu der Überzeugung gelangt, daß eine Gesellschaft, die ihnen Arbeitsplätze und angemessene Löhne verweigerte, ihnen zumindest ein zum Überleben ausreichendes Einkommen schuldete. Die Zeit begann der Großen Depression zu ähneln: in beiden Perioden kam eine große Anzahl von Menschen zu dem Schluß, daß das »System« und nicht sie selbst die Verantwortung für ihr Schicksal trage – und so wandten sie sich in immer größerer Zahl an die Fürsorgeämter.

Im Jahre 1960 beantragten 588000 Familien AFDC-Beihilfe; 1963, in dem Jahr, als führende Politiker den Kampf gegen die Armut erstmals zu einer öffentlichen Aufgabe erklärten, stellten 788000 Familien Anträge – ein Anstieg von einem Drittel. Im Jahr 1966, dem ersten Jahr, in dem die Programme gegen die Armut in vollem Umfang wirksam waren, erreichte die Zahl der Anträge 903000 – ein Zuwachs von mehr als 50% gegenüber 1960. Als 1968 die Gettounruhen ihren Höhepunkt erreichten, hatte sich die Zahl der Anträge gegenüber 1960 verdoppelt und 1088000 erreicht –

von da an lag sie jedes Jahr über einer Million. ¹³ Es war unverkennbar: eine Millionenbewegung der Wohlfahrtsempfänger war entstanden.

Staatliche Reaktionen auf die Bewegung der Fürsorgeempfänger

Ebenso steil wie die Kurve der Antragstellungen verlief die der Antragsbewilligungen. Je mehr Familien Anträge stellten, um so höher wurde auch die Bewilligungsquote. Im Jahre 1960 erhielten 55% der Antragsteller Unterstützung. Der Anteil stieg 1963 auf 57%, 1966 auf 64% und 1968 auf 70%. In manchen Städten im Norden lag die Bewilligungsquote sogar noch höher. Es ist kaum übertrieben zu sagen, daß praktisch jede Familie mit niedrigem Einkommen, die gegen Ende der sechziger Jahre ein Wohlfahrtsbüro aufsuchte, auch Unterstützung bekam.

Die Liberalisierung der Fürsorgepraxis läßt sich auf ein Zusammenwirken mehrerer Faktoren zurückführen. Die Wohlfahrtsbeamten der Bundesstaaten und Gemeinden wurden von der öffentlichen Diskussion über Armut und soziale Ungerechtigkeit beeinflußt und offen von dem Personal der neuen Bundesprogramme unter Druck gesetzt, die Vergaberichtlinien großzügiger zu handhaben. Darüber hinaus fürchteten die Beamten (und die Politiker, denen sie verantwortlich waren) den Ausbruch von Unruhen. Einige dieser Unruhen standen in der Tat in direkter Beziehung zu Fürsorgedemonstrationen oder wurden von Ungerechtigkeiten im Wohlfahrtssystem ausgelöst. Den schweren Unruhen von 1966 im Hough-Bezirk von Cleveland war die herabwürdigende Behandlung eines Fürsorgeempfängers durch die Polizei vorangegangen. Dieser hatte Geld beantragt, um einem anderen, gerade verstorbenen Fürsorgeempfänger die letzte Erniedrigung eines Armenbegräbnisses zu ersparen (Stein, 3-4). Im Frühjahr 1967 veranstaltete in Boston eine Gruppe von Wohlfahrtsempfängern ein sit-in auf dem Sozialamt. Als die Polizei mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vorging, schrien diese aus den Fenstern auf die Straße hinaus und lösten drei Tage anhaltende Unruhen aus - die ersten in diesem besonderes gewalttätigen Sommer.¹⁴ Im allgemeinen operierten in diesen Jahren die Verwaltungen der nördlichen Großstädte aber äußerst vorsichtig: die Polizei wurde geschult, provozierendes Verhalten zu vermeiden; Stadtsanierungsbehörden waren vorsichtiger beim Einreißen von Slums und Gettovierteln; und Fürsorgeverwaltungen verteilten Sozialunterstützung großzügiger.

Das Verhalten der Antragsteller in den Warteräumen der Fürsorgeämter hatte sich ebenfalls verändert. Sie waren nicht mehr so bescheiden, so untertänig, so flehend; sie waren empörter, wütender, fordernder. Die Wohlfahrtsbeamten blieben davon nicht unbeeinflußt; vor allem die Sachbearbeiter, die die Anträge entgegennahmen - gewissermaßen die Türsteher des Systems - nutzten ihren Ermessensspielraum jetzt viel freizügiger aus. Die traditionellen Mittel, mit denen die Berechtigung von Ansprüchen überprüft wurde, verschwanden langsam: Hausbesuche wurden seltener, Vorschriften, nach denen Formulare verschiedener Behörden einzuholen waren, um nachzuweisen, daß eine Familie nicht andere Beihilfen (wie Kriegsrenten etc.) erhielt oder beanspruchen konnte, wurden zusehends vernachlässigt. In der Praxis verloren Durchführungsvorschriften fast völlig an Bedeutung; um die Hunderttausende von Familien, die die Warteräume der Wohlfahrtsämter überfüllten, überhaupt abfertigen zu können, wurden die Bestimmungen einfach ignoriert.

Auch mit den einmal anerkannten Unterstützungsempfängern gingen die Fürsorgeämter weniger hart um. Die Zahl der Streichungen ging zurück, vor allem derjenigen, die mit »Verstoß gegen die Bestimmungen der Behörde« begründet wurden – einem Gummiparagraphen, der von der Weigerung, einen »verantwortlichen« Vater ausfindig zu machen, bis zur Nichtwahrnehmung von Gesprächsterminen so ziemlich alles umfaßte.

Aufgrund dieser Veränderungen wurden die Listen der Unterstützungsempfänger immer länger. 1960 bekamen 745000 Familien Sozialbeihilfen, 1968 erreichte ihre Zahl 1,5 Millionen. Zwischen 1968 und 1972 schraubte sich die Zahl dann auf drei Millionen hoch – eine Steigerung von 300% gegenüber 1960. 1972 wurden insgesamt sechs Milliarden Dollar ausgezahlt; 1960 war es weniger als eine Milliarde gewesen. Ohne organisatorische Führung und ohne in der Öffentlichkeit überhaupt zur Kenntnis genommen zu werden, war eine Bewegung der Fürsorgeempfänger entstanden, die erhebliche Einkommensverbesserungen für ihre Mitglieder erzielen konnte.

Ein Vorschlag zur Entfesselung einer institutionellen Krise

Wir hatten 1965 eine Untersuchung abgeschlossen, die aufzeigte, daß auf jede Familie, die AFDC-Unterstützung erhielt, mindestens eine andere kam, die zwar den gesetzlichen Anforderungen entsprach, aber trotzdem nicht unterstützt wurde. Infolge der Migrationsbewegung und Arbeitslosigkeit war in den Städten ein riesiges Heer von Familien entstanden, deren Einkommen unter den Sozialfürsorgesätzen lag. Sollte es gelingen, Hunderttausende von Familien zu bewegen, Unterstützung zu fordern, so versprachen wir uns davon zweierlei: Erstens: Wenn diese in großer Zahl Fürsorge erhielten, wäre ein großer Teil der Armut in Amerika beseitigt. Zweitens: Aus Gründen, die noch zu erklären sind, glaubten wir, daß eine gewaltige Zunahme der Wohlfahrtsausgaben sowohl fiskalische als auch politische Krisen in den Städten auslösen würden, deren Auswirkungen die Regierung dazu veranlassen könnten, das Wohlfahrtssystem in die Verantwortung des Bundes zu nehmen und ein nationales Mindesteinkommen einzuführen. Es war eine Strategie, die einerseits darauf abzielte, eine kurzfristige Besserung der ökonomischen Lage der Armen zu erreichen, und andererseits die Möglichkeit barg, langfristig ein nationales Einkommensminimum durchzusetzen.

Diese Ideen stellten wir in einem hektographierten Papier mit dem Titel »A Strategy to End Poverty«¹⁵ vor, das wir Ende des Jahres 1965 unter »organizers« und Aktivisten zirkulieren ließen. Wir argumentierten darin, daß in einer Situation, die von wachsendem Aufruhr in den Städten und von einer immer geringeren Scheu vor öffentlicher Unterstützung gekennzeichnet war, und in der die Mittel der Programme gegen die Armut zur Verfügung standen, Aktivisten aller Couleur sich in einer massiven Kampagne zusammenschließen und die Bedürftigen dazu ermuntern sollten, durch Anträge auf öffentliche Unterstützung das Wohlfahrtssystem noch mehr zu erschüttern.

Zu den Personen, die sich der Idee aufgeschlossen zeigten, im Bereich der Sozialfürsorge politisch zu arbeiten, gehörte George A. Wiley, den wir von CORE her kannten. Er stand damals kurz davor, vom Posten des stellvertretenden nationalen Direktors von CORE zurückzutreten, hauptsächlich, weil er sich nicht mit dem zunehmenden schwarzen Nationalismus, der sich Anfang 1966 in der

Organisation auszubreiten begann, identifizieren konnte. George hatte bereits über die Möglichkeit nachgedacht, eine breitangelegte, programmatisch offene Organisation unter der städtischen Armutsbevölkerung aufzubauen, aber noch keine konkreten Pläne gefaßt. Zusammen mit der Tatsache, daß bereits eine Reihe von »welfare rights«-Gruppen (vor allem im Rahmen lokaler Projekte gegen die Armut und hauptsächlich in der Stadt New York) entstanden waren, bot unser Vorschlag eine Möglichkeit zu handeln. 16

Gerade zu dieser Zeit lenkten eine Reihe von Bürgerrechtlern vor allem in den nördlichen Bundesstaaten ihre Aufmerksamkeit von den Problemen der Kastenordnung auf ökonomische Themen. Da gleichzeitig die Rassenunruhen auf das wachsende Aufstandspotential der schwarzen Stadtbevölkerung hindeuteten, bot sich die Chance, eine machtvolle Bewegung gegen das ökonomische Elend einzuleiten. Auch die Zugeständnisse der Bundesregierung in dieser Zeit deuteten darauf hin, daß Erfolge und Veränderungen möglich waren. Nur war nicht recht klar, wie Aktivisten auf der Ebene tagtäglicher politischer Arbeit die Armut bekämpfen konnten, wie sie vor allem deren Hauptursachen – Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit – abstellen sollten. Deshalb schlugen wir mit unserem Plan vor, statt dessen den Mangel an Einkommen, der aus der Arbeitslosigkeit resultierte, anzugreifen. Aus diesem Grund war er für einige »organizers« attraktiv.

Für George war die nächstliegende Frage, ob tatsächlich das Wohlfahrtssystem einen vielversprechenden Ansatzpunkt für eine Organisierungskampagne darstellte, und nicht etwa die Wohnverhältnisse, das Erziehungswesen oder die Gesundheitsfürsorge. Um diese Frage zu diskutieren, rief er uns und ein paar Freunde aus der Bürgerrechtsbewegung zu einer Reihe kleinerer Treffen zusammen, die im Frühjahr 1966 in New York stattfanden. Die Diskussionen drehten sich zum großen Teil um die Praxis des Wohlfahrtssystems selbst und um die Schätzungen, die wir über die Zahl der bedürftigen und anspruchsberechtigten Familien in verschiedenen nördlichen Großstädten vorgelegt hatten. Wir hatten außerdem noch Daten gesammelt, die zeigten, daß nur eine geringe Zahl von Unterstützungsempfängern in den vollen Genuß der ihnen zustehenden Leistungen kamen.

Zunächst bestand einige Skepsis über unsere Behauptung, daß ein gewaltiges Reservoir anspruchsberechtigter, aber unversorgter Familien existiere. Als George versuchte, unsere Ergebnisse über-

prüfen zu lassen, indem er prominente Sozialexperten konsultierte, erklärten ihm einige von ihnen, unsere Zahlen seien nicht korrekt, und es ginge uns nur darum, einen Propagandafeldzug gegen das Wohlfahrtssystem zu führen. (Einige behaupteten sogar, die Daten seien gefälscht.) Es existierten auch keine Zahlen aus anderen Studien, die unsere Behauptungen gestützt hätten. Die herrschenden kulturellen Vorurteile über die schädlichen Konsequenzen der Gewährung von Sozialhilfe waren so festverwurzelt, daß Wissenschaftler dieser Frage einfach noch nicht nachgegangen waren. Um die Ungewißheit aus der Welt zu schaffen, bat George seinen Mitarbeiter Edwin Day, unsere Untersuchung zu wiederholen. Day kam schließlich zu dem Schluß, daß unsere Schätzungen insofern fehlerhaft gewesen seien, als sie die Zahl bedürftiger, aber unversorgter Familien noch viel zu niedrig angesetzt hätten. Daraufhin wurde Übereinstimmung erzielt, daß der Versuch, die Zahl der Fürsorgeempfänger zu erhöhen und eine Krise des Wohlfahrtssystems herbeizuführen, durchaus der Mühe wert war. In einer öffentlichen Debatte machte George dies im späten Frühjahr 1966 deutlich:

»Nun, ich muß sagen, daß das Erscheinen der von Cloward und Piven entwickelten Strategie für viele Bürgerrechtsaktivisten im ganzen Land eine wahre Aufmunterungsspritze bedeutet hat. Vielen von uns, die aus der Bürgerrechtsbewegung hervorgegangen sind, war seit jeher daran gelegen, daß sich in den Gettos im Norden eine signifikante Bewegung entwickelte, und eine Menge Leute, die in den Großstadtgettos politische Arbeit leisten, haben ja verzweifelt versucht, relevante Ansatzpunkte zu finden, um eine wesentliche Änderung der Lebensbedingungen der Menschen dort herbeizuführen.

Die Idce, erheblichen ökonomischen Druck zu entfesseln, indem die Menschen ermutigt werden, ihre Rechte im Wohlfahrtssystem geltend zu machen, diese Idee ist auf sofortiges Interesse gestoßen und ist gerade für Aktivisten in Stadtgebieten ungeheuer attraktiv. Ich kann sagen, daß viele von uns aufgrund unserer Herkunft aus der Mittelschicht nicht sofort in der Lage waren, dieses Potential richtig zu erkennen – und schließlich kommen, so glaube ich, die meisten Aktivisten wohl aus der Mittelschicht –, weil wir eben immer davon ausgegangen sind, daß die Leute Arbeit finden und so wenig wie möglich von öffentlicher Unterstützung abhängig sein sollten. Nun, ich glaube, die Idee, Millionen von Menschen – vor allem natürlich die Arbeitsunfähigen, Älteren und weiblichen Haushaltsvorstände – dazu zu ermutigen, ihre Rechte geltend zu machen, ist sehr attraktiv. Ich glaube, diese Strategie wird sich durchsetzen und in der kommenden Zeit sehr wichtig sein. Was mich in der Geschichte der Bürgerrechtsbewegung am meisten angezogen hat, ist die Tatsache, daß die wesentlichen Ver-

änderungen, die sich vollzogen haben, wie der ›Civil Rights Act‹ von 1964 und der ›Voting Rights Act‹ von 1965, vor allem das Ergebnis von Kampagnen in einer oder in mehreren Städten waren, wo es zu erheblichen Zusammenstößen gekommen ist, die die Nation in eine akute Krise gestürzt haben. Und ich glaube, daß nur die Krisenstrategie wirklich zu größeren Erfolgen in der Bürgerrechtsfrage geführt hat« (aus: Strategy of Crisis: A Dialogue, nachgedruckt in: Cloward und Piven, 1974).

Kontroverse Strategien politischer Einflußnahme

Trotz dieser ersten Begeisterung tauchten im Laufe der Diskussionen einige Differenzen bezüglich der einzuschlagenden Strategie auf, die alle mehr oder weniger direkt auf die grundlegende Fragestellung zurückführten, wie die Armen politischen Einfluß auszuüben vermögen. In »A Strategy to End Poverty« waren wir von einem Ansatz ausgegangen, der der herkömmlichen Interpretation des amerikanischen politischen Systems offen widersprach; auch unsere Ansichten über »organizing« standen im Gegensatz zur traditionellen Lehre. Es stellte sich heraus, daß die Meinungsverschiedenheiten sich auf drei Gebiete konzentrierten.

Zum einen hinterfragten wir den traditionellen Organisierungsansatz, daß die Armen zu einer effektiven politischen Kraft werden können, indem sie sich in Massenorganisationen zusammenschließen. Wir bezweifelten, daß das politische System auf solche Organisationen positiv reagieren würde, selbst wenn es möglich wäre, die Armen in großer Zahl und auf Dauer in die Arbeit der Organisation einzubeziehen. Wir hatten frühere Bemühungen – die »Workers' Alliance of America«, die Bürgerrechtsbewegung im Süden, die Mieterstreiks im Norden Anfang der sechziger Jahre – untersucht und gefunden, daß organisierte politische Einflußnahme nicht allzu viel bewirkte, während militante Proteste zumindest gelegentlich Erfolg hatten.

Wir meinten, daß das Wohlfahrtssystem aufgrund der starken Konzentration antragsberechtigter Familien in den nördlichen Industriestaaten besonders leicht durch Proteste der Armen zu erschüttern war. In diesen Bundesstaaten und ihren Kommunen herrschte zudem die größte Unruhe und Unzufriedenheit unter der Gettobevölkerung. Dazu kam, daß eben diese Bundesstaaten aufgrund des Finanzierungsmodus für öffentliche Unterstützung (Staaten mit hohen Wohlfahrtsausgaben – das waren vor allem

nördliche Industriestaaten – erhielten proportional geringere Bundeszuschüsse als Staaten mit niedrigem Fürsorgebudget) am ehesten in fiskalische Schwierigkeiten geraten würden, wenn Forderungen nach Unterstützung radikal anstiegen. Schließlich waren die nördlichen Industriestaaten für die Demokratische Partei von entscheidender Bedeutung; Störungen in diesen Bundesstaaten konnten also erhebliche Auswirkungen auf die Bundespolitik haben:

»Eine Serie von Fürsorgekampagnen in großen Städten würde, so glauben wir, die Bundesregierung zwingen, eine neue Politik zur Verteilung von Einkommen in Angriff zu nehmen. ... Breit angelegte Kampagnen mit dem Ziel, die Bedürftigen zur Stellung von Anträgen auf Unterstützung zu bewegen ... würden die Wohlfahrtsbürokratien in ihren Grundfesten erschüttern und die Finanzplanungen kommunaler und einzelstaatlicher Verwaltungen völlig über den Haufen werfen. In der Folge würden erhebliche politische Spannungen entstehen und bestehende Gegensätze zwischen einzelnen Gruppen der Demokratischen Koalition in den Großstädten verschärft werden: zwischen den verbliebenen weißen Mittelschichtsangehörigen, den weißen ethnischen Gruppen aus der Arbeiterklasse und den wachsenden armen Minoritätengruppen. Um eine weitere Schwächung dieser historischen Koalition zu verhindern, wäre eine Demokratische Bundesregierung gezwungen, eine nationale Lösung für das Problem der Armut zu verfolgen und dadurch den Kommunen aus ihrem fiskalischen Dilemma herauszuhelfen. Mit Hilfe der internen Erschütterung lokaler Fürsorgebürokratien, der öffentlichen Diskussion über staatliche Wohlfahrtspolitik und des Zusammenbruchs der bestehenden Finanzstruktur können bedeutende Antriebskräfte für größere ökonomische Reformen auf nationaler Ebene entfesselt werden.«

Um das Störpotential solcher Kampagnen zu maximieren, meinten wir, daß alle zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel auf die Organisierung von Antragstellern in nur wenigen Großstädten und in solchen Bundesstaaten (d.h. New York, Michigan, Illinois, Ohio, Kalifornien, Pennsylvania etc.) konzentriert werden sollten, die zentrale Bedeutung bei Bundeswahlen hatten. Damit wären die Chancen erhöht, daß eine politische Krise von ausreichendem Gewicht hervorgerufen werden könnte, um die Intervention der Bundesregierung zu garantieren.

Was die Armen selbst anging, hatten wir allen Grund zu der Annahme, daß sie sich einer solchen Kampagne anschließen würden, denn die Statistiken über steigende Antragsquoten bewiesen, daß sie bereits – getrennt, doch mit gemeinsamer Stoßrichtung – das Szenario einer institutionellen Erschütterung befolgten. Für Aktivisten, so argumentierten wir, blieb allein die Aufgabe, das militante Verhalten, das von den Armen in großer Zahl bereits an den Tag gelegt wurde, zu verstärken und zu unterstützen.

Doch die »organizers« jener Zeit waren anderer Meinung. Sie hatten die politische Landschaft der USA inspiziert und festgestellt, daß andere Gruppen recht gut von Organisiationen vertreten wurden, die ihre Spezialinteressen vorbrachten. Hausbesitzer hatten Vereinigungen gegründet, um Maßnahmen der Regierung zu verhindern, die zu einer Wertminderung ihres Grundbesitzes hätten führen können; Arbeiter organisierten sich in Gewerkschaften, um bessere Arbeitsgesetze zu erreichen; die Industriellen hatten ihre Verbände, die sich für die wohlwollende Behandlung der Konzerne durch eine ganze Reihe von Regierungsbehörden stark machten. Zwar waren die Hausbesitzer lange nicht so einflußreich, wie das »American Petroleum Institute«, doch das schien damals weniger wichtig zu sein als die Tatsache, daß andere Interessengruppen sich organisiert hatten, die Armen dagegen nicht. Folglich wurde argumentiert, daß auch die Armen ihren Interessen besser dienen könnten, wenn sie sich organisierten.

Natürlich erkannte jeder, daß Organisationen der Armen nicht über die wesentlichen Mittel verfügten, die andere Organisationen einsetzen konnten, um politischen Druck auszuüben: Reichtum, wirtschaftliche Schlüsselpositionen, Medieneinsatz, etc. Dennoch wurde argumentiert, dieses Ressourcendefizit ließe sich durch die bloße Zahl der Armen kompensieren. Wenn es gelänge, einen hohen Anteil der Armutsbevölkerung zu organisieren, könne sie auch politischen Einfluß ausüben. Eine solche Betrachtungsweise beherrschte anfangs die Diskussionen.

Staatliche Reaktionen auf eine Krise des Wohlfahrtssystems

Eine zweite, mit der Organisationsfrage zusammenhängende Kontroverse drehte sich um das Problem, wie die Reaktion der Regierung auf eine Krise des Fürsorgesystems zu kontrollieren war. Dazu gab es zwei Meinungsverschiedenheiten. Die eine betraf die Möglichkeit, daß die Regierung mit repressiven Maßnahmen antworten würde. Alle Beteiligten sahen die Möglichkeit voraus, daß steigende Ausgaben für öffentliche Wohlfahrt große Teile der Öffentlichkeit alarmieren und zu der Forderung veranlassen wür-

den, Bürgermeister, Kreisverwaltungen und Gouverneure sollten den Kreis der Fürsorgeempfänger begrenzen und das Unterstützungsniveau verringern. Wir glaubten dagegen nicht, daß Amtsinhaber solchen Forderungen nachgeben würden, solange sich die Gettos in Aufruhr befanden, denn betont repressive Wohlfahrtspraktiken bargen die Gefahr, daß die Unruhen sich verschärften. Zudem stellten die Schwarzen in den nördlichen Städten ein nicht unbeachtliches Wählerpotential dar; sowohl eine Verringerung der Empfängerzahlen als auch des Leistungsniveaus hätte wahrscheinlich erheblichen Unwillen unter diesen Wählern erzeugt.

Im wesentlichen aber argumentierten wir, daß sogar in dem Fall, daß der Kreis der Fürsorgeempfänger eingeschränkt würde, die Armen als Kollektiv nicht schlechter gestellt wären als zu dem Zeitpunkt, bevor die Empfängerzahlen anstiegen, als noch vielen Familien ohnehin jede Unterstützung versagt worden war. Wenn jetzt viele mit Erfolg Sozialfürsorge beantragten, dann hätten sie zumindest einen zeitweiligen Vorteil gehabt, auch wenn ihnen die Unterstützung später wieder entzogen würde.

In diesen anfänglichen Diskussionen stimmten »organizers« zwar unserer These zu, daß repressive Tendenzen vermutlich nicht voll durchschlagen würden, und ein zeitweiser Vorteil immer noch besser sei als gar keiner. Sie meinten aber auch, es sei ihre Pflicht, die Armen vor jeder möglichen Form der Repression zu schützen. Das, glaubten sie, könne am besten durch den Aufbau einer festgefügten Organisation der Wohlfahrtsempfänger erreicht werden. Mit Hilfe einer solchen Organisation könne direkter Druck auf die Politiker ausgeübt werden, um dem Druck derjenigen, die eine restriktive Wohlfahrtspolitik befürworteten, entgegenzuwirken.

Die Verfechter einer Massenorganisation glaubten auch, daß dem Kongreß ohne eine solche Organisation keine gesetzlichen Regelungen über ein Mindesteinkommen abgerungen werden könnten. Das führt uns zum zweiten kontroversen Punkt bei der Frage nach möglichen Reaktionsformen der Regierung. Wir legten dar, der beste Weg, Druck auf die Regierung auszuüben, sei die Erschütterung des Wohlfahrtssystems selbst, der aller Wahrscheinlichkeit nach eine wahlpolitische Krise folgen werde. Wir meinten, daß die Funktion der Krise als politisches Druckmittel der Armutsbevölkerung weder von Politikwissenschaftlern noch von »organizers« begriffen wurde. Unter politischer Krise verstanden wir Dissens in der Wählerschaft – die extreme Polarisierung bedeutender Wähler-

blöcke. Immer wenn akute Konflikte dieser Art ausbrechen, werden Politiker Maßnahmen treffen, um die Polarisierung zu überwinden und damit ihre Mehrheiten zu erhalten.

Da wir alle eine reine Repressionsstrategie für unwahrscheinlich hielten, was würden Bürgermeister und Gouverneure dann tun, um mit den von der Krise des Wohlfahrtssystems hervorgerufenen politischen Gegensätzen fertig zu werden? Wir glaubten, sie würden dem Problem dadurch begegnen, daß sie mit zunehmender Eindringlichkeit die Bundesregierung zur Übernahme der Fürsorgeleistungen aufforderten, wodurch ihre fiskalischen und politischen Probleme gelöst wären. Mit anderen Worten, wir meinten, eine Erschütterung des Wohlfahrtssystems würde andere, weit mächtigere Interessengruppen auf den Plan rufen, die mit ihrem ganzen Einfluß ein Ziel verfolgen würden, das für eine Lobby der Armen selbst unerreichbar wäre. (Diese Einschätzung entsprach ziemlich genau den tatsächlichen Ereignissen, als sich gegen Ende der sechziger Jahre führende Politiker aus wichtigen Nordstaaten zu engagierten Befürwortern von Bundesmaßnahmen im Wohlfahrtsbereich entwickelten.¹⁷)

Welche Maßnahmen aber würde die Demokratische Parteiführung im einzelnen treffen? Das konnte nicht exakt vorausgesagt werden, doch gab es einige Anhaltspunkte für Spekulationen. Da sie sich ohnehin schon wachsenden Gegensätzen zwischen bedeutenden städtischen Wählergruppen in den Hochburgen der Partei gegenübersahen – Gegensätze, die sich durch eine Fürsorgekrise rasch verschärfen würden –, war es möglich, daß sich Demokratische Politiker für ein staatlich garantiertes Mindesteinkommen einsetzen würden, um die Konflikte in den Städten beizulegen (und die Migrationsbewegung, die die Konflikte nährte, zu verlangsamen):

»Zwischen den Gruppen, die die politische Koalition in den großen Städten – den historischen Hochburgen der Demokratischen Partei – bilden, haben sich schwere Spannungen entwickelt. Die Konsequenz daraus ist, daß die Stadtpolitiker nicht mehr mit unfehlbarer Regelmäßigkeit den Kandidaten der Demokratischen Partei die Wählerstimmen garantieren können. Die erheblichen Stimmenverluste, die bei den Wahlen in den fünfziger Jahren zutage getreten sind und erst 1964 beim Erdrutschsieg Johnsons gestoppt werden konnten, sind für die Parteiführung eine äußerst ernste Angelegenheit. Gerade aus diesem Grund ist von einer Strategie, die die Gegensätze innerhalb der Parteikoalition weiter verschärft (indem sie die Zahl der

Wohlfahrtsempfänger in die Höhe treibt) zu erwarten, daß sie bei den Bundespolitikern eine Reaktion hervorruft. Sollte diese Krisenstrategie die Gegensätze zwischen den Gruppen intensivieren, könnte die bundesweite Einführung eines garantierten Mindesteinkommens eine weitere Verschärfung verhindern.«

Doch diese Perspektive bereitete den »organizers« ernste Schwierigkeiten. Sagten wir nicht, die Armen könnten zwar Krisen hervorrufen, die Reaktionen darauf jedoch nicht kontrollieren? Die Armen konnten also nur hoffen, daß das politische Wechselspiel der Kräfte, das durch die Krisensituation in Gang gesetzt würde, letztlich zu Konzessionen und nicht zu Repression führte. In den Augen der »organizers« lief das darauf hinaus, die Armen aufzufordern, »eine Krise zu schaffen und zu beten«. Es erschien spekulativ und äußerst riskant. Sie waren deshalb der Meinung, die Strategie müsse modifiziert werden, um den Armen größere Kontrolle über den Ausgang einer Fürsorgekrise zu garantieren. Dies könne nur durch den Aufbau einer nationalen Massenorganisation erreicht werden. Denn dann müßten sich die Politiker, wenn sie die Alternativen zur Überwindung der Krise abwögen, mit einer mächtigen pressure group auseinandersetzen, die eigene Lösungsvorschläge vorzubringen hätte.

Wir mußten zugeben, daß unsere Vorschläge Risiken enthielten. Doch glaubten wir auch, daß es für die Armen ohne Risiken nichts zu gewinnen gäbe. In diesem Zusammenhang trug der Fall, den wir als Beleg für die Vorteile unserer Krisenstrategie anführten - die Bürgerrechtsbewegung -, tatsächlich zur Schwächung unseres Arguments bei. Einige Teilnehmer an diesen anfänglichen Diskussionen waren an der Bürgerrechtsbewegung im Süden beteiligt gewesen, und für sie hatten Taktiken der Massenmobilisierung und Konfrontation erheblich an Attraktivität verloren. Sie glaubten, diese Taktiken - Massenauflehnung gegen die Regeln der Kastengesellschaft, die Verhaftungen und Polizeibrutalität nach sich zog seien falsch gewesen, weil es nicht gelungen sei, mit ihrer Hilfe lokale schwarze Organisationen in den Südstaatengemeinden aufzubauen. Wenn zum Beispiel die SCLC nach Beendigung einer Kampagne einen Ort verließ, um an anderer Stelle weitere Konfrontationen zu organisieren, blieb die lokale schwarze Bevölkerung unorganisiert zurück und war Repressalien der Weißen schutzlos ausgeliefert. Wie groß der Einfluß dieser Kritik an der Bürgerrechtsbewegung auf das Denken jener Aktivisten war, die später die Wohlfahrtsempfänger organisierten, ist von Whitaker angemerkt worden:

»In ihrem Bestreben, den Fehler, den sie für den schwersten der Bürgerrechtsbewegung hielten – nämlich keine starke, organisierte Basis geschäffen und keine internen finanziellen Quellen entwickelt zu haben –, zu vermeiden, konzentrierten sich die (NWRO-)Gründer erst einmal drei Jahre lang darauf, eine nationale Organisationsstruktur zu entwickeln und einen Mitgliederstamm aufzubauen.« (120–121)

Es ließ sich nicht bestreiten, daß die Strategie der SCLC von einem traditionellen politischen Ansatz her manipulativ gewesen war. Die SCLC baute keine lokalen Organisationen auf, um örtlich begrenzte Erfolge zu erringen; sie versuchte dagegen, ganz offensichtlich, eine Serie von Erschütterungen hervorzurufen, um die Bundesregierung zu einer Reaktion zu zwingen. Und ihre Strategie war erfolgreich gewesen. Wir waren überzeugt, daß lokale Organisationen der schwarzen Armutsbevölkerung (selbst wenn es möglich gewesen wäre, sie in großem Maßstab zu entwickeln) niemals den politischen Einfluß gewonnen hätten, der nötig gewesen war, um das Bürgerrechtsgesetz von 1964 oder das Wahlrechtsgesetz von 1965 durchzusetzen - wahrscheinlich hätten sie nicht einmal auf lokaler Ebene wesentliche Erfolge errungen. Es hatte einer größeren politischen Krise bedurft - der buchstäblichen Fragmentierung der regionalen Basis der nationalen Demokratischen Partei-, um die legislativen Zugeständnisse an die Schwarzen im Süden schließlich zu erzwingen. Entsprechend dieser Erkenntnis argumentierten wir, daß ein dichtes Netz lokaler »welfare rights«-Gruppen zwar einige Erfolge in Auseinandersetzungen mit örtlichen Fürsorgeverwaltungen herbeiführen könne, daß diese Gruppen aber keinesfalls in der Lage sein würden, den notwendigen politischen Druck zu erzeugen, um ein staatlich garantiertes Mindesteinkommen für alle Bedürftigen durchzusetzen. Ein solch bedeutendes Ergebnis sei nur zu erhoffen, wenn eine große politische Krise erzeugt werde - wenn eine so einschneidende Fürsorgeexplosion ausgelöst werde, daß sie die Demokratische Koalition in den nördlichen Großstädten zu sprengen drohe. Unsere Ansichten konnten jedoch nicht überzeugen.

Mobilisierung contra Organisierung

Anschließend argumentierten wir, politischer Einfluß der Armen entstehe durch Mobilisierung und nicht durch Organisierung. Eine Krisenstrategie erfordert nicht, daß die Beteiligten sich einer Organisation anschließen und regelmäßig an Sitzungen teilnehmen. Sie erfordert, daß große Menschenmassen für Aktionen mobilisiert werden, die bestehende Institutionen in ihren Grundfesten zu erschüttern vermögen. Für eine Erschütterung des Wohlfahrtssystems zu mobilisieren, hieße dementsprechend, bedürftige Familien aufzufordern, Unterstützung zu beantragen. Nur mit diesem Akt der Auflehnung können sie dazu beitragen, eine fiskalische und politische Krise herbeizuführen. Wenn man sie jedoch aufforderte, einen kontinuierlichen Beitrag in einer Organisation zu leisten, würden sie nach unserer Auffassung einer solchen Aufforderung nur in geringer Zahl nachkommen, da die Organisation ihnen keine dauerhaften Anreize bieten könnte.

Um auf eine Krise hin zu mobilisieren, hielten wir es für notwendig, ein umfassendes Netz von Kaderorganisationen zu entwickeln, anstatt eine nationale Föderation von Fürsorgeempfängergruppen aufzubauen. Eine solche Organisation der »organizers« - zusammengesetzt aus Studenten, Geistlichen, Bürgerrechtsaktivisten, Sozialarbeitern und militanten AFDC-Empfängern - sollte dann eine breite, nur lose koordinierte Bewegung verschiedenster Gruppen aktivieren, mit deren Hilfe Hunderttausende von Bedürftigen Sozialfürsorge beantragen würden. Anstelle langer Listen von Organisationsmitgliedern sollten lieber lange Listen von Wohlfahrtsempfängern geschrieben werden. Verschiedene Maßnahmen sollten helfen, das Ziel zu erreichen: großangelegte Informationskampagnen über »das Recht auf Wohlfahrt«; die Aktivierung einflußreicher Persönlichkeiten in den Slums und Gettos, vor allem von Geistlichen, die potentiellen Fürsorgeempfängern zuraten sollten, ihre rechtmäßigen Ansprüche geltend zu machen; und die Durchführung von Demonstrationen und Protestaktionen, um Empörung und Militanz unter den Armen zu fördern.

Unsere Betonung auf Massenmobilisierung mit Hilfe von Kaderorganisationen erschien den Aktivisten der Bewegung als extrem manipulativ. Ihre Auffassung von Organisierung war durchsetzt mit Wertvorstellungen, die sie für demokratisch hielten. Die Armen hätten ein Recht, ihre Organisationen selbst zu leiten, ein Recht,

ihre politischen Strategien selbst zu bestimmen. Aus dieser Perspektive sahen »organizers« für sich als Außenseiter in einer Organisation der Armen zwei Funktionen: Erstens komme ihnen die Funktion von Personal zu, das sich den Führungsgremien der Armen, die ausschließlich von diesen selbst zu bilden seien, unterordnet. Als Personal würden sie ihre besonderen technischen Fähigkeiten in die Arbeit der Organisation einbringen. So würden sie zum Beispiel Informationen über bestimmte bürokratische Probleme, die sich der Organisation stellen, anbieten, in diesem Fall also über die komplizierten Regeln und Vorschriften des Wohlfahrtssystems. Ferner würden sie Schulungsprogramme durchführen, um den Bedürftigen beizubringen, wie mit der Wohlfahrtsbürokratie umzugehen sei: wie man mit den Wohlfahrtsbeamten verhandelt oder Demonstrationen organisiert. Ihre zweite Funktion bestehe darin, potentielle Funktionsträger zu fördern, ihnen Führungstechniken zu vermitteln, um sich selbst als »organizers« überflüssig zu machen. Dies war das Modell, das später von der NWRO und von den meisten lokalen »welfare rights«-Gruppen propagiert wurde. (Die Unterordnung der »organizers« ging so weit, daß sie auf Bundeskongressen von den Sitzungen der gewählten Vertreter von Empfängergruppen aus den einzelnen Bundesstaaten, auf denen die politischen Richtlinien der Organisation festgelegt wurden, ausgeschlossen blieben.)

Das Problem der Anreize

Unser Ansatz kollidierte also an mehreren Punkten mit dem der »organizers«. Sie waren zuversichtlicher als wir, daß es den Armen möglich wäre, über die regulären Kanäle des politischen Systems Einfluß auszuüben: sie meinten, die Armen könnten zu einem Machtfaktor werden, wenn sie sich nur zu einer nationalen Massenorganisation zusammenschlössen. Darüber hinaus vertraten sie die Ansicht, daß eine Mobilisierungsperspektive im Gegensatz zur Organisationsstrategie den Armen nur ungenügende Kontrolle über die Lösung einer – von der Bewegung der Wohlfahrtsempfänger herbeigeführten – Krise geben würde. Und schließlich lehnten sie die Idee, eine »Organisation der »organizers« aufzubauen, ab, weil das eine manipulative Herangehensweise an die Armutsbevölkerung darstelle.

Ihr eigener Ansatz beinhaltete jedoch ein Problem von entschei-

dender Bedeutung. Wie konnten die Armen dazu veranlaßt werden, sich einer Organisation von Fürsorgebedürftigen anzuschließen und regelmäßig in ihr mitzuarbeiten? Welche Anreize konnten ihnen geboten werden? Trotz aller erwähnten Meinungsverschiedenheiten war das von uns verbreitete Strategiepapier für die Teilnehmer des anfänglichen Diskussionskreises und später für Aktivisten im Feld, die sich an der Bewegung der Wohlfahrtsempfänger beteiligten, von enormem Interesse, da es eine Antwort auf diese Frage zu bieten schien. Die Antwort befand sich in den Daten, die wir über die Situation im Fürsorgebereich vorgelegt hatten. Unser primäres Interesse hatte darin bestanden, aufzuzeigen, daß nur etwa die Hälfte der anspruchsberechtigten Personen auch tatsächlich Unterstützung erhielten. Doch hatten wir auch nachgewiesen, daß die meisten Fürsorgeempfänger nicht alle ihnen nach den gültigen Bestimmungen zustehenden Leistungen erhielten. Über diesen zweiten Aspekt hatten wir geschrieben:

»Die Empfänger öffentlicher Beihilfen in New York [und in vielen anderen Staaten] haben außerdem ein Anrecht auf einmalige Zuwendungen für Bekleidung, Haushaltsgegenstände und Möbel; dazu gehören Waschmaschinen, Kühlschränke, Betten und Zubehör, Tische und Stühle. Es muß wohl kaum erwähnt werden, daß die meisten verarmten Familien nur über äußerst unzureichende Bekleidung und Wohnungseinrichtungen verfügen... [doch] liegen die Ausgaben für diese Sonderzuwendungen in New York fast bei null. Im Oktober 1965, einem typischen Monat, gab das Sozialamt pro Empfänger nur 2,50 Dollar für Oberbekleidung und 1,30 Dollar für Haushalts- und Einrichtungsgegenstände aus. ... Zieht man die wahren Bedürfnisse der Familien in Betracht, könnten erfolgreiche Anträge auf Gewährung der vollen Leistungen die Ausgaben um das Zehnfache oder mehr erhöhen – und das würde in der Tat einen Etat von vielen Millionen Dollar erfordern.«

Hier lagen nach Auffassung der »organizers« die konkreten Anreize, die die Armen zur Bildung von Gruppen und zum Beitritt in eine nationale Organisation veranlassen könnten. Wenn die Fürsorgeämter unter dem Druck militanter Aktionen von Empfängergruppen gezwungen werden könnten, einer großen Zahl von Menschen diese »Sonderzuwendungen« zu bewilligen, dann schien das Problem, wie die Armen zum Beitritt in eine nationale Organisation animiert werden könnten, gelöst.

Wir müssen zugeben, daß diese Schlußfolgerung durch aktuelle Ereignisse eindeutig unterstützt wurde. Wie schon erwähnt, waren bereits Mitte der sechziger Jahre ein paar Gruppen von Wohlfahrtsempfängern entstanden, und zwar hauptsächlich im Rahmen von Programmen gegen die Armut. Diese Gruppen bestanden aus Personen, die bereits Unterstützung erhielten. Sie schienen sich gebildet zu haben, weil Sonderzuwendungen zur Verfügung standen und weil Proteste in den Wohlfahrtsämtern dazu führten, daß die Demonstranten die Beihilfen in bar erhielten. Die Summen beliefen sich zuweilen auf bis zu 1 000 Dollar pro Familie; einige Familien hatten schon seit Jahren von der Wohlfahrt gelebt, ohne jemals Sonderzuwendungen erhalten zu haben, so daß relativ hohe Summen nötig waren, um sie »auf das bestehende Niveau« zu heben. Der Erfolg dieser Proteste um die Sonderzuwendungen trug ganz entscheidend dazu bei, die Frage nach der Strategie, die die Bewegung schließlich verfolgte, zu klären. Es war eine Strategie, die auf die Formierung lokaler Gruppen abzielte, die wiederum das Fundament einer nationalen Organisation bilden sollten.

George Wiley stand außerdem vor dem unmittelbar praktischen Problem, wie mit den Gruppen von Wohlfahrtsempfängern, die sich schon gebildet hatten, umgegangen werden sollte. Wenn er eine Bewegung anführen wollte, so meinte er, müsse er auch das Recht haben, sich um die Führung bereits bestehender Gruppen zu bemühen. Dieses pragmatische Problem half, den Kurs zukünftiger Agitation unter den Wohlfahrtsempfängern zu bestimmen, bestanden die Gruppen doch aus bereits anerkannten Fürsorgempfängern, die ihr Hauptaugenmerk auf die Sonderzuwendungen gerichtet hatten.

Wie sich zeigen sollte, wurde die Strategie der NWRO, nachdem sie einmal die politische Bühne betreten hatte, von dem Glauben der »organizers« an die politische Durchschlagskraft einer Organisation der Armutsbevölkerung diktiert. Dieser Glaube stützte sich auf die Tatsache, daß sich bereits eine Reihe von Wohlfahrtsempfängergruppen gebildet hatten, um ihrem Anspruch auf Sonderzuwendungen Nachdruck zu verleihen, und auf die Hoffnung, daß sich weitere Gruppen auf ähnlicher Grundlage formieren würden. Wenn diese Gruppen zu einer »nationalen Union von Wohlfahrtsempfängern« zusammengeschweißt würden, dann könnte diese Organisation der Armen, so meinten George und andere, auch ausreichenden Einfluß geltend machen, um dem Kongreß die Zusage eines garantierten Mindesteinkommens für alle Bedürftigen abzuringen.

So wurde denn der Entschluß gefaßt, den Aufbau einer nationalen

Organisation in Angriff zu nehmen. Den Anreiz zum Beitritt sollten Kampagnen schaffen, die auf die Verbesserung der Leistungen für bereits anerkannte Fürsorgeempfänger abzielten. Es war eine schicksalsschwere Entscheidung. Zulagenkampagnen für anerkannte Wohlfahrtsempfänger wurden zum einzigen Kampfmittel der NWRO. Schon bald sollte sich jedoch zeigen, daß die Strategie, Wohlfahrtsempfänger mit Hilfe von Anreizen wie Sonderzuschüssen in ein nationales Netzwerk zu integrieren, nicht aufrechtzuerhalten war. Zwar breiteten sich ein paar Jahre lang die Zulagenkampagnen wie ein Steppenbrand im ganzen Land aus - Hunderte von Gruppen wurden gebildet und den lokalen Wohlfahrtsämtern viele Millionen Dollar abgerungen -, doch genauso schnell, wie sie entstanden waren, verschwanden die Gruppen auch wieder von der Bildfläche: zuerst schrumpfte ihr Umfang, dann ihre Zahl, und schließlich waren sie ganz verschwunden. Warum das so war, liegt auf der Hand. Zum einen sahen die Leute keinen Grund mehr, in der Organisation zu bleiben, nachdem sie ihre Sonderzuschüsse kassiert hatten. Zum anderen schafften eine Reihe von Bundesstaaten die Sonderzuwendungsprogramme auch noch ab und unterminierten so die Organisationsstrategie, indem sie die Anreize zum Beitritt beseitigen. Mit anderen Worten: das zentrale Dilemma der Theorie dauerhafter Massenorganisation - nämlich, wie kontinuierliche Partizipation trotz fehlender Anreize über einen längeren Zeitraum gewährleistet werden kann - war bestehen geblieben. Er hatte ja auch eine lange Tradition.

Doch das sollte alles erst später so deutlich zutage treten. Damals schienen unsere Meinungsverschiedenheiten gar nicht so groß. George und andere waren zwar darauf orientiert, einen nationalen Verband der Wohlfahrtsempfänger zu entwickeln, doch lehnte George die »Krisen-Strategie« nicht rundweg ab: Mobilisierungskampagnen zur Verdoppelung und Verdreifachung der Empfängerzahlen könnten durchgeführt werden, erklärte er, sobald eine organisatorische Basis aus bereits anerkannten Wohlfahrtsempfängern geschaffen worden sei.

Wir stimmten zu, daß Kampagnen, die Wohlfahrtsempfängern alle ihnen rechtmäßig zustehenden Leistungen auch verschafften, ihre Berechtigung hatten. Zu der Zeit, als diese Diskussionen geführt wurden, waren wir in der Tat schon an der Organisierung solcher Kampagnen in New York beteiligt. Nur daß wir dabei unser Hauptaugenmerk auf die Millionen von Dollar richteten, die durch

diese Aktivitäten aus dem Wohlfahrtssystem herausgeholt werden konnten und damit zur Schaffung einer Krise des Systems beitrugen, während andere Mitarbeiter die Zulagenkampagnen als Anreiz zur Bildung von Gruppen ansahen. Aber unabhängig von unseren Motiven konnten wir uns doch alle auf diese spezielle Taktik als Ausgangspunkt einigen. Und was am wichtigsten war: unsere Diskussionen wurden durch die Überzeugung belebt, daß eine Agitation unter den Armen über Probleme öffentlicher Unterstützung äußerst erfolgversprechend war, so daß Differenzen über Strategiefragen weniger wichtig erschienen als das Gebot zu handeln selbst. Die Zeichen standen günstig, und jeder von uns wollte sie nutzen.

So unternahmen wir die ersten Schritte in Richtung auf die Gründung einer nationalen Organisation. Wie sagte George doch immer: »Erst machst du einen Plan, und dann machst du ihn wahr.«

Eine Organisation der Armen entsteht

Der Plan bestand im wesentlichen aus drei Stufen: Geld aufzutreiben, um einen Stab mit mehreren Mitarbeitern einstellen und ein Büro in Washington einrichten zu können; die Bildung einer »National Welfare Rights Organization« bekanntzugeben; und eine organisatorische Struktur auf lokaler, einzelstaatlicher und Bundesebene aufzubauen.

In Anbetracht aller Umstände muß festgestellt werden, daß diese drei Stufen mit bemerkenswerter Leichtigkeit und Schnelligkeit erklommen wurden. Am 23. Mai 1966 eröffneten George und ein Stab von vier festen Mitarbeitern ein Büro in Washington: das »Poverty/Rights Action Center«. Rund 15 Monate später, im August 1967, fand der Gründungskongreß statt, auf dem die NWRO offiziell aus der Taufe gehoben und George Wiley zu ihrem ersten Vorsitzenden bestimmt wurde. In Wirklichkeit hatte die NWRO allerdings schon von dem Tag an existiert, an dem George ihre bevorstehende Gründung angekündigt hatte, d.h. vom Juni 1966 an. Die Monate zwischen diesem Tag und dem Gründungskongreß im August 1967 waren von einer Vielzahl von Aktivitäten ausgefüllt, die der Schaffung und Finanzierung eines komplexen nationalen Apparates dienten.

Der Aufbau der »National Welfare Rights Organization«

Von allen Problemen beim Aufbau der NWRO erwies sich als das schwierigste, Unterstützung zu gewinnen und Mittel aufzutreiben. Um Geld für Mitarbeiter und Büroräume beschaffen zu können, mußte der Idee einer Organisation der Fürsorgebedürftigen in den Augen potentieller Geldgeber und prominenter Persönlichkeiten, die auf Zuwendungsgeber einwirken konnten, erst zu einem bestimmten Grad an Legitimität verholfen werden.

Zunächst beabsichtigte George, die »Citizens' Crusade against Poverty« (CCAP) als Geldgeber zu gewinnen. Die CCAP ging auf eine Initiative Walter Reuthers von der Automobilarbeitergewerkschaft zurück. Sie umfaßte einflußreiche Persönlichkeiten aus dem Norden - hauptsächlich Gewerkschaftsfunktionäre und Kirchenführer – und war als Gegengewicht zu konservativen Gruppen gedacht, die versuchten, Bundesprogramme zur Linderung der Armut sowohl an Umfang als auch an Wirksamkeit einzuschränken. Als George seinen Posten als stellvertretender Direktor von CORE im Februar 1966 aufgab, nahm er eine Stelle bei der CCAP an. Seine erste Aufgabe bestand darin, eine Koalition zur Unterstützung von Mindestlohnregelungen im Kongreß zu schmieden. Als er im Laufe der nächsten Monate mit einer Reihe verschiedener Gruppen im ganzen Land Kontakt aufnahm, stellte er fest, daß in den nördlichen Gettos Gruppen auftauchten, die sich mit Problemen der Gesundheitsfürsorge, des Erziehungswesen, der Anti-Armuts-Programme und - natürlich - mit dem System der öffentlichen Wohlfahrt befaßten. Da es ihm schien, als seien diese Basisgruppen weit verstreut und unkoordiniert und als mangele es ihnen an Kommunikationsmöglichkeiten, schlug er vor, die CCAP solle eine Zentralstelle errichten und finanzieren, die diese Aufgaben übernehmen könne und dabei ihr besonderes Gewicht auf die Organisierung von Wohlfahrtsempfängern legen solle.

Nachdem dieser Vorschlag abgelehnt worden war, entschloß sich George, ein unabhängiges Büro einzurichten, um seine Vorstellungen zu realisieren und sich dabei zunächst auf die Rechte der Wohlfahrtsempfänger zu konzentrieren. ¹⁸ Ende Mai waren ungefähr 15 000 Dollar zusammen. 5 000 Dollar hatten wir von einer kleinen Familienstiftung erhalten, weitere 5 000 Dollar erhielt George von einem reichen Förderer der Bürgerrechtsbewegung, den er von seiner Zeit bei CORE her kannte, und die letzten 5 000 Dollar waren

eigene Ersparnisse. Mit diesem Geld in der Tasche zogen George Wiley und Edwin Day mit ihren Familien nach Washington um und eröffneten das P/RAC. An die Presse gaben sie folgende Mitteilung:

»Viele Aktivisten haben die großen Organisationen verlassen und arbeiten im ganzen Land verstreut im Rahmen unzähliger lokaler Programme. Die feinen Kommunikationslinien, die sie einst miteinander verbanden, sind zerrissen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, ihnen nach besten Kräften beim Aufbau einer Bewegung der Armen zu dienen und zu helfen.« (Bailis, 15)

Zu Anfang beabsichtigte George noch, das P/RAC zu einer nationalen Koordinierungsstelle für ein breites Spektrum von Organisationen der Armen zu machen, die versuchten, Bundesbehörden und Kongreßabgeordnete zu beeinflussen. Folgende Ziele wurden formuliert:

»Erstens: Bundesweite Unterstützung für den Kampf gegen die Armut und Bürgerrechtsmaßnahmen zu mobilisieren (z.B. auf ›größtmögliche Beteiligung« der Armen bei der Durchführung des Programms gegen die Armut zu dringen und Unterstützung für ein garantiertes Mindesteinkommen zu gewinnen).

Zweitens: Bundesweite Unterstützung für lokale Initiativen gegen die Armut und Bürgerrechtsbewegungen zu mobilisieren.

Drittens: Die Administration von Programmen zur Unterstützung der Armen durch Bundesbehörden zu überwachen und Druck auf die betreffenden Behörden auszuüben (z. B. die Aktivitäten des ›Office of Economic Opportunity‹ und der Ministerien für Landwirtschaft, Arbeit, Wohnungsbau, Gesundheit etc. zu beachten).

Viertens: Lokalen Gruppen, die nach Washington kommen, um bei Bundesbehörden um Unterstützung ihrer Programme zu werben, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.« (Jackson und Johnson, 57)

Dies waren weitgesteckte Ziele, doch schon bald konzentrierte sich das P/RAC auf die Rechte der Wohlfahrtsempfänger, zum Teil infolge der Serie unserer Diskussionen, zum wichtigeren Teil aber, weil im Sommer 1966 Fürsorgeempfängergruppen wie Pilze aus dem Boden schossen und George deshalb die Idee entwickelte, sie zu einer bundesweiten Organisation zusammenzufügen.

Eine Reihe von Gruppen aus Ohio, die sich zum »Ohio Committee for Adequate Welfare« zusammengeschlossen hatten, schufen die erste größere Gelegenheit, die Bildung einer nationalen Organisation voranzutreiben. Im Februar 1966 hatten »organizers« aus Ohio beschlossen, einen 155 Meilen weiten »Marsch für adäquate

Wohlfahrt« von Cleveland bis zum Regierunsgebäude in Columbus, der Hauptstadt des Bundesstaates, durchzuführen. Sie hofften, auf diese Weise Unterstützung für die Erhöhung der Fürsorgesätze in Ohio zu gewinnen. George und ein paar andere arbeiteten in den Wochen vor dem Marsch fieberhaft, um die übrigen »welfare-rights«-Gruppen im Land von dem Vorhaben zu informieren und sie zur Durchführung von Solidaritätsdemonstrationen zu ermuntern. Für den 21. Mai wurde in Chicago ein Treffen von »organizers«, die bekanntermaßen mit Fürsorgeempfängern zusammenarbeiteten, einberufen. Die meisten dieser Leute kamen aus Detroit, Ann Arbor, Columbus, Cleveland, Syracuse und vor allem New York (wo bereits eine die ganze Stadt umfassende WRO gegründet worden war). Das Ergebnis des Treffens war ermutigend, und George konnte der Presse mitteilen, daß am 30. Juni, dem letzten Tag des Marsches, im ganzen Land Demonstrationen stattfinden würden.

Am 20. Juni führten Reverend Paul Younger und Edith Doering, die beide beim »Cleveland Council of Churches« angestellt waren, um im Wohlfahrtsbereich politisch zu arbeiten, rund 40 Fürsorgeempfänger und Sympathisanten von Cleveland aus auf die erste Etappe des 155-Meilen-Marsches nach Columbus, wo Gouverneur Rhodes ein Liste von Beschwerden über die öffentliche Wohlfahrt übergeben werden sollte. Auf der Strecke schlossen sich in vielen Städten und Gemeinden örtliche Fürsorgeempfänger, Geistliche, Sozialarbeiter und andere sympathisierende Bürger, manchmal zu Hunderten, für einen kurzen Teil des Weges an. Am Morgen des 30. Juni wurden die 40 Protestmarschierer bei ihrem Einzug in Columbus schließlich von ganzen Busladungen voller Fürsorgeempfänger aus ganz Ohio begleitet. Rund 2000 Demonstranten zogen mit George an der Spitze die Broad Street hinunter zum Regierungsgebäude, um dort ihre Beschwerden über das Wohlfahrtssystem im Staat Ohio vorzubringen.

An anderen Orten fanden gleichzeitig Solidaritätsdemonstrationen statt. In New York marschierten 2000 Personen, die meisten von ihnen Wohlfahrtsempfänger, in der glühenden Sommerhitze um den City Hall Park, in dem unterdessen ihre Kinder spielten. Und in 15 anderen Städten – darunter Baltimore, Washington, Los Angeles, Boston, Louisville, Chicago, Trenton und San Francisco – demonstrierten ca. 2500 Menschen in Gruppen von 25 bis 250 Teilnehmern gegen »die Wohlfahrt«.

Die Presse berichtete umfassend über die Demonstrationen und druckte auch ein von George herausgegebenes Statement ab, das »die Geburt einer Bewegung« verkündete. Kurz darauf rief George zu einem bundesweiten Treffen von Aktivisten und Vertretern von Empfängergruppen auf, auf dem die Grundlage für eine nationale Organisation gelegt werden sollte. Das Treffen fand am 6. und 7. August in Chicago statt; etwa 100 Personen, Wohlfahrtsempfänger wie »organizers«, nahmen teil. Die Wohlfahrtsempfänger kamen aus bereits bestehenden Gruppen, die von den »Mothers for Adequate Welfare« aus Boston bis zu den »Mothers of Watts«, von einer Gruppe der »West Side Organization« aus Chicago, die sich aus arbeitslosen schwarzen Männern zusammensetzte, bis zum »Committee to Save the Unemployed Fathers« aus dem östlichen Kentucky reichten. Die »organizers« waren Mitglieder der »Students for a Democratic Society« (SDS), Kirchenleute und insbesondere Mitarbeiter von VISTA* und anderer Anti-Armutsprojekte. Die Konferenzteilnehmer beschlossen, einen Nationalen Koordinierungsausschuß einzusetzen, dem jeweils ein Wohlfahrtsempfänger aus den elf Bundesstatten angehörte, in denen bereits Gruppen gegründet worden waren. Der Ausschuß wurde beauftragt, Richtlinien der Politik zu entwerfen, Empfehlungen für die weitere Entwicklung einer nationalen Organisationsstruktur auszuarbeiten und eine Serie von bundesweiten Fürsorgekampagnen im Herbst 1966 zu initiieren und zu koordinieren. Diese Kampagnen sollten

»den Anspruch [der ›welfare rights Gruppen] demonstrieren, Wohlfahrtsempfänger gegenüber Sozialämtern und bei öffentlichen Anhörungen zu vertreten, Empfänger zu organisieren und für sie Verhandlungen zu führen, und... Beihilfen fordern, die Empfängern bisher gesetzwidrig verweigert werden. Die Kampagne wird kleinere Demonstrationen, sit-ins und Schulboykotts einschließen sowie Anhörungen und gerichtliche Verfügungen fordern. Sie wird Gesetzesverstöße von Wohlfahrtsbehörden wie die Ablehnung von berechtigten Ansprüchen, Eingriffe in die Privatsphäre von Empfängern und die Verweigerung fairer Anhörungen aufdecken. (Jackson und Johnson, 59)

Unter dem Gesichtspunkt des Organisationsaufbaus war das Treffen ein gewaltiger Erfolg. George Wileys Führungsposition wurde anerkannt, sein Vorschlag, einen nationalen Koordinierungsausschuß aus Vertretern lokaler Gruppen zu bilden, wurde von Repräsentaten der unterschiedlichsten Empfängergruppen und Aktivisten enthusiastisch akzeptiert, und die lokalen Organisationen willigten ein, sich an bundesweiten Aktionen zu beteiligen. Eine nationale Organisation der Armen schickte sich an, die politische Bühne zu betreten.

Dieses erste Treffen war, wie so viele in den folgenden drei Jahren, von Schwung, Militanz, Wut und Hoffnung gekennzeichnet und nahm einen recht chaotischen Verlauf. Arbeitsgruppenleiter konnten nur selten die Tagesordnung einhalten und für einen geordneten Ablauf der Diskussionen sorgen. Delegierte sprangen einfach von ihren Stühlen auf und bildeten - »organizers« ebenso wie Wohlfahrtsempfänger - lange Schlangen an den Mikrophonen, die manchmal von 20 oder 30 Leuten umlagert wurden. Einer nach dem anderen klagten sie »die Wohlfahrt« wegen ihrer Mißstände an: Fürsorgeleistungen, die so niedrig waren, daß nach der Mietzahlung nichts mehr übrig blieb; willkürliche Bestrafung durch Streichung der Sozialhilfe und Ablehnung von Anträgen; Eindringen in Wohnungen von Empfängern; Verletzungen der Menschenwürde. Die ersten Treffen ähnelten mehr Protestveranstaltungen, waren voller Empörung und voller Jubel darüber, daß endlich die Gelegenheit gekommen war, sich gegen die Quelle der Mißstände zu erheben.

Rasch bildeten sich neue Gruppen, vor allem in den dicht bevölkerten Großstadtgettos im mittleren Westen und Nordosten. In allen nördlichen Landesteilen hatte die Bürgerrechtsbewegung ein Umfeld geschaffen, das, wie der folgende persönliche Bericht offenbart, zur Gruppenbildung ermunterte:

»Als ich zuerst von der Wohlfahrt lebte, schämte ich mich, weil die Gesellschaft uns gelehrt hat, uns zu schämen... das wird einem von Kindheit an beigebracht. Wir hörten immer nur, Wohlfahrt ist Bettelei, Wohltätigkeit... also habe ich es verschwiegen. Durch eine Kusine von mir erfuhr ich von der Milwaukee Welfare Rights Organization. Sie hat andauernd versucht, mich mit zu den Sitzungen zu schleppen, aber ich sagte: Nein, zu so etwas würde ich niemals gehen. ... Zur selben Zeit waren die Bürgerrechtsdemonstrationen in Milwaukee... und meine Kinder wurden langsam erwachsen... also erzählten sie mir, daß sie zu diesen Märschen für die Bürgerrechte hingehen wollten. Also, ich hatte vor solchen Sachen Angst... aber als die Kinder beschlossen, dahin zu gehen... mußte ich mit ihnen mitgehen... Mir fiel auf, daß wir es waren, die während der Demonstration mit Steinen und Ziegelsteinen und Knüppeln beworfen wurden, daß es

^{* »}Volunteers in Service to America«; eine Organisation, deren Mitglieder gegen eine geringe Entlohnung im Gesundheits-, Sozial- und Wohlfahrtssektor arbeiten. (Anm. d. Ü.)

in den Nachrichten aber immer so hingestellt wurde, als ob wir mit den Provokationen angefangen hätten. Und darum habe ich begonnen, die schwarzen Zeitungen zu lesen. Langsam fing ich an, die Dinge mit anderen Augen zu lesen. ... Dann habe ich mich dieser [welfare rightss-]Organisation angeschlossen. ... « (Milwaukce Welfare Rights Organization, 25-26)

Die NWRO trieb diese Entwicklung voran, indem sie Tausende von Broschüren mit dem Titel »Baut eine Organisation!« druckte und verteilte. Die Sozialarbeiter aus den Anti-Armutsprojekten hatten besonders offene Ohren für diese Aufforderung. Vielleicht drei Viertel aller »welfare rights«-Aktivisten kamen aus solchen Projekten, viele von ihnen waren VISTA-Leute.

Je mehr sich die Erhebung der Fürsorgebedürftigen ausweitete, um so entschlossener ging man daran, die nationale Organisationsstruktur zu festigen. Im Dezember 1966 trat der Nationale Koordinierungsausschuß in Chicago zusammen und bestimmte das P/RAC zum Hauptquartier der »National Welfare Rights Organization«. Damit wurde George Wileys Führungsanspruch über die immer stärker werdende Bewegung noch einmal bekräftigt. Ferner wurde für den folgenden Februar zu einer Konferenz nach Washington geladen. Mehr als 350 Fürsorgeempfänger und Aktivisten kamen, die rund 200 WROs aus 70 Städten in 26 Bundesstaaten repräsentierten. Die Konferenz entwickelte ein nationales Gesetzgebungsprogramm, das dem Ministerium für Gesundheit, Bildung und Wohlfahrt und dem Kongreß vorgelegt werden sollte. Zu verschiedenen Themen wurden Arbeitsgruppen durchgeführt: »Wie man eine Gruppe gründet«; »Die Organisierung einer Demonstration«; »Woher das Geld nehmen?«; »Technik des Lobbying« und ähnliches. Man schmiedete Pläne für eine bundesweite Serie von »Sonderzuwendungskampagnen« (um Mittel für Bekleidung und Haushaltsgegenstände bewilligt zu bekommen), die im Frühjahr in allen Landesteilen durchgeführt werden und am 30. Juni 1967 in gleichzeitig stattfindenden lokalen Demonstrationen kulminieren sollten.

Mit Hilfe der Sonderzuwendungskampagnen konnten Fürsorgeempfänger in den folgenden Monaten Zuschüsse in Höhe von mehreren Millionen Dollar durchsetzen. Wie geplant, fanden am 30. Juni überall wie im Vorjahr Demonstrationen statt; jetzt ließ sich zu Recht davon sprechen, daß eine nationale Organisation entstanden war. Die wichtigste Rolle bei der Durchführung dieser bundesweiten Kampagnen fiel Tim Simpson zu, der später stellvertretender Direktor der NWRO wurde.

Unterdessen war im April der Nationale Koordinierungsausschuß wieder zusammengetreten, um Regelungen über Mitgliedschaft und die Entsendung von Delegationen zu Bundeskongressen zu beschließen. Damit sollte die Grundlage für eine formelle Organisationsstruktur geschaffen werden. (Man beschloß, daß jede Gruppe mit wenigstens 25 Mitgliedern, die pro Person mindestens einen Dollar Jahresbeitrag an die NWRO-Zentrale abführte, berechtigt sein sollte, einen Delegierten zu zukünftigen Bundeskongressen zu entsenden.)20 Die offizielle Gründungsversammlung fand dann im August 1967 in Washington statt. Wie weit sich die lokalen Gruppen bereits den Mitgliedschafts-, Beitragsund Delegiertenregeln angepaßt hatten, läßt sich an der Tatsache ablesen, daß 178 Delegierte und Nachrücker von rund 75 WROs aus 45 Städten in 21 Staaten an dem Kongreß teilnahmen, eine Satzung verabschiedeten, einen Vorstand wählten und einen Zielkatalog beschlossen: alles, um die »National Welfare Rights Organization« aus der Taufe zu heben - die erste nationale Organisation von Fürsorgeempfängern seit der Großen Depression. Es existierten damals noch viele andere »welfare rights«-Gruppen, und einige von ihnen entsandten ebenfalls Delegierte zu der Konferenz. Doch hatten sie sich noch nicht an die vom Koordinationskomitee erarbeiteten Bestimmungen angepaßt (offizielle Vertreter zu wählen, Beiträge zu zahlen etc.) und wurden deshalb von der offiziellen Teilnahme ausgeschlossen. Mit der Zeit passten sich aber die meisten von ihnen an und wurden in den Verband aufgenommen.

Die Struktur der Organisation sah zunächst einen Bundeskongreß vor, der alle zwei Jahre zusammentreffen sollte; er bestimmte die allgemeinen Richtlinien der Politik und wählte neun Funktionäre für ein Exekutivkomitee. In den Jahren zwischen den Kongressen war eine Bundeskonferenz abzuhalten, um die Politik der Organisation festzulegen. Zwischen den Sitzungen dieser Gremien sollte die Politik vom Nationalen Koordinierungsausschuß bestimmt werden, der sich aus einem Delegierten und einem Nachrücker jedes in der NWRO vertretenen Bundesstaates sowie den Mitgliedern des Exekutivkomitees zusammensetzte. Im allgemeinen waren pro Jahr acht Sitzungen des Exekutivkomitees und vier des Koordinierungsausschusses vorgesehen. Die Satzung der

323

NWRO verlangte, daß alle lokalen Gruppen eines Bundesstaates zusammentrafen, um eine im Prinzip ähnliche Organisationsstruktur auf der Ebene des Bundesstaates zu schaffen und den Delegierten und Nachrücker für den Nationalen Koordinierungsausschuß zu bestimmen. In großen Städten wie New York wurden ähnliche Koordinierungs- und Delegiertengremien gebildet. Die NWRO hatte also in sehr kurzer Zeit Organisationsstrukturen auf der Ebene des Bundes, der Länder und einiger Gemeinden geschaffen.

Wie die Mitgliederzahlen in der Tabelle auf S. 325 offenbaren, war diese komplexe nationale Struktur geschaffen worden, bevor sich eine entsprechende Massenbasis herausgebildet hatte. Im Jahr 1967, als die Struktur in allen Einzelheiten fertiggestellt war, hatte die NWRO 5000 beitragszahlende Familien als Mitglieder. 1969 erreichte der Mitgliederstand seinen Höhepunkt, als etwa 22000 Personen Beiträge entrichteten:

»Die Bundesstaaten mit den größten Mitgliederzahlen waren, in dieser Reihenfolge: New York, Kalifornien, Pennsylvania, Michigan, Virginia, Massachusetts, Ohio, New Jersey und Illinois. Von den Städten hatte New York bei weitem die meisten Mitglieder zu vermelden; allein im Stadtteil Brooklyn gab es mehr Mitglieder als in jeder anderen Stadt im Land. Die Gruppen in Boston hatten die zweitgrößte Gesamtmitgliedschaft, und Detroit, Los Angeles und Chicago machten die Liste der fünf führenden Städte komplett.« (Bailis, 11)

Doch lassen wir die Verteilung der Mitgliedschaft einmal beiseite; entscheidend ist, daß die beitragszahlende Mitgliedschaft der NWRO zu keinem Zeitpunkt mehr als 22000 ausmachte; nach 1969 nahm die Zahl der Mitglieder dann rasch ab.

Zuallererst, und am dramatischsten, offenbarte sich die Unfähigkeit der NWRO, ihre bescheidene Basis auszubauen oder auch nur zu erhalten, in New York. 1967 kamen 51% der bundesweiten Mitgliedschaft aus New York; als sich die Zahl der NWRO-Mitglieder im Laufe des folgenden Jahres verdoppelte, fiel der Anteil der New Yorker auf 17%, was bedeutete, daß dort auch die absolute Mitgliederzahl zurückgegangen war. Im Frühjahr 1969 war die Organisation in New York schließlich völlig zusammengebrochen. Das war, milde formuliert, ein bedrohliches Omen. Die Entwicklung in New York machte nur allzu deutlich, daß die Organisierungsstrategie der NWRO nicht in der Lage war, das Problem der langfristigen Konsolidierung ihrer Mitgliedschaft zu meistern. Kurz nachdem

das Problem in New York offenkundig geworden war, erfaßte es auch die Organisation des Staates Massachusetts, die bis 1970 ebenfalls zusammengebrochen war. Da New York und Boston (die Hauptstadt von Massachusetts) die bei weitem wichtigsten städtischen Hochburgen der Bewegung waren und ihre Organisationsstrategie im ganzen Land als Vorbild diente, werden wir uns im folgenden der Frage zuwenden, warum diese Organisationen nicht überlebten (und warum Dutzende anderer WROs, die eine ähnliche Strategie eingeschlagen hatten, im Laufe der Zeit ebenfalls scheiterten).

Ungefähre Mitgliedschaft der »National Welfare Rights Organization« (Zahl der beitragszahlenden Familienvorstände)

Ort	1967	1968	1969 ²¹	
USA	5 000	10000	22500	
New York City	2550	5 8 70	4030	
Brooklyn	1350	3 3 7 0	2 4 4 0	
Queens	100	380	330	
Manhattan	1070	1 400	500	
Bronx	30	720	760	

Das Problem dauerhafter Mitgliedschaft

Unsere Analyse des Niedergangs der NWRO erfolgt in vier Schritten. In dem zunächst folgenden Abschnitt wollen wir uns dem Problem widmen, wie eine Massenmitgliedschaft auf Dauer erhalten werden kann. Anschließend wenden wir uns den Problemen zu, die sich aus der komplexen Führungsstruktur ergaben, auf die sich die Organisation zunehmend verließ; als drittes analysieren wir die Probleme, die aus externen Anreizen für die NWRO-Führung resultierten; und abschließend gehen wir auf die Implikationen des Niedergangs der Protestbewegungen in der amerikanischen Gesellschaft gegen Ende der sechziger Jahre ein. Zusammen haben diese Probleme die Organisation schließlich zerstört. Bevor es soweit war, hatte sich die Organisation jedoch selbst allmählich verwandelt: die politischen Überzeugungen waren konventioneller geworden, die Militanz war zurückgegangen und die Mitgliederbasis geschwunden.

Die Organisierung der Fürsorgebedürftigen konzentrierte sich vor allem darauf, Beschwerden bereits anerkannter Wohlfahrtsempfänger anzuhören und abzustellen. Dieser Ansatz bei der Organisierung von Empfängergruppen war gewöhnlich erfolgreich, denn an Beschwerden mangelte es wahrlich nicht. Häufig wurden Familien bestimmte Leistungen willkürlich verweigert, sie erhielten ihre Schecks nicht, bekamen weniger ausgezahlt, als ihnen zustand, oder wurden von Bürokraten in den Fürsorgeämtern abgekanzelt und gedemütigt. Das Versprechen, daß derartige Mißstände abgestellt werden könnten, brachte die Wohlfahrtsempfänger in die Gruppen.

Man nahm sich der Mißstände auf mehrfache Art an. Zu Anfang wurden Beschwerden häufig von Organisationsvertretern selbst eingereicht, um zu demonstrieren, daß auch die komplizierten Fürsorgevorschriften nicht unentwirrbar waren und die Verwaltungen zum Nachgeben gezwungen werden konnten.²² Nach und nach wurden einige der Wohlfahrtsempfänger in die Geheimnisse der Vorschriften eingeweiht und darin geschult, wie sie die Interessen anderer Wohlfahrtsempfänger vertreten konnten. Einige Gruppen brachten in den Warteräumen der Ämter oder auf der Straße Plakate an, auf denen sie allen Antragstellern, die Schwierigkeiten mit der Behörde hatten, ihre Hilfe anboten. Einige der besser organisierten Gruppen richteten »Beschwerde-Komitees« ein, an die sie besondere Problemfälle überwiesen.

Als effektivste Methode, um Beschwerden Nachdruck zu verleihen, erwiesen sich kollektive Aktionen. Eine Gruppe von Fürsorgeempfängern erschienen dann auf dem Sozialamt, hielt dort eine Protestdemonstration ab und verlangte, daß alle Beschwerden abgestellt werden müßten, bevor sie wieder abzögen. Sollte sich die Behörde weigern, drohten sie mit einem sit-in. Gewöhnlich waren diese Aktionen erfolgreich, denn angesichts der brodelnden Gettos fürchteten die Wohlfahrtsbeamten offene Konfrontationen. Aktivisten und einfache Empfänger erkannten diese Schwäche und zogen daraus Nutzen. Wenn die Beamten versuchten, der Lage Herr zu werden, indem sie erklärten, einige der Beschwerden könnten sofort, andere aber erst später behandelt werden, dann weigerten sich die Demonstranten häufig wieder abzuziehen. Sie hatten ein Gespür für die Notwendigkeit entwickelt, zusammenzuhalten,

und waren sich der Gefahr bewußt geworden, die darin lag, einzeln in hinteren Büroräumen, weit weg vom Tumult in den Wartesälen, abgefertigt zu werden. Aktionsleiter und Aktivisten versuchten gewöhnlich, dieses Gespür zu verfestigen, indem sie vor Beginn der Aktionen mit den Teilnehmern vereinbarten, daß keiner gehen dürfe, bevor nicht alle Probleme gelöst seien. Bei der Aktion war der Zusammenhalt meist so stark, daß diese Vereinbarung auch eingehalten wurde. Dadurch verstärkte sich die Solidarität zwischen den Gruppenmitgliedern, und es entstand das Gefühl, daß das Wohlergehen des einzelnen von der Wohlfahrt aller abhänge. Dieses Gefühl ermunterte die Beteiligten dazu, altruistisch und notfalls auch auf Kosten unmittelbarer persönlicher Interessen zu handeln. Natürlich verstärkte die Betonung gemeinsamer Gruppenaktionen auch den Glauben an die Wirksamkeit dieses Vorgehens. Die genannten Beobachtungen werden durch Einzelstudien aus verschiedenen Regionen erhärtet, wie in dem folgenden Bericht aus Massachusetts:

»Wenn Mitarbeiter der Massachusett WRO, die sich mit Beschwerden befaßten, auf Fälle stießen, die nur geringe Aussicht auf Erfolg hatten, forderten sie die Mitglieder auf, sie zu ihrer nächsten Demonstration auf dem Sozialamt zu begleiten. In der Hitze der Konfrontationen auf den Ämtern halfen viele Mitglieder ihren Leidensgenossen bereitwilliger, als vorher angenommen werden konnte. ... Vielleicht erkannten sie, daß auch sie in Zukunft einmal in eine ähnliche Situaton geraten könnten und dann für die Hilfe anderer dankbar sein würden. Zum größten Teil aber schien die Entscheidung, noch zu bleiben und für andere zu kämpfen, auch wenn die eigenen Probleme gelöst waren, ein Gefühl der Gemeinschaft auszudrücken, das durch die Aktionen entstand. In der Hitze der Konfrontation schien ein hoher Anteil der Fürsorgeempfänger aus ihrer Bezeugung der Solidarität mit anderen Bedürftigen, die mit dem ogemeinsamen Feind« aneinandergeraten waren, ebenso wie aus der Erfahrung, daß sie Sachbearbeiter zum Nachgeben zwingen konnten, Befriedigung zu ziehen, ganz gleich, ob sie nun persönlich einen direkten Nutzen davon hatten oder nicht.« (Bailis, 64)

Für die meisten lokalen Aktivisten und Vertreter von Empfängergruppen – ebenso wie für die Mitarbeiter im Hauptquartier der Organisation – lag das Hauptziel dieser Aktivitäten darin, die Mitgliederbasis zu erweitern. Daher wurde darauf bestanden, daß Wohlfahrtsempfänger einer Gruppe beitraten, Beiträge zahlten und eine Mitgliedskarte in Empfang nahmen, bevor man sich ihren Problemen zuwendete. Hinter dieser Praxis stand die Überlegung, daß durch die Verknüpfung von Hilfe und Mitgliedschaft stabile Gruppen geschaffen werden könnten. Zum größten Teil folgten lokale Aktivisten dem folgenden Beispiel:

»Wer in die Büros der DMWRO (Detroit Metropolitan Welfare Rights Organization) kommt und um Hilfe bittet, wird zunächst aufgefordert, der Organisation beizutreten. Neuzugänge werden bestehenden Gruppen je nach ihrer Wohngegend zugeteilt. Aber erst einmal müssen sie zwei Dollar auf den Tisch legen, und dann wird ihr Name an die zuständige Ortsgruppe weitergeleitet. Ein Dollar geht in die Beitragskasse der zuständigen Ortsgruppe, der andere Dollar geht an die DMWRO. Ferner wird ihnen mitgeteilt, wann und wo das nächste Treffen stattfinden wird. Und dann sehen wir, was wir tun können, um ihrem Problem abzuhelfen, falls sie eins haben.« (Martin, 158)

Dennoch hatten die WROs auf Dauer keinen Bestand. Auch gibt es keine Belege dafür, daß Gruppen, die strikt nach der Maxime »ohne Beitritt keine Hilfe« verfuhren, länger bestanden als Gruppen, die das nicht taten. Die meisten bestanden ein Jahr, bestenfalls zwei Jahre, unabhängig von den angewandten Organisierungstechniken. Für diese Entwicklung gibt es eine Reihe von Gründen.

Zum einen verließen die meisten Familien, die von einer Beschwerdeaktion profitiert hatten, die Gruppe danach wieder, weil sie ja nun keine Hilfe mehr brauchten. Zwar kehrten manche von Zeit zu Zeit in die Gruppe zurück, wenn sich neue Schwierigkeiten ergeben hatten, doch die meisten nahmen nicht auf kontinuierlicher Basis am Gruppenleben teil. »Das grundlegende Problem der Beschwerdearbeit bestand darin, daß ein gelöstes Problem, wie andere erfüllte Bedürfnisse auch, keinen weiteren Anreiz bot, etwas zur Arbeit der Gruppe beizutragen.« (Bailis, 65) Dazu kam, daßnachdem die »welfare rights«-Organisationen eine größere Zahl von Fürsorgeempfängern hervorgebracht hatten, die mit dem Wohlfahrtssystem umzugehen wußten - viele dieser Leute meinten, keine Gruppe mehr zu benötigen, um ihre individuellen Probleme, oder auch die ihrer Freunde und Nachbarn, zu bewältigen. Sie handelten fortan einfach allein, ein Umstand, der mit der Zeit die Reihen der organisierten Gruppen zunehmend lichtete.

Zweitens erforderte die Beschwerdearbeit einen ungeheuren Aufwand an Zeit und Energie von Betreuern und Empfängern:

»Eine Frau rief im Büro (in Chicago) an und erzählte, ihre Sachbearbeiterin habe ihr die Unterstützung gestrichen. Ich rief die Sachbearbeiterin an, erklärte ihr, daß ihr Vorgehen illegal sei, und fragte sie, ob sie schon von dem Gesetz vom Dezember 1969 gehört habe, wonach niemandem ohne vorherige Benachrichtigung die Unterstützung gestrichen werden könne. Es handelte sich um die Golliday-Entscheidung. Die Sachbearbeiterin sagte, sie wolle mit ihrem Abteilungsleiter sprechen. Ich ging zu der Wohlfahrtsempfängerin nach Haus, und wir gingen zusammen zum Fürsorgeamt, um offiziell Einspruch einzulegen und mit der Sachbearbeiterin zu sprechen. Die Sachbearbeiterin sagte, es tue ihr leid, aber sie könne nichts machen. Sie erklärte, sie habe die Unterstützung streichen müssen, weil die Mietquittungen der Frau unterschiedliche Unterschriften trügen. Am nächsten Tag veranlaßte ich einen VISTA-Anwalt, die Sachbearbeiterin über das neue Gesetz aufzuklären, aber die rührte sich noch immer nicht, woraufhin der Anwalt ihr mitteilte, daß er Klage einreichen werde. Jetzt bat die Sachbearbeiterin ihn, mit dem Leiter des Distriktbüros zu sprechen, was der Anwalt auch tat. Der Amtsleiter gab den Scheck der Frau frei.« (Martin, 156)

Solche Arbeit war zudem noch extrem eintönig. Es gab Erfolgserlebnisse, zweifelsohne, und es war befriedigend zu wissen, daß man anderen Menschen einen Dienst erwies; auch einige Wohlfahrtsempfänger konnten aus ihren Bemühungen große Genugtuung schöpfen. Doch im großen und ganzen war die Zahl der Empfänger, die Spaß an dieser Arbeit hatten, nicht allzu groß, und je länger sich die Monate und Jahre hinschleppten, um so schwieriger wurde es, die Beschwerdeaktivitäten aufrechtzuerhalten. Nur durch kontinuierliche Schulung neuer Kader, die an die Stelle ausgelaugter Mitarbeiter traten, konnte der schnellen Ausblutung Einhalt geboten werden.

Die Beschwerdeaktivitäten waren möglicherweise weniger eintönig, wenn die ganze Gruppe beteiligt war. Doch diese Methode absorbierte buchstäblich die gesamte Energie und die gesamten Mittel der Gruppe. Wie nützlich diese Strategie auch gewesen sein mag, um die Solidarität unter den Gruppenmitgliedern zu erhalten und positive Reaktionen des Wohlfahrtssystems zu erzwingen, hatte sie doch einen erheblichen Nachteil: sie schränkte den Umfang der Beschwerdearbeit und damit auch den Erfolg von Rekrutierungskampagnen erheblich ein. Folglich expandierten die Gruppen kaum noch, hatten sie erst einmal einen Mitgliederstand von fünfzig bis hundert erreicht.

Es sollte noch angemerkt werden, daß die Betreuung individueller Beschwerden eine natürliche Möglichkeit bot, in Führungspositionen zu gelangen, denn indem man anderen half, konnte man sich eine Hausmacht aufbauen. Doch sobald der Betreuer in ein Amt gewählt worden war, ging er gewöhnlich ganz in seinen neuen Pflichten und Erfolgserlebnissen auf. Da aber die Führungsgruppen dieser Organisationen in der Regel ziemlich stabil waren, blieb neuen Betreuern kaum die Hoffnung, selbst einmal durch ihren Dienst am Mitmenschen in ein Amt zu gelangen – was die Plackerei der Beschwerdearbeit um so unattraktiver machte.

Schließlich hatte die Beschwerdestrategie zur Folge, daß sich mit der Zeit formelle Übereinkünfte mit den Wohlfahrtsbehörden zur Lösung anstehender Probleme herausbildeten. Wie genau diese Entwicklung verlief, soll in einem folgenden Abschnitt behandelt werden. An dieser Stelle genügt es zu sagen, daß, je ausgeprägter diese Übereinkünfte wurden, Empfängergruppen immer seltener auf kollektive Aktionen zurückgreifen mußten, um Zugeständnisse des Wohlfahrtssystems zu erreichen.

Als Resultat ging die Militanz zurück und bildete sich in den Empfängergruppen eine neue Führungsschicht heraus, die großes Interesse an der Erhaltung ihres privilegierten Verhältnisses zum Wohlfahrtssystem hatte, und daher weniger Energien für die Rekrutierung neuer Mitglieder aufwandte.

Zusammenfassend können wir sagen, daß sich zwischen 1966 und 1970 »welfare rights«-Gruppen dank der Strategie, individuelle Beschwerden zum Ansatzpunkt für die Organisierung von Fürsorgebedürftigen zu machen, rasch im ganzen Land verbreiteten, daß diese Gruppen aber selten mehr als 100 Mitglieder zählten. Zudem gab es in den Gruppen eine hohe Mitgliederfluktuation. Die Verfolgung individueller Beschwerden erwies sich daher nicht als taugliches Mittel, um eine Massenmitgliedschaft aufzubauen.

Die Lösung kollektiver Probleme als Organisierungsstrategie

Wenn die Lösung individueller Probleme nicht zum angestrebten Ziel führte, so schienen Aktionen zur Lösung kollektiver Probleme in die richtige Richtung zu weisen – zumindest eine Zeitlang. Diese Aktionen bauten auf den Bestimmungen einiger Sozialämter auf, wonach zusätzlich zu den regulären Beihilfen in Form von Lebensmittel- und Mietzuschüssen Sonderzuwendungen für Bekleidung und Haushaltsgegenstände gewährt werden konnten, wenn entsprechender Bedarf bestand. Nur wenige Fürsorgeempfänger wußten von dieser Möglichkeit, noch weniger stellten entsprechende Anträge, und selbst von diesen wurden nicht einmal alle bewilligt. Da es sich dabei um eine Art der Unterstützung handelte, auf die

offensichtlich ein großer Teil der Fürsorgeempfänger Anspruch hatte, bot sich die Möglichkeit, durch kollektive Aktionen Hunderten und vielleicht Tausenden von Anspruchsberechtigten gleichzeitig zu ihrem Recht zu verhelfen und damit eine große Zahl von Familien mit einem Minimum von organisatorischem Aufwand in die lokalen WROs zu integrieren.

Die ersten Experimente mit dieser Form kollektiver Beschwerdeaktivität wurden 1965 von einigen Aktivisten in der Lower East Side von New York unternommen, die für »Mobilization for Youth« tätig waren.²⁴ Sie waren äußerst erfolgreich: als sich die Sozialämter in New York Gruppen von 50 oder 100 Wohlfahrtsempfängern, die Sonderzuwendungen forderten, gegenübersahen, kapitulierten die Behörden und gaben die Schecks heraus. Bis zum Frühjahr 1967 hatte die Taktik die meisten Mitarbeiter des Anti-Armutsprogramms sowie einige private Sozialhilfeeinrichtungen und Kirchen in der Stadt erfaßt. Es waren buchstäblich Tausende von Menschen, die sich an den Demonstrationen für Sonderzuwendungen beteiligten. Als die Aktionen immer zahlreicher wurden, wurde ein zentrales Büro eingerichtet, um die Bewegung weiter voranzutreiben, und ein ganz New York umfassendes Koordinierungskomitee der Wohlfahrtsgruppen gebildet.²⁵

Die Aktivisten sahen derartige Kampagnen vor allem als Instrument an, um eine dauerhafte Organisation der Wohlfahrtsempfänger aufzubauen. Die Kampagnen zielten folglich darauf ab, »lokale Gruppen in die Lage zu versetzen, ihre Existenzberechtigung in den Augen von Fürsorgeempfängern nachzuweisen und ihre Rolle als Vertreter individueller Klienten gegenüber den lokalen Wohlfahrtsverwaltungen zu festigen...« (Birnbaum und Gilman, 1). Diese Überlegungen reflektierten zu einem gewissen Grad die Sorge, ob die Auswirkungen einer Krise des Wohlfahrtssystems auch zu beeinflussen waren. Ein »organizer« formulierte es so: »Ist das System einmal bankrott, wären wir ohne Verankerung in den Klienten allein von den Machthabern abhängig, wenn ein neues System geschaffen werden muß.« (zitiert bei Sardell, 47)

Die Sonderzuwendungskampagnen und die Gründung der New Yorker Koordinierungskomitees wurden von Aktivisten und AFDC-Empfängern mit Enthusiasmus begrüßt. Die wöchentlichen Treffen des Komitees zogen immer größere Zahlen von Empfängern, Betreuern und Anwälten aus den Rechtshilfebüros an. Auf diesen Versammlungen zeigte sich der Elan einer beginnenden poli-

tischen Bewegung; Schulungskurse über die detaillierte Planung von Sonderzuwendungskampagnen wurden durchgeführt und Pläne für Demonstrationen – entweder gleichzeitig auf Dutzenden von Distriktämtern oder konzentriert bei der zentralen Behörde – aufeinander abgestimmt. Außerdem wurden Zehntausende von Informationsmappen über die Sonderzuschüsse verteilt, deren wichtigster Bestandteil eine hektographierte Liste der Kleidungsstücke und Haushaltsgegenstände war, die allen Personen (laut Fürsorgebestimmungen) zustanden. Dieses Listen wurden von lokalen Aktivisten verteilt; die Leute kreuzten an, was ihnen fehlte, und gaben die Listen dann zurück. Die ausgefüllten Blätter wurden gebündelt und später bei einer der zahllosen Demonstrationen auf den Wohlfahrtsämtern den Behördenleitern übergeben.

Wenn Individuen oder Empfängergruppen von den Kampagnen erfuhren und sich nach dem (»City-wide« genannten) Koordinierungskomitee erkundigten, wurde ihnen gewöhnlich geraten, auf dieselbe Weise vorzugehen:

»Die Strategen von City-wide« entwickelten ein Rezept, das lokale Gruppen bei ihrer politischen Arbeit anwenden sollten. Gruppenmitglieder sollten vor den Wohlfahrtszentren Flugblätter verteilen und mit den Klienten über die ihnen zustchenden Wohlfahrtsleistungen sprechen. Fürsorgeempfänger sollten aufgefordert werden, sich lokalen Gruppen anzuschließen und an Versammlungen teilzunehmen, auf denen über welfare rights und Sonderzuwendungen diskutiert wurde. Antragsformulare für Sonderzuschüsse sollten dann ausgefüllt werden, und die Gruppe würde mit den Formularen zum Wohlfahrtszentrum zurückkehren, wo sie in einer Demonstration die unmittelbare Bewilligung der Sonderzuschüsse verlangte. « (Sardell, 55)

In dieser Periode wurden Fürsorgeempfänger außerdem dazu ermutigt, zusammen mit ihren Anträgen auf Sonderzuwendungen auch Anträge auf Anhörung (»fair hearings«) einzureichen. Damit wurde der Wohlfahrtsbehörde erklärt, daß sie im Falle einer Ablehnung des Antrages ihre Entscheidung bei einer Anhörung vor Vertretern des Bundesstaates würde rechtfertigen müssen. 1964 hatten im ganzen Staat New York nur vierzehn »fair hearings« stattgefunden; 1965 waren es sechzehn und 1966 zwanzig gewesen. Im Jahre 1967 jedoch wurden infolge der Aktivitäten von »City-wide« 4233 Anträge auf Anhörung gestellt:

»1967 gab es eine buchstäbliche Explosion von Anträgen auf sfair hearings«. Diese Explosion hatte ihre Ursache vor allem in den Aktivitäten der organisierten Bewegung der Fürsorgeklienten. Die Anträge wurden fast alle in der Stadt New York gestellt. ... Dieser Antragszuwachs führte zur Ernennung von vier zusätzlichen Anhörungsbeamten und im Dezember 1967 dann zur Einrichtung des New York City Office of Fair Hearings«. Die Klienten wurden bei den hearings« von Anwälten, Jurastudenten und einigen geschulten Laien vertreten. ... In der Zeit von September bis Januar wurden über 3000 hearings« angesetzt. 90% davon fanden allerdings nie statt. Oftmals kontaktierten die lokalen Zentren die Anträgsteller vor den festgesetzten Anhörungsterminen und bewilligten die Anträge auf Sonderzuwendungen. In der Hälfte der Fälle, in denen tatsächlich eine Anhörung stattfand, wurden den Klienten so gut wie alle Forderungen erfüllt; auch in den meisten der übrigen Fälle wurde zumindest ein Teil der Ansprüche gewährt. « (Jackson und Johnson, 114)

Bis zum Spätherbst 1967 hatte dieses Organisierungsrezept schließlich eine Massenbewegung der Wohlfahrtsempfänger in den Gettos und Barrios von New York hervorgebracht.

Die Auseinandersetzungen in dieser Zeit waren von hoher Militanz gekennzeichnet. AFDC-Empfängerinnen (häufig mit ihren Kindern an den Rockschößen) führten Hunderte von sit-ins in den regionalen Fürsorgeämtern von Brooklyn, Manhattan, Queens und der Bronx durch und provozierten offene Konfrontationen. An diesen lokalen Protesten beteiligten sich zwischen 25 und 500 Personen. Wenn zu Demonstrationen in den zentralen Wohlfahrtsämtern aufgerufen war, erschienen zwischen 500 und 2000 Menschen. Manchmal schlossen sich auch Sozialarbeiter und andere Sympathisanten den Protestaktionen an. Sit-ins, die häufig die Proteste begleiteten, dauerten zuweilen mehrere Tage. Obwohl die Behörden in diesen turbulenten Zeiten gewöhnlich nicht dazu neigten, Fürsorgeempfänger festnehmen zu lassen, wurden doch Dutzende von Demonstranten verhaftet. Meist jedoch begegnete man den Protesten, indem man Schecks ausstellte. Als im Frühjahr und Sommer 1968 die Sonderzuwendungskampagnen ihren Höhepunkt erreichten, hatte es die Wohlfahrtsbehörde für nötig befunden, in ihrer Zentrale einen mit unzähligen Telefonen angefüllten »Kriegsraum« einzurichten, wo Fürsorgebeamte versuchten, sich über die ständigen Demonstrationen in den Dutzenden von Bezirksämtern der Stadt auf dem laufenden zu halten.

George war so beeindruckt vom Organisierungspotential dieser Kampagnen, daß die nationale Organisation die Strategie übernahm und im ganzen Land propagierte. Im Frühjahr 1967 stellte die NWRO-Zentrale spezielle Informationsmappen mit farbig gedruckten Materialien (»VERTEIDIGE DEINE FAMILIE!«; »MEHR GELD JETZT!«) für die Ortsgruppen zusammen und arbeitete mit großem Eifer an der Planung neuer Kampagnen. Schon bald, im Spätsommer, waren nationale Kampagnen für Schulkleidung im Gange, im Herbst dann für Winterbekleidung und im Frühjahr für Oster- oder Schulabgangskleidung. Auch Kampagnen für Haushaltsgegenstände – zum Teil auf der Grundlage, daß nur wenige Wohlfahrtsempfänger adäquates Bettzeug und ähnliche Dinge besaßen – wurden überall in Angriff genommen.

Dennoch blieb Massachusetts neben New York der einzige Bundesstaat, in dem die Kampagnen wirklich große Ausmaße annahmen. 26 Die Aktivitäten in Massachusetts, die im Sommer 1968 aufgenommen wurden, erbrachten Zuschüsse in Millionenhöhe. »Nach Angaben der Wohlfahrtsverwaltung wurden allein in der Gegend um Boston im Juli 250 000 Dollar ausgehändigt, im August 600 000 Dollar und im September 3000 000 Dollar.« (Fiske, 37, 96) Als der Behördenleiter Mitte August vor einen Parlamentsausschuß zitiert wurde, um den enormen Zuwachs an Fürsorgeleistungen zu rechtfertigen, antwortete er: »Wenn jemand im Juni 1967 in Roxbury Crossing gewesen wäre, als dort die Unruhen ausbrachen, hätte er einige derselben Elemente am 30. Juli 1968 hier im Wohlfahrtsamt wiedergesehen.« (zitiert bei Fiske, 34) Dennoch bestanden erhebliche Schwierigkeiten, Schecks ausgestellt zu bekommen. Ein Büro tat dies zwar, ließ die Schecks jedoch sofort wieder sperren; ein anderes ließ den Hauseingang durch Polizei blockieren und nur jeweils zehn Empfänger zur selben Zeit eintreten; andere Büros machten wegen der Tumulte einfach dicht. Auch die Demonstranten wurden immer militanter:

»So wurden ... als [im November] 50 Fürsorgeempfänger aufs Sozialamt in Roxbury Crossing kamen, ... zwölf Telefone aus der Wand gerissen, acht Büroräume >auf den Kopf gestellt«, Sozialarbeiter >übel beschimpft« und einer gegen die Wand geschubst. Die Gewerkschaft forderte das Personal auf, das Amt unter Polizeischutz zu verlassen; 40 Sozialarbeiter machten sich umgehend auf den Weg zum Hauptquartier der Wohlfahrtsverwaltung, um gegen die Belästigungen zu protestieren; und die Polizei eskortierte den Direktor um 12.30 Uhr aus dem Sozialamt. Und so schloß ein weiteres Büro an diesem Tag vorzeitig seine Tore.« (Fiske, 56)

Von allen Demonstrationen im Land waren die von Massachusetts am durchgängigsten militant. In Springfield führte eine Demonstration zu schweren Ausschreitungen. Wieder zitiert Fiske den Bericht eines Aktivisten:

»Als der Direktor ankündigte, daß die Leute verhaftet würden, wenn sie das Zentrum nicht verließen, forderten die protestierenden Fürsorgeempfänger die Studenten auf, nach draußen zu gehen. Sie gingen auf die Straße, aber es waren keine Megaphone da, und keiner sagte ihnen, was sie tun sollten. Als der Polizeitransporter eintraf, dachten die Demonstranten auf der Straße, die Leute drinnen sollten verhaftet werden und fingen an, den Wagen hin und her zu schaukeln. Die Polizei stieß einige von ihnen in den Wagen hinein und fuhr dann mit einem irrsinnigen Tempo durch die Menge. Jetzt wurde die Menge richtig wütend und schmiß Steine und Flaschen nach dem Wagen.« (89)

In diesem Moment begannen die Unruhen von Springfield – und Bill Pastreich, der »chief organizer« der MWRO, wurde zum zwölftenmal in Haft genommen; seine Kaution wurde auf 3000 Dollar festgesetzt.

Die Abschaffung der Sonderzuwendungen

Als die Sonderzuwendungskampagnen sich im Lande verbreiteten, reagierten Lokalverwaltungen und staatliche Behörden immer häufiger mit der Einführung der »Pauschalzulage« (»flat grant«). Es war eine unvermeidbare Entwicklung. Mit diesem simplen Kniff konnten die Ausgaben für Sonderzuwendungen gestoppt und die »welfare rights«-Organisationen entscheidend getroffen werden. New York war der erste Bundesstaat, der diese »Reform« durchführte, denn dort gab es noch immer ein riesiges Reservoir potentieller Antragsteller, das - sollte es je erschlossen werden - eine »Bedrohung für den Etat« der Stadt New York darstellte, wie die New York Times in einem Leitartikel bemerkte. Um die Wohlfahrtsausgaben unter Kontrolle zu halten, schickte sich die Fürsorgeverwaltung in New York an, das Sonderzuwendungssystem umzugestalten. Sie schlug vor, es dadurch zu »reformieren«, daß man es durch »automatische Zulagen« von 100 Dollar im Jahr ersetzte, die jedem Fürsorgeempfänger in vierteljährlichen Raten von jeweils 25 Dollar auszuzahlen waren. Im Juni 1968 billigte das »State Board of Social Welfare« den Plan, der dann am 1. September in Kraft trat. Hugh R. Jones, der Vorsitzende des »Board«, machte aus den Gründen gar keinen Hehl, als er verkündete, die Fürsorgereform werde sowohl »den Ausgabenfluß stabilisieren« als auch die Organisationen der Wohlfahrtsempfänger »ganz entscheidend behindern«. Den ganzen Sommer und Herbst über diskutierten Sprecher und Berater des New Yorker Koordinierungskomitees, wie diesen Entwicklungen begegnet werden konnte. Drei verschiedene Strategien wurden erwogen: Eine Strategie bestand darin, auch weiterhin militante Demonstrationen in den lokalen Zentren durchzuführen, um das Wohlfahrtssystem nicht zur Ruhe kommen zu lassen, und damit zu drohen, das Chaos auch in die Gettos zu tragen, falls der Plan in Kraft treten sollte. Diese Strategie wurde jedoch nur halbherzig verfolgt. Die zweite Möglichkeit - die von uns vorgeschlagen wurde - war, eine »spend-the-rent«-Kampagne (»verbraucht das Geld für die Miete«) einzuleiten. Hinter unserem Vorschlag stand folgende Überlegung: Wenn die Fürsorgeempfänger ihr Mietgeld für andere Dinge ausgäben, könnten sie die Reduzierung ihrer Einkommen - und auf eine Reduzierung liefen die automatischen Zulagen hinaus - wieder ausgleichen. Was die Stadt und der Bundesstaat sparten, hätten sich die Bedürftigen auf diese Weise mehr als zurückgenommen. In der aufgeladenen Stimmung, die damals herrschte, wurde diese Strategie beschlossen, doch ließ die Organisation dem Beschluß keine Taten folgen. Der drohende Mietstreik diente zwar noch ein paar Wochen lang als verbales Druckmittel, das war aber auch alles.

Statt dessen entschied sich die Führung des Koordinierungskomitees, Druck auf Parlament und Regierung in Albany, der Hauptstadt des Staates New York, auszuüben. Diese Entscheidung war zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß verschiedene Mittelschichtsorganisationen der Stadt ihre Unterstützung zugesichert hatten: einige Kirchenverbände, mehrere Frauengruppen aus der oberen Mittelschicht, Frauen-Friedensgruppen, eine Vereinigung privater Wohltätigkeitsorganisationen und ähnliche Gruppen. Den ganzen Herbst 1968 über mobilisierte »City-wide« für die Kampagne, die ihren Höhepunkt in einer »Bus-Karawane« nach Albany fand, wo Politiker es jedoch weitgehend vermieden, mit Delegationen von Fürsorgeempfängern zusammenzutreffen. Die Vorbereitung und Durchführung der Kampagne kostete viel Zeit und Geld und brauchte die Ressourcen des Komitees vollständig auf. Das Parlament antwortete auf seine Weise: es kürzte die Fürsorgesätze um 10%.

Die letzte bedeutende Protestdemonstration fand am 15. April 1969 statt. Ungefähr 5 000 Personen – die meisten von ihnen Sozial-

arbeiter, Mitarbeiter der Programme gegen die Armut, Studenten und andere Sympathisanten – versammelten sich zu einer Protestveranstaltung im Central Park und marschierten anschließend die Fifth Avenue hinunter. Auf der 42. Straße, zwischen der Fifth Avenue und der Madison Avenue, setzten sie sich nieder und sorgten für ein mehrstündiges Verkehrschaos. Hulbert James, der führende »welfare rights«-Aktivist in der Stadt, wurde von einem Laternenpfahl, von dem aus er eine Ansprache hielt, heruntergezogen und wegen Anstiftung zum Aufruhr unter Anklage gestellt. Diese Demonstration setzte den Schlußpunkt unter die Widerstandskampagne in New York. Damals waren die lokalen WROs bereits geschwächt und Aktionen in den Fürsorgezentren weitgehend aufgegeben worden. Nicht anders verliefen die Ereignisse in Massachusetts:

»In welcher Beziehung die Einführung der Pauschalzulage zu den Aktivitäten der swelfare rights«-Gruppen stand, wurde in Massachusetts ziemlich offen zugegeben. Den Aktionen der MWRO wurde in den Zeitungen, im Radio und im Fernsehen ziemlicher Platz eingeräumt. ... Viele Leute in Massachusetts assoziierten »welfare rights«-Demonstrationen offensichtlich mit steigenden Wohlfahrtsausgaben und nahmen an, erstere hätten letztere verursacht. All dies führte dazu, daß die Wohlfahrt zu einem zunehmend kontroversen Thema der öffentlichen Diskussion wurde. Einige Abgeordnete des Bundesstaates verschafften sich öffentliche Aufmerksamkeit, indem sie angebliche Wohlfahrtsschwindel untersuchten und Gesetze einbrachten, um die Wohlfahrtsausgaben zu kürzen. Der Gouverneur machte seine Opposition gegen demonstrierende Wohlfahrtsempfänger und die von ihm veranlaßte Einführung der Pauschalzulage 1970 zu einem Hauptthema im Kampf um seine Wiederwahl. Drei seiner Werbesendungen im Rundfunk erwähnten demonstrierende Wohlfahrtsempfänger; eine von ihnen war ausschließlich der Erläuterung der Pauschalzulage gewidmet.« (Bailis, 142)

Wie in New York vereinigten sich auch die »welfare rights«-Gruppen von Massachusetts mit ihnen nahestehenden liberalen Gruppierungen zur »Massachusetts Welfare Coalition«. Sie setzte sich hauptsächlich aus Kirchenverbänden und Wohltätigkeitsorganisationen zusammen und besaß nicht genügend Einfluß, um die Einführung der Pauschalzulage rückgängig machen zu können. Schon bald danach begann die Organisation in Massachusetts auseinanderzufallen. In dieser Zeit gingen auch andere Bundesstaaten zur Pauschalzulage über – sie waren ein einfaches, doch wirksames

Mittel, um gleichzeitig die Organisierung der Armen zu unterminieren und die Wohlfahrtsausgaben zu senken.

Mobilisierung contra Organisierung

In New York und Massachusetts wurden zwei verschiedene Ansätze für den Aufbau von »welfare rights«-Gruppen verfolgt – ein Unterschied, dem damals von »organizers« im ganzen Land große Bedeutung beigemessen wurde. In New York legte man nur wenig Wert darauf, Gruppen mit beitragszahlenden Mitgliedern aufzubauen (mit Ausnahme der Gruppen in Brooklyn unter Leitung von Rhoda Linton); in Massachusetts war es umgekehrt. George war entschieden für die letztere Methode. Das Thema kam 1967 zum erstenmal auf, nachdem die NWRO offiziell aus der Taufe gehoben und das Programm der bundesweiten Sonderzuwendungskampagnen verkündet worden war. George vertrat die Ansicht, Wohlfahrtsempfänger sollten nur dann Informationen, Formulare und Beistand zu den Anträgen auf Sonderzuschüsse erhalten, wenn sie sich vorher einer Gruppe angeschlossen und ihren Obolus entrichtet hätten. Einige von uns in New York waren gegen diese Bedingung, weil wir glaubten, daß die Auswirkungen auf das Wohlfahrtssystem sehr viel größer sein würden, wenn Informationen über die Verfügbarkeit von Sonderzuschüssen so weit wie möglich - über Büros der Anti-Armuts-Programme, Wohltätigkeitseinrichtungen, Kirchen und Bürgerrechtsgruppen - verbreitet würden. In New York setzte sich unsere Auffassung durch, und so hatten die dortigen Kampagnen einen weit lockereren Charakter als an den meisten anderen Orten.

In Massachusetts entwickelte sich jedoch ein anderes Organisierungsmodell. Unter »welfare rights«-Aktivisten wurde es unter dem Namen »Bostoner Modell« bekannt und überall im Land vielfach kopiert. Das Modell setzte die formelle Gruppenmitgliedschaft als Voraussetzung für jede Form von Beistand. Manchmal wurden Antragsformulare für Sonderzuschüsse zum Beispiel erst dann an die Wohlfahrtsempfänger verteilt, wenn sie sich an einer Demonstration auf dem Fürsorgeamt beteiligten. Man nahm an, daß auf diese Weise stabile, dauerhafte Gruppen entstehen würden. Detaillierte Untersuchungen von Bailis über die Ereignisse in Massachusetts ergaben jedoch, daß sich in Wahrheit keine stabilen

Gruppen entwickelten. Oft überlebten sie nicht einmal den Zeitraum zwischen zwei Sonderzuwendungskampagnen:

»Die Organisierungskampagnen nach dem Bostoner Modell brachten anfangs fast immer erfolgreiche Treffen und Konfrontationen hervor. Doch nur wenige der dadurch entstandenen Gruppen waren in der Lage, ihren Schwung - oder ihre Mitgliedschaft - über längere Zeit zu konservieren. Die Geburt dieser Gruppen war immer spektakulär; sie durchlebten dann eine aktive Jugendzeit voller gut besuchter Versammlungen und militanter Demonstrationen; dafür war das Erwachsenendasein der typischen MWRO-Gruppe um so trister und endete mit einem langsamen Tod. Die Lebensspanne war doch insgesamt recht kurz. ... Den größten Teil ihrer Existenz über gelang es der MWRO, ihre Unfähigkeit, starke lokale Gruppen am Leben zu erhalten, zu verbergen, indem sie immer neue Organisierungskampagnen nach dem Bostoner Modell in Angriff nahm und so ständig neue Gruppen bildete, die die dahingeschiedenen alten ersetzten. Diese Gruppen sorgten dafür, daß die MWRO ihre Mitgliederzahl stabil halten konnte; sie stellten die Masse der Demonstrationsteilnehmer und sicherten der Bewegung der Wohlfahrtsempfänger regelmäßig einen Platz auf der Titelseite. « (55)

Bailis behauptet darüber hinaus: »Die meisten MWRO-Gruppen waren schon dem Tod geweiht, als die Einführung der Pauschalzulage (in Massachusetts) noch in weiter Ferne lag.« (60)

Das »Bostoner Modell« erforderte weit größere organisatorische Ressourcen als das »Mobilisierungsmodell«, nach dem in New York verfahren wurde. Die MWRO zog eine große Zahl von Studenten an, denen sie organisatorische Aufgaben übertrug; außerdem hatte sie einen Vertrag mit VISTA und schulte deren Mitarbeiter in der Organisierung von Fürsorgebedürftigen. In New York verfügten wir über eine geringere Zahl von »organizers«. Doch wie auch immer: die WROs überlebten in keinem der beiden Staaten, und das ist der entscheidende Punkt.

Die Auswirkungen interner Führungsstrukturen

Der Zusammenbruch der »welfare rights«-Organisationen in New York und Massachusetts war ein kaum zu verdauender Schlag, und dies aus zwei Gründen: zum einen waren in beiden Bundesstaaten einige der liberalsten Politiker des Landes tätig, zum anderen war angesichts der großen Zahl organisierter Wohlfahrtsempfänger die Basis der NWRO nirgendwo so breit wie in New York und Massachusetts. Wenn also die Strategie, auf dem Wege von Sonderzuwendungskampagnen eine Massenmitgliedschaft aufzubauen, unter diesen Bedingungen fehlgeschlagen war, welches Schicksal würde Organisierungsversuche erst an Orten erwarten, an denen die Politiker konservativer und die Empfängerzahlen geringer waren?²⁷ Die noch verbliebenen Gruppen waren überall in den USA verstreut; nur wenige hatten fünfzig oder gar mehr Mitglieder. In der Tat war 1970 auch bei diesen Gruppen schon ein Ende abzusehen. Einer der Gründe dafür lag in der Entwicklung einer ausgeprägten Organisatonsstruktur und in dem einengenden Einfluß, den diese Struktur auf die NWRO-Führung ausübte.

Die Entwicklung einer festen Organisationsstruktur hatte für die »welfare rights«-Gruppen unmittelbare Konsequenzen. Die Leichtigkeit und das Tempo, mit dem die Organisation entstand, bestärkte den Glauben an die Doktrin der Massenorganisation und an die Möglichkeit, politischen Einfluß durch Organisierung zu gewinnen. Zwar hatten die meisten WROs nur wenige beitragszahlende Mitglieder - zwischen 25 und 75 -, doch gab es Ende der sechziger Jahre immerhin mehr als 500 einzelne Gruppen im Land, von denen jede wenigstens einen Delegierten und einen Nachrükker zu den Bundeskongressen und -konferenzen entsenden durfte. Folglich kamen bei diesen Zusammenkünften Hunderte von Vertretern der Wohlfahrtsempfänger zusammen, zu denen sich noch »organizers« in ebenso großer Zahl gesellten. All das vermittelte den Eindruck, als beteiligten sich an der Basis große Massen von Bedürftigen an dem Kampf zur Durchsetzung des Anspruchs auf öffentliche Wohlfahrt. (Außerdem wurde relativ ausführlich in der Presse über Demonstrationen von Fürsorgeempfängern berichtet, was den Glauben an die Wirksamkeit von Massenorganisation noch weiter bestärkte.) Daher wurde allgemein angenommen, der Kampf der Fürsorgebedürftigen dehne sich aus und mache Fortschritte - trotz der versickernden Zulagenkampagnen. Doch in Wahrheit wirkte der Aufbau einer komplexen Organisationsstruktur, die vom Stadtteil über die Stadt und den Bundesstaat bis zum Bund reichte, von Beginn an hemmend. Insbesondere behinderte sie die Verbreiterung der Mitgliederbasis.

Je komplexer die Organisationsstruktur wurde, desto ausgeprägter wurden auch die Führungspositionen, in den Stadtteilgruppen ebenso wie auf der Ebene der Städte und Bundesstaaten. Sobald eine Gruppe sich gebildet und der NWRO angeschlossen hatte

und sobald offizielle Vertreter gewählt worden waren, entwickelten sich diese Führungspositionen zu einer ständigen Quelle von Auseinandersetzungen und Konkurrenzverhalten. Bedenkt man, wie hart und freudlos das Leben dieser Wohlfahrtsempfänger bis dahin war, dann läßt sich die enorme Bedeutung von Prestige und organisatorischem Einfluß, die Funktionsträgern plötzlich zufielen, ermessen. Die natürliche Folge davon war ein wachsender Stellenwert führungsorientierter Politik. Dieser Umstand behinderte aber eine Ausweitung der Mitgliedschaft, denn die Funktionäre entwikkelten ein Interesse daran, die Mitgliederzahlen stagnieren zu lassen.

Vertreter der Fürsorgeempfänger mußten sich auf allen Ebenen regelmäßig zur Wiederwahl stellen; neue Mitglieder bedeuteten da eine Gefahr. Kämpfe um Führungspositionen könnten ausbrechen, etablierte Führungskader ihre Posten verlieren. Hatte sich in einer Gruppe einmal eine anerkannte Führungsgruppe herausgebildet, legte diese häufig ihr Hauptaugenmerk auf die Kultivierung und Festigung ihrer Position. Funktionäre der städtischen und einzelstaatlichen Organisationen verhielten sich da nicht viel anders: ihr primäres Interesse galt der Kultivierung und Festigung ihrer Beziehungen zu den örtlichen Führungskadern ihrer jeweiligen Stadt oder ihres Bundesstaates. Folglich wehrten sich Funktionäre gegen neue Rekrutierungskampagnen, wie das folgende Beispiel zeigt:

»Die Führung der Welfare Rights Organization« in Massachusetts beantragte, eine Klausel in die Satzung aufzunehmen, wonach sich die Zahl der stimmberechtigten Delegierten einer lokalen Gruppe auf dem Jahreskongreß nach der Zahl der beitragszahlenden Mitglieder richten sollte; sie hoffte, eine solche Regelung würde Ortsgruppenleitern, die nach höheren Positionen strebten, einen Anreiz geben, ihre Mitgliederbasis zu verbreitern. Unglücklicherweise gab es jedoch für die meisten Funktionäre zumindest bis kurz vor dem nächsten Jahreskongreß - wenig Grund, sich der Erhaltung oder Vergrößerung der Mitgliedschaft ihrer Gruppen zu widmen, nachem sie einmal in das angestrebte Amt gelangt waren. Einige Vertreter aus dem Kreis der Wohlfahrtsempfänger wandten sich gerade deshalb gegen Versuche des Stabes, ihre Gruppen zu reaktivieren, weil sie fürchteten, daß sich unter den neuen Mitgliedern potentielle Herausforderer um die eigene Führungsposition befinden könnten. Manchmal stimmten die Führer dahinsiechender Gruppen zwar neuen Rekrutierungskampagnen zu, bestanden aber darauf, daß keine neuen Wahlen in der Gruppe abgehalten werden würden. In solchen Fällen passierte dann gar nichts, denn der

MWRO-Stab weigerte sich, unter diesen Bedingungen bei der Anwerbung neuer Mitglieder zu helfen.

Pläne des Stabes für großangelegte Rekrutierungskampagnen in Teilen des schwarzen Gettos von Boston, die noch nicht organisiert waren, trafen auf die Opposition der überwiegend schwarzen MWRO-Führung, die zum Teil die Entstehung neuer Machtzentren in der Organisation fürchteten. Eine dieser Kampagnen fand nur deshalb statt, weil sich die Vorstandsmitglieder der MWRO sicher fühlten, daß die zu wählenden Führer der neuen Gruppe ihre Seniorität respektieren würden. Eine andere Kampagne licß die schlimmsten Befürchtungen des Vorstands wahr werden, als der Vertreter einer neueren Gruppe aus Roxbury auf dem MWRO-Kongreß von 1970 gegen den amtierenden Vorsitzenden antrat und ihn besiegte.« (Bailis, 72–73)

Sorge um die eigenen Führungspositionen war auch der Hauptgrund für den Widerstand unter WROs gegen die Organisierung von Beziehern anderer Fürsorgekategorien - wie z.B. von Altersversorgung und Einkommenszulagen für bedürftige Erwerbstätige. Im Jahre 1968 hatten wir einen Aufsatz mit dem Titel Workers and Welfare²⁸ veröffentlicht, in dem wir schätzten, daß mehrere hunderttausend bedürftige Arbeiterfamilien mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze zu Beihilfen aus der »general assistance«-Kategorie der Sozialfürsorge in den nördlichen Bundesstaaten berechtigt waren. In einigen dieser Bundesstaaten, zum Beispiel in New York, hatte eine große Familie mit einem Einkommen unterhalb des gesetzlichen Mindestlohnes Anrecht auf eine Beihilfe, die ihr Einkommen verdoppelte. Wir schlugen deshalb vor, Kampagnen durchzuführen, um die Zahl der »general assistance«-Empfänger zu vergrößern. In den Gesprächen mit George und anderen NWRO-Vertretern wurde jedoch deutlich, daß sie kein Interesse an einer nachhaltigen Erschütterung des Wohlfahrtssystems mehr hatten. Die alte Idee, daß eine Organisation der Wohlfahrtsempfänger auch als Vehikel zur Mobilisierung und Rekrutierung potentieller Empfänger dienen sollte, war so gut wie vergessen. Statt dessen hatte jetzt der Ausbau der bestehenden Organisation allererste Priorität, denn George und seine Mitarbeiter waren zu der Überzeugung gelangt, daß ein Nationalverband der Wohlfahrtsempfänger tatsächlich im Entstehen begriffen war. George hatte sich deshalb entschieden, »aggressive und aufsässige Taktiken, zumindest in der gegenwärtigen Situation, zurückzustellen und alle Kraft auf den Aufbau einer Organisation beitragszahlender Mitglieder« zu konzentrieren (Steiner, 290).²⁹

Allerdings nahm George die Idee, auch die Bezieher anderer Fürsorgekategorien - wie bedürftige Arbeiterfamilien und Rentner zu organisieren, begeistert auf. Er war allmählich zu der Überzeugung gekommen, daß die Mitgliederbasis der NWRO zu eng sei und daß eine Organisation, die sich ausschließlich aus AFDC-Empfängerinnen zusammensetzte, mit Sicherheit nicht genügend Unterstützung bei gesellschaftlichen Gruppen finden würde, die über Einfluß, Geld und andere Ressourcen verfügten. Mit Sicherheit würde auch der politische Einfluß einer solchen Organisation von dem Stigma, das den AFDC-Müttern anhaftete, behindert werden. George schwebte eine breitere Basis vor, die nicht allein die Empfänger anderer Wohlfahrtsleistungen, sondern auch die Arbeitslosen umfaßte. Außerdem wollte er das Betätigungsfeld der Organisation über den engen Bereich der Sozialfürsorge hinaus auf andere, für die Armen relevante Regierungsprogramme ausweiten (wie beispielsweise öffentliche Gesundheitsfürsorge). Zudem hatte George ein dichtes Netz von Kontakten und Sympathisanten geknüpft, das den Eindruck erweckte, viele verschiedene Gruppen (z.B. Organisationen von Rentnern, Mietern und Arbeitslosen) könnten unter seiner Leitung in einer einzigen, nationalen Dachorganisation zusammengeführt werden. Es war die Vision einer dauerhaften Massenorganisation, die eine Vielzahl verschiedener Gruppen umfaßte und sich einer Vielzahl von Fragen widmete. Doch das ist nicht der entscheidende Punkt. Entscheidend ist, daß er Vorstand und Mitarbeiterstab der NWRO davon überzeugen wollte, die Aufnahme neuer Gruppen in die Organisation zu unterstützen.

Primär aufgrund seines Drängens stimmten die Delegierten auf dem NWRO-Kongreß von 1969 einem Antrag zu, den Mitgliederkreis auf alle Personen auszudehnen, deren Einkommen unter dem von der NWRO propagierten angemessenen Einkommensstandard lag – damals 5 500 Dollar im Jahr für eine vierköpfige Familie.
Bis dahin hatten nur AFDC-Empfänger Mitglied werden können.
George frohlockte: »Das Großartige ist... daß von jetzt an die Mitgliedschaft von der Höhe des Einkommens abhängen wird. Jede Familie, die weniger als 5 500 Dollar im Jahr hat, kann beitreten.
Und ich glaube, sie werden beitreten. Wir wollen alle armen Leute erreichen; wir müssen wachsen. ... « (Martin, 129) Ein Jahr später wiederholte er diese Gedanken in seiner Eröffnungsrede auf dem Kongreß in Pittsburgh:

342

»Unsere politische Stärke ist bisher nicht richtig zur Geltung gekommen. Wir haben für das Ziel eines adäquaten Einkommens für alle Amerikaner – ob sie von der Wohlfahrt leben oder nicht – organisiert, aufgebaut und demonstriert, und wir tun hiermit kund, daß wir unsere Bemühungen noch verstärken werden. Wir werden in Zukunft noch mehr Leute in unsere Bewegung integrieren und noch mehr der wirklichen Probleme in diesem Land anpacken, wie das Fehlen einer adäquaten Gesundheitsfürsorge. Wir müssen uns von jetzt ab um Gesundheitsprobleme kümmern, um Erwerbstätige, die keine Sozialfürsorge bekommen, obwohl ihr Einkommen nicht ausreicht, um die Alten und Behinderten – um alle diejenigen, die ihre Rechte noch nicht kennen.« (Martin, 130)

Die Vertreter der Empfängergruppen und ein großer Teil des Mitarbeiterstabes nahmen die Satzungsänderungen und die neuen Töne, die jetzt angeschlagen wurden, zwar ohne Widerstand hin - soviel ist richtig -, machten aber keine Anstalten, nach ihnen zu handeln. Es bedurfte keines besonderen Scharfsinns, um vorherzusehen, daß eine diversifizierte Mitgliedschaft unweigerlich zu Führungskämpfen führen würde. Bezieher anderer Empfängerkategorien unterscheiden sich zum Beispiel im Alter oder durch das Geschlecht von AFDC-Empfängern, und ihr Interesse galt anderen Problemen aus verschiedenen Fürsorgeprogrammen. Wären sie in die Organisation integriert worden, hätten sie sicherlich auf die Ernennung von Funktionären gedrungen, deren Merkmale und Interessen den ihren ähnlich waren. Rekrutierungskampagnen unter diesen Gruppen hätten zwar durchaus zu einer Erweiterung und Diversifizierung der Mitgliederbasis geführt, doch die bloße Existenz einer ausgeprägten, formellen Führungsstruktur schlossen diese Möglichkeit von vornherein aus. Folglich trafen Vorschläge für neue Rekrutierungskampagnen auf allen Ebenen der Organisation auf Widerstand; ein Umstand, auf den George während eines Interviews im Jahre 1970 zu sprechen kam:

»Wir versuchen, auch über den Bereich der ADC[-Aid to Dependent Childrens]-Empfängerinnen hinaus tätig zu werden, aber bisher ohne viel Erfolg. ... Die ADC-Mütter sind – und das ist ja auch ganz natürlich – an ADC-Problemen interessiert, und sie kontrollieren die Organisation im Moment. Sie werden keine ernsthaften Anstrengungen unternehmen, um Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen zu organisieren. Das läge ja nicht in ihrem unmittelbaren Interesse, obwohl es sicherlich ihr langfristiges Interesse wäre. Kein Mensch, und das gilt für die Armen genauso, gibt freiwillig Macht auf, die er sich erarbeitet hat und über die er noch verfügt. Das gilt

für die Armen wohl sogar in besonderem Maße, denn das hier ist ja das einzige bißchen Macht, das sie haben – und viel ist es sowieso nicht. « (Martin, 32)

Eine Möglichkeit, diesem Dilemma zu entkommen, bestand darin, Aktivisten ohne die Unterstützung von Vertretern der Empfängergruppen die Bildung neuer Gruppen in Angriff nehmen zu lassen, um auf dieser Basis Konflikte um Führungspositionen auszutragen. George bezog sich in demselben Interview auch auf diese Möglichkeit:

»Themenschwerpunkte entwickeln sich, weil es Gruppen mit entsprechenden Problemen gibt. So entwickelte sich die Diskussion über Fürsorgeprobleme, weil es Fürsorgeempfänger gibt. Wir werden Kategorien wie die Älteren und Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen organisieren und in die Bewegung bringen müssen, damit sie Anforderungen an die Organisation stellen, so wie die ADC-Mütter es heute tun. Wir müssen das wirklich selbst fördern. Unsere Mitarbeiter müssen Gruppen wie die erwerbstätigen Armen ohne große Hilfe von den Müttern organisieren und sie dann in die NWRO hineinbringen, damit sie die Mütter herausfordern. Durch einen solchen Angriff wird man dann zu irgendeiner Art von Regelung kommen.« (Martin, 132)

Doch George ergriff damals keine so drastischen Maßnahmen, sondern beschränkte sich darauf, seine Beziehungen zu anderen Organisationen zu pflegen. 1972 unternahm er dann einen Versuch, diese Beziehungen zu nutzen, indem er einen »Kindermarsch ums Überleben« (»Children's March for Survival«) ankündigte. Daran sollte sich eine breite Koalition von Gruppen, die sich Problemen von Kindern widmeten, beteiligen und in Washington als Lobby auftreten, wie aus dem Aufruf zur Unterstützung des Marsches hervorging:

»Kinder leiden unter Armut, und aufgrund der Armut leiden sie an Hunger. Kinder leiden unter Rassismus. Kinder leiden durch Krieg, durch die Ausbeutung der Umwelt, unter schlechten Schulen und Gesundheitsschäden. Wir kommen zusammen, um Politik und Programme der Nixon-Administration und des Kongresses, die zur Verewigung dieser Zustände, ja selbst auf vielfache Art zu ihrer Verschlechterung beitragen, zu verurteilen.

Wir verurteilen:

- das Veto gegen das ›Child Care‹-Gesetz
- Kürzungen und Einschränkungen der Lebensmittelspeisungen für Kinder

- Verzögerungen in den Gesundheits-, Wohnungs- und Ausbildungsprogrammen
- und vor allem: den sogenannten ›Familiy Assistance Plan‹, der an die Stelle einer echten Wohlfahrtsreform treten soll.

Wir rufen heute zu einem Kindermarsch ums Überleben auf, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Probleme der Kinder zu lenken und einen Aktionsplan zur Rettung der Kinder unseres Landes einzuleiten.«

Der Marsch fand am 25. März statt; ungefähr 40000 Personen versammelten sich am Washington-Monument. Die Zusammensetzung der Teilnehmer an dem Marsch spiegelte die inneren Auseinandersetzungen der NWRO wider. Rund 80% der Demonstranten waren Kinder aus den Schulen in Washington. Sie waren von militanten schwarzen Mitgliedern der Schulbehörde von Washington, die auf der Woge der Gettounruhen der späten sechziger Jahre ins Amt getragen worden waren, zur Teilnahme ermuntert worden. Weitere 10% der Kinder kamen von Kindertagesstätten aus umliegenden Bundesstaaten und waren mit Bussen nach Washington gebracht worden. Der Rest waren Sympathisanten aus der Mittelschicht, die in Gruppen mitarbeiteten, die sich mit Hunger und anderen Problemen von Kindern sowie mit Friedensfragen befaßten. Es ist sehr zweifelhaft, ob Kinder von Fürsorgeempfängern auch nur 1% der Menge ausmachten. Die Vertreter der Empfängergruppen sahen, mit anderen Worten, diese Demonstration nicht als ihre eigene an; das gleiche galt für einen Teil des Organisationsstabs - somit erhielt die Demonstration von den noch funktionstüchtigen WROs nur geringe Unterstützung.

Letztlich mußte George seine Absicht, die Mitgliedsbasis durch Diversifizierung zu erweitern, aufgeben, nachdem er zu dem Schluß gekommen war, daß der Kampf nicht zu gewinnen war, ohne die NWRO selbst in Fraktionskämpfen aufzureiben. Statt dessen zog er sich im Dezember 1972 offiziell aus der NWRO zurück und kündigte mit seinem langjährigen Mitarbeiter Bert DeLeeuw die Gründung einer Organisation mit dem Namen »Movement for Economic Justice« an, die eine Vielzahl verschiedener Gruppen umfassen sollte. Sein Rücktritt war eine direkte Folge des Konfliktes mit der etablierten NWRO-Führung.³⁰

Allerdings hatte Anfang der siebziger Jahre das Konzept der Mitgliedschaft selbst einen Bedeutungswandel durchgemacht. Für »organizers« bedeutet Mitgliedschaft mehr als nur die formelle Zugehörigkeit durch Zahlung von Beiträgen. Sie beinhaltet auch die aktive Teilhabe am Leben der Organisation – zum Beispiel an Demonstrationen. Offensichtlich dient Massenpartizipation als funktionales Äquivalent der politischen Ressourcen (wie Reichtum), über die Interessengruppen von höherem sozialen Status verfügen. Wie »organizers« es manchmal formulieren: kleine Leute haben große Zahlen. Kurz gesagt, Mitgliedschaft bedeutet die regelmäßige Partizipation einer großen Zahl von Menschen.

Die Geschichte der NWRO zeigt jedoch, daß Mitgliedschaft im Laufe der Zeit kaum mehr bedeutete als formelle Zugehörigkeit durch Zahlung von Beiträgen; am Ende wurde nicht einmal mehr viel Gewicht auf die Aufrechterhaltung des Beitragssystems gelegt. Was allein noch zählte, war, ein Amt zu gewinnen und zu bekleiden. Ein Beispiel kann diesen Punkt verdeutlichen: Im Sommer 1970 unternahm der Leiter einer Empfängergruppe aus New York, der damals auch in der nationalen Organisation ein Amt bekleidete, eine »Schulbekleidungskampagne«. Es war in jeder Hinsicht eine traurige Angelegenheit. Das New Yorker Koordinierungskomitee der »welfare rights«-Gruppen war schon seit einiger Zeit nichts als eine leere Hülle und bestand im wesentlichen nur noch aus einem Exekutivkomitee, das sich aus Vertretern einzelner Empfängergruppen aus den verschiedenen Stadtteilen zusammensetzte. Diese Funktionäre klammerten sich nur noch verbissen an die Positionen, in die sie einst gewählt worden waren, obwohl die meisten der Gruppenmitglieder, die ihnen ursprünglich ihre Ämter übertragen hatten, längst nicht mehr mitarbeiteten. Das Komitee trat in unregelmäßigen Abständen zusammen, und die Sitzungen bestanden meist aus endlosem Streit um die Verteilung der wenigen Mittel, die die Organisation noch auftreiben konnte.

Im Herbst 1970 wurde in New York über die nur noch dürftige Infrastruktur der Bewegung die Information verbreitet, Fürsorgebedürftige könnten aus Mitteln, die der Schulbehörde über den »Elementary and Secondary Education Act« von 1965 zur Verfügung stünden, Sonderzulagen für Schulkleidung erhalten. Etwa 14000 Personen unterschrieben die Antragsformulare, nachdem sie zuvor der NWRO hatten beitreten und ihren Jahresbeitrag von einem Dollar entrichten müssen. Danach wurden jedoch kaum Anstrengungen unternommen, diese Tausende von Menschen in die wenigen übriggebliebenen Empfängergruppen zu integrieren oder neue Gruppen aufzubauen. Der genannte Funktionär aber,

der die Kampagne eingeleitet hatte, konnte auf die 14 000 Beitrittserklärungen verweisen, und aufgrund dieses enormen Mitgliederzuwachses beim nächsten Bundeskongreß der NWRO im Sommer 1971 in der Führungshierarchie weiter aufsteigen, da die bei der Wahl von Funktionsträgern der Bundesorganisation abgegebenen Stimmen entsprechend der Zahl beitragzahlender Mitglieder in den jeweiligen Bundesstaaten gewichtet wurden. Dies war nur ein Beispiel dafür, in welchem Maße das Ziel der Massenmitgliedschaft dem Machtstreben von Individuen untergeordnet worden war. Auf diese Art also beschränkte die Vermehrung der Führungsstruktur die Expansion der Mitgliedschaft. Oder einfach gesagt: die Organisation verhinderte die Organisierung.

Die Auswirkungen externer Anreize

Gegen Ende der sechziger Jahre war endgültig klar, daß die NWRO in ernsten Schwierigkeiten steckte. Großangelegte Fürsorgekampagnen brachen in sich zusammen; Führungsstrukturen machten eine Expansion der Mitgliedschaft unmöglich. So war der nationale Mitarbeiterstab weitgehend paralysiert: keiner wußte, was zu tun war, um die Bewegung wieder in Schwung zu bringen. Der einzige Plan, der noch Aussichten bot, war die Ausdehnung der Organisation auf andere Gruppen wie bedürftige Erwerbstätige und Ältere, doch schilderten wir bereits, mit welcher Intensität sich die etablierte Führung gegen diesen Kurs stemmte. Die NWRO war im Grunde genommen bereits erlahmt.³¹

Dennoch expandierte der Organisationsapparat der NWRO zwischen 1969 und 1972 weiter. Der Bundesetat wuchs, der zentrale Mitarbeiterstab wurde vergrößert, und die nationale Reputation der NWRO nahm zu. Ermöglicht wurde diese Entwicklung durch eine Welle der Unterstützung von außerhalb der Organisation. Innerhalb von einem oder zwei Jahren nach Gründung der NWRO im Jahre 1967 begannen verschiedene Gruppen – Geistliche, Politiker, Wohltätigkeitsorganisationen, Gewerkschaften, Bürgerrechtsgruppen, Stiftungen, Vertreter der Medien – entweder von sich aus, Beziehungen zur NWRO aufzunehmen, oder auf Kontaktangebote zu reagieren. Auf diese Weise kam die Organisation in den Besitz der notwendigen organisatorischen Ressourcen: zu öffentlicher Anerkennung, Geld und offensichtlichem Einfluß.

Doch dieser anschwellende Zustrom von Ressourcen führte nicht zur Organisierung immer größerer Menschenmengen, er unterminierte sie sogar. Im Zuge ihrer allmählichen Verstrickung in ein Netz von Beziehungen zu Regierungsvertretern und privaten Interessengruppen wurde die NWRO von einer Protestorganisation in eine Verhandlungs- und Lobby-Organisation verwandelt. Die Transformation war total: sie vollzog sich auf nationaler wie lokaler Ebene und brachte letztlich eine Führung hervor, die mit viel Einsatz Verhandlungen führte und in den Parlamenten für die Sache der Armen warb; die Armen selbst aber hatten damit nichts mehr zu tun.

Quellen und Formen der Unterstützung

Die NWRO verdankte den Erfolg, mit dem sie Beziehungen zu einer Vielzahl verschiedener Gruppen anknüpfte, hauptsächlich zwei Faktoren. Der wichtigere war die schwarze Protestbewegung als ganze und die Zugeständnisse, die ihr gewährt wurden. Die NWRO konnte sich diesen Umstand leicht zunutze machen. Sie war eine nationale Organisation, an deren Bundeskongressen eine Vielzahl von Delegierten lokaler Gruppen teilnahmen, so daß sich die NWRO als Vertreter der Fürsorgebedürftigen präsentieren konnte. Zudem war die überwältigende Mehrheit der NWRO-Mitglieder schwarz; dies trug dazu bei, daß die NWRO als eine Ausdrucksform der schwarzen Bewegung identifiziert wurde, und erleichterte es ihren Vertretern, dieselben Leute um Hilfe anzugehen, die die schwarze Protestbewegung unterstützten.³²

Die wachsende Unterstützung für die NWRO wurde ferner durch das Auftauchen einer sich gegen Ende der sechziger Jahre abzeichnenden »Wohlfahrtskrise« gefördert. Das Entgegenkommen der Regierung gegenüber der schwarzen Protestbewegung drückte sich u.a. in der Bereitschaft aus, die Sozialfürsorge auf immer mehr Menschen auszudehnen, was vor allem nach 1965 der Fall war. In unseren Begriffen bedeutete das, daß sich die Scheu vor der öffentlichen Wohlfahrt, zum Teil infolge der Aktivitäten des Anti-Armutsprogramms, zunehmend abbaute. In Zehntausenden von Broschüren wurden die Bedürftigen über ihre Rechte informiert; Tausende von VISTA-Freiwilligen und Mitarbeiter anderer Anti-Armutsprojekte unterstützten die Leute bei der Antragstellung. Dutzende von Anwälten aus den Rechtshilfebüros setzten die

Ansprüche der Bedürftigen vor Gericht durch. Es ist durchaus anzunehmen, daß Familien, deren Anträge auf Sozialfürsorge erfolgreich waren, andere dazu ermutigten, es ebenfalls zu versuchen. Allein die Dichte der fürsorgebedürftigen Bevölkerung, die sich zu diesem Zeitpunkt in den Städten herausgebildet hatte, legt die Wahrscheinlichkeit eines solchen kumulativen Effekts nahe. Eine Ende 1966 durchgeführte Untersuchung über Familien aus zehn innerstädtischen Slumgebieten zeigte, daß fast die Hälfte – 47% – der befragten Familien ein Einkommen aus Fürsorgemitteln und anderen Quellen bezogen, die nicht an ein Beschäftigungsverhältnis gebunden waren. Tien Bericht der "Urban Coalition« aus dem Jahre 1969 faßte den Sachverhalt in folgende Worte: "Das Wohlfahrtssystem bleibt in den Slums und Gettos auch weiterhin die Industrie mit den größten Zuwachsraten. ...«

Gegen Ende des Jahres 1967 verabschiedete der Kongreß eine Reihe von Zusätzen zum »Social Security Act«, die den Anstieg der Empfängerzahlen abbremsen sollten. Die Bundesstaaten wurden darin verpflichtet, für die als beschäftigungsfähig geltenden Fürsorgeempfänger Fortbildungs- und Umschulungsprogramme einzurichten. Die Teilnahme an diesen Programmen wurde zur Voraussetzung für die weitere Beziehung von Beihilfen gemacht. (Die lokalen Fürsorgeverwaltungen führten diese neuen Maßnahmen jedoch nicht durch; sie hatten Angst vor den politischen Auswirkungen, die jeglicher Versuch, Müttern und Kindern in größerem Umfang die Unterstützung zu streichen, in den Gettos gehabt hätte.) Um sicherzustellen, daß die einzelnen Bundesstaaten auch tatsächlich äußerste Anstrengungen zur Senkung der Wohlfahrtsausgaben unternehmen würden, verfügte der Kongreß außerdem die »Einfrierung« der AFDC-Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt. Die neue Regelung sah vor, daß für jeden Bundesstaat das Verhältnis zwischen der Zahl von AFDC-unterstützten Kindern zur Gesamtzahl der Kinder vom Januar 1967 zur Berechnungsgrundlage des Bundeszuschusses gemacht werden sollte. Ein Bundesstaat mit einem wachsenden Anteil von Kindern in bedürftigen Familien mit weiblichem Haushaltsvorstand - unabhängig von den jeweiligen Ursachen - würde, mit anderen Worten, in der Zukunft gezwungen sein, entweder neue Anträge abzulehnen, die Leistungen einzuschränken und dieselbe Menge Geld auf eine größere Zahl von Fällen zu verteilen oder aber neue Einnahmequellen zu erschließen, um die wachsenden Kosten tragen zu können. (Nachdem der Kongreß das Einfrieren der AFDC-Zuschüsse beschlossen hatte, protestierten die Fürsorgebehörden von Ländern und Gemeinden jedoch heftig gegen die Regelung, was dazu führte, daß die Johnson-Administration das Datum des Inkrafttretens verschob. Das gleiche tat anschließend auch die Nixon-Administration – bis die Maßnahme in Vergessenheit geraten war.)

Zur gleichen Zeit wurden noch mehrere umfassendere Vorschläge, wie der Fürsorgekrise beizukommen sei, vorgebracht. In seiner Botschaft zur Wirtschaftslage vom Januar 1967 versprach Präsident Johnson, eine »Commission on Income Maintenance Programs« einzurichten (was er später auch tat. In ihrem Abschlußbericht vom Herbst 1969 forderte die Kommission ein garantiertes Mindesteinkommen von 2400 Dollar im Jahr für eine vierköpfige Familie). Im März 1967 lud Gouverneur Rockefeller anläßlich des hundertjährigen Bestehens der Wohlfahrtsbehörde des Staates New York die Spitzen der Privatwirtschaft zu einer Konferenz im Arden House, um über eine mögliche Lösung der Fürsorgekrise zu beraten. Die Teilnehmer diskutierten verschiedene Einkommensreformen – wie Kindergeld, die bundesweite Vereinheitlichung der AFDC-Leistungen und eine negative Einkommenssteuer – und fanden Vorteile in allen.

Auch in akademisch ausgebildeten Berufsgruppen wurden Forderungen nach einer Reform des Einkommenssystems immer lauter und mit größerem Nachdruck vorgetragen. Als der Kongreß 1967 eine Reihe von restriktiven Maßnahmen diskutierte und teilweise verabschiedete, finanzierte das »Office of Economic Opportunity« (OEO: eine 1964 gegründete, dem Präsidenten unterstehende Behörde, die zur Unterstützung der Minderheiten, insbesondere der Schwarzen, geschaffen wurde - d. Ü.) die experimentelle Erprobung der negativen Einkommenssteuer unter einer repräsentativen Auswahl von Bedürftigen in New Jersey, und nur wenige Monate später stellte der »Social and Rehabilitation Service« des HEW-Ministeriums Mittel für ähnliche Experimente bereit. Im Frühjahr 1968 unterzeichneten rund 1 200 prominente Ökonomen einen Aufruf an den Kongreß, »noch in diesem Jahr ein bundesweites System von Einkommensgarantien und Beihilfen zu schaffen«. Auch der Bericht der offiziellen Untersuchungskommission zu den Gettounruhen (»National Advisory Commission on Civil Disorders«), der im März 1968 erschien, verlangte nach einem » Nationa-

350

len System der Einkommensergänzung«, das allen fürsorgebedürftigen Familien ebenso wie allen Erwerbstätigen mit Einkommen unterhalb der Armutsgrenze ein Mindesteinkommen garantieren sollte.

Zudem wurde die Einkommensgarantie 1968 zum Thema im Präsidentschaftswahlkampf. Im Wahlprogramm der Demokraten hieß es: »In letzter Zeit sind eine Reihe von neuen Vorschlägen vorgelegt worden, die auf die Erhöhung der Einkommen der erwerbstätigen Armen abzielen. Die gründliche Einschätzung der jeweiligen Vorteile solcher Maßnahmenkataloge verdient die höchste Aufmerksamkeit der nächsten Regierung. Dies verpflichten wir uns zu tun.« Eugene McCarthy argumentierte im Verlauf des Vorwahlkampfes, die Bundesregierung habe die Verpflichtung, »ein Mindesteinkommen fest(zu)setzen, das sie allen Amerikanern garantieren« müsse. Und nur Tage vor seiner Wahl sprach sich Richard Nixon unter Verweis auf die erheblichen Unterschiede in den Wohlfahrtsleistsungen der einzelnen Bundesstaaten, die offensichtlich die Abwanderung aus dem Süden in den Norden förderten, für die Schaffung eines »nationalen Standards« aus. Kurzum: die wachsende Zahl der Wohlfahrtsempfänger brachte die Reform der Sozialfürsorge unweigerlich auf die politische Tagesordnung.

Die NWRO konnte sich diese Entwicklung zunutze machen, weil viele Menschen – von Journalisten bis zu Politikern – zu dem falschen Schluß gekommen waren, »die NWRO [sei] größtenteils für das Anwachsen der Zahl der Wohlfahrtsempfänger [von weniger als einer Million Familien auf über drei Millionen] innerhalb von sechs Jahren und für die Vervierfachung der Ausgaben für die Unterstützung von Familien mit abhängigen Kindern verantwortlich. Ihre Freunde ebenso wie ihre Feinde schrieben der NWRO eine bedeutende Rolle bei dieser Explosion der Wohlfahrtsausgaben zu.« (Meier und Rudwick, x) Folglich erhielt die NWRO aus drei verschiedenen Quellen Unterstützung.

Erstens wurde dem Kampf um die Rechte der Wohlfahrtsempfänger selbst Legitimität verliehen. Das Aufkommen einer schwarzen Protestbewegung (vor allem die schweren Rassenunruhen) im Norden hatte dazu beigetragen, daß sich die Aufmerksamkeit auf die ökonomische Notlage der schwarzen Massen richtete. Unter den gegebenen Umständen – bei fortdauernder schwarzer Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung – kamen eine Reihe von einigermaßen einflußreichen Interessengruppen zu dem Schluß, es sei Aufgabe

der Regierung, für den Lebensunterhalt der Armen zu sorgen. Diese veränderte politische Einstellung schloß zunehmend die Auffassung ein, daß Menschen ein »Recht« auf Sozialfürsorge besitzen. In dem Maße, wie die NWRO in der Öffentlichkeit als führende Verfechterin dieses Rechtes angesehen wurde, wurde sie von diesen Gruppen zunehmend unterstützt. Zu ihnen gehörten kleinere Stiftungen, die die Bürgerrechtsbewegung seit jeher unterstützten; verschiedene Kirchenführer; Sozialarbeiter und Pädagogen; führende Vertreter der Bürgerrechtsbewegung; Politiker, die sich dem »Kampf gegen den Hunger« verschrieben hatten; und eine kleine Gruppe reicher Individuen.

Doch wenn man feststellt, daß der Kampf um die Rechte der Fürsorgebedürftigen einige Legitimität genoß, heißt das noch nicht, daß er besonders viel davon genoß. Das Recht auf Wohlfahrt wurde nie zu einer besonders ehrenwerten Angelegenheit. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, nahmen mächtige und angesehene Persönlichkeiten - weiße wie schwarze - weder an Demonstrationen teil (wie sie es bei den Bürgerrechtsdemonstrationen im Süden getan hatten), noch spendeten sie Geld zur Finanzierung der politischen Arbeit, noch setzten sie ihren Einfluß ein, um dem Recht auf Wohlfahrt zum Durchbruch zu verhelfen. Es blieb eine Bewegung der Bedürftigen, einer Klasse von Parias. Die Bürgerrechtsbewegung war von vielen Seiten als eine Kraft gepriesen worden, die US-amerikanische Traditionen und Wertvorstellungen gestärkt und die höchsten demokratischen Ideale gefördert habe; die Bewegung der Wohlfahrtsempfänger wurde dagegen von vielen Seiten als eine Kraft denunziert, die den amerikanischen Charakter schwäche und das hochgehaltene Ideal der Eigenverantwortlichkeit unterminiere. Die bestenfalls dürftige Legitimität, die sie tatsächlich genoß, war weniger auf eine Anerkennung der Ungerechtigkeiten des ökonomischen Systems oder der Fürsorgepraxis zurückzuführen, als vielmehr auf die verbreitete Sympathie, die »der schwarzen Sache« ganz allgemein seit den sechziger Jahren in der amerikanischen Gesellschaft entgegenschlug. Wie dem auch sei, als die Krise des Fürsorgesystems sich verschärfte, erfuhr die NWRO ein gewisses Maß an Anerkennung, und das war wichtig, um die Organisation zumindest für eine kurze Zeit am Leben zu erhalten.³⁴

Die zweite Form der Unterstützung war finanzieller Art. In dieser späten Periode begannen Bürgerrechtsgruppen, kirchliche Institutionen³⁵, Wohltätigkeitsorganisationen und eine Reihe von Stiftun-

gen, der NWRO größere Spenden zukommen zu lassen. Während der ersten beiden Jahre ihres Bestehens hatte die NWRO nur mit Mühe die Mittel zur Fortführung ihrer Arbeit auftreiben können: die Defizite waren fünfstellig geworden, die festangestellten Mitarbeiter in der Bundeshauptstadt mußten zum Teil monatelang auf ihre Gehälter warten. Doch 1968 begannen die Spenden zu fließen, und 1969 betrug das Budget der Organisation dann über 250000 Dollar. Diese Gelder ermöglichten häufige regionale und bundesweite Treffen von Vertretern der Empfängergruppen und anderen Aktivisten, sowie eine erhebliche Ausweitung der festangestellten Mitarbeiter.

Wir sollten hinzufügen, daß ein Teil des Geldes direkt von der Regierung kam. Der größte finanzielle Beitrag wurde durch die Verabschiedung der Zusätze zum »Social Security Act« im Jahre 1967 ermöglicht. Diese Bestimmungen legten den Bundesstaaten Berufsausbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für AFDC-Empfängerinnen auf, in der Hoffnung, damit die Fürsorgekosten senken zu können. Da der Kongreß den Verdacht hegte, daß HEW dieses Programm nicht mit dem Eifer realisieren würde, den die Abgeordneten sich erhofften, wurde die Aufgabe dem Arbeitsministerium übertragen. Dieses befürchtete wiederum, daß in den Gettos erheblicher Aufruhr entstehen könnte, wenn Arbeitsämter der Einzelstaaten damit begannen, Frauen von der Sozialfürsorge auszuschließen und in großer Zahl auf den Arbeitsmarkt zu zwingen. Als die NWRO vorschlug, daß es selbst dazu bevollmächtigt werde, einen Stab von Leuten einzustellen, um die lokalen Arbeitsvermittlungsprogramme zu überwachen, stimmte das Arbeitsministerium bereitwillig zu, bot der Vorschlag doch die Möglichkeit, die freiwillige Teilnahme der Fürsorgeempfängerinnen sicherzustellen. In der Öffentlichkeit rechtfertigte die NWRO-Führung das Arrangement als einen Weg, um sicherzustellen, daß die Rechte der AFDC-Frauen respektiert würden, privat jedoch betrachtete sie es als eine Möglichkeit, ihren festen Mitarbeiterstab erheblich auszudehnen. Ein vergrößerter Stab, so meinte sie, würde - obwohl an Bundesbehörden gebunden - das Wachstum der lokalen Gruppen unterstützen und stimulieren. Und so akzeptierte man einen finanziellen Beitrag von über 400 000 Dollar von der aus dem Amt scheidenden Johnson-Administration. Robert Michels hätte Gilbert Steiners Verteidigung dieses Arrangements sicher recht naiv gefunden:

"Wenn die Regierung die Unterstützung und Basisarbeit der Organisation der Wohlfahrtsempfänger für eine halbe Million Dollar kaufen kann, dann ist das ein großartiges Geschäft. Wenn Wiley seine Organisation mit einem großen Batzen Geld aus dem Bundeshaushalt am Leben erhalten kann, dann wird es ihm möglich sein, noch weitere Kämpfe auszufechten. ... Es gibt keinen Grund, warum Wiley das Gold der Bundesregierung zurückgewiesen haben sollte. Die Behauptung der Ortsgruppe in Philadelphia, das Abkommen bedeute den Ausverkauf an das Establishment, appelliert mehr an Emotionen als an den Verstand... Das Geld bedeutet für [Wiley] mehr als für das Arbeitsministerium, und die Anerkennung der NWRO auf höchster Ebene erleichtert die politische Arbeit.« (294)

Der dritte Faktor, der der NWRO den Rücken stärkte, war der politische Status, den verschiedene Gruppen ihr verschafften: der Anschein, konventionellen politischen Einfluß zu besitzen. Als sich die Krise der Sozialfürsorge zuspitzte, kamen Organisationen der unterschiedlichsten Art auf die NWRO zu, was dazu führte. daß die NWRO-Führung sich in ihrer Zuversicht bestärkt sah, Konzessionen für die Fürsorgebedürftigen mit Hilfe von Lobby-Aktivitäten erzielen zu können. Es gab in der Tat Hinweise für die Richtigkeit dieser Annahme. Die Fürsorgekrise führte zu einer erheblichen Zunahme von Hearings, Diskussionsrunden und Konferenzen über Probleme öffentlicher Unterstützung. Einige dieser Veranstaltungen wurden von privaten Gruppen durchgeführt, andere von Politikern und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, doch alle befaßten sich mit der Notwendigkeit einer Reform des Fürsorgesystems. Jedes der Treffen bot auch eine Gelegenheit, den Standpunkt der Wohlfahrtsempfänger darzulegen. Obwohl die NWRO häufig Versammlungen sprengte, zu denen sie nicht förmlich eingeladen worden war, erhielt die Führung in den späten sechziger Jahren doch in zunehmendem Maße förmliche Einladungen zur Teilnahme an Veranstaltungen. Stadtpolitiker mußten sich zwar häufig gegen zornige Steuerzahler wehren, bemühten sich aber dennoch, auch der NWRO Gehör zu schenken, da sie vor dem Problem standen, die öffentliche Ordnung in den Städten wiederherstellen zu müssen. Folglich nahmen sie auch mit den Fürsorgeempfängergruppen Kontakt auf und bemühten sich um einen Dialog. In der Tat wurden Vertreter der Empfängergruppen jetzt sogar zu internationalen Konferenzen eingeladen:

»Sprecher der Organisation sind als Teilnehmer von Konferenzen und Meetings so gefragt, daß die Termine manchmal sogar miteinander in Konflikt

geraten. Mrs. Tillmon, die Bundesvorsitzende, konnte zum Beispiel nicht zur Bundeskonferenz der NWRO von 1968 in Lake Forest (Illinois) erscheinen, weil sie als Delegierte der Armen an der ›International Conference of Social Welfare‹ in Helsinki, die zur selben Zeit zusammentrat, teilnahm. In einer ›Mitteilung an alle angeschlossenen Gruppen‹ die bürokratisch genug klang, um für eine Verlautbarung des HEW-Ministeriums gehalten zu werden, delegierte Mrs. Tillmon ihre Autorität und ernannte die Diskussions- und Arbeitsgruppenleiter der Konferenz.« (Steiner, 289)

Die Teilnahme an solchen internationalen Konferenzen wurde der Mitgliedschaft gegenüber sogar damit begründet, eine »neue internationale >welfare rights«-Organisation« sei in der Diskussion:

»Ich bin dreimal im Ausland gewesen [um an Friedenskonferenzen teilzunehmen]: 1967 in Paris, 1968 in Stockholm und 1970 in Bogota. Ich bin gerade aus Bogota zurückgekehrt. ... Diese Veranstaltungen, an denen ich teilnehme, sind wichtig, und sie sind wichtig für die NWRO – für Euch, für alle von Euch, nicht für mich. In Bogota wurde darüber gesprochen, eine neue, internationale »welfare rights«-Organisation zu gründen. Das würde bedeuten, daß die NWRO in allen möglichen verschiedenen Ländern vertreten wäre und eine Menge mehr Macht hätte. Das sind die Dinge, die ich tue; ich arbeite für Euch und versuche, aus Eurer Organisation etwas zu machen.« (Martin, 109)

Oberflächlich deuteten diese Anzeichen weltweiter Anerkennung darauf hin, daß sich die NWRO zu einer politischen Kraft gemausert hatte. Gilbert Steiner zum Beispiel interpretierte die Zeichen so:

»Man kann objektiv feststellen, daß die Organisation der Wohlfahrtsklienten ihre theoretischen und praktischen Probleme bis zu dem Punkt bewältigt hat, daß ihr Direktor jetzt überall bekannt und angesehen ist und vom Minister für Gesundheit, Bildung und Wohlfahrt konsultiert, von anderen hohen Beamten des Ministeriums dagegen abgelehnt wird; ihre Vorsitzende, eine einfache AFDC-Empfängerin, sitzt mit Bürokraten, Wissenschaftlern und Lobbyisten in ganztägigen Konferenzen, um Veränderungen des Wohlfahrtssystems zu planen. . . . « (285)

Die Wahrheit sah allerdings anders aus. Je enger die Verbindung der NWRO mit anderen Gruppen wurde, um so konventioneller wurden die politischen Ansichten der Mitglieder der Führungsschicht, um so stärker ging die Militanz der von ihnen propagierten Taktiken zurück und um so mehr rückte das proklamierte Ziel, die Mitgliedschaft auszuweiten, in den Hintergrund. Wir wollen diese Erscheinungen zunächst auf der Bundes- und dann auf der lokalen

Ebene beschreiben, denn beide wurden durch externe Anreize in ihrer politischen Ausrichtung auf unterschiedliche Weise beeinflußt.

Die Wirkung externer Anreize auf die nationale Organisation

Unter dem Einfluß ihrer Beziehungen mit Politikern und einflußreichen Interessengruppen veränderte sich die NWRO rasch. Versuche zur Beeinflussung von Behördenleitern, Abgeordneten, Politikern und privaten Gruppen überdeckten schon bald die Aktivitäten auf allen anderen Gebieten. Im Grunde genommen wurde die NWRO zu einer reinen Lobby-Organisation.

Das Gewicht, das auf Lobby-Aktivitäten gelegt wurde, nahm stufenweise zu. Zunächst betrat die NWRO die parlamentarische Bühne in Bund und Einzelstaaten; danach begann sie, aus einer Reihe nationaler Organisationen, die zur Wohlfahrtsreform ähnliche Auffassungen vertraten, eine »Wohlfahrts-Koalition« zusammenzufügen; und schließlich betrat sie die Bühne Demokratischer Parteipolitik. Dieser Prozeß setzte 1967 ein, als die NWRO sich gegen veränderte Fürsorgebestimmungen, mit denen sich der Kongreß damals befaßte, aussprach. Im September wurde eine kleinere Demonstration in Washington abgehalten, während führende Sprecher der NWRO vor dem Kongreß Stellung bezogen und im Sitzungsraum eines Kongreßausschusses ein sit-in veranstalteten (das erste in der Geschichte, wird behauptet). Dies war die in der Presse vielbeachtete Aktion, in deren Verlauf der Demokratische Abgeordnete aus Louisiana, Senator Long, der auch Vorsitzender des mächtigen Finanzausschusses des Senats war, AFDC-Empfängerinnen als »Zuchtstuten« bezeichnete.

Seit dieser Aktion bemühte sich die NWRO um Beziehungen zu einer Reihe verschiedener Organisationen, weil sie hoffte, auf diesem Wege Unterstützung für ihre Gesetzesvorschläge zu gewinnen. Die »Poor People's Campaign« der SCLC bot im Frühjahr und Sommer 1968 die Gelegenheit für eine der ersten gemeinsamen Aktionen. Die NWRO führte die einleitende Demonstration durch – einen Marsch der Mütter am 12. Mai, dem Muttertag. George Wiley und Coretta King marschierten an der Spitze eines fünftausendköpfigen Zuges durch die noch immer rußgeschwärzten Ruinen des Stadtteils von Washington, in dem nach der Ermordung Martin Luther Kings schwere Unruhen getobt hatten und

viele Häuser in Flammen aufgegangen waren. Während der folgenden Monate – bis die »Poor People's Campaign« der SCLC schließlich im Sumpf der komplizierten Bundesbürokratien steckenblieb – koordinierte die NWRO ihrer eigenen Lobby-Aktivitäten mit denen der SCLC.

Eine weitere Gelegenheit, breitere Unterstützung von außen zu finden, bot sich vor aller Öffentlichkeit im Herbst 1968, als der Präsident eine Konferenz des Weißen Hauses über Hunger und Unterernährung einberief. Die NWRO-Führung präsentierte ihr Anliegen den Konferenzteilnehmern mit so großem Erfolg, daß eine Resolution verabschiedet wurde, die – sehr zum Mißfallen des Präsidenten – die Schaffung eines garantierten Jahreseinkommens für eine vierköpfige Familie von 5 500 Dollar forderte.

Die Antikriegs-Bewegung bildete ein logisches Umfeld für den Aufbau von Koalitionen. Die NWRO wurde schnell zu einem maßgeblichen Teil der Bewegung, nicht weil sie in der Lage gewesen wäre, viele Demonstranten für nationale oder lokale Protestveranstaltungen auf die Beine zu bringen, sondern weil die Gegenwart der NWRO es den Antikriegs-Gruppen erlaubte, Fragen von Imperialismus und kriegerischer Intervention mit dem Versagen der Regierung im Kampf gegen Armut und Ungerechtigkeit im eigenen Land zu verknüpfen. Bei den meisten großen Protestkundgebungen gegen den Krieg standen auch einer oder mehrere Vertreter der NWRO auf der Rednerliste; auch einige lokale WROs stellten Delegierte ab.

Die Militanz der Bewegung ging, wie zu erwarten war, infolge der umfangreichen Lobby- und Bündnisaktivitäten zurück. Im Jahre 1970 konnten Vertreter der Wohlfahrtsempfänger, die ihre Karriere einst damit begonnen hatten, daß sie Fürsorgeämter stürmten, dann kaum noch mit ihren Terminkalendern Schritt halten, eilten sie nur noch von einer Orts-, Länder- oder Bundeskonferenz zur andern. Berühmte Leute waren aus ihnen geworden, und so benahmen sie sich auch. Hier ist ein krasses, doch nicht einmal atypisches Beispiel:

»Die Massachusetts Conference on Social Welfare, eine private Organisation, die sich der Sozialarbeit widmete, machte es sich zur Gewohnheit, den Vorsitzenden der MWRO in ihren Vorstand zu berufen. Als der Gouverneur von Massachusetts beschloß, in seinem Staat das System der Pauschalzulage einzuführen, wählte er ein Treffen der Massachusetts Conference on Social Welfare, um seine Entscheidung bekanntzugeben. Die Vorsit-

zende der MWRO zog es vor, auf dem Podium, ganz in der Nähe des Rednerpultes, von dem aus der Gouverneur sprach, Platz zu nehmen, anstatt eine Gruppe ihrer Mitglieder anzuführen, die die Rede stören wollten.« (Bailis, 73)

Die Wirkung externer Anreize auf lokale Gruppen

Die Faktoren, die die politische Auswirkung der nationalen Führung bestimmten, wirkten auch auf der lokalen Ebene. Auch die Ortsgruppen erhielten Ressourcen, die ihre Überzeugungen und Taktiken beeinflußten. Der Bewegung nahestehende Individuen und Organisatonen identifizierten sich öffentlich mit dem Kampf um das Recht auf Wohlfahrt und verliehen ihm so ein gewisses Maß an Legitimität. Lokale Dienststellen des Anti-Armutsprogramms, Kirchengemeinden, private Wohltätigkeitsverbände und andere Organisationen, einschließlich einiger Gewerkschaften³⁶, stellten Versammlungsräume, Personal, Druckmöglichkeiten und Geld zur Verfügung.

Die größte integrative Kraft hatten auf der lokalen Ebene allerdings die Verbindungen zum Wohlfahrtssystem selbst. Diese Beziehung stellte einen entscheidenden Faktor bei der Transformation der WROs von Protest- in Lobby- und Dienstleistungsorganisationen dar. Die Wohlfahrtsverwaltung bemühte sich um die Protestierenden, weil sie hoffte, auf diese Weise wieder geordnete Zustände herstellen zu können; Vertreter der Empfängergruppen bemühten sich um die Verwaltung, weil sie hofften, so Reformen durchsetzen zu können. So kam es, daß sich Wohlfahrtsbeamte, als Gruppen von Fürsorgeempfängern wiederholt mit Protesten, sit-ins und Demonstrationen den geregelten Verwaltungsablauf in den Ämtern störten, direkt an die Organisationsvertreter wandten, um einen »Dialog« mit ihnen anzuregen; genauso häufig verlangten diese selbst den Dialog. Als Resultat wurden überall im Land regelmäßige Verfahren für Verhandlungen über Klagen und Beschwerden festgelegt. Viele Wohlfahrtsbehörden nahmen Wohlfahrtsempfänger in Beratergremien, in einigen Fällen sogar in Entscheidungsgremien auf.

Wo Ortsgruppen diesen Arrangements mißtrauisch gegenüberstanden (zumindest zu Anfang) und deshalb einen gewissen Abstand zu den Verwaltungen hielten, bildeten Wohlfahrtsbeamte manchmal unabhängige Empfängerorganisationen, für die sie die Führung der WROs zu interessieren suchten. Der ausgeklügeltste Versuch dieser Art wurde in New York City unternommen. Die dortige Wohlfahrtsbehörde richtete eine Abteilung für »Bürgerbeziehungen« (»Community Relations«) ein und besetzte sie mit »community-coordinators« oder »community organizers« (die in der Regel junge schwarze oder lateinamerikanische Absolventen von Sozialarbeiterschulen waren). Diese bauten in den Slums, Gettos und Barrios »Beraterkomitees der Klienten« auf, die einmal im Monat zusammenkamen, um über Beschwerden und Mißstände zu diskutieren und den Wohlfahrtsverwaltungen Änderungen vorzuschlagen. Zudem versuchten sie emsig, die Leiter bestehender Empfängergruppen in der Stadt zur Mitarbeit zu bewegen, was ihnen mit der Zeit in einigen Fällen auch gelang. Die folgenden Bemerkungen eines Mitgliedes eines solchen Beraterkomitees, die in einem monatlich erscheinenden Informationsblatt abgedruckt wurden, werfen ein Licht auf die im Laufe dieses Prozesses erworbenen oder verstärkten politischen Einstellungen.

»Ich meine, daß es ganz offensichtlich zwei Möglichkeiten gibt vorzugehen: entweder man ist kompromißlos fordernd, stellt Ultimaten, gebraucht Opportunismus und vielleicht Übertreibung, um eine Sache durchzudrükken, oder man wählt den – zugegeben – langsameren, auf längere Sicht aber vielleicht effektiveren Weg, sich zusammenzusetzen, offen miteinander zu reden, Fragen zu stellen, zu kritisieren, zu diskutieren, zu lernen, einander zu vertrauen und aneinander zu glauben und in unsern Herzen die Hoffnung zu hegen, daß wir fair angehört werden – und daß unsere Empfehlungen und Vorschläge, wenn man sie für vernünftig erachtet, auch realisiert werden.«

Der Anbruch dieser neuen, von Vertrauen und Kompromiß geprägten Ära wurde durch Aufsätze in führenden Fachzeitschriften, die die Aufnahme freier und offener Kommunikation zwischen Geber und Empfänger priesen, angekündigt. Und genauso wie in den dreißiger Jahren handelte das »Commonwealth of Pennsylvania« auch diesmal wieder ein Modellabkommen mit Wohlfahrtsempfängern aus. Die Vereinbarung, die aus einem Hearing im Oktober 1968 hervorging, legte fest:³⁷

»Der Exekutiv-Direktor einer jeden Kreisbehörde wird die Leiter aller Bezirksämter anweisen, auf Anfrage der ›Welfare Rights Organization‹ des Kreises folgendes zur Verfügung zu stellen:

a. Sofern vorhanden, Platz in der Empfangshalle oder dem Warteraum sowie einen Tisch und mehrere Stühle für eine angemessene Zahl von Mitgliedern der Welfare Rights Organization«.

b. Ein Münztelefon in der Empfangshalle oder dem Warteraum, das für Antragsteller auf öffentliche Unterstützung und Mitglieder der »Welfare Rights Organization» bequem zu benutzen und durch ein Hinweisschild deutlich als für diesen Zweck vorgesehen gekennzeichnet ist.

c. Eine vollständige Ausgabe des momentan gültigen Handbuches für öffentliche Unterstützung des Staates Pennsylvania für den speziellen Gebrauch durch Antragsteller und Empfänger öffentlicher Unterstützung sowie Mitglieder der Welfare Rights Organization«.

d. Die Mitglieder der Welfare Rights Organization« des Kreises sind berechtigt, in angemessener Zahl das Bezirksamt zu betreten, einen Tisch zu besetzen, Schilder auf oder in der Nähe des Tisches aufzustellen, die sie identifizieren und die darauf hinweisen, daß sie Antragstellern und Empfängern für Hilfestellung zur Verfügung stehen; sie sind ferner berechtigt, im Empfangs- und Warteraum Flugblätter und Literatur zu verteilen, die ihre Funktion und Verfügbarkeit darlegen, und jeden Antragsteller und Empfänger, der um Unterstützung für Gespräche mit dem Amtspersonal bittet, zu begleiten.

e. Kein Angestellter des Fürsorgeamts wird Gespräche verweigern oder verzögern oder auf andere Weise einen Antragsteller oder Empfänger, der sich von Mitgliedern der Welfare Rights Organization begleiten läßt, unterschiedlich behandeln; vielmehr werden alle Angestellten des Fürsorgeamts mit den Mitgliedern der Welfare Rights Organization zusammenarbeiten und sie als Vertreter eines Klienten anerkennen, sofern der Klient dies wünscht. «

Derartige Vereinbarungen, ob schriftlich fixiert oder nicht, wurden fast überall getroffen.

Die Entwicklung dieser Beschwerdeverfahren hatte einen erheblichen Einfluß auf die in den Ortsgruppen vorherrschenden politischen Auffassungen, bestärkte sie doch Funktionäre und Aktivisten in ihrer Überzeugung, eine einflußreiche und mächtige Organisation zu vertreten. Es konnte keineswegs überraschen, daß Fürsorgebeamte den Protestierenden, die mit militanten Aktionen den reibungslosen Verwaltungsablauf störten, eine symbolische Funktion im Rahmen des Systems einräumten, war dies doch eine lang erprobte Methode, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Bemerkenswert war allerdings, mit welcher Leichtigkeit diese Methode funktionierte. Nach jedem einzelnen dieser »Erfolge« klopften sich die gewählten Vertreter der Empfängergruppen auf die Schultern; immer wenn sie in der Presse von ihrer Aufnahme in Beraterkomitees lasen, wenn sie schriftliche Einladungen zu Verhandlungsrunden erhielten oder aufgefordert wurden, vor parlamentarischen Untersuchungsausschüssen zu erscheinen, verstärkte sich ihre Vision einer neuen Ära der Gerechtigkeit für alle Fürsorgebedürftigen. Von den Mächtigen angehört zu werden – das vermittelte ihnen das Gefühl, daß sie endlich Einfluß ausüben könnten, daß Fortschritte gemacht würden und Reformen vor der Tür stünden.

Eine weitere Folge dieser Vereinbarungen war ein Rückgang der Militanz. Wenn Regierungsvertreter sich auf die Zusammenarbeit mit Empfängergruppen einließen, forderte das seinen Preis. Gelegentlich war dieser Preis so subtil, daß es scheinen wollte, als würde gar keiner verlangt. Er lag dann vielleicht nur in dem stillschweigenden und von den Funktionären nur allzu bereitwillig akzeptierten Einvernehmen, daß der richtige Weg zu einer Reform des Wohlfahrtssystems in Verhandlungen auf Spitzenebene und nicht in Protesten eines aufgebrachten Mobs liege. Manchmal lagen die Bedingungen offener zutage und schlossen das Einverständnis ein, daß die »welfare rights«-Organisation auf militante Aktionen verzichte. Die weiter oben erwähnte Vereinbarung aus Pennsylvania ist dafür ein gutes Beispiel. Den Gruppen wurde dort nicht einfach freier Zugang zu Wohlfahrtsämtern und deren Mitarbeitern gewährt; ihnen wurde im Gegenzug die Versicherung abverlangt, die normalen Arbeitsabläufe nicht zu stören und das »Recht« der Klienten, in Ruhe gelassen zu werden, nicht zu beschneiden:

»Höflichkeit und Benehmen. Es wird vorgeschlagen, daß Vereinbarungen mit den veelfare rights«-Organisationen eine Verpflichtung auf bestimmte Verhaltensweisen beinhalten, die Angestellten der Fürsorgeämter und Vertretern der veelfare rights«-Organisationen angemessen sind. Von Organisationsvertretern wird erwartet, daß sie keinerlei Schritte unternehmen, die geeignet sind, das Amtspersonal einzuschüchtern, zu belästigen, bloßzustellen oder zu bedrohen. ... Als Repräsentanten der Klienten genießen sie gewisse Vorrechte, doch sind diese nicht unbegrenzt.

Anwerbung von Antragstellern und Empfängern. Es ist zweckmäßig, daß die Kreisbehörde Vereinbarungen über die Grenzen treffen, innerhalb derer Organisationsverteter an Antragsteller oder Klienten herantreten, sie stören oder bedrängen dürfen.

Beilegung von Konflikten. Es wird nahegelegt, daß Behördenleiter und Organisationsvertreter eine Vereinbarung über die unmittelbare Beilegung von Konflikten erzielen, die die Arbeit bis zu dem Punkt zu stören drohen oder bereits stören, an dem das Personal nicht sinnvoll weiterarbeiten kann. «³⁸

Je weiter die WROs in derartige Abkommen einbezogen wurden, um so mehr ließen sie Demonstrationen, Protestaktionen und sit-

ins, von denen ihre Aktivitäten in der Anfangsphase bestimmt worden waren, fallen. Sogar in ihrer Rhetorik wurden die Gruppen zunehmend weniger militant. Die enge Beziehung zu mit ihnen »sympathisierenden« und »vernünftigen« Behördenvertretern, die »den Problemen der Wohlfahrtsempfänger positiv gegenüberstanden«, bestärkte eine große Zahl von Funktionären und Aktivisten in ihrem Glauben an die Wirksamkeit von Verhandlung und Überzeugung. Im Frühjahr 1970 zum Beispiel beschloß eine Gruppe von Funktionären und Aktivisten, die direkte Aktion in New York wieder aufleben zu lassen. Den Anfang machten sie eines Morgens im überfüllten Warteraum eines Wohlfahrtszentrums in Harlem. Die bekannteste Person in der Gruppe war eine Fürsorgeempfängerin, die eine Position in der Bundesorganisation der NWRO bekleidete. Als der Amtsleiter von ihrer Anwesenheit erfuhr, bot er ihr an, sie persönlich in der gesamten Dienststelle herumzuführen. Daß sie das Angebot annahm und für mehrere Stunden verschwunden blieb, ist ein Maßstab dafür, wie weitgehend die Funktionäre inzwischen durch derartige Gesten kontrolliert werden konnten.

Integrative Beziehungen dieser Art untergruben nicht allein die Militanz der Fürsorgeempfänger, sie behinderten außerdem die Expansion der Mitgliedschaft und schwächten sogar die Bindungen der Mitglieder an die Gruppe. Die ständigen Verhandlungen absorbierten Zeit und Energie von Funktionären und Aktivisten. Je mehr Energien in die formalisierten Verfahren flossen, desto geringer war der Einsatz für Anwerbung neuer Mitglieder. Darüber hinaus hatten die formellen Beziehungen mit der Behörde den Effekt, daß Mitgliedschaft überflüssig wurde. Vor der Etablierung dieser Beziehungen war es nicht ungewöhnlich, daß 50 oder 100 Fürsorgeempfänger in ein Amt stürmten und verlangten, einen Mißstand auf der Stelle aus der Welt zu schaffen. Diese Taktik war häufig erfolgreich, und wenn sie erfolgreich war, dann war es die Gruppe gewesen, die ihre Stärke unter Beweis gestellt hatte; jeder war auf den anderen angewiesen. Doch sobald Beschwerden zum Gegenstand von Verhandlungen zwischen Funktionären und Fürsorgebeamten wurden, schienen Gruppenaktionen nicht länger notwendig zu sein, und so verflüchtigte sich das Gruppenbewußtsein. Das Gefühl, an etwas teilzuhaben, das größer war als sie selbst, das Gefühl, Teil einer Bewegung zu sein, ging langsam verloren.

Nun zu einem letzten, aber entscheidenden Punkt. Je weiter die

NWRO und ihre Ortsgruppen in den Bannkreis der parlamentarischen und bürokratischen Politik hineingezogen wurden, um so mehr wurde ihre Unfähigkeit, die gewonnene Basis in der Armutsbevölkerung zu erhalten, geschweige denn zu erweitern, verschleiert. Denn während zwar die Mitgliedschaft schrumpfte und an Militanz verlor, nahmen die der Organisation zufließenden Ressourcen weiterhin zu. Die NWRO war jetzt praktisch in der Lage, auch ohne Massenbasis, ohne breite Gefolgschaft zu operieren. Aufgrund der Sympathien und Ängste, die von der schwarzen Bewegung wachgerufen worden waren, sowie der fortschreitenden Krise des Wohlfahrtssystems konnte die NWRO sich den Eliten als Vertreter eines großen Teils der schwarzen Armutsbevölkerung präsentieren und somit die Legitimation und finanziellen Mittel erwerben, die zur Aufrechterhaltung der Organisationsstruktur notwendig waren. Es war in der Tat so, daß die externen Ressourcen zum Ersatz für eine Massenbasis wurden. 39

Doch die Verfügbarkeit externer Ressourcen, von denen das Überleben der Organisation abhing, war nicht das Resultat von Organisierung; sie war das Resultat der Unruhe, die unter der schwarzen Bevölkerung herrschte. Sobald die Unruhe nachzulassen begann, wurden der NWRO auch die externen Ressourcen wieder entzogen. Die Folge war der organisatorische Zusammenbruch, wie wir gleich sehen werden.

Der Niedergang der schwarzen Protestbewegung

Hätten die bereits geschilderten Entwicklungen nicht den Abstieg der NWRO verursacht, dann hätte das Versiegen der schwarzen Unruhe dafür gesorgt. So wie die Dinge standen, gab der Niedergang der schwarzen Protestbewegung nur einer Organisation den Fangschuß, die ohnehin schon weitgehend geschwächt war.

Gegen Ende der sechziger Jahre löste sich die schwarze Bewegung, die Mitte der fünfziger Jahre im Süden entstanden war, langsam auf, und mit ihr die Organisationen, die der Bewegung ihre Existenz verdankten (soweit sie nicht schon längst zerfallen waren). Zum einen war (wie wir in Kapitel 4 gezeigt haben) die Führung der schwarzen Bewegung zum großen Teil in das politische Wahlsystem integriert oder von Regierungsbürokratien, Universitäten, Geschäftswelt und Industrie absorbiert worden;

gleichzeitig war die Protestideologie verworfen und die Effektivität parlamentarischer Politik herausgestellt worden. In der Folge lichteten sich die Reihen der Führungskader aufgrund der gewonnenen Konzessionen.

Obwohl es nicht möglich ist, den Zeitpunkt, an dem die Unruhe sich zu legen begann, exakt zu bestimmen, könnte man das Jahr 1968 als Wendepunkt ansehen. 1968 war das Jahr der letzten großen Rassenunruhen in den Städten (aus Anlaß der Ermordung Martin Luther Kings); es war außerdem das Jahr, in dem die Präsidentschaft von den Liberalen auf die Konservativen überging. Mit der Machtübernahme durch Richard Nixon mußten Rhetorik und Politik früherer Administrationen, die die Anerkennung klassenund rassenbedingter Ungerechtigkeiten so sehr in den Vordergrund gerückt und die schwarze Armutsbevölkerung zum Protest ermutigt hatten, einer Rhetorik und Politik weichen, die von »law and order« und individueller Eigenverantwortung geprägt waren und bewirkten, daß sich unter den Schwarzen erneut Scham und Angst breitmachten. Eine Gegenreaktion der Weißen zu den Gewinnen der Schwarzen hatte sich herausgebildet, und konservative Politiker heizten diese Entwicklung weiter an, um ihre eigene politische Basis zu erweitern. Während des Wahlkampfes von 1972 erreichte diese Rhetorik einen Höhepunkt. Ihr spezielles Ziel war das letzte sichtbare Merkmal schwarzer Auflehnung: die weiterhin steigende Zahl der Wohlfahrtsempfänger. Während der Wahlkampagne warnten Republikanische Fernsehspots das amerikanische Volk, daß McGovern im Falle seines Sieges der Hälfte der amerikanischen Bevölkerung Sozialfürsorge zukommen lassen würde. In seiner Rede zur Amtseinführung forderte Nixon die Amerikaner auf, nicht zu fragen, was die Regierung für sie tun könne, sondern was sie selbst für sich tun könnten; später förderte er die rasche Verbreitung des Slogans »Workfare« statt »Welfare«. Das Land machte gegen die schwarzen Armen mobil, und die Wohlfahrtsempfänger waren das primäre Ziel.

Das Ende liberaler Wohlfahrtspolitik

Doch es war nicht nur Rhetorik. Über Ministerien und andere Regierungsstellen schnitt die Nixon-Administration den Gettoorganisationen die Mittel ab und bereitete den Zugeständnissen an die Armutsbevölkerung ein Ende. Das »Office of Economic Opportunity« geriet unter direkten Beschuß der Regierung. Innerhalb von ein oder zwei Jahren begann das Ministerium für Gesundheit, Bildung und Wohlfahrt, restriktivere Maßnahmen und Regelungen durchzusetzen, um formelle und materielle Rechte, die Wohlfahrtsempfänger durch ihren Protest und Anwälte der Armen auf dem Gerichtswege erkämpft hatten, wieder abzubauen. Eine der wichtigsten Maßnahmen, die das Ministerium im folgenden unternahm – ein

»Schritt, der ohne Zweisel das Ende einer Epoche des Wohlfahrtsliberalismus ankündigte – bestand in der Einführung hoher Geldstrasen gegen diejenigen Bundesstaaten, bei denen Untersuchungen unter der Rubrik »Qualitätskontrolle« erwiesen, daß mehr als 3% der Wohlfahrtsempfänger nicht unterstützungsberechtigt waren. Wie jeder weiß, der mit dem Labyrinth des Wohlfahrtssystems einigermaßen vertraut ist, läßt sich eine niedrige Quote unberechtigter Wohlfahrtsempfänger nur um den Preis errechnen, daß ein weit größerer Anteil unterstützungsberechtigter Familien vom Wohlfahrtsbezug ausgeschlossen wird. . . .

Es überrascht nicht, daß politische Führer auf Länder- und Gemeindeebene sich der Kampagne gegen die öffentliche Unterstützung anschlossen; entweder waren neue Politiker an die Macht gekommen, deren Sozialphilosophie sich im Einklang mit dem Zeitgeists befand, oder der Wunsch der bisherigen Amtsinhaber, politisch zu überleben, gebot die Anpassung an diesen »Geist«. Vielleicht hatte Gouverneur Rockefeller sie bereits alle mit seinem bizarren Vorschlag übertroffen, jedem zugewanderten Bürger des Staates New York, der keine annehmbare Wohnung oder Gesundheitsfürsorge nachweisen konnte, die Wohlfahrtsunterstützung zu verweigern; dieser Ankündigung folgten weithin publizierte Untersuchungen über Wohlfahrtsbetruge, die unter der Leitung eines neuernannten Generalinspekteurs (eines Millionenerben voll Verachtung für die Wohlfahrtsempfänger) angefertigt wurden. In Kalifornien erregte Gouverneur Reagan bundesweites Aufsehen mit der Einleitung ähnlicher Kampagnen gegen die öffentliche Wohlfahrt. (Man beachte dabei, daß mehr als die Hälfte der Wohlfahrtsempfänger des Landes in den beiden Bundesstaaten New York und Kalifornien ansässig waren.) Eine der gerühmtesten, gegen öffentliche Unterstützung gerichteten Aktionen ereignete sich damals in Nevada, wo die Wohlfahrtsbehörde eine massive Kampagne gegen >Wohlfahrtsbetrügere eröffnete. Zum 1. Januar 1972 wurden 21% der bisherigen Fürsorgeempfänger Nevadas die Unterstützung gestrichen; weiteren 28% wurden die monatlichen Geldzuwendungen gekürzt. Dies konnte geschehen, weil die Wohlfahrtsverwaltung beschloß, der Wohlfahrtskrise durch eine amtliche Prüfung zu begegnen, in deren Verlauf praktisch das gesamte Behördenpersonal damit beschäftigt wurde, Arbeitgeber und Nachbarn der Fürsorgeempfänger zu befragen und die Akten der Sozialversicherungsträger durchzusehen - alles

auf der Suche nach ungemeldeten Einkünften aus den vorhergehenden fünf oder mehr Jahren. Die meisten Empfänger erfuhren von der Überprüfung erst dadurch, daß ihre Unterstützung ausblieb oder gekürzt wurde. In den darauffolgenden Mitteilungen an die Empfänger wurden zur Begründung schlicht sfalsche Berechnungens oder smangelnde Unterstützungsberechtigungs angegeben. Von 1970 bis 1972 reduzierten auch andere Bundesstaaten, wenn auch in geringerem Ausmaß als Nevada, ihre Unterstützungssätze oder führten einschränkende Kriterien für die Unterstützungsberechtigung ein.« (Piven und Cloward, 1977, 409, 411 f.)

Die Veränderung des politischen Klimas hatte für die Empfängergruppen vor Ort eine unmittelbare Konsequenz: die materielle Unterstützung – vor allem seitens der Regierung –, von der sie abhängig gewesen waren, versiegte langsam. Als die Mittel für die »Great Society«-Programme gekürzt wurden (und im Zuge einer Steuerreform (»revenue sharing«) teilweise in die Einzelstaaten zurückflossen), wurde die Schar der aktiven Mitarbeiter arg dezimiert. Die verbliebenen Aktivisten der Bewegung mußten erfahren, daß die lokalen Dienststellen der »Great Society«-Programme zurückhaltender geworden waren und die weitere Organisierung von Fürsorgebedürftigen nicht länger unterstützen wollten.

Unter diesen Bedingungen verschwand die Militanz der Wohlfahrtsempfänger fast vollständig. Wie wir weiter oben schon erwähnt haben, waren die meisten Ortsgruppen durch die militante Durchsetzung von Forderungen und Beschwerden entstanden. Doch Anfang der siebziger Jahre stellten die wenigen übriggebliebenen Aktivisten fest, daß die Wohlfahrtsverwaltungen sich jetzt zunehmend den Forderungen der Empfängergruppen verschlossen. Die politische Wende in Washington verringerte ihre Konzessionsbereitschaft gegenüber der Armutsbevölkerung, und das Abflauen der Gettounruhen und anderer Formen des Massenprotestes verminderte ihre Angst vor den Armen. War die Wohlfahrtsbürokratie einst von dem Aufruhr auf der Straße, direkt vor den Türen ihrer Ämter, beeinflußt worden, so orientierte sie sich nun an den restriktiven Inhalten der neuen Erlasse aus Washington und den Hauptstädten der Einzelstaaten. Angesichts dieser Tatsachen konnten die lokalen Empfängergruppen immer weniger erreichen, und je seltener die Erfolge, um so schwieriger wurde es, selbst die kampfbereiten und loyalen Gruppenmitglieder bei der Stange zu halten. Monat für Monat wuchs die Überzeugung, daß

367

der Kampf verloren sei – daß er den Einsatz vielleicht nicht einmal mehr wert war. Und so verließen immer mehr Führungskader und einfache Gruppenmitglieder das sinkende Schiff.

Darüber hinaus verloren viele Mitglieder der Ortsgruppen jegliche Neigung, die sie vielleicht einmal besessen hatten, anderen Bedürftigen zu helfen. Ihre besondere Beziehung zum Wohlfahrtssystem war ihnen zuweilen noch persönlich von Nutzen, half ihnen, ihre eigenen Probleme zu lösen und manchmal sogar, Sonderzuwendungen zu erhalten. In dem sich schnell verschlechternden politischen Klima – vor allem, da die Wohlfahrtsausgaben ins Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik gerieten – wurden die noch in den Gruppen verbliebenen Mitglieder ängstlich und zogen sich auf ihre eigenen Interessen zurück, um möglichst den eigenen privilegierten Zugang zum Fürsorgesystem nicht zu verlieren. So wurden die wenigen fragmentierten Gruppen, die überlebten, nur noch vom engstmöglichen Eigeninteresse und dessen ideologischen Rechtfertigung geleitet.

Unter diesen Umständen hätte es rastloser und umfangreicher Anstrengungen, des Einsatzes aller Kräfte der Organisationsleitung bedurft, um die schwindende Moral der lokalen Gruppen wieder zu stärken. Doch sogar dann wäre kaum anzunehmen gewesen, daß die Anstrengungen Erfolg haben könnten. Das Feuer des Protestes war verloschen; keine Organisation hätte wohl vermocht, es wieder zu entfachen. Die endlosen Diskussionen über die beste Strategie beim Aufbau einer dauerhaften Massenorganisation waren unwichtig geworden: ob nun Organisierung auf der Basis eines einzigen oder mehrerer Problemkreise; ob Organisierung einer einzigen oder mehrerer Zielgruppen; ob mit einem dezentralisierten oder zentralen Mitarbeiterstab; ob Mitglieder durch Betonung materieller Anreize geworben oder die »Bewußtseinsbildung« und »Radikalisierung« der Mitgliedschaft hervorgehoben werden sollte. Tatsache war, daß eine Ära des Protests unweigerlich zu Ende gegangen war. Doch nicht die Analyse der Faktoren, die um 1970 die Aussichten auf lokale Organisierung weitgehend zerstört hatten, war dafür verantwortlich, daß sich die Organisationsleitung von der Mitgliederbasis entfernte. Es war die Aussicht auf eine »Wohlfahrtsreform« und auf die zu erwartende Anerkennung für die Organisation und ihre Führung, die sich im Laufe der Auseinandersetzung um eine Reform einstellen würde.

Kampf um die Reform der Sozialfürsorge

In einer im ganzen Land ausgestrahlten Rundfunk- und Fernsehansprache verkündete Präsident Nixon am 8. August 1969 eine Reihe von Vorschlägen zur Reorganisation der Sozialfürsorge. Die Nixon-Vorschläge – bekannt als »Familiy Assistance Plan« (FAP) – beinhalteten die Abschaffung des AFDC-Programms und seine Ersetzung durch ein gesetzliches Mindesteinkommen, das jeder Familie ein jährliches Einkommen von 1 600 Dollar (bei vier Familienmitgliedern) garantiert hätte und durch den Bund finanziert werden sollte. Darüber hinaus schloß das vorgeschlagene Programm auch die erwerbstätigen Armen (d.h. Familien mit zwei Elternteilen) mit ein, indem es die Berechnung von Lohnzuschüssen nach einer Formel vorsah, die die ersten 720 Dollar des verdienten Einkommens außer acht ließ und vom Rest nur die Hälfte auf die Unterstützung anrechnete, so lange, bis die vierköpfige Familie ein Gesamteinkommen von 3 920 Dollar aus Lohn und Sozialhilfe erreichte.41

Die Vorschläge schlugen erhebliche Wellen. Die Grundzüge des Programms erschienen liberal und waren es in bestimmter Hinsicht auch. Die Vorschläge für ein gesetzlich garantiertes Mindesteinkommen und Lohnzuschüsse hätten die allergrößte Armut im Süden gelindert. Die Vorschläge hätten außerdem den Bundesstaaten und Kommunen einen Teil ihrer fiskalischen Belastung durch die wachsenden Wohlfahrtsausgaben abgenommen. Dies waren die Bestandteile des Gesamtprogramms, die von der Presse gewöhnlich am stärksten herausgestellt wurden, und aufgrund derer der FAP auch im liberalen Lager Unterstützung fand.

Andere Teile des Planes waren jedoch eher regressiv, nur waren die langfristigen Implikationen der regressiven Elemente für die meisten Beobachter weniger offensichtlich. Der Plan hätte die prozeduralen Rechte der Wohlfahrtsempfänger, die in den sechziger Jahren durch Proteste und Gerichtsentscheidungen gewonnen worden waren, wieder abgebaut – wie zum Beispiel das Recht auf Anhörung nach Streichung der Unterstützung. Er enthielt zudem Bestimmungen, die Fürsorgeempfänger, welche als »arbeitsfähig« galten, zu Arbeiten zwingen konnten, deren Bezahlung unter dem gesetzlichen Mindestlohn lag. Mit seinen Vorschlägen für eine Reform des Wohlfahrtssystems versuchte Nixon vor allem das überaus dringliche und einer Lösung harrende Problem aus der

Welt zu schaffen, das in den ständigen Klagen lokaler Regierungsvertreter über die fiskalischen Belastungen durch Sozialfürsorge lag. In der Tat stiegen die Fürsorgekosten in den Bundesstaaten, Landkreisen und Gemeinden ständig weiter an. Die Forderung nach Reform war eine direkte Folge der Tatsache, daß die amerikanische Armutsbevölkerung in den sechziger Jahren über das Wohlfahrtssystem eine bescheidene Verbesserung ihrer Einkommen hatte erreichen können. Als Reaktion auf die daraus resultierenden fiskalischen Belastungen hatte sich bei Ländern und Gemeinden ein enormer politischer Druck aufgestaut; so wies der Präsident in seiner Fernsehansprache denn auch ausdrücklich darauf hin, daß die steigende Zahl der Fürsorgeempfänger »Staaten und Kommunen an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs« gebracht habe.

Zwei größere Lager hatten sich zu diesem Problemkreis herausgebildet: eine Seite wollte die Erfolge der Armen ganz einfach wieder zurückschrauben, die Zahl der Fürsorgeempfänger drastisch verringern und die gewährten Leistungen einschränken; die andere Seite zog es vor, die Last der Wohlfahrtsausgaben von den Schultern der Einzelstaaten und Kommunen auf den Bund zu verlagern. Die zweite Gruppe war weitaus mächtiger; zu ihr gehörten die meisten Bürgermeister, Bezirksverwaltungen und Gouverneure. Sie wollten vor allem der mühseligen und potentiell gefährlichen Notwendigkeit entgehen, Fürsorgeleistungen selbst einschränken zu müssen. So kam es, daß - in der Darstellung zweier Journalisten -»der explosionsartige Anstieg der Empfängerzahlen das Wohlfahrtssystem, das gewöhnlich vom Weißen Haus links liegengelassen wird, auf die Tagesordnung des vor seinem Amtsantritt stehenden Richard Nixon plazierte. ... Republikanische Gouverneure verlangten Hilfe aus Washington und erwarteten sie vom zukünftigen Präsidenten aus ihrer eigenen Partei.« (Burke und Burke, 41)

Über die darauffolgenden, intensiven parlamentarischen Auseinandersetzungen um die Vorschläge berichten dieselben Autoren:

»Die einzig feste und uneingeschränkte Unterstützung für H. R. 1 (unter dieser Bezeichnung lief die Gesetzesvorlage im Repräsentantenhaus – d. Ü.) kam von Politikern, die eine Veränderung des Wohlfahrtssystems nicht aus weltanschaulichen Gründen wünschten, sondern weil sie sich von ihr finanzielle Unterstützung durch den Bund versprachen. Zu ihnen gehörten viele Gouverneure und Bezirksverwaltungen im Land. Für diese Männer,

denen die beständig steigenden Wohlfahrtsbudgets auf dem Magen lagen, waren die strukturellen Reformen von H. R. 1 relativ unwichtig. Was sie wollten, war Geld, und die in H. R. 1 vorgesehenen, vom Bund zu finanzierenden Mindestsätze konnten es liefern.« (179)

Der FAP hätte den Bundesstaaten und den Kommunen zwar fiskalische Erleichterung beschert, doch hätte dieses Ziel für sich genommen auch auf vielen anderen Wegen erreicht werden können. So hätte die Bundesregierung zum Beispiel einfach die Wohlfahrtsausgaben zu übernehmen brauchen und das System ansonsten unverändert lassen können. Wie sich herausstellen sollte, geschah dann auch so etwas Ähnliches. Als die Fürsorgereform scheiterte, verabschiedete der Kongreß statt dessen ein Programm, das die Umverteilung von mehreren Milliarden Dollar an Steuergeldern vom Bund auf die Einzelstaaten und Gemeinden vorsah. Die Klagen der Verantwortlichen in Ländern und Gemeinden hatte, mit anderen Worten, eindeutig eine Reaktion des Bundes auf die fiskalische Krise erzwungen, hatte aber nicht die spezifischen Veränderungen des Wohlfahrtssystems, die im FAP vorgesehen waren, durchsetzen können.

Die Vorschläge des FAP waren allerdings auch nicht primär dazu gedacht, fiskalische Belastungen zu lindern. In der Hauptsache ging es ihnen darum, das weitere Anschwellen des Heeres der Fürsorgeempfänger zu stoppen. Interne Gutachten für den Präsidenten sagten einen anhaltenden steilen Anstieg der Empfängerzahlen voraus, wenn das System nicht überarbeitet würde. Anders formuliert: die wachsende Abhängigkeit der amerikanischen Unterschicht wurde als Folge des bestehenden Wohlfahrtssystems definiert. Diese Situation, so glaubte man, sei durch die geltenden Fürsorgepraktiken auf zwei Wegen herbeigeführt worden.

Erstens, so wurde argumentiert, hätten die geltenden Fürsorgepraktiken den Anreiz zur Eigenverantwortlichkeit zerstört, da erwerbstätige Wohlfahrtsempfänger verpflichtet waren, ihren Verdienst anzugeben, der dann in vollem Umfang von den monatlichen Zahlungen abgezogen wurde. Allgemein herrschte die Überzeugung vor, daß diese »100-Prozent-Steuer« Fürsorgeempfänger vom Einsatz ihrer Arbeitskraft abhielt und deshalb ihre Abhängigkeit verfestige. Zweitens wurden wachsende Empfängerzahlen nicht nur deshalb für problematisch gehalten, weil sie den Arbeitsanreiz verringerten, sondern auch, weil die leichte Verfügbarkeit der Fürsorge angeblich das Familienleben der Armen unterminierte. Väter, so glaubte man, verließen ihre Familien, damit ihre Frauen und Kinder Sozialhilfe bekommen konnten. »Böswilliges Verlassen aus finanziellen Motiven« nannten es manche, und dem Präsidenten wurde erklärt, dieser Umstand produziere einen unaufhaltsamen Strom neuer Antragsteller.

Verschiedene »Pathologien« der Armen – vor allem Kriminalität und Aufruhr - schrieb man ebenfalls dem Wohlfahrtssystem zu. Daniel Patrick Moynihan, ein Berater des Präsidenten, spielte eine große Rolle bei der Verbreitung dieser Diagnose in der Öffentlichkeit und konnte offensichtlich auch den Präsidenten davon überzeugen. Der »Familiy Assistance Plan«, sagte er, »wurde geschaffen... als Teil einer übergreifenden, kurzfristigen Strategie, um das Ausmaß der Gewalttätigkeit im Land zu verringern« (12). Die Argumentationskette war folgende: Kriminalität, öffentlicher Aufruhr und andere abnorme soziale Verhaltensweisen der Armen hätten ihre Ursachen in Beschäftigungslosigkeit und Familienzerrüttung, welche wiederum auf die allzu große Freizügigkeit des Wohlfahrtssystems zurückzuführen seien. Diese Argumentationskette wird besonders anschaulich in einer Zusammenfassung der Auffassungen einer Gruppe von »leitenden Beamten, Akademikern und Intellektuellen«, mit denen Moynihan die Krise der Sozialfürsorge in den großen Städten diskutierte (wobei New York besondere Aufmerksamkeit zuteil wurde).

»Das soziale Gefüge von New York City ist dabei, sich aufzulösen. Es ist nicht nur ›Spannungen ausgesetzt‹, und es ist nicht nur ›überstrapaziert‹ es fängt an, wie ein Stück verrotteter Leinwand einzureißen, und es kann nicht mehr lange dauern, bis schon die geringste Belastung es in Fetzen reißen wird. ... In der großen und wachsenden Unterschicht schwinden Eigenverantwortlichkeit, Selbstdisziplin und Fleiß dahin; entsteht ein radikales Mißverhältnis zwischen Realität und Erwartungen bezüglich Arbeit und Lebensstandard; herrscht hohe Arbeitslosigkeit, während die lebhafte Nachfrage nach ungelernten Arbeitskräften dennoch unbefriedigt bleibt; steigt die Zahl der unehelichen Kinder; werden immer mehr Familien zerstört und von den Vätern verlassen; nehmen Kriminalität und Aufruhr radikal zu. Es gibt, kurz gesagt, eine fortschreitende Desorganisation der Gesellschaft, ein zunehmendes Gefühl der Frustration und des Mißtrauens. ... Dieses generelle Fehlverhalten scheint zudem nicht nur die Bezirke der Schwarzen erfaßt zu haben, sondern sich auch in den puertoricanischen Vierteln zu verbreiten. Ein großer Teil der Bevölkerung wird inkompetent und destruktiv. Wachsendes Parasitentum - legales wie illegales - und Gewalttätigkeit sind das Ergebnis. (Das ist eine aufrüttelnde, aber gewöhnlich nicht wahrgenommene Manifestation der Auswirkungen unseres Wohlfahrtsapparates.)« (Moynihan, 76; Hervorhebung von uns)

Was die Behauptung angeht, diese »aufrüttelnde... Manifestation der Auswirkungen unseres Wohlfahrtsapparates« sei »nicht wahrgenommen« worden, hatte Moynihan natürlich unrecht. Jedermann glaubte, öffentliche Unterstützung schade den Armen. Die Konservativen sagten es; die politische Mitte betonte es; die Liberalen behaupteten es ebenfalls. Die Wohlhabenden sagten es, und auch die Masse der Armen hätte es gesagt, wäre sie gefragt worden. In diesem Punkt bestand allgemeine Übereinstimmung.

Mit dieser Analyse ausgestattet, machten sich die Reformer daran, die Kultur der Armen zu rehabilitieren. Der Schlüssel zur Reduzierung des »Parasitentums« lag in der Umgestaltung der Sozialfürsorge, und zwar in einer Weise, daß Arbeit zur Pflicht gemacht würde. Mehr noch: durch Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin würden auch die Stabilität der Familie erneuert und verschiedene Formen sozialer Pathologie eingeschränkt werden. Dies war das übergreifende Ziel des FAP, und wenn man die Analyse kennt, auf der das Programm basierte, fällt es nicht mehr schwer zu verstehen, warum ein durch und durch konservativer Präsident, der, wie Nixon bei seinem Amtsantritt, mit außergewöhnlichen Manifestationen sozialer Zerrüttung und politischer Unruhe konfrontiert war, zu der Entscheidung gelangen konnte, das System der öffentlichen Wohlfahrt zu reformieren.

Im übrigen ähnelten die Ziele, die diesem Reformversuch zugrunde lagen, auf verblüffende Weise den Zielen, die hinter früheren Reformen des Fürsorgesystems gestanden hatten.

Auch die grundlegenden Bedingungen des Reformversuchs waren aus der Geschichte vertraut. Die periodische Ausweitung der Sozialfürsorge in westlichen Industrienationen stand häufig in Zusammenhang mit Umwälzungen in der Landwirtschaft, durch die die Landbevölkerung entwurzelt und in die Städte verpflanzt wurde, wo viele dann ohne Arbeit dahinvegetierten. Von den traditionellen Kontrollmechanismen befreit, aber noch nicht in neue institutionelle Strukturen eingegliedert, begehrten viele von ihnen auf, bis die Unruhe schließlich weite Teile der Armutsbevölkerung erfaßt hatte und die Eliten zwang, Fürsorgeregelungen zu treffen oder bestehende Maßnahmen zu erweitern. Nachdem dann wieder Ruhe eingekehrt war, wurden die »Sozialpathologien« der Armen jedoch auf das allzu freizügige Wohlfahrtssystem, nicht

etwa auf mangelhafte sozio-ökonomische Bedingungen zurückgeführt.

Ein ums andere Mal hat diese Sozialtheorie dazu geführt, daß den Armen mit der Begründung, nur so könnten sie zur Aufgabe ihres Müßiggangs gezwungen werden, die Unterstützung entzogen wurde. Nixon hatte offenbar anderes im Sinn. Der FAP enthielt eine Reihe verschiedener Maßnahmen, die auf eine Stärkung der Arbeitsmotivation abzielten. Auf der einen Seite gab es, wie wir bereits erwähnten, einige Anreize: ein bescheidener Einkommensfreibetrag von 720 Dollar im Jahr, verbunden mit einer Steuerquote, die es gestattete, die Hälfte des zusätzlich verdienten Einkommens bis zu einem Maximum von 3920 Dollar für eine vierköpfige Familie zu behalten. Auf der anderen Seite gab es Sanktionen: die Verweigerung jeglicher Unterstützung für Personen, die sich zu arbeiten weigerten. Um ihre Eingliederung in die arbeitende Bevölkerung sicherzustellen, sah der Gesetzentwurf darüber hinaus vor, daß Fürsorgeempfänger auch zu Arbeiten verpflichtet werden konnten, deren Bezahlung erheblich unter dem gesetzlichen Mindestlohn lag. Mit diesen Maßnahmen hätte der Staat in den sekundären Arbeitsmarkt eingegriffen, Niedriglohn-Unternehmen subventioniert und ein ständiges Angebot an disziplinierten Arbeitskräften gewährleistet.

Mit der Zeit hätten sich diese Regelungen durchaus zu einem Mittel entwickeln können, mit dem die Armen Arbeit zu jedem Lohn hätten annehmen müssen – ein sicherer Weg, um die prophezeiten Zuwachsraten im Wohlfahrtsbereich, die Nixon und seinen Ratgebern soviel Sorgen bereiteten, abzuwenden. Damit sind wir zu einer entscheidenden Frage gelangt: Wie rigide wäre die Arbeitsverpflichtung durchgesetzt worden, nachdem die Unruhen der sechziger Jahre und mit ihnen die Furcht vor den Armen einmal vorüber waren? Es gab gute Gründe, sich wegen dieser Frage Sorgen zu machen, insbesondere nach den ersten beiden Jahren der Amtszeit Nixons.

Da war zunächst Nixons Haltung gegenüber dem bestehenden Wohlfahrtssystem. Als die parlamentarische Auseinandersetzung über die Reform der Sozialfürsorge gerade erst begann, gingen Nixons Leute im HEW-Ministerium bereits ohne viel Aufhebens daran, ein ganzes Bündel neuer Regelungen und Vorschriften einzuführen, die den Bezug von Fürsorgeleistungen erschweren sollten. Mit der Zeit wurden die Regelungen zusehends restriktiver,

ohne Zweifel in der primären Absicht, die Zahl der Fürsorgeempfänger zu reduzieren.

Da war ferner Nixons allgemeine Wirtschaftspolitik. Eine Regierung, der das Schicksal der Armen am Herzen lag, hätte keine Politik verfolgt, die den Anstieg der Arbeitslosigkeit in Kauf nahm, um die Inflation zu dämpfen. Gegen Ende des Jahres 1970, nachdem schon ein Jahr über die Reform des Wohlfahrtssystems debattiert worden war, sah sich das Land der schwersten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg gegenüber. Und während die ökonomische Lage sich zuspitzte, schrieb Moynihan: »Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß es nicht die Kernfrage einer Reform des Wohlfahrtssystems sein kann, was sie diejenigen kostet, die Fürsorge gewähren, sondern welchen Preis diejenigen zahlen müssen, die sie erhalten.« (18) Das war schon eine merkwürdige Feststellung in einer Periode rasch zunehmender Arbeitslosigkeit; eher hätte gefordert werden müssen, die Fürsorgerestriktionen zu lokkern, um den Armen zu ermöglichen, die Auswirkungen von Nixons Anti-Inflations-Politik zu überleben. Diese mit einer restriktiven Wohlfahrtspolitik gekoppelte allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber der Arbeitslosigkeit legt die Vermutung nahe, daß Nixon die Reform des Wohlfahrtssystems in der Überzeugung betrieb, durch staatlichen Zwang die Empfängerzahlen reduzieren zu können.

Schließlich war da noch Nixons persönliches Verhalten während der ausgedehnten Debatte im Kongreß über die Fürsorgereform. Nachdem eine Weile vergangen war, gab er seinen ursprünglichen Vorschlag zur Kostendämmung auf und machte sich statt dessen eine politisch weit populärere Methode zu eigen: er heizte die Opposition gegen die Sozialfürsorge an und überließ es anderen (Gouverneuren, Bezirksverwaltungen und Bürgermeistern), auf die öffentliche Empörung mit drastischen Kürzungen zu reagieren. Nach diesem Positionswechsel entzog Nixon seinem eigenen Plan jede weitere Unterstützung, obwohl der Sieg im Kongreß inzwischen greifbar nahe war.

Natürlich war der FAP im Kongreß auf erhebliche Opposition gestoßen, doch wurde er nicht etwa abgelehnt, weil er zu restriktiv gewesen wäre, sondern weil er – insbesondere für die Verhältnisse im Süden – nicht restriktiv genug war. Der Vorschlag wurde vor allem von Abgeordneten aus den industriellen Bundesstaaten im Norden, die am stärksten unter den gestiegenen Fürsorgekosten

gelitten hatten, unterstützt. Südstaatenabgeordnete bevorzugten eher eine radikale Verringerung der Empfängerzahlen, denn noch immer war die Südstaaten-Ökonomie auf dem billigsten Arbeitskräftereservoir im ganzen Land aufgebaut, trotz der Abwanderung großer Teile der entwurzelten schwarzen Landbevölkerung. Schon der vorgeschlagene niedrige Einkommensstandard von jährlich 1 600 Dollar für eine vierköpfige Familie hätte die Lohnstruktur im Süden unterminiert. Folglich spielten Südstaatler die Hauptrolle bei der Zurückweisung des Gesetzesvorschlags, indem sie ihre nicht unerhebliche Macht in den Kongreßausschüssen einsetzten, um den FAP zu Fall zu bringen. 43

Dennoch hätte der Widerstand aus dem Süden gebrochen werden können, wenn der Präsident standhaft geblieben wäre. Er war es nicht; zwar schien Nixon in der Öffentlichkeit die Vorlage weiterhin zu unterstützen, bei der täglichen Zusammenarbeit zwischen Regierung und Kongreß wurde jedoch mit der Zeit immer klarer, daß sein Engagement für den Plan zurückging. An kritischen Punkten, wenn Kompromisse zwischen den Liberalen (unter Führung von Abraham Ribicoff, dem Demokratischen Senator von Connecticut) und den Konservativen möglich schienen – Kompromisse, die das garantierte jährliche Mindesteinkommen um ein paar hundert Dollar erhöht und die Arbeitsbestimmungen abgeschwächt hätten –, versagte der Präsident seine Zustimmung.

Das letzte und erhellendste dieser Ereignisse trug sich im Juni 1972 zu. Das »Office of Management and Budget«, das Arbeitsministerium und HEW sowie der Stab des »Domestic Council« hatten für den Präsidenten ein Papier verfaßt, das ihm die möglichen Entscheidungsvarianten aufzeigte: »Drei Möglichkeiten wurden analysiert: (A) Festhalten an H. R. 1; (B) Kompromiß mit Long; und (C) Kompromiß mit Ribicoff.« (Burke und Burke, 184) Das Strategiepapier fuhr dann fort mit der Feststellung, daß die Möglichkeit (C) »die einzig mögliche Strategie [ist], die zur Verabschiedung des Gesetzes führen kann«. Die meisten Beobachter sind sich einig, daß der Präsident an diesem Punkt hätte gewinnen können, wenn er auf den Kompromiß mit Ribicoff und den Liberalen eingegangen wäre. Doch der Präsident zog es vor, nicht zu gewinnen. »Präsident Nixon verkündete seine Entscheidung am 22. Juni 1972, fünf Tage nach dem Watergate-Einbruch. Nixon erklärte auf einer Pressekonferenz, er werde an seiner Position der Mitte festhalten und den vom Repräsentantenhaus bereits verabschiedeten Entwurf

H. R. 1 weiterhin unterstützen«, obwohl das Strategiepapier für diesen Fall nur die Unterstützung durch 20 Senatoren vorhergesagt hatte (Burke und Burke, 185). Durch ein parlamentarisches Manöver gelangte der Ribicoff-Kompromiß am 4. Oktober 1972 zur Abstimmung im Senat, doch ohne die Unterstützung des Präsidenten wurde er mit 52 zu 34 Stimmen abgelehnt.

Mittlerweile hatte nämlich der Präsident herausgefunden, daß aus der Fürsorgeproblematik politisches Kapital zu schlagen war, wahrscheinlich sogar mehr aus der allgemeineren Problematik als aus dem von ihm selbst vorgeschlagenen Gesetz. Durch die unermüdliche Betonung des »pathologisierenden« Charakters der Sozialfürsorge hatten Nixon und Moynihan dem fürsorgefeindlichen Klima der Zeit entsprochen, wenn nicht sogar entscheidend zu seiner Auslösung beigetragen. So kam Nixon, als er seine bevorstehende Wahlkampagne von 1972 überdachte, zu dem Schluß, »daß es weiser wäre, ein Wahlkampfthema zu haben als einen verabschiedeten Plan« (Burke und Burke, 185).

Der Mangel an ehrlicher Unterstützung des Weißen Hauses für einen Kompromißentwurf zur Fürsorgereform, der mit der rhetorischen Ausbeutung des Themas durch Nixon zur Gewinnung von Wählerstimmen zusammenfiel, verärgerte und entmutigte viele Liberale, die eine Reformierung des Fürsorgesystems unterstützt hatten. Auch sie fingen nun an, Nixons Motiven zu mißtrauen. Einer von ihnen war Hyman Bookbinder, der Vertreter des »American Jewish Committee« in Washington, der am 14. November 1972 an Moynihan schrieb:

»Ich wußte schon vor sechs Monaten, daß H. R. 1 gestorben war. Es war klar, daß die Regierung der Auffassung war, sie könne sich in einem Wahljahr nicht mit einem Wohlfahrtsprogramm belasten... doch im Verlauf meiner weiteren Anstrengungen, den Entwurf durchzudrücken, wurde mir klar, daß das Gesetz zu keinem Zeitpunkt die entschiedene Unterstützung der Pennsylvania Avenue genoß, die es benötigt hätte. Die mehreren generellen Erklärungen des Präsidenten waren willkommen, doch wurden sie durch die Inflexibilität und Unnachgiebigkeit der Regierung bei den bescheidenen Verbesserungsvorschlägen mehr als unglaubwürdig gemacht.

Doch jetzt, Pat, komme ich zu dem wirklichen Grund für diesen Brief. Obwohl ich die Anbiederung an bestehende Vorurteile gegen öffentliche Unterstützung, die aus politischer Opportunität erfolgt, nicht billigen kann, kann ich sie doch immerhin verstehen. Jeder legislative Vorstoß erfordert subtile Überlegungen über Timing und Schwerpunktsetzung. Doch

was mir Sorge bereitet, ist die Tatsache, daß diese Vorurteile gegen die Sozialfürsorge so tiefe Wurzeln geschlagen haben und inzwischen so weit verbreitet sind, daß vielleicht kein echter Fortschritt mehr erzielt werden kann. Wichtiger noch, ich bin durch meine Interpretation [der Bemerkungen des Präsidenten] zu der Überzeugung gekommen, daß er selbst das Opfer einiger der übelsten Vorurteile und Fehlinformationen geworden ist.« (Hervorhebung im Original)⁴⁴

Angesichts all dieser Tatsachen gibt es gute Gründe für die Vermutung, daß der FAP, wäre er verabschiedet worden, auf eine Art und Weise in die Praxis umgesetzt worden wäre, die sich in Einklang mit der übrigen Politik Nixons befunden hätte – und die war den Armen gegenüber durch und durch antagonistisch. Um es ganz einfach zu formulieren: es war die Wohlfahrtsexplosion der sechziger Jahre gewesen, die zu offiziellen Reformbemühungen geführt hatte. Infolge jener Explosion waren Millionen von Menschen in den Genuß der Sozialfürsorge gekommen. Die Armut in Amerika war beträchtlich reduziert worden, und es wurde sogar ein Schritt in Richtung auf eine Art garantiertes Mindesteinkommen für alle Amerikaner gemacht. Diese Erfolge waren es, die das Objekt der »Reform« bildeteten.

Widerstand der »National Welfare Rights Organization« gegen die Fürsorge-»Reform«

In der Zeit zwischen der Vorlage des FAP im Jahr 1970 und seiner endgültigen Niederlage im Jahr 1972 stand die Reorganisation des Wohlfahrtssystems ganz oben auf der politischen Tagesordnung der Vereinigten Staaten. Trotz der hitzigen Debatten rieten wir George, die NWRO solle sich nicht kopfüber in die parlamentarischen Wildwasser stürzen. Wir glaubten, daß die NWRO ihre Effektivität als Lobby ständig überschätzte. Damals war die Mitgliederbasis der NWRO schon so gut wie zerstört, und der parlamentarische Kampf um die Vorschläge des Präsidenten bot auf keinen Fall eine Chance, diesen Umstand zu beheben (falls er sich überhaupt hätte beheben lassen). Es würde ganz sicher ein langer und ermüdender Kampf werden, und ebenso sicher war, daß er alle Ressourcen der NWRO von der Basis abziehen würde. Statt dessen meinten wir, die NWRO sollte sich wieder der Straße und den Wohlfahrtszentren zuwenden und sich um die Mobilisierung der Älteren und

Unterbeschäftigten bemühen. Die Publizität, die Nixons Vorschlag zur Bezuschussung niedriger Einkommen erzielt hatte, hätte Kampagnen zur Mobilisierung der unter der Armutsgrenze lebenden Erwerbstätigen mit dem Ziel, über die »general assistance«-Kategorie in den nördlichen Bundesstaaten Beihilfen zu erhalten, neue Legitimität verleihen können.

Wie schon zuvor, argumentierten wir mit dem Hinweis auf die anhaltende Auflehnung der unorganisierten Armen selbst. Während die schwarze Bewegung als Ganzes in dieser Periode zurückgefallen war, blieb die Zahl der Anträge auf Sozialhilfe gleichbleibend hoch, und auch die Bewilligungsquoten blieben auf hohem Niveau. Obwohl die organisierten Empfängergruppen damals aufgrund des veränderten politischen Klimas nach dem Wahlerfolg Nixons auf Widerstand von den Wohlfahrtsverwaltungen zu stoßen begannen, blieb doch der Bewilligungsprozeß noch relativ offen. Die Auswirkungen jahrelanger Proteste auf Fürsorgebestimmungen und -praktiken würden nicht so schnell wieder rückgängig gemacht werden können. In dieser Periode erreichten einige wichtige Fälle, in denen es um versuchte Einschränkungen der Anspruchsberechtigung ging, den Obersten Gerichtshof, und die Urteile fielen noch immer günstig aus. HEW konnte seine neuen restriktiven Richtlinien nicht alle auf einmal erlassen. Und durch die Folgen der Nixon-Rezession schwoll das Heer der Fürsorgeempfänger sogar noch rascher an als zuvor.

Doch George entschied sich anders. Sein Entscheidungsspielraum war durch eine Reihe organisatorischer Probleme eingeschränkt. Es war ihm natürlich nicht entgangen, wie schmal die Mitgliederbasis geworden und wie sehr die Militanz der lokalen Gruppen zurückgegangen war. Es war daher nur schwer abzuschätzen, ob überhaupt noch eine Infrastruktur bestand, über die Rekrutierungskampagnen unter neuen gesellschaftlichen Gruppen hätten entwickelt werden können; auch war nicht klar, ob noch eine genügend breite Basis unter den Wohlfahrtsempfängern existierte, um einer immer restriktiveren Fürsorgepraxis Widerstand entgegensetzen zu können. Derartige Kampagnen anzukündigen, nur um ihr Scheitern zu erleben, hätte einzig dazu geführt, der Öffentlichkeit die Schwäche der NWRO an der Basis zu demonstrieren. Und George konnte den Verband ohnehin nicht auf die Organisierung mehrerer verschiedener Gruppen der Unterschicht (in diesem Fall der Älteren und erwerbstätigen Armen) verpflichten, ohne mörderische Auseinandersetzungen mit etablierten Führern aus den Reihen der Wohlfahrtsempfänger zu riskieren, die eine solche Kursänderung schon bei früheren Gelegenheiten verhindert hatten.

Andererseits war die Verlockung groß, sich in das Kampfgetümmel um die Reform des Fürsorgesystems zu stürzen. Die NWRO verfügte damals über einen großen Mitarbeiterstab in ihrem nationalen Büro. Der ganze Apparat war äußerst kostspielig und ließ sich in einem politischen Klima, das es zunehmend schwieriger machte, die notwendigen Mittel aufzutreiben, nur mühsam aufrechterhalten. Die parlamentarische Auseinandersetzung um die Fürsorge versprach der NWRO breite Publizität, was dem Spendenaufkommen nur zugute kommen konnte. Schließlich versprach das Interesse vieler gesellschaftlicher Gruppen sowie der Medien an dem Thema auch den Vertretern einer Organisation der Wohlfahrtsempfänger, die sich an den Lobby-Aktivitäten beteiligten, einen Platz im Rampenlicht. Für die Spitzenfunktionäre der NWRO bot sich die Gelegenheit, ein großes Maß nationaler Anerkennung zu erfahren - eine in der Tat mächtige Verlockung. Die Entscheidung fiel daher zugunsten der Lobby-Aktivitäten.

Wie groß die Verlockung war, Anerkennung gewinnen und den organisatorischen Apparat wieder aufbessern zu können, läßt sich vielleicht daran erkennen, daß zu Beginn der Debatte über den »Family Assistance Plan« unter den Führern der NWRO erhebliche Unsicherheit bestand, ob man ihn nun eigentlich unterstützen oder ablehnen sollte. Doch spielte das keine so wichtige Rolle, solange sich nur die Möglichkeit bot, in der politischen Arena aufzutreten. Die NWRO war entschlossen, die Gelegenheit, sich endlich wieder bemerkbar machen zu können, auch zu nutzen; in den Sachfragen würden sich im Laufe der Zeit schon die richtigen Positionen ergeben.

Zunächst gelangte man zu der etwas wackligen Entscheidung, das Gesetz zu unterstützen. Ziel war, es zu verbessern: das Niveau der Mindestzahlungen sollte angehoben (»UP THE NIXON PLAN!«), der Arbeitszwang eliminiert und eine Reihe materieller und prozeduraler Rechte in den Entwurf eingefügt werden. Im Sommer 1970 machte die NWRO jedoch eine Kehrtwendung und kämpfte fortan gegen die Verabschiedung des Gesetzes (»ZAP FAP!«). 45 In der Folgezeit arbeitete die NWRO mit großem Eifer

an der Analyse des beachtlichen Potpourris alternativer Entwürfe und Zusätze, die dem Kongreß vorgelegt wurden, und verbreitete diese Analysen überall durch ihre Informationsblätter und andere Postsendungen. Sie bearbeitete unermüdlich einzelne Kongreßmitglieder und half dabei mit, Gruppen von Abgeordneten in Initiativgruppen gegen den FAP zu organisieren. Schließlich versuchte sie noch, WRO-Ortsgruppen im ganzen Land dazu zu bewegen, ihre jeweiligen Kongreßabgeordneten zu bearbeiten und an den verschiedenen Demonstrationen in der Bundeshauptstadt teilzunehmen. Kurzum: vom Herbst 1969 an verwandte die NWRO einen erheblichen Teil ihrer Energien und Mittel auf den Versuch, die Wohlfahrtsgesetzgebung im Kongreß zu beeinflussen.

Wie effektiv war die Kampagne der NWRO gegen die Reform des Wohlfahrtssystems? Die Antwort auf diese Frage ist offensichtlich von zentraler Bedeutung für die These dieses Buches. Die NWRO selbst rühmte sich, ganz entscheidend, wenn nicht gar allein für die Niederlage des Gesetzes verantwortlich gewesen zu sein. Die Tatsachen sprechen allerdings eine andere Sprache, denn faktisch war der Einfluß der NWRO unbedeutend.

Der einzige Punkt, an dem die NWRO einen gewissen, aber kaum entscheidenden Einfluß auf eine wichtige Entscheidung hatte, war die Abstimmung im »Senate Finance Committee« im November 1970, nachdem das Gesetz erstmals das Repräsentantenhaus passiert hatte. Der Senatsausschuß lehnte das Gesetz mit zehn gegen sechs Stimmen ab, und zu den Nein-Sagern zählten auch drei liberale Demokraten, von denen eine Unterstützung des Gesetzes zu erwarten gewesen war (Eugene McCarthy von Minnesota, Fred Harris von Oklahoma und Albert Gore von Tennessee). Die Lobbyisten der NWRO behaupten, sie hätten sowohl die Entscheidung von Harris als auch von McCarthy beeinflußt, und berücksichtigt man andere Formen der Unterstützung, die diese beiden Senatoren im Laufe der Zeit der NWRO hatten zukommen lassen, erscheint diese Behauptung auch glaubhaft. Gores Stimmabgabe hatte jedoch nichts mit der NWRO zu tun: Er war gerade nach 32 Jahren im Senat nicht wiedergewählt worden, zum Teil, weil er von den Wahlstrategen der Republikaner im Zwischenwahlkampf von 1970 besonders stark angegriffen worden war - seine Nein-Stimme war ein Akt der Vergeltung gegen die Nixon-Administration. 46 Ohne die Aktivitäten der NWRO hätte diese frühe und wichtige Abstimmung im Finanzausschuß durchaus acht zu acht ausgehen können. Allerdings hätte auch Stimmengleichheit laut Satzung die Ablehnung des Entwurfs bedeutet; er wäre also auch dann nicht weitergeleitet worden – im Endeffekt spielte es folglich keine Rolle, ob sich die NWRO nun engagiert hatte oder nicht.⁴⁷

Im Juni 1971 passierte das Gesetz in einer Neufassung erneut das Repräsentantenhaus (aber mit kleinerer Mehrheit). Und wieder wurde die entscheidende Schlacht im Senat geschlagen, wo der von Senator Long geführte Ausschuß den Entwurf blockierte. Die Rolle der NWRO beschränkte sich im wesentlichen darauf, die Unterstützung der Liberalen für das Gesetz zu schwächen, indem sie die Abgeordneten auseinanderdividierte und verwirrte. Wenn Schwarze das Gesetz allem Anschein nach ablehnten, dann wurde es für einige weiße Liberale schwieriger, es zu unterstützen. Trotzdem formierte sich unter der Führung von Abraham Ribicoff, den die NWRO deshalb heftig angriff, eine liberale Koalition, die zu mehreren Punkten mit konservativen Abgeordneten und Regierungsvertretern Kompromisse zustande brachte. Doch zu dieser Zeit rückte der Präsident bereits von seinem eigenen Vorschlag ab und verweigerte den Kompromissen seine Zustimmung.

Darüber hinaus waren diese Einzelabmachungen - für sich genommen - von keiner großen Bedeutung. Der Ausschutzvorsitzende Long hatte, wie andere Senatoren auch, überdeutlich klar gemacht, daß das Gesetz durch einen Filibuster blockiert würde, sollte es jemals im Plenum behandelt werden. Nach Einschätzung verschiedener Experten dieses Gesetzgebungsverfahrens, wie beispielsweise Mitchell I. Ginsberg, wäre es unmöglich gewesen, genügend Stimmen zu sammeln, um ein Ende der Debatte zu erzwingen. Selbst wenn man von der äußerst unwahrscheinlichen Annahme ausgeht, daß das Ende der Debatte hätte durchgesetzt werden können, wären den Gegnern des Gesetzes viele andere Möglichkeiten offengeblieben, es später zu widerrufen oder durch verkrüppelnde Zusätze zu unterlaufen. Der entscheidende Punkt ist, daß sich der Erfolg einer Lobby-Strategie nicht an momentanen Erfolgen ablesen läßt, sondern an der Fähigkeit, über Jahre, trotz anhaltender und entschlossener Opposition, einflußreich zu bleiben.

Die Ineffektivität der NWRO auf der parlamentarischen Bühne wird noch durch einen weiteren Vorfall illustriert. Im Zuge der Debatte um die Reform der Sozialfürsorge verabschiedete der Kongreß einen extrem restriktiven Zusatz zum »Social Security Act«. Erinnern wir uns, daß der Kongreß schon einige Jahre früher damit begonnen hatte, seiner Besorgnis über steigende Empfängerzahlen Ausdruck zu verleihen, wie etwa durch die Verabschiedung von Umschulungs- und Beschäftigungsprogrammen im Jahre 1967. Das ursprüngliche Programm zur Förderung von Arbeitsanreizen (»Work Incentives Now«) sah vor, daß die Akten der Wohlfahrtsämter nach Personen durchforstet wurden, die für Umschulung und Arbeit in Frage kamen, und dann als »beschäftigungsbereit« zu registrieren waren. In den späten sechziger Jahren führten die Sozialämter dieses Programm nur sehr zurückhaltend durch, weil sie mögliche Auswirkungen in den Gettos fürchteten. Doch gegen Ende 1971 beschloß der Kongreß, dem Gesetz mehr Biß zu verleihen. Er verabschiedete einen Zusatz, der spezifizierte, daß jeder Bundesstaat, der nicht mindestens 15% der im Verlauf eines Jahres durchschnittlich als »beschäftigungsbereit« registrierten Personen Arbeit zugeteilt hatte, dadurch zu bestrafen sei, daß ihm für jeden Prozentpunkt, den er unter dem geforderten Satz zu vermittelnder Personen blieb, 1% von den Bundeszuschüssen zu seinen Fürsorgekosten abgezogen wurden. Der Zusatz passierte den Senat ohne eine einzige Gegenstimme, obwohl die Präsenz der NWRO als Kongreßlobby in dieser Periode ihren Höhepunkt erreichte (Burke und Burke, 164).

Nun wollte die NWRO mit ihrer Lobby mehr, als nur in den Gesetzgebungsprozeß einzugreifen. Im Verlauf der Auseinandersetzungen um die Reorganisation der Sozialfürsorge erreichten die Organisation und ihre Sprecher einen enormen Bekanntheitsgrad, wodurch die Illusion möglicher politischer Einflußnahme neue Nahrung erhielt. Getreu dieser Illusion beschloß die Führung der NWRO, sich bei den Demokraten und Republikanern nachdrücklich in Erinnerung zu bringen, als die beiden Parteien im Frühjahr und Sommer 1972 ihre Wahlkampfprogramme für die anstehenden Präsidentschaftswahlen formulierten. Diese Tatsache weist darauf hin, wie weit die NWRO sich schon auf die parteipolitische Ebene begeben hatte und sich selbst als politischen Machtfaktor begriff. Den Kurswechsel hatte George bereits auf dem Kongreß von 1970 signalisiert, als er verkündete: »Wir müssen eine Lobby werden, eine richtige politische Organisation, und auch in Wahlkreisen und Stimmbezirken politisch tätig sein.« (Martin, 131) Und so rief eine Organisation von Wohlfahrtsempfängern, deren zusammengeschrumpfte Gefolgschaft nicht einmal mehr ein einzelnes Fürsorgeamt irgendwo im Land zu stürmen vermochte, im November 1971 durch ihr Informationsblatt dazu auf, das gesamte politische Wahlsystem der Vereinigten Staaten zu stürmen. Die folgende Äußerung von Beulah Sanders, die 1971 zur Vorsitzenden des Nationalen Koordinierungsausschusses gewählt wurde, verdient allein schon deshalb vollständig zitiert zu werden, weil sie das ganze Ausmaß des Realitätsverlustes, der die Organisation befallen hatte, vermittelt:

»Auf dem letzten NWRO-Kongreß gab es ein eindeutiges Mandat von der Mitgliedschaft, daß die NWRO eine wichtige Rolle in den politischen Arenen überall im Land übernehmen soll. Diesem Mandat entsprechend willigte eure Vorsitzende ein, sowohl in Boston als auch in New York bei den regionalen Programmdiskussionen der New Democratic Coalition aufzutreten.

Die NWRO hat außerdem beim Aufbau des National Women's Political Caucus« eine bedeutende Rolle gespielt, und wir helfen mit, ähnliche Gruppen in mehreren Bundesstaaten zu formieren. Das kommende Jahr wird für das ganze Land bedeutende politische Aktivitäten mit sich bringen, und es wird von sehr großer (politischer) Bedeutung für die WROs im Land sein. So laßt uns alle Brüder und Schwestern unter der Parole Brot, Gerechtigkeit und Menschenwürde« in dem harten Kampf, der vor uns liegt, vereinen.

Denn es ist unsere Absicht, eine große welfare rights«-Fraktion auf dem Demokratischen Parteikonvent zu bilden. Wir müssen vor Ort ansetzen, um sicherzustellen, daß unsere Mitglieder in den Wählerlisten registriert sind und daß wir so früh wie möglich anfangen, uns um die verschiedenen Delegiertensitze zu bewerben, indem wir gleiche Repräsentation für unsere Mitglieder verlangen. Wir müssen uns mit anderen Organisationen zusammentun und Kandidaten für die verschiedenen politischen Ämter in Bund, Ländern und Gemeinden aufstellen. Politik ist in diesem Land in der Vergangenheit ein sehr schmutziges und auf wenige Personen beschränktes Geschäft gewesen.

Wir müssen das ändern. Denn in der Vergangenheit haben wir erlebt, was mit Kandidaten geschehen ist, die die Unterstützung der einfachen Leute gewonnen haben und sich dann trotzdem den alteingesessenen Parteibonzen verpflichtet fühlen. So wird es also unsere Aufgabe sein, Kandidaten auszusuchen und zu unterstützen, denen wir vertrauen können.

Es wird von großer Bedeutung für uns sein zu wissen, was in euren Gemeinden vorgeht, damit wir von der Bundesebene aus daran arbeiten können, die Pläne für das nächste Jahr zu entwickeln. Fangt also schon jetzt an: Trefft euch mit anderen Gruppen, vor allem Frauengruppen, um eure Strategien zu diskutieren. Als Wohlfahrtsempfänger, die einen großen Teil der Armen in diesem Land repräsentieren, ist es unsere Aufgabe, die Forde-

rung nach einem angemessenen Einkommen als lebenswichtigste Frage in allen unseren Kampagnen ganz vornean zu stellen. Die Fürsorgereforme wird 1972 ein ganz wichtiges Thema sein, doch dürfen wir uns nicht in dieser Falle fangen lassen, wie es so vielen liberalen Kandidaten und Organisationen passiert ist, denn wir wollen mehr als nur eine Fürsorgereforme. Uns geht es um ein garantiertes, angemessenes Einkommen für alle Amerikaner – Männer wie Frauen, Kinder, Schwarze, Weiße und Rote, Beschäftigte oder Arbeitslose.«

Im Juni 1972 verkündete die Organisationsleitung ihren Mitgliedern: »Wir werden mit derselben Taktik zum Demokratischen Parteikonvent gehen, die wir bei allen Konfrontationen mit ungerechten Systemen angewandt haben: von innen repräsentiert sein, mit unserer wahren Stärke aber draußen auf der Straße.« Eine große Demonstration wurde geplant, und unter Einsatz enormer finanzieller Mittel der Bundesorganisation und Mitgliedsgruppen nahmen tatsächlich rund 500 Funktionäre, Mitglieder und »organizers« teil. Aufgrund der außergewöhnlichen Zusammensetzung der Delegierten auf diesem Demokratischen Wahlparteitag gelang es der NWRO, 1 000 Stimmen (rund 1 600 wären für einen Abstimmungssieg nötig gewesen) für einen Programmpunkt zu gewinnen, der ein garantiertes Mindesteinkommen von 6500 Dollar für eine vierköpfige Familie forderte. Das stieg einigen ganz schön zu Kopf. »Wir haben verloren«, ließ die NWRO in einem Informationsblatt nach dem Parteitag wissen, »aber moralisch haben wir gesiegt.« (Wie groß der moralische Sieg tatsächlich gewesen war, wurde im November offenbar, als McGovern - zum Teil wegen seiner zumindest in den ersten Monaten des Wahlkampfes vorgebrachten Forderung eines garantierten Mindesteinkommens von 4000 Dollar für eine vierköpfige Familie - von den Wählern hinweggefegt wurde.) Was den Republikanischen Parteikonvent betraf: dort gab es keinen moralischen Sieg zu feiern - dort war, so verkündete die NWRO: »Kein Platz für die Armen«.

Die Auflösung der »National Welfare Rights Organization«

Während dieser Periode war eine ganze Reihe lokaler Aktivisten zu dem Schluß gekommen, daß auch in der Bundesorganisation der NWRO »kein Platz für die Armen« sei. Auf dem Bundeskongreß von 1971 kam es dann zu einer Revolte, die von einigen älteren Aktivisten angeführt wurde. Der Aufstand richtete sich gegen die Tatsache, daß den Mitarbeitern an der Basis kaum noch Hilfe durch die Bundesorganisation zuteil wurde, obwohl die politische Arbeit vor Ort vollends zusammenzubrechen drohte. Den Aktivisten ging es um eine Ausweitung der Mitgliedschaft, um vor den politischen Gremien der Bundesstaaten und Kommunen als ernstzunehmende Lobby gegen die vielfältigen Kürzungen in der Sozialfürsorge auftreten zu können; sie verlangten von der Zentrale die Bereitstellung von Mitteln, um diesen Prozeß vorantreiben zu können. In ihren Augen war der Aufbau lokaler Gruppen für die Bundesorganisation - aufgrund ihrer Fixierung auf die Lobby-Aktivitäten in der Bundeshauptstadt - zu einem Problem von zweitrangiger Bedeutung geworden. Ferner beklagten sie die negativen Auswirkungen, die die wiederholten Aufrufe der NWRO zu zentralen Demonstrationen in Washington (und später anläßlich der Nominierungskonvente der beiden großen Parteien) auf die politische Arbeit vor Ort hatten. Diese Demonstrationen lenkten die Empfängergruppen von lokalen Aktivitäten ab, und die Reisekosten rissen große Löcher in die ohnehin nicht besonders gefüllten Kassen der Ortsgruppen.

Schon der äußere Charakter des Bundeskongresses von 1971 löste Unmut unter den Aktivisten aus. Der Kongreß sollte die Rolle der NWRO als einflußreiche Lobby und potentieller Bündnispartner wirksam in Szene setzen. Zum Hauptredner hatte man Senator George McGovern auserkoren, der sich damals zwar schon auf seine Kandidatur für die Wahl zum Demokratischen Präsidentschaftskandidaten vorbereitete, aber noch nicht allzu häufig aufgefordert wurde, als Redner auf Kongressen aufzutreten. McGovern hatte sich bereit erklärt, einen Gesetzentwurf über ein garantiertes Mindesteinkommen, der von der NWRO entworfen worden war. im Kongreß einzubringen (nicht jedoch, ihn auch öffentlich zu unterstützen), und die Führung hoffte, dem Entwurf durch McGoverns Anwesenheit auf dem Bundeskongreß nationale Beachtung verschaffen zu können. Neben dem Senator verliehen noch andere bekannte Persönlichkeiten, wie Shirley Chisholm und Gloria Steinem, der Rednertribüne Glanz. Anwesende »organizers« machten jedoch darauf aufmerksam, daß niemand über die Rekrutierung neuer Mitglieder redete, was ihnen erhebliche Kopfschmerzen bereitete.

Zudem hatte die Struktur der NWRO und ihrer Bundeskongresse

zu dieser Zeit bereits zu einer effektiven Spaltung zwischen »organizers« und den Sprechern der Empfängergruppen geführt. Letztere trafen sich separat mit einigen Mitgliedern des nationalen Stabes in der offensichtlichen Absicht, die Richtlinien der Organisationspolitik festzulegen; »organizers« wurden dabei nicht konsultiert. In diesem Sinne war die NWRO wahrhaftig eine Organisation der Armen; die »organizers« hatten mittlerweile einiges Mißfallen über ihren Ausschluß geäußert (obwohl sie selbst diese Organisationsstruktur geschaffen hatten). In der Praxis fiel den Delegierten der lokalen Gruppen meist nur eine rein formelle Rolle im politischen Entscheidungsprozeß zu; die Macht hielten die gewählten Vertreter der einzelnen Bundesstaaten, die den Nationalen Koordinierungsausschuß und das Exekutivkomitee bildeten, in ihren Händen. Diese Frauen waren in der Regel für die Sprecher der Ortsgruppen so prominent und einschüchternd geworden, daß sie den Meinungsbildungsprozeß auf den Kongressen beliebig dominieren konnten. Den Delegierten überließ man nur noch die Ratifizierung der von der Führung vorgelegten Beschlüsse. Die Kongresse der siebziger Jahre dienten im Grunde genommen nur noch den Interessen der Organisationsleitung. »Organizers« und einfache Delegierte fühlten sich nicht berücksichtigt, an den Rand gedrängt durch die großen Gesetzgebungsvorhaben der NWRO, durch die Amtsträger, die ihren Besuch abstatteten, durch die Pressekonferenzen und die vorher festgelegten Tagesordnungen. Sie waren verwirrt und gelangweilt durch die endlosen Stunden, die damit verbracht wurden, Zusätze zum ausgefeilten Statut der NWRO zu verabschieden und Resolutionen zu erörtern, die sich mit Gesetzesvorschlägen auseinandersetzten, die vom Alltagsleben der Aktivisten weit entfernt schienen. Die Wut war verflogen, die Spontaneität, das Gefühl der Zusammengehörigkeit, Solidarität und Militanz waren ebenfalls verschwunden. Das alles hatte dem Focus auf Organisationsstruktur und politischer Einflußnahme weichen müssen.

Die Beschwerden der »organizers« prallten an den Mitgliedern des nationalen Stabes und des Nationalen Koordinierungsausschusses jedoch weitgehend ungehört ab. Aus dem fortwährenden Streit um Ressourcen und Prioritätensetzung ging die Organisationsleitung in aller Regel als Sieger hervor, hauptsächlich aufgrund ihrer überlegenen Fähigkeit, Spenden zu werben und die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, selbst wenn letztere durch

die Aktivitäten lokaler »welfare rights«-Gruppen geweckt worden war. Folglich wandten sich nach dem Kongreß von 1971 viele »organizers«, besonders die erfahreneren, von der NWRO ab. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sie große Loyalität bewiesen; man konnte sich stets darauf verlassen, daß sie sich den Entscheidungen der Führung beugten. Doch das war nun vorbei. Die NWRO hatte zuerst ihre Mitgliederbasis eingebüßt; jetzt verlor sie die Treue vieler ihrer ältesten Aktivisten.

Wie gering man in diesen Jahren die Bedeutung der Basisarbeit tatsächlich schätzte, wird durch die Aufteilung des Bundeshaushalts der NWRO offenkundig. In den ersten Jahren war ein bescheidener Anteil dafür aufgewandt worden, die Gehälter und andere Ausgaben einiger lokaler »organizers« abzudecken; ein anderer Teil ging an den Mitarbeiterstab in der Bundeshauptstadt, dessen Hauptaufgabe damals noch darin bestanden hatte, die lokalen Gruppen mit bestimmten Dienstleistungen zu versorgen. In den siebziger Jahren floß jedoch fast das gesamte Spendenaufkommen in die Kanäle des nationalen Apparates. Die NWRO verfügte in jenen Jahren über ein recht beachtliches Budget, in der Regel weit über 250000 Dollar pro Jahr. Doch nur ein verschwindend kleiner Teil davon fand den Weg in die lokalen Niederungen. Es war wie so oft: in Washington hatte sich eine große Bürokratie entwickelt; die Zahl der festangestellten Mitarbeiter schwankte zwischen 30 und 50. Die regelmäßigen Sitzungen des Vorstands und des Nationalen Koordinierungsausschusses waren kostspielig. Recherchen, die Herstellung von Artikeln, Broschüren usw. und das Drucken der Veröffentlichungen – alles Aktivitäten, auf die eine effektive Lobby nicht verzichten kann - verschlangen eine Menge Geld. Nationale Demonstrationen waren überaus teuer: die Planung und Durchführung des »Children's March for Survival« verschlang zum Beispiel laut Schätzungen mehr als 100000 Dollar. Mit anderen Worten, die lokalen Gruppen wurden, trotz ihres weit geringeren Spendenaufkommens, weitgehend sich selbst überlassen.

Auf dem Kongreß von 1973 ließen die übriggebliebenen lokalen Aktivisten und Fürsorgeempfänger noch eine Menge mehr Dampf ab. Die damalige amtierende Vorsitzende der NWRO, Faith Evans, berichtete einem Reporter der Washington Post nach dem Kongreß:

»Die NWRO wandte ihr (1972er) Budget von 300000 Dollar für den Kampf gegen Präsident Nixons Vorschlag zur Reform der Sozialfürsorge und für den Kampf um bessere politische Repräsentation der Armen auf den Parteikonventen der Demokraten und Republikaner auf. Auf dem NWRO-Kongreß haben die Leute mir ständig in den Ohren gelegen, daß der nationale Apparat in den letzten beiden Jahren alle Mittel an sich gerissen hätte und daß sie da draußen gekämpft, von dem Geld aber nichts gesehen hätten. Wenn wir in den nächsten sechs Monaten 100000 Dollar reinbekommen sollten, dann, denke ich, werden 80% im Feld ausgegeben werden.«

In einem Informationsblatt kündigte die Organisationsleitung weiterhin an:

»Die Kongreßdelegierten haben das nationale Büro angewiesen, unsere Prioritäten neu zu überdenken und unsere Basisaktivitäten wiederzubeleben, so daß wir die lokalen Gruppen kontinuierlich bei ihren Aufbau- und Organisierungsaktivitäten unterstützen können. Es ist schon seit einiger Zeit, seit dem Ende der Auseinandersetzungen um den FAP, die Absicht des nationalen Büros gewesen, diesen Prozeß einzuleiten. Das nationale Büro hat sich nun verpflichtet, den größten Teil seiner Ressourcen in die Organisierungsarbeit in den Gemeinden zu stecken.«

Doch es war schon zu spät. Die Chance, die Basis zu organisieren, bestand nicht mehr - nicht zuletzt, weil sich die Unruhe unter den Schwarzen gelegt hatte. Und nach dem Niedergang der schwarzen Bewegung waren auch die Geldquellen versiegt, ohne die politische Arbeit nicht möglich war. Wie zuvor schon die Regierung, hatten auch private Eliten damit begonnen, Organisierungsbemühungen unter der städtischen, schwarzen Armutsbevölkerung ihre Unterstützung zu entziehen. Ein Geldgeber nach dem anderen ließ verlauten, man lege »das Schwergewicht nicht länger auf die Armut«. Infolge dieser Entwicklung baute die NWRO rasch einen gewaltigen Schuldenberg auf. Im Herbst 1974 gab Johnnie Tillmon (der erste Bundesvorsitzende der NWRO), der nach Wileys Rücktritt im Dezember 1972 dessen Posten als permanenter Exekutivdirektor übernommen hatte, einen »Gesamtplan für die Erhöhung des Spendenaufkommens der National Welfare Rights Organization« bekannt. Der Plan setzte das Ziel, sechs Jahre lang jährlich eine Million Dollar an Spenden - vor allem in Form kleiner Beträge von den Armen - aufzubringen. Doch die Reaktion blieb aus weder die Armen noch sonst jemand rührte sich. Einige Monate später war die NWRO bankrott und das nationale Büro wurde geschlossen.

Die NWRO hat ihr selbstgestecktes Ziel nie erreicht: eine dauer-

hafte Massenorganisation aufzubauen, durch die die Armen Einfluß hätten ausüben können. Die NWRO hatte ein kurzes Leben – sechs oder sieben Jahre war sie erst alt, als sie unterging. Ebenso mißlang ihr Versuch, eine Massenbasis zu gewinnen: auf ihrem Höhepunkt zählte sie nicht mehr als 25000 erwachsene Mitglieder. Auch glauben wir, daß ihre Bedeutung als Lobby relativ gering war, obwohl sie im Laufe der Zeit fast ihre gesamten Ressourcen in diese Aktivitäten steckte.

Doch letztlich war die NWRO nicht aus diesen Gründen ein Fehlschlag. Wir hatten ohnehin nicht erwartet, daß die NWRO auf Dauer bestehen bleiben, eine Massenbasis gewinnen oder zu einer einflußreichen Lobby heranreifen würde. Wir messen die NWRO vielmehr an einem anderen Kriterium, nämlich ob sie die momentane Unruhe unter den Armen ausnutzte, um ein Maximum an Konzessionen als Gegenleistung für die Wiederherstellung der Ruhe zu erringen. Es ist dieses Kriterium, das die NWRO zum Fehlschlag stempelt.

Die NWRO hatte einen Slogan - »Brot und Gerechtigkeit« -, und sie hatte begriffen, daß für die Menschen auf der unteren Stufe der gesellschaftlichen Hierarchie ein bisschen Brot ein bisschen Gerechtigkeit bedeutet. Hätte sie eine Mobilisierungsstrategie verfolgt und mehr und mehr der Bedürftigen dazu ermuntert, Sozialhilfe zu fordern, hätte die NWRO vielleicht einer weiteren Million Familien zu öffentlicher Unterstützung verholfen. Millionen anspruchsberechtigter Familien, vor allem aus dem Kreis der Älteren und der erwerbstätigen Armen, hatten noch keine Beihilfen beantragt, und Hunderttausenden potentieller AFDC-Empfänger wurde von den lokalen Fürsorgeämtern noch immer die Unterstützung versagt. Um diese Armen mobilisieren zu können, hätten sich die NWRO-Führer jedoch aus den Wandelhallen der Parlamentsgebäude und aus den Sitzungsräumen der Parteitage zurückziehen und statt dessen in die Fürsorgeämter zurückkehren müssen; sie hätten auf Stellungnahmen vor Parlamentsausschüssen und ähnliche Versuche politischer Einflußnahme verzichten und statt dessen wieder vor Ort agitieren müssen. Sie taten es nicht, und so wurde die Chance, für mehr Arme »Brot und Gerechtigkeit« zu erlangen, vertan.

Die Parallele zur Bewegung der Fürsorgeempfänger während der Großen Depression ist verblüffend. Die Armen übten nur so lange Einfluß aus, wie sie auf Sozialämtern demonstrierten und lautstark nach Unterstützung verlangten, wodurch sie einerseits prompte Zugeständnisse von seiten der Fürsorgeverwaltungen erhielten und andererseits Druck erzeugten, um auch vom Bund Konzessionen zu erzwingen. Wäre sie nicht mit verbreitetem Aufruhr und der sich verschärfenden Finanzkrise der Kommunen konfrontiert gewesen, die Roosevelt-Administration hätte sich wohl kaum zur Nothilfe für die Bedürftigen bereitgefunden. Doch auch damals wandten sich »organizers« schon bald der Aufgabe zu, ausgefeilte Organisationsstrukturen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene zu entwickeln und feste Beziehungen zu verantwortlichen Politikern aufzubauen. Die Führer der Armen verwandelten sich allzu schnell von Agitatoren zu Lobbyisten, ihre Gefolgschaft wurde zunehmend inaktiv, und so ging die Fähigkeit verloren, die Instabilität zur Erzielung ökonomischer Zugeständnisse an die Armen zu nutzen. Schließlich, nachdem die Massenunruhen verebbt waren, brach die »Workers' Alliance« zusammen. Die Fürsorgebewegung der sechziger Jahre durchlief dieselben Prozesse und erlitt dasselbe Schicksal.

Abschließende Bemerkungen zur Bewegung der Schwarzen nach dem Zweiten Weltkrieg

Als die sechziger Jahre zu Ende gingen, hatte die Bewegung der Schwarzen, die in der Nachkriegszeit entstanden war, einige, wenn auch bescheidene, ökonomische Fortschritte erzielt. Ein großer Teil der arbeitslosen und verarmten Massen in den Städten erhielt Sozialfürsorge. Andere hatten vom wachsenden Umfang der städtischen Angestellten profitiert, der zum Teil durch die Bundesprogramme während der »Great Society«-Periode stimuliert worden war. Die Hochkonjunktur der späten sechziger Jahre hatte zudem mehr Schwarzen das Tor zur Beschäftigung im privaten Sektor geöffnet. Insgesamt hatte die Ausdehnung der Beschäftigung im öffentlichen und im privaten Sektor die Arbeitslosenrate der nichtweißen Bevölkerung etwas gesenkt.

Mitte der siebziger Jahre waren all diese Fortschritte schon wieder erheblich durchlöchert worden. Dafür gab es mehrere Gründe. Einmal wurden Konzessionen des Bundes wieder zurückgenommen, nachdem der schwarze Protest verstummt war. Mit dem Amtsantritt Richard Nixons wurde die Administration der Sozial-

fürsorge durch Bundesstaaten und Kommunen restriktiver gehandhabt, was teilweise auf rhetorische Drohungen und einschränkende Richtlinien der Bundesregierung zurückzuführen war.

Gleichzeitig wurden die Programme der »Great Society«, die dem schwarzen Protest als materielle Unterstützung und als Rechtfertigung gedient hatten, zurückgenommen, laufende Aktivitäten eingeschränkt und die finanziellen Mittel zugunsten von »revenuesharing« oder Pauschalzuwendungen an die Einzelstaaten gekürzt bzw. gestrichen. Was immer die Formeln zur Neuverteilung des Steueraufkommens sonst noch bedeutet haben mögen, sie leiteten langsam die Geldströme von den älteren Städten zu reicheren Vororten, Städten und Gemeinden um; gleichzeitig wurde innerhalb der einzelnen Gemeinden ein Teil des Geldes, mit dem zuvor Arbeitsplätze und Dienstleistungen in den Gettogebieten geschaffen worden waren, dafür aufgewendet, den Polizeiapparat zu finanzieren oder die lokalen Steuersätze zu senken.

Während die Bundesregierung die Programme kürzte, die die Not der städtischen Armutsbevölkerung gelindert hatten, verursachte die anhaltende und wachsende Inflation der siebziger Jahre einen scharfen Rückgang des Lebensstandards bereits verelendeter Bevölkerungsteile. Die Arbeitslosenrate der Schwarzen war, wie üblich, bedeutend höher als die der Weißen; und die Inflation zerstörte zusehends die Kaufkraft der Sozialhilfezahlungen, die – aufgrund des feindseligen politischen Klimas der siebziger Jahre – nur selten erhöht wurden, mit Sicherheit nicht so weit, daß sie mit der Inflationsrate hätten Schritt halten können. Mitte der siebziger Jahre war in vielen Bundesstaaten das reale Einkommen der Wohlfahrtsempfänger schließlich um bis zu 50% zurückgegangen.

Diese Trends galten für die USA als ganze. Die Minderheiten waren dagegen überwiegend in den älteren Städten des Nordens konzentriert, wo die Auswirkungen der ökonomischen Trends der siebziger Jahre noch härter ausfielen und die Folgen von Inflation und Rezession durch bestimmte politische Entwicklungen verstärkt wurden. Die sogenannte »Finanzkrise der Städte« in den siebziger Jahren signalisierte eine konzentrierte Anstrengung der politischen und ökonomischen Eliten, das Realeinkommen der untersten Schicht der amerikanischen Arbeiterklasse durch weitgehende Einschränkung der Dienstleistungen, die dem öffentlichen Sektor abgerungen worden waren, zu reduzieren.

Die zugrundeliegenden Bedingungen der städtischen Finanzkrise hatten mindestens schon zwei Jahrzehnte früher eingesetzt. In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg verloren viele ältere Städte einen Teil ihrer Industrie. Dieser Rückgang der innerstädtischen Produktion hatte eine Reihe von Gründen. Zum Teil resultierte er aus der Verlegung alter Fabriken in den Süden und ins Ausland sowie aus Neuinvestitionen zur Ausnutzung der dort billigeren Arbeitskraft. Zum Teil resultierte er auch aus der Verlagerung der Produktion in die Vorstädte, wo zwar die Arbeitskräfte nicht unbedingt billiger waren, wo aber der vom Bund finanzierte Ausbau des Straßennetzes, des Wohnungswesens und anderer Teile der Infrastruktur die Geschäftsunkosten auf mehrfache Art senkte. Zum Teil erfolgte er aufgrund der Tatsache, daß der Bund seine Verteidigungs- und Raumfahrtinvestitionen vor allem in den neueren Städten des Südens und Westens und nicht in den alten Industriestädten tätigte. Diese Trends der Produktionsverlagerung gingen Hand in Hand mit der Flucht von Handelsunternehmen und vielen wohlhabenderen Bürgern aus den älteren Innenstadtbezirken in die vorgelagerten Gemeinden und den Süden der Vereinigten Staaten. (Inzwischen sind eine Reihe dieser Innenstädte mit Hilfe von Bundesmitteln zur Stadterneuerung durch den Bau von riesigen Bürotürmen und von Luxus-Appartement-Komplexen saniert worden. Hier residieren jetzt die zunehmend komplexen Verwaltungsapparate und das Management nationaler und internationaler Konzerne, deren Produktionsstätten ganz woanders angesiedelt worden sind.)

In der gleichen Periode hatten sich aber auch in großer Zahl Schwarze und hispanische Einwanderer in den Städten niedergelassen. Mitte der sechziger Jahre wurden diese entwurzelten und verelendeten Menschen schließlich rebellisch. Ihre Auflehnung trug wiederum dazu bei, daß auch andere Gruppen Forderungen stellten, so zum Beispiel die städtischen Angestellten. Da die Bürgermeister sich bemühten, diese aufsässigen Bevölkerungsteile durch Schaffung von Arbeitsplätzen, Hilfsprogrammen und Dienstleistungen zu besänftigen, schwollen die Haushalte der Städte schlagartig an. Doch solange die Städte noch in Aufruhr waren, mußte der politische Preis, den die Rebellen forderten, gezahlt werden, um die Ordnung wiederherzustellen. Folglich mußten die Kommunen trotz der fortwährenden Schwächung ihrer ökonomischen Basis die Steuern erhöhen und die Regierungen von Bund und Ländern

immer weitere Zuschüsse gewähren. Mit diesen Mitteln konnten sich die Städte finanziell über Wasser halten – und auch politisch überleben. Alles in allem nahm der Anteil des amerikanischen Sozialprodukts, der in den öffentlichen Sektor floß, in den sechziger Jahren beträchtlich zu; der größte Teil dieses Anstiegs war auf wachsende Kommunal- und Staatshaushalte zurückzuführen.

Anfang der siebziger Jahre herrschte dann wieder Ruhe in den Städten, war die politische Stabilität weitgehend wiederhergestellt - nicht zuletzt ein Ergebnis der Zugeständnisse aus den sechziger Jahren. Zur selben Zeit aber wurde das Mißverhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen in den älteren Städten immer dramatischer, denn aufgrund der rezessiven Wirtschaftspolitik der Nixonund Ford-Regierung verschärften sich die langfristigen ökonomischen Trends, die die industrielle Basis der Städte unterminierten. Während die Arbeitslosenraten in den Stadtzentren weiter zunahmen, wurde das Steueraufkommen der Städte immer geringer, zumal die städtischen Haushalte zu einem großen Teil durch Umsatz- und Einkommenssteuern gespeist wurden. Darüber hinaus schränkten Bund und Länder ihre Finanzhilfen an die Kommunen wieder ein, nachdem sich der Aufruhr der sechziger Jahre gelegt hatte - die Finanzlage der Städte wurde dadurch noch prekärer. So wurde die Zeit reif für die Mobilisierung nationaler und lokaler Wirtschaftsinteressen: immer stärker wurde der Druck, die kommunalen Haushalte durch Beschneidung der Kosten für populistische Sozialprogramme wieder auszugleichen.

Auslösefaktor für die Kapitalintervention war der drohende Bankrott der Stadt New York im Jahre 1975. Banken, in deren Besitz sich eine große Anzahl von Wertpapieren der Stadt befand, waren über die rapide Zunahme der kurzfristigen Anleihen, die New York vornahm, beunruhigt und weigerten sich, größere Darlehen zu gewähren, bevor die Stadt »ihr Haus in Ordnung gebracht« habe. Was die Bankiers auch immer beabsichtigt haben mochten, ihr Vorgehen machte die Gefahr eines spektakulären Bankrotts der Stadt New York deutlich. Am Ende brauchte die Stadt zwar keinen Konkurs anzumelden, aber das dramatische Geschehen hat den Einwohnern der amerikanischen Städte ganz neue Definitionen der städtischen Finanzsituation vermittelt. Es hieß nun schlicht, es stehe kein Geld zur Verfügung, und die städtischen Etats müßten ausgeglichen sein. Angesichts dieser Definition sind städtische Interessengruppen furchtsam, verwirrt und hilflos geworden; sie wurden zum Schwei-

gen gebracht und übernahmen willig die Rolle des passiven Beobachters einer Lokalpolitik, an der sie sich noch vor kurzem aktiv beteiligt hatten.

Mit der Begründung, einen drohenden Bankrott abwenden zu wollen, sind lokale Kapitalinteressen, die in den Vereinigten Staaten oft im Gewand städtischer Reformgruppen operieren, auf die Bühne getreten, um die Lokalpolitik grundlegend zu modifizieren. Auf der einen Seite bestehen sie auf Kürzungen der Zahl der städtischen Bediensteten, ihrer Löhne und Zusatzleistungen sowie des Dienstleistungsangebots für die einzelnen Stadtviertel. Auf der anderen Seite argumentieren sie, Länder und Gemeinden müßten zur Aufbesserung der sinkenden städtischen Einkünfte neue und stärkere Konzessionen an die Unternehmen machen: niedrigere Steuern, verbesserte Dienstleistungen, mehr Subventionen und eine Lockerung der staatlichen Aufsicht in Bereichen wie Umweltschutz. Der Fall New York, dessen Not allenthalben auf den Titelseiten stand, dient dabei nur als Beispiel, als Lektion für die Arbeiterschaft und Armutsbevölkerung in anderen Städten und als Aufforderung, ähnlichen und noch drastischeren kostensenkenden Maßnahmen anderer lokaler Führungsgruppen keinen Widerstand entgegenzusetzen.

Entgegen allem Anschein blieb die Bundesregierung von den Finanzsorgen der Städte nicht unberührt. Die städtische Finanzkrise verlieh im Gegenteil einer nationalen Wirtschaftspolitik Legitimität, die die Ausgaben der öffentlichen Hand in den Vereinigten Staaten insgesamt senken will – eine Wirtschaftspolitik, an der die großen Kapitalgruppen des Landes ein hohes Interesse haben. Die allmähliche Kürzung der Zuschüsse des Bundes an die älteren Stadtzentren in den letzten Jahren führte zusammen mit der Weigerung der Bundesregierung, am Rande des Bankrotts stehende Städte zu unterstützen, zu einer Verschiebung des Gleichgewichts zwischen öffentlichem und privatem Sektor in den Vereinigten Staaten, wo die Haushalte der Länder und Gemeinden in der Tat zwei Drittel der gesamten Regierungsausgaben repräsentieren.

Wie auch immer man über das Ausmaß der Kapitalkrise in den Vereinigten Staaten denken mag, es besteht kein Zweifel, daß diese Methode der Kapitalbildung die unteren Einkommenskategorien der Bevölkerung am stärksten belastet (d.h. gerade diejenigen Gruppen, die aus einer Stärkung der Position des amerikanischen

Kapitals und aus einer nachfolgenden Prosperitätsperiode den geringsten Nutzen ziehen werden). Kurz gesagt, unter dem Deckmantel der städtischen Finanzkrise haben sich lokale und nationale Kapitalinteressen zusammengeschlossen, um ihre totale Kontrolle über den Staatsapparat auf der kommunalen Ebene wiederherzustellen – auf der Ebene nämlich, wo die Kämpfe von Teilen der Arbeiterschaft und der Armutsbevölkerung in den sechziger Jahren einige Konzessionen erzwungen hatten.

Die Auswirkungen dieser politischen Entwicklungen auf die in den Städten wohnenden Minderheiten traten von Anfang an deutlich zutage. Städtische Dienstleistungen für die einzelnen Stadtviertel wurden verringert, und zwar weitaus stärker in den ärmeren als in den gutsituierten Gegenden.

Städtische Angestellte wurden in großer Zahl auf die Straße gesetzt, und am weitaus stärksten wurden von diesen Entlassungen die Minderheiten betroffen, die während und nach den Unruhen der sechziger Jahre eingestellt worden waren. In New York zum Beispiel wurden zwei Fünftel der schwarzen (und die Hälfte der hispanischen) Stadtangestellen gerade zu der Zeit gefeuert, als die Arbeitslosigkeit infolge der Rezession nahezu das Ausmaß der Weltwirtschaftskrise erreichte. Vielen Arbeitslosen blieb schließlich nur noch der Weg zum Sozialamt – eine Tatsache, die dem zunehmend restriktiven Charakter des Wohlfahrtssystems in dieser Periode besondere Grausamkeit verlieh. Kurzum: die Stadtkrise diente als Begründung für eine Mobilmachung gegen die städtische Arbeiterschaft, vor allem gegen den wachsenden Teil, den die Minoritäten in ihr darstellten.

Schließlich sahen sich die Schwarzen noch einem weiteren Angriff ausgesetzt – und auch dieser Punkt stärkt die Kernthese unseres Buches: Die Auswirkungen der Finanzkrise beraubten sie sogar noch des begrenzten Einflusses, den sie normalerweise durch die Abgabe ihrer Stimmen besitzen. Als die Finanzkrise sich verschärfte, und anschließend Geschäftsleute und Bankiers faktisch die Kontrolle über die Finanzplanung der Städte an sich rissen, wurde die Schicht der gewählten politischen Repräsentanten in den älteren Städten des Nordens entmachtet. Die politischen Fortschritte, die die Schwarzen in den sechziger Jahren gemacht hatten – vor allem ihre verbesserte Repräsentation in den gewählten Körperschaften von Ländern und Gemeinden – blieben weitgehend folgenlos, als es darum ging, die Budgetkürzungen zu verhindern,

wurden diese Entscheidungen doch im Grunde jetzt allein von Bankiers und Geschäftsleuten getroffen.

Die Chancen, diese Kampagne gegen die städtischen Armen mit Hilfe des traditionellen politischen Prozesses zu stoppen, wären unter keinen Umständen günstig gewesen. Als jetzt auch noch führende Vertreter der Finanz- und Geschäftswelt die Kontrolle an sich rissen, wurden die Bemühungen einiger Gruppen, mit den gewählten politischen Vertretern in Ländern und Gemeinden über die Erhaltung von Dienstleistungen und Arbeitsplätzen zu verhandeln, vollends illusorisch, weil die Ereignisse diesen Politikern längst jede Autorität, die sie einmal besessen haben mochten, genommen hatten. Länder und Gemeinden haben schon immer einen entscheidenden Teil ihrer Haushalte aus dem kommunalen Steueraufkommen gedeckt, dessen Höhe wiederum von der Konjunktur abhängig ist. Ferner sind sie zur Deckung der Defizite auf private Kreditinstitute angewiesen. In der Praxis bedeutet dies, daß die verantwortlichen Politiker letztlich gegenüber denjenigen Kräften, die die Entscheidungen über Investitionen und Kredite treffen, sich schon immer in einer schwachen Position befunden haben. Die wachsenden fiskalischen Belastungen kommunaler und einzelstaatlicher Haushalte ließen diese Schwäche akut und die Abhängigkeit der Volksvertreter unübersehbar werden. (In New York benutzten die Bankiers und Geschäftsleute die Krise in der Tat dazu, die politischen Strukturen in der Stadt formell zu verändern: den gewählten Vertretern wurden sogar ihre traditionellen Rechte auf Kontrolle des Budgets entzogen.)

Dennoch beharrten die neuen schwarzen Führer – unter ihnen die schwarzen Stadtpolitiker, die von der Finanzkrise betroffen waren – darauf, die Auswirkungen der Kürzungen in den Gettos mit Hilfe parlamentarischer Einflußnahme mildern zu können. Die Strategie konnte nur scheitern.

Damit wollen wir nicht behaupten, Massenproteste wären in der Mitte der siebziger Jahre eindeutig möglich gewesen. Niemand kann mit Sicherheit vorhersagen, wann das »Rumoren des sozialen Fundaments« massenhafte Auflehnung hevorbringen wird, obwohl zu der Zeit Veränderungen großen Ausmaßes vor sich gingen. Wer hätte schließlich vorhersehen können, daß 1955 die außergewöhnliche Mobilisierung der Schwarzen beginnen würde? Auch läßt sich nicht mit Sicherheit vorherbestimmen, wie die Eliten auf Massenunruhen reagieren werden. Untrügliche Wegweiser, nach

denen sich Protestbewegungen der Armen richten könnten, existieren nicht. Doch wenn »organizers« und Aktivisten dazu beitragen wollen, daß solche Bewegungen entstehen, dann müssen sie immer so vorgehen, als seien Proteste möglich. Vielleicht scheitern sie. Vielleicht war es nicht der richtige Zeitpunkt. Aber dann: vielleicht sind sie manchmal erfolgreich.

Abkürzungsverzeichnis

ADC	Aid to Dependent Children
AFDC	Aid to Families with Dependent Children
AFL	American Federation of Labor
ALP	American Labor Party
AWU	Auto Workers Union
CAP	Community Action Program
CCAP	Citizen's Crusade Against Poverty
CIO	Congress of Industrial Organizations
COPE	Committee on Political Education
CORE	Congress of Racial Equality
CPLA	Conference for Progressive Labor
CWA	CivilWorks Administration
DMWRO	Detroit Metropolitan Welfare Rights Organization
FAP	Family Assistance Plan
FBI	Federal Bureau of Investigation
FEPC	Federal Employment Practices Commission
FERA	Federal Emergency Relief Administration
GM	General Motors
HEW	Health, Education and Welfare Department
IAM	International Association of Machinists
ICC	Interstate Commerce Commission
ILA	International Longshoreman's Association
IWW	IndustrialWorkers of the World
MIA	Montgomery Improvement Association
MWIU	Maritime Workers Industrial Union
MWRO	Massachusetts Welfare Rights Organization
NAACP	National Association for the Advancement of Colored
	People
NIRA	National Industrial Recovery Act
NLB	National Labor Board
NLRB	National Labor Relations Board
NRA	National Recovery Administration
NWRO	National Welfare Rights Organization
OEO	Office of Economic Opportunity
PAC	Political Action Committee
P/RAC	Poverty/Rights Action Center
SCLC	Southern Christian Leadership Conference
SDS	Students for a Democratic Society

SNCC Student Nonviolent Coordinating Committee
SSI Supplemental Security Income

SWOC Steel Workers Organizing Committee

TUUL Trade Union Unity League UAW United Automobile Workers

UMW United Mine Workers

VISTA Volunteers in Service to America
WPA Works Progress Administration
WRO Welfare Rights Organization

Anmerkungen

Ι.

- In diesem Zusammenhang schreibt Max Weber: »Der Grad, in welchem aus dem ›Massenhandeln‹ der Klassenzugehörigen ein ›Gemeinschaftshandeln‹ und eventuell ›Vergesellschaftungen‹ entstehen, ist an allgemeine Kulturbedingungen, besonders intellektueller Art, und an den Grad der entstandenen Kontraste, wie namentlich an die Durchsichtigkeit des Zusammenhangs zwischen den Gründen und den Folgen der ›Klassenlage‹, gebunden. Eine noch so starke Differenzierung der Lebenschancen an sich gebiert ein ›Klassenhandeln‹ (Gemeinschaftshandeln der Klassenzugehörigen) nach allen Erfahrungen keineswegs.« (533, Hervorhebung im Orginal)
- 2 So benutzen Zald und Ash auch den Begriff »Organisationen der sozialen Bewegungen«, der beide Formen sozialer Aktion subsumiert. In ihrer späteren Arbeit unterscheidet Roberta Ash zwar zwischen Bewegung und Organisationen der Bewegung, hält aber weiter daran fest, artikulierte Ziele zum definitorischen Merkmal einer Bewegung zu erklären.
- 3 Der vielleicht bekannteste Vertreter dieser verbreiteten Theorie »relativer Deprivation« als Ursache sozialer Unruhen ist Ted Robert Gurr (1968, 1972). Vgl. auch Feierabend, Feierabend und Nesvold. Eine exzellente Kritik der Theoretiker, die ihre Arbeit auf diese Theorie gründen, liefert Lupsha.
- 4 Sowohl de Tocqueville wie seine Schüler haben als weiteren möglichen Nährboden für öffentliche Unruhen Phasen politischer Liberalisierung und die sich daraus ergebenden steigenden politischen Erwartungen angeschen. Der wahrscheinlich bekannteste heutige Vertreter der Theorie »steigender Erwartungen« ist James C. Davies, der mit der sogenannten »J-Curve« allerdings eine spezifische Variante entwickelt hat. Nach Davies kommt es nur dann zu Unruhen, wenn eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage oder politische Repressionen auf langanhaltende Phasen des Aufschwungs folgen (1962).
- 5 Der Ansatz von Marx und Engels ist jedoch historisch genauer und umfassender als die Theorie der relativen Deprivation und ließe sich besser als nicht im Widerspruch zu jener Theorie stehend beschreiben. Ökonomische Krisen und die damit verbundenen Härten führen danach nicht nur wegen der extremen Verelendung und der dann stattfindenden Aufblähung der industriellen Reservearmee zu proletarischen Kämpfen, sondern weil Krisenzeiten die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche offenlegen, insbesondere den Widersprüch zwischen der Vergesellschaftung der Produktivkräfte und der Anarchie des Privatbesitzes und des Tausches. Mit Engels Worten: »Die Produk-

tionsweise rebelliert gegen die Austauschform. Die Bourgeoisie ist überführt der Unfähigkeit, ihre eigenen gesellschaftlichen Produktivkräfte fernerhin zu leiten.« (MEW 19, 282) Deprivation ist, mit anderen Worten, nur ein Symptom für einen weit tiefergreifenden Konflikt, der im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung nicht gelöst werden kann.

- 6 Geschwender weist darauf hin, daß die Hypothesen der steigenden Erwartungen und relativen Deprivation (wie auch Status-Inkonsistenz-Hypothesen) theoretisch durchaus miteinander zu vereinbaren sind.
- 7 Barrington Moore behauptet unverblümt, daß die wichtigen städtischen revolutionären Bewegungen im 19. und 20. Jahrhundert »alle Revolutionen aus Verzweiflung und sicherlich nicht aus steigenden Erwartungen (waren), wie uns einige liberale Revolutionstheoretiker glauben machen wollen«. Snyder und Tilly scheinen dem jedoch zu widersprechen, wenn sie berichten, daß kollektive Gewaltaktionen im Frankreich des 19. und 20. Jahrhunderts zumindest nicht mit kurzfristigen Schwankungen der Preise und der industriellen Produktion korrelierten (1972).
- 8 Ebenso wie Theorien der relativen Deprivation der Marxistischen Interpretation über den Ursprung von Protesten der Arbeiterklasse und Unterschicht nicht widersprechen, ist auch die Theorie der sozialen Desorganisation durchaus mit der marxistischen Auffassung vereinbar (obwohl die meisten Verfechter dieser Theorie eindeutig keine Marxisten sind). Eine marxistische Interpretation würde also die Bedeutung sowohl der relativen Deprivation als auch der sozialen Desorganisation akzeptieren, diese jedoch nicht als historisch generalisierbare Ursachen von Aufruhr, sondern als Symptome spezifischer historischer Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft behandeln. Bertell Ollmans Arbeit über die Bedeutung von Persönlichkeitsstrukturen für die Verhinderung von Klassenbewußtsein und Klassenhandeln verdeutlicht die Verbindung zwischen sozialer Desorganisation und Massenunruhen aus marxistischer Sicht. Ollman argumentiert, »die Furcht vor der Freiheite und die Unterwürfigkeit des Proletariats vor Autoritäten ... bedeuten letztlich nur den Versuch, in der Zukunft zu wiederholen, was in der Vergangenheit geschehen ist« (42). Perioden größerer gesellschaftlicher Umwälzungen vermögen aber eindeutig Veränderungen der Persönlichkeitsstrukturen hervorzurufen, und sei es nur dadurch, daß sie die Möglichkeit ausschließen, in der Zukunft zu wiederholen, was in der Vergangenheit geschehen ist.
- 9 Hier soll angemerkt werden, daß Charles Tilly in seinem einflußreichen Werk über kollektive Gewalt im Frankreich des 19. Jahrhunderts die allgemein anerkannte Ansicht nicht bestätigt, daß eine Verbindung zwischen Kriminalität und kollektiver Gewalt oder zwischen einer dieser beiden Variablen und dem vermutlich zerrüttenden Einfluß städtischen

Wachstums bestehe. Es deutet jedoch vieles darauf hin, daß diese Zusammenhänge in den von uns untersuchten Perioden in den USA des 20. Jahrhunderts durchaus bestanden, und wir halten die Frage für keineswegs geklärt. Andererseits stimmen wir, wie noch zu sehen sein wird, in anderem Zusammenhang mit Tillys Betonung von Ressourcenverschiebungen als einer Vorbedingung für kollektive Kämpfe überein. Vgl. Tilly (1964) sowie Lodhi und Tilly (1973).

10 Hobsbawm schrieb: »Der klassische Mob begann seine Tumulte nicht nur aus Protest, sondern weil er dadurch etwas zu erreichen hoffte. Er nahm an, daß die Behörden seinen Schritten gegenüber empfindlich seien und ihm irgendwelche augenblicklichen Konzessionen machen würden ...« (142f.) Rudés Darstellung der Lebensmittel-Unruhen unter den städtischen Armen im 18. Jahrhundert unterstreicht denselben Sachverhalt (1964).

11 Roberta Ash schreibt die Politisierung des Mobs in Boston während der revolutionären Zeit des Unabhängigkeitskrieges diesem Prozeß zu. Die unzufriedenen Reichen suchten damals Verbündete unter den Armen, und während dieses Prozesses wandelten sich Straßenbanden zu organisierten militanten Mitstreitern im politischen Kampf (70–73).

12 Hobsbawm und Rudé betonen denselben Sachverhalt, wenn sie auf die Proteste der englischen Landarbeiter gegen die »Enclosure« (Einhegung des Gemeindelandes) hinweisen: »Sie wollten einfach nicht wahrhaben ..., daß die Regierung des Königs und das Parlament gegen sie waren. Denn wie konnte die Verkörperung des Rechts gegen die Gerechtigkeit sein?« (65)

- Rosa Luxemburgs Diskussion der tiefreichenden und komplexen sozialen Umwälzungen, die zu Massenstreiks führen, unterstreicht diese Feststellung: »... [es ist] für irgendein leitendes Organ der proletarischen Bewegung äußerst schwer, vorauszusehen und zu berechnen, welcher Anlaß und welche Momente zu Explosionen führen können und welche nicht ... weil bei jedem einzelnen Akt des Kampfes so viele unübersehbare ökonomische, politische und soziale, allgemeine und lokale, materielle und psychische Momente mitwirken, daß kein einziger Akt sich wie ein Rechenexempel bestimmen und abwickeln läßt. Die Revolution ist ... nicht ein Manöver des Proletariats im freien Felde, sondern sie ist ein Kampf mitten im unaufhörlichen Krachen, Zerbrökkeln, Verschieben aller sozialen Fundamente.« (132)
- 14 Die Tendenz, daß die öffentliche Unzufriedenheit gelegentlich zur Bildung dritter Parteien (neben den Republikanern und den Demokraten) führt, ist natürlich auch ein Beweis für die Stärke der traditionell auf Wahlen bezogenen politischen Normen. So fanden schon während der Depression von 1828 bis 1831 Arbeiterunruhen ihren Ausdruck im Aufstieg einer Unzahl von politischen Arbeiterparteien, und auch gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als die Industriearbeiterschaft wuchs, wurde

ein Großteil ihrer Unzufriedenheit in sozialistische Parteien gelenkt, von denen einige auch bescheidene Erfolge auf der lokalen Ebene erreichen konnten. 1901 wurde die Sozialistische Partei als Zusammenschluß vieler dieser Gruppen gegründet, und bis 1912 waren 1200 Parteimitglieder in 340 Städten unterschiedlicher Größe in lokale öffentliche Ämter gewählt worden, darunter in 73 Städten in das Amt des Bürgermeisters (Weinstein, 7). Auch die agrarischen Bewegungen Ende des 19. Jahrhunderts waren überwiegend wahlpolitisch ausgerichtet. Diese Tendenz ist zudem nicht nur in den USA offenkundig. In Europa z. B. verlegten sich die sozialistischen Parteien infolge der enttäuschten Hoffnungen der Revolution von 1848 und der allmählichen Ausdehnung des Wahlrechts auf die Arbeiterschaft zunehmend auf die parlamentarische Arbeit. Engels Vorwort zu den Klassenkämpfen in Frankreich, in dem er von den Erfolgen der deutschen Sozialdemokratie durch die parlamentarische Arbeit spricht, ist zur klassischen Rechtfertigung dieser Politik geworden: »Man fand, daß die Staatseinrichtungen, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie sich organisiert, noch weitere Handhaben bieten, vermittelst deren die Arbeiterklasse diese selben Staatseinrichtungen bekämpfen kann. Man beteiligte sich an den Wahlen für Einzellandtage, Gemeinderäte, Gewerbegerichte, man machte der Bourgeoisie jeden Posten streitig, bei dessen Besetzung ein genügender Teil des Proletariats mitsprach. Und so geschah es, daß Bourgeoisie und Regierung dahin kamen, sich weit mehr zu fürchten vor der gesetzlichen als vor der ungesetzlichen Aktion der Arbeiterpartei, vor den Erfolgen der Wahl als vor denen der Rebellion.« (MEW 22, 519) Einige Jahre später veröffentlichte Kautsky einen Brief von Engels, in dem dieser von dem Vorwort abrückte und erklärte, er habe bei der Abfassung des Textes wegen der damaligen Umstände dem »ängstlichen Legalismus« der SPD-Führer, welche sich der parlamentarischen Arbeit, die der Partei tatsächlich große Gewinne bescherte, verschrieben hatten und außerdem die Verabschiedung angedrohter Sozialistengesetze durch den Reichstag befürchteten, Rechnung tragen müssen (vgl. Howard, 383; Michels, 516, Anm.

Burnhams verbreitete Theorie der »kritischen Wahlen«, die aus den kumulativen Spannungen zwischen sozio-ökonomischen Entwicklungen und dem politischen System resultieren, ähnelt diesem Argument (1965, 1970). Amerikanische Politologen haben ausführliche empirische Studien über das Verhältnis von ökonomischen Bedingungen und Wählerverhalten angestellt. Diese Untersuchungen unterstützen im großen und ganzen die These, daß sich verschlechternde ökonomische Bedingungen zu Stimmenverlusten der Regierungspartei führen. Vgl. z. B. Bloom und Price; Kramer; Campbell, Converse, Miller und Stokes.

16 Edelmann schreibt den meinungsbildenden Einfluß von Politikern ihrem quasi uneingeschränkten Monopol über bestimmte Informatio-

nen, der nicht hinterfragten Legitimität des Regimes, als dessen Vertreter sie gelten, und der intensiven Identifikation der Menschen mit dem Staat zu (101-102).

17 Unsere Überzeugung, daß die Forderungen der Protestierenden, zumindest in den von uns untersuchten Perioden, genauso stark von ihrer Interaktion mit den Eliten bestimmt werden wie durch die strukturellen Tatsachen (oder Widersprüche), die die Bewegungen geschaffen haben, ist ein wichtiger Unterschied zwischen der hier vorgelegten Analyse und einigen marxistischen Interpretationen. Sieht man die Ursprünge von Protest nicht im Zusammenbruch sozialer Kontrolle oder in relativer Deprivation, sondern in den grundlegenden und unüberbrückbaren Widersprüchen des Kapitalismus, dann müßten die politischen Forderungen der Bewegungen diese grundlegenden und unüberbrückbaren Widersprüche auch widerspiegeln. Daraus würde dann also folgen, daß Bewegungen der Arbeiterklasse und Unterschicht in kapitalistischen Gesellschaften demokratisch und egalitär oder, in älterer Terminologie, progressiv und letztlich nicht kooptierbar sind. Manuel Castells zum Beispiel, der einige der besten Arbeiten aus marxistischer Sicht über soziale Bewegungen vorgelegt hat, definiert eine Bewegung als »einen bestimmten Organisationstypus sozialer Praktiken, deren Entfaltung im Widerspruch zur herrschenden institutionellen Logik steht« (93). Mit dieser Definition minimiert Castells ein ganzes Bündel von Problemen bei der Einschätzung der politischen Zielrichtung sozialer Bewegungen, das sich aufgrund historischer Erfahrung leider nicht minimieren läßt. Vgl. auch Useem (1975, 27-35). Um es noch einmal mit anderen Worten auszudrücken: wir halten es nicht für selbstverständlich, daß bewußte (oder subjektive) Handlungsorientierungen weitgehend objektiven Klasseninteressen entsprechen (vgl. Dahrendorf, 165-170, und Balbus für eine Diskussion dieser Unterscheidung).

18 Gamson argumentiert überzeugend, daß der Gewaltanwendung die rationale Abwägung von Erfolgsaussichten zugrundeliegt: »Gewaltanwendung sollte als instrumentelle Aktion zur Förderung von Gruppenzielen gesehen werden, die dann Anwendung findet, wenn die betrefende Gruppe Grund hat anzunehmen, daß sie ihrer Sache dient. ... (Sie) erwächst einer Ungeduld, die eher auf Selbstvertrauen und wachsende Durchschlagskraft als auf deren Mangel gegründet ist. Sie findet statt, wenn Feindschaft gegenüber dem Opfer sie zu einer relativ sicheren und kostengünstigen Strategie macht. « (81)

19 Dies mag der Grund dafür sein, warum die umfangreichen Daten, die nach den Gettoaufständen der sechziger Jahre über Beteiligte und Nichtbeteiligte gesammelt wurden, kaum Hinweise darauf gaben, daß der Anteil von erst kürzlich aus dem Süden Zugewanderten, von weniger Gebildeten oder Arbeitslosen unter den Aufstandsbeteiligten größer

war als an der gesamten Getto-Bevölkerung. Es gibt zwar Daten, die darauf hinweisen, daß die Teilnehmer nicht unter einem höheren Grad an »Entwurzelung« litten, doch ist nur wenig über die sozialen Netze und Strukturen bekannt, durch die der Widerstand mobilisiert wurde. Tilly stellt interessante Vermutungen über das Verhältnis von Integration und Deprivation an, wenn er darauf hinweist, daß die sozial eher integrierten Ladenbesitzer und Handwerker von Paris den Ausbruch der französischen Revolution eben gerade deshalb angeführt haben, weil sie dazu in der besseren Position waren, eine Art von Führungsrolle bekleideten und daher auf die Miserc der verarmten Pariser Massen reagieren konnten (1964). Hobsbawm und Rudé schreiben den örtlichen Handwerkern eine ähnliche Rolle bei den englischen Landarbeiterrevolten des frühen 19. Jahrhunderts zu (1968, 63–64).

- 20 In einer Literaturübersicht zur Französischen Revolution macht Tilly eine ähnliche Feststellung über die mächtigen Ausbrüche kollektiver Gewalt unter den sansculottes: »Die Erhebung war eine Fortsetzung, in extremer Form, ihrer alltäglichen Politik.« (1964, 114) Vgl. auch die Darstellung von Hobsbawm und Rudé über die Rolle der »Dorfparlamente« und Kirchen bei Aufständen der englischen Landbevölkerung (1968, 59–60).
- 21 Bei Max Weber heißt es dazu: »Ein ganz allgemeines und daher hier zu erwähnendes Phänomen der durch die Marktlage bedingten Klassengegensätze ist es, daß sie am bittersten zwischen den wirklich direkt am Preiskampf als Gegner Beteiligten zu herrschen pflegen. Nicht der Rentner, Aktionär, Bankier ist es, welcher vom Groll der Arbeiter getroffen wird obwohl doch gerade in seine Kasse teils mehr, teils arbeitsloserer Gewinn fließt als in die des Fabrikanten oder Betriebsdirektors –, sondern fast ausschließlich dieser selbst, als der direkte Preiskampfgegner. (534) Michael Schwartz illustriert diesen Punkt in seiner Untersuchung über die »Southern Farmers' Alliance«. Die texanischen Mitglieder der »Alliance« richteten ihre Forderungen an Verpächter und Kaufleute und nicht etwa an die Banken, Spekulanten und Eisenbahngesellschaften, die letztlich für ihr Schicksal verantwortlich waren, denn ihre direkten Erfahrungen hatten die Pachtbauern mit Grundbesitzern und Kaufleuten gemacht.
- 22 Marx und Engels machen eine ähnliche Feststellung über die Bedingungen, unter denen sich ein revolutionäres Proletariat entwickelt: »Aber mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat; es wird in größeren Massen zusammengedrängt, seine Kraft wächst, und es fühlt sie mehr. Die Interessen, die Lebenslagen innerhalb des Proletariats gleichen sich immer mehr aus, indem die Maschinerie mehr und mehr die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn fast überall auf ein gleich niedriges Niveau herabdrückt. « (MEW 4, 470) Im Gegensatz dazu seien Bauern kaum zu mobilisieren, um ihre Klas-

seninteressen durchzusetzen, denn »ihre Produktionsweise isoliert sie voneinander, statt sie in wechselseitigen Verkehr zu bringen« (MEW 8, 198). Diese Auffassung vom revolutionären Potential des Proletariats sah nicht die Möglichkeiten voraus, die Arbeitgeber besitzen, um den sozialen Kontext von Fabrikarbeit zu manipulieren, die Beschäftigten durch Schaffung von Arbeitsplatzkategorien und -hierarchien zu spalten und somit die Arbeiterschaft insgesamt zu »balkanisieren«. Vgl. Gordon, Edwards und Reich, die die Bedeutung dieser Entwicklung untersuchen.

- 23 In seiner Studie über die Bewegung der Kriegsdienstverweigerer während des Vietnam-Krieges kommt Useem (1973) zu dem Schluß, daß das Fehlen eines institutionellen Rahmens, der die vom Kriegsdienst bedrohten Männer vereinheitlicht hätte, die Mobilisierung der potentiellen Gefolgschaft erschwerte.
- 24 C. L. R. James meint vielleicht dasselbe, wenn er schreibt: »Arbeiter haben immer dann den größten Erfolg mit kollektiven Aktionen, wenn diese im Rahmen ihrer alltäglichen Existenz oder in daraus hervorgehenden Krisensituationen durchgeführt werden. « (95) Richard Flacks argumentiert ähnlich in bezug auf die Bedeutung des von ihm so genannten »alltäglichen Lebens« für die Herausbildung sozialer Bewegungen.
- 25 Michael Lipskys Arbeit bildet in gewisser Weise eine Ausnahme, denn er setzt sich ausdrücklich zum Ziel, Protest als Strategie zur Verwirklichung politischer Ziele zu bewerten (1968, 1970). Das Defizit seiner Arbeit liegt nicht in seinem intellektuellen Ziel, das wichtig ist, sondern in seinem Verständnis vom eigenen Untersuchungsgegenstand. Proteststrategien bestehen nach Lipskys Auffassung überwiegend aus »effektvollen Darbietungen« machtloser Gruppen, durch die sie die Aufmerksamkeit potentieller Sympathisanten oder bestimmter Bezugsgruppen aus der Öffentlichkeit erregen wollen. Doch mit seiner Definition schließt Lipsky die historisch wichtigsten Formen von Unterschichtprotesten, wie Streiks und öffentliche Unruhen aus. Lipskys äußerst enge Definition von Protest beruht auf der Tatsache, daß seine Analyse auf dem New Yorker Mietstreik basierte, der, wie Lipsky deutlich aufzeigt, hauptsächlich aus Reden und Pressemitteilungen, weniger aus echten Streikhandlungen bestand. So ist es auch kein Wunder, daß der Ausgang des Mietstreiks von verstreuten liberalen Reformgruppen bestimmt wurde, die wie stets durch Berichte über den skandalösen Zustand der Slumwohnungen aufgeschreckt worden waren und sich ebenso schnell wieder durch rein symbolische, wenn nicht sentimentale Gesten beruhigen ließen. Ebensowenig verwundert es, daß die Slums bestehen blieben und die Verhältnisse sich weiter verschlechterten. Lipsky folgert aus dieser Erfahrung, daß Protest nur ein schwacher und instabiler Einflußfaktor sein kann, und die Reaktion der Regierung ein-

zig und allein davon abhängt, ob die Protestierenden bedeutende Verbündete finden. Aber obwohl die Schlußfolgerung für den speziellen, von Lipsky untersuchten Fall zutrifft, scheint sie uns als Generalisierung über Protest unzuverlässig zu sein. Unserer Meinung nach kann Protest, der nur aus »Lärm«, wie Lipsky es nennt, besteht, kaum ein brauchbares Mittel sein, denn er ist im Grunde gar kein Protest. Zudem sind die Reaktionen sozialer Bezugsgruppen auf Aktionen mit reinem »Show«-Charakter natürlich begrenzt und überwiegend symbolisch. Die Reaktionen von Bezugsgruppen aus der Öffentlichkeit spielen nicht dann eine entscheidende Rolle, wenn sie nur durch »Lärm« provoziert, sondern wenn sie durch ernste institutionelle Erschütterungen, die der Massenprotest hervorgerufen hat, aufgerüttelt worden sind.

- 26 In ihrer historischen Studie über die New Yorker Mieterbewegungen führen Spencer, McLoughlin und Lawson ein interessantes Beispiel für diese Form von Machtausübung an, allerdings nicht auf seiten der Mieter, sondern der Banken. Als Langdon Post, Vorsteher des Wohnungsamts unter Bürgermeister LaGuardia, eine Kampagne zur Durchsetzung der Mietvorschriften einzuleiten versuchte, »drohten fünf Banken, denen 400 Gebäude in der Lower East Side gehörten, eher die Häuser räumen zu lassen als sich an die Vorschriften zu halten. Der Präsident der New Yorker Steuerzahler-Vereinigung warnte, daß dadurch 40000 Wohnungen verlorengehen würden.« Post nahm seine Drohung zurück (10).
- 27 Rosa Luxemburgs Bemerkungen sind wiederum überzeugend: »Mit dem Augenblick, wo eine wirkliche, ernste Massenstreikperiode beginnt, verwandeln sich alle ›Kostenberechnungen‹ in das Vorhaben, den Ozean mit einem Wasserglas auszuschöpfen. Es ist nämlich ein Ozean furchtbarer Entbehrungen und Leiden, durch den jede Revolution für die Proletariermasse erkauft wird. Und die Lösung, die eine revolutionäre Periode dieser scheinbar unüberwindlichen Schwierigkeit gibt, besteht darin, daß sie zugleich eine so gewaltige Summe von Massenidealismus auslöst, bei der die Masse gegen die schärfsten Leiden unempfindlich wird. Mit der Psychologie eines Gewerkschaftlers, der sich auf keine Arbeitsruhe bei der Maifeier einläßt, bevor ihm eine genau bestimmte Unterstützung für den Fall seiner Maßregelung im voraus zugesichert wird, läßt sich weder Revolution noch Massenstreik machen.« (133)
- 28 Erschütterungen, die auf die jeweils direkt betroffenen Institutionen beschränkt bleiben, haben dieselben Merkmale, die Schattschneider begrenzten Konflikten zuschreibt: »Extrem kleine Konflikte sind u.a. dadurch gekennzeichnet, daß die relative Stärke der sich gegenüberstehenden Gegner meistens von vornherein bekannt ist. In diesen Fällen zwingt die stärkere Seite oftmals der schwächeren ihren Willen auf, auch ohne daß es zu einer offenen Auseinandersetzung gekommen ist, denn

kein Mensch läßt sich gern auf Kämpfe ein, die nicht zu gewinnen sind.«

- 29 Im Zuge ihrer Argumentation gegen die These der sozialen Desorganisation schlagen Lodhi und Tilly vor, den Grad kollektiver Gewalt auf »... die vorherrschenden Machtstrukturen, die Fähigkeit benachteiligter Gruppen, kollektiv zu handeln, die Formen staatlicher Repression und die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Schwachen und Mächtigen über ihre Rechte auf kollektives Handeln und ihre Ansprüche auf begehrte Ressourcen ...« zu beziehen (316). Unserer Meinung nach unterliegt jeder dieser Faktoren in Zeiten schwerwiegender und weitverbreiteter Instabilität zumindest zeitweise der Veränderung. Vor allem wird der Handlungsspielraum des Regimes eingeschränkt.
- 30 »Um jeglichen Konflikt verstehen zu können, darf deshalb niemals das Verhältnis zwischen den streitenden Parteien und dem Publikum außer acht gelassen werden, denn es ist vermutlich das Publikum, das durch sein Verhalten letztlich den Ausgang des Kampfes bestimmt. ... Der stärkere Kämpfer zögert unter Umständen, seine ganze Kraft einzusetzen, weil er nicht weiß, ob es ihm gelingen wird, den Gegner zu isolieren.« (Schattschneider, 2)
- 31 Die schnell anwachsende marxistische Literatur zur Theorie des kapitalistischen Staates betont als eine der beiden Hauptfaktoren des Staates den Erhalt der Legitimation bzw. sozialen Kohäsion (die andere ist die Aufrechterhaltung der Bedingungen kapitalistischer Akkumulation). Unsere Interpretation der Institutionen des politischen Wahlsystems deckt sich mit diesem generellen Ansatz. Wie zuvor angemerkt, halten wir die weite Ausdehnung und Inanspruchnahme des Wahlrechts für eine wichtige Quelle der Legitimität staatlicher Herrschaft. Wahlen verstärken die Meinung, die Regierung sei das Instrument einer breiten Mehrheit und nicht spezieller Interessengruppen oder einer bestimmten Klasse. Dieses Phänomen definierte Marx als die falsche Vorstellung von der Universalität des Staates. (Vgl. auch die aus dieser Perspektive geführte Diskussion des Wahlrechts und der auf dem Wahlrecht basierenden politischen Parteien bei Poulantzas und Bridges.) Wir behaupten ferner, daß das Wahlrecht von großer Bedeutung für die Verteidigung der staatlichen Legitimität gegen periodische Herausforderungen ist. Wahlen dienen als Signal oder Gradmesser für Unzufriedenheit und Entfremdung der Wähler, und drohende Wahlniederlagen zwingen die Amtsinhaber, Maßnahmen zu verkünden, die die Unzufriedenheit dämpfen und die Legitimität wiederherstellen sollen.
- 32 Die neuen Staatsdiener wurden im großen und ganzen von lokalen Behörden aufgesogen, die relativ unbedeutende Entscheidungen über Sozialleistungen für die aufständische Bevölkerung fällten. Die Analogie zu der Praxis der Kolonialverwaltungen, Eingeborene zu benutzen, ist nicht zu übersehen. Anderson und Friedland schreiben über solche

Behörden und ihre Aktivitäten, daß sie im allgemeinen »Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene, isoliert von der nationalen Politik, ermutigen ...« (21). Vgl. auch die Diskussion der staatlich geförderten »clientpatron/broker links« bei Katznelson (227).

33 Wir glauben, daß James Q. Wilson irrt, wenn er den Niedergang des »Student Non-Violent Coordinating Committee« (SNCC) und des »Congress of Racial Equality« (CORE) darauf zurückführt, daß ihre Politik gescheitert sei. Dies habe zu einem ungeheuren Druck geführt, dem diese »Erlöser«-Organisationen, die einerseits die totale Veränderung der Gesellschaft und andererseits außergewöhnlichen Einsatz ihrer Mitglieder forderten, nicht gewachsen gewesen seien. Erstens kann unter gar keinen Umständen behauptet werden, das SNCC und CORE seien gescheitert, wie wir im vierten Kapitel darlegen werden. Zweitens mögen diese beiden Gruppen in der Tat »Erlösung« angestrebt haben, ihr Scheitern war jedoch die Folge von Regierungsmaßnahmen sowohl gegen die Kader als auch gegen die Gefolgschaft. Die Fraktionierung und Desillusionierung beider Gruppen wurden durch staatliche Reaktionen hervorgerufen und nicht einfach durch »die Desillusionierung, die sich in Erlöser-Organisationen zwangsläufig breitmacht« (180-182).

II.

- T Gutman beschreibt diese Proteste von 1873 und die Organisationen, die sie in einer Reihe von Industriestädten anführten (1965).
- 2 Als der Kongreß die Zensus-Behörde dazu verpflichtete, bei der Volkszählung von 1930 auch die Zahl der Arbeitslosen zu ermitteln, meldete das Amt 3 Millionen dauerhaft oder vorübergehend Arbeitslose, eine Zahl, die von Experten als viel zu niedrig angesehen wurde. Hoover sah sich veranlaßt, die Zahl noch weiter herunterzudrücken, indem er 500000 bis 1 Million Arbeitslose als Menschen bezeichnete, die gar nicht die Absicht hätten zu arbeiten, und weitere 500000 bis 1 Million als Personen, die sich zufällig gerade zwischen zwei Jobs befunden hätten (Bernstein, 1970, 268).
- 3 Vgl. Bernstein, 1970, 327–328; Lynd und Lynd, 147, 544; Bakke, 1940, 17, 115. Mehrere Studien über die Depression belegen ausführlich den zerstörerischen Einfluß der Arbeitslosigkeit auf die familiären Beziehungen. Vgl. Cooley; Komarovsky; Stouffer und Lazarsfeld.
- 4 Bakke schildert lebhaft die Demoralisierung und Scham auf seiten arbeitsloser amerikanischer wie englischer Arbeiter während dieser Zeit. Es war das Gefühl, anders zu sein als Arbeitsloser, das so schmachvoll war: »Und wenn man keine Arbeit findet, dann hat man das Gefühl, gar kein Mensch zu sein. Man fühlt sich fehl am Platze. Man ist dann einfach anders als die Menschen um einen herum, so daß man denkt, da

- muß doch irgendwas nicht stimmen mit dir.« (1934, 63) Offensichtlich konnte aber die Demoralisierung leichter in Empörung übergehen, sobald den Leuten klar wurde, daß sie auch als Arbeitslose nicht anders waren als die Menschen um sie herum.
- 5 »In Detroit versammelten sich trotz der Warnungen der Polizei, das Gebiet zu meiden, zwischen 50000 und 100000 Menschen auf den Straßen und Bürgersteigen der Innenstadt. Der Polizeichef Harold Emmons mobilisierte die gesamte Detroiter Polizeitruppe von 3600 Mann... Die Straßenschlachten dauerten zwei Stunden lang an, bis die verzweifelte Polizei städtische Busse und Straßenbahnen anwies, durch die Menschenmenge zu fahren, um so die Straßen zu räumen... Ein mit den Detroiter Unruhen vergleichbarer Aufruhr fand in Cleveland statt, nachdem der Bürgermeister 10000 bis 25000 Demonstranten erklärt hatte, daß es nicht in seiner Macht stünde, ihre Forderungen zu erfüllen. Dreistündige Ausschreitungen in Milwaukee führten zu siebenundvierzig Verhaftungen und vier Verletzten.« (Keeran, 72–73)
- 6 Der Daily Worker meldete 37 Festnahmen und 130 Verletzte in New York; 45 Festnahmen und 25 Verletzte in Detroit; 60 Festnahmen und 20 Verletzte in Los Angeles; 12 Festnahmen und 16 Verletzte in Seattle; 11 Festnahmen und 6 Verletzte in Washington (Rosenzweig, 1976 a).
- 7 Die kommunistischen Anführer der Demonstration wurden jedoch wegen »ungesetzlicher Versammlung« und »Erregung öffentlichen Ärgernisses« angeklagt und zu sechs Monaten Haft im Gefängnis auf Blakwell's Island verurteilt (Leab, 310). Außerdem hatten die Demonstrationen vom 6. März den Effekt, im besorgten Kongreß die Bildung eines Ausschusses zu rechtfertigen, aus dem das »House Committee on Un-American Activities« werden sollte (Bernstein 1970, 427–428).
- 8 Es muß hier angemerkt werden weil es oft zu sehr hochgespielt wird –, daß zwei von der KP geführte Hungermärsche auf Washington in den Jahren 1931 und 1932 nur wenig Menschen mobilisierten. Herbert Benjamin, der die Märsche organisiert hatte, argumentierte jedoch in einer Rede, die er im April 1976 in New York hielt, daß man es gar nicht auf große Teilnehmerzahlen abgesehen, sondern nur Delegierte lokaler Gruppen rekrutiert habe; die Märsche selbst seien »mit militärisch geplanter Präzision« durchgeführt worden. Wie dem auch sei, es ist unbestreitbar, daß die Kommunisten in den großen Städten große Menschenmengen zu mobilisieren vermochten.
- 9 In New York erhielten in den acht Monaten von November 1931 bis Juni 1932 rund 186000 Familien Räumungsbefehle (Boyer und Morais, 261). Bernstein zitiert eine Studie aus Philadelphia aus dem Jahre 1933, nach der 63% der weißen Familien und 66% der schwarzen Familien mit ihrer Miete im Rückstand waren (1966, 289). Eine zu etwa derselben Zeit im Gebiet von San Francisco durchgeführte Untersuchung ergab ein ähnliches Bild (Huntington). Von Januar 1930 bis Juni 1932 erhielten

- in fünf Industriestädten in Ohio fast 100000 Familien Räumungsbefehle (Boyer und Morais, 261).
- 10 Der Daily Worker veröffentlichte ab Herbst 1930 eine Vielzahl von Berichten über offensichtlich erfolgreiche Widerstandsaktionen gegen Zwangsräumungen.
- 11 Für eine Schilderung der Mieterunruhen von Chicago siehe: Abbott, Kapitel 14; Bernstein, 1970, 428; Hofstadter und Wallace, 172–175; Lasswell und Blumenstock, 196–201.
- 12 Mit nur einer Ausnahme einem Trauerzug wurde jede von den Kommunisten im Jahre 1930 in Chicago geplante Demonstration unter freiem Himmel von der Polizei aufgelöst (Lasswell und Blumenstock, 168–169).
- 13 Die »American Civil Liberties Union« berichtete, daß bei den Protestaktionen der Arbeitslosen 14 Menschen ums Leben gekommen seien (zitiert bei Rosenzweig, 1976a).
- Ein Beamter gibt folgenden Bericht: »[Die Ausschreitungen] erfaßten die ganze Gemeinde. Ich habe die folgenden 48 Stunden da unten auf den Straßen verbracht und versucht, die Lage zu beruhigen. Ich ging zu Ryerson und zum Komitee der führenden Geschäftsleute. ... Ich sagte, es gäbe nur eine Möglichkeit, um das hier zu stoppen, nämlich indem man den zwangsgeräumten Männern wieder Arbeit gibt, und zwar sofort. Das war am Samstag. Sie sagten: »Wir haben das Geld nicht. Ich sagte: »Dann besorgen Sie besser welches. Am Montag hatten sie dann tatsächlich Geld aufgetrieben, und wir konnten an dem Tag dreihundert Männern Arbeit im Park geben. « (Terkel, 396)
- 15 Bei seiner Umfrage in New Haven stellte Bakke ebenfalls fest, daß drei Viertel der Arbeitslosen erst nachdem sie zwei oder mehr Jahre arbeitslos waren, Unterstützung beantragten (1940, 363).
- 16 Wie groß die Zahl der Teilnehmer an Aktionen der Arbeitslosen tatsächlich war, bleibt Gegenstand der Spekulation. Rosenzweig, der ausgiebig über die Bewegung gearbeitet hat, meint, daß »es gut und gerne zwei Millionen Arbeiter waren, die zu irgendeinem Zeitpunkt in den dreißiger Jahren an Aktionen der Arbeitslosen teilgenommen haben«, doch führt er keine Belege für seine Schätzung an (1974, 43).
- 17 Sogar in ihrer Herangehensweise an individuelle Not war der Gegensatz zwischen den Arbeitslosenräten und privaten Wohltätigkeitsorganisationen auffällig. Noch im Dezember 1932 beschrieb ein Vertreter der »Urban League« die Behandlung von Sozialfällen durch seine Organisation wie folgt: »Wir haben festgestellt, daß wir etwa 75% der Beschwerden, die an uns herangetragen werden, aus der Welt schaffen können, ohne das Distriktbüro anrufen zu müssen. Wir erreichen dies, indem wir dem Beschwerdeführer, nachdem wir ihm zugehört haben, geduldig erklären, wie sich der Sachverhalt aus unserer Sicht darstellt« (zitiert bei Prickett, 234).

- 18 Lasswell und Blumenstock liefern einen detaillierten Bericht über diese und andere Demonstrationen, von denen viele mit Festnahmen, Verletzten und Toten endeten (204–210).
- 19 Der Kommunist Angelo Herndon, der die Demonstration in Atlanta mitorganisiert hatte, wurde anschließend nach einem einhundert Jahre alten Gesetz des Staates Georgia wegen Anzettelung eines Aufstandes angeklagt und verurteilt. Das Urteil 20 Jahre Zuchthaus wurde dann allerdings 1937 vom Obersten Gerichtshof aufgehoben.
- 20 Die Verfassung des Staates Pennsylvania untersagte ausdrücklich die Bewilligung von Mitteln für »wohltätige Zwecke«. Im Laufe der Zeit wurde der Druck allerdings so stark, daß das Parlament dennoch unter Berufung auf eine Bestimmung über das »allgemeine Wohlergehen« Gelder bereitstellte (Bernstein, 1970, 459).
- 21 Senator LaFollette ließ diese Antworten in den Congressional Record aufnehmen (1932, 3099–3260). LaFollette war Vorsitzender des »Senate Subcommittee on Manufactures«, das Anfang 1932 Hearings über Vorschläge zu Bundesfürsorgeprogrammen durchführte. Die Aussagen bei diesen Hearings lieferten überwältigende Beweise für die verheerenden Auswirkungen der Arbeitslosigkeit. Dennoch wurde der Gesetzentwurf des Unterausschusses von einer Koalition von Republikanern und konservativen Demokraten zurückgewiesen. Einige Monate später gab der Kongreß dem wachsenden Druck nach und bewilligte schließlich Bundesdarlehen durch die »Reconstruction Finance Corporation« für die Fürsorgeprogramme der Bundesstaaten. Hoover unterstützte die Maßnahme, wenn auch nur zögernd, da sie die private und lokale Verantwortung für die Sozialfürsorge nicht einschränkte. In gewisser Weise hatte er recht: Die Kredite waren viel zu unbedeutend, um als Einmischung bezeichnet zu werden.
- 22 In einigen Städten Boston, New York, Milwaukee und San Francisco kam es damals zu dramatischen Wählerverschiebungen: die Demokraten konnten ihre Stimmenanteile hier verdoppeln (Bernstein, 1970, 78–79).
- 23 Raymond Moley schreibt über die Kampagne: »Es war 1932 meine Aufgabe, Wahlhelfer und Ideen für den Präsidentschaftswahlkampf von Gouverneur Roosevelt zu mobilisieren. Mir waren alle Standpunkte willkommen. Ich lud Planer, Trustgegner und Finanzgenies ein, erweiterte den sogenannten Brain Trust erheblich und unterhielt Kontakte zu vielen verschiedenen Persönlichkeiten, von Bernard Baruch bis Huey Long. Die Aufgabe, die es zu bewältigen galt, war folgende: die Wahl bei einer Wählerschaft zu gewinnen, die sich aus vielen verschiedenen Ideologien zusammensetzte, zum größten Teil aber gar keine hatte. Das Hauptthema war der ökonomische Wiederaufschwung, und die Therapie, die wir vorschlugen, setzte sich aus vielen Rezepten zusammen.« (559–560)

- 24 Am 23. Mai, dem Tag nach seinem Amtsantritt, teilte Hopkins den Bundesstaaten mit, die Bundesregierung werde Zuschüsse in Höhe von einem Drittel der Sozialausgaben des Staates im ersten Viertel des Jahres gewähren. Im Laufe der Zeit wurde diese Relation allerdings verändert, und der Bundesanteil an den Wohlfahrtsausgaben stieg in einigen Bundesstaten auf bis zu 75% (White und White, 82).
- 25 Die Arbeitslosenräte wurden unter diesem Namen offiziell auf einer »Nationalen Konferenz der Arbeitslosen« am 4. Juli 1930 in Chicago aus der Taufe gehoben (Bernstein, 1970, 428). 1934 wurde der Name von »Unemployed Councils« in »Unemployment Councils« umgeändert (die in der Übersetzung gewählte Bezeichnung »Arbeitslosenräte« unterschlägt diesen kleinen, unbedeutenden Unterschied d. Ü.)
- 26 Ein hoher Anteil der Parteimitglieder war während der ersten Jahre der Wirtschaftskrise arbeitslos, und relativ wenige von ihnen waren in der Grundindustrie beschäftigt. Aus diesem Grund legte die Partei in dieser Phase ihr Schwergewicht zum großen Teil auf die Arbeit von Straßenzellen unter den Arbeitslosen. Später in der Depression änderte sich das.
- 27 Es deutet einiges darauf hin, daß die sozialistischen Gruppen anders als die Kommunisten primär Zulauf aus der Mittelschicht hatten, was vielleicht darauf zurückzuführen war, daß das Schwergewicht ihrer Arbeit auf der Durchführung von Bildungsprogrammen lag und daß ihr Vorgehen zurückhaltender war; es mag auch daran gelegen haben, daß sie den Eifer der Kommunisten bei der Mobilisierung der Arbeiterklasse vermissen ließen.
- 28 Gosnell schildert derartige Wahlkreisaktivitäten in Chicago (1937).
- 29 Clark Kerr liefert eine erschöpfende Beschreibung dieser Selbsthilfe-Gruppen, deren aktive Mitgliedschaft er für 1932 auf 75 000 schätzt.
- 30 In Harlem führten sogar die Arbeitslosenräte Lebensmittelsammlungen durch, um die unmittelbaren Nöte der Bedürftigen zu lindern (Daily Worker, 24. April 1931). Im allgemeinen verurteilten die radikaleren Arbeitslosenführer allerdings den Selbsthilfe-Ansatz. Ein Artikel mit der Überschrift »Organisierte durchsuchen Abfalleimer« in der Ausgabe vom 1. März 1933 des Detroit Hunger Fighter, eines Nachrichtenblatts des Detroiter Arbeitslosenrates, deutet darauf hin: »Das Ganze läuft so: Man geht zu allen möglichen Betrieben der Lebensmittelbranche und tauscht die Arbeitskraft der Arbeitslosen gegen unverkäufliche Lebensmittel ein, oder man sammelt alte Kleidung usw., was darauf hinausläuft, daß man den Bossen die Last der Versorgung der Arbeitslosen erleichtert und daß man sich selbst davor drückt zu kämpfen. ... 55% der Bevölkerung können nicht von dem leben, was 45% wegwerfen. ...«
- 31 Ganz in der Tradition ihres Voluntarismus hatte sich die AFL bis Mitte 1932 gegen Regierungsmaßnahmen zur Unterstützung der Arbeitslosen ausgesprochen. Erst als die eigene Mitgliedschaft und sogar einige

- Unternehmer den Gewerkschaftsbund bedrängten, änderte sie ihre Haltung.
- 32 Herbert Benjamin, der Führer der Arbeitslosenräte, sagte später über die Direktiven der Parteiführung zur Überwindung dieser Mängel: »Die Leute unten waren daran nicht interessiert. ... [Sie waren] nur daran interessiert, mit allen Mitteln zu handeln« (zitiert bei Rosenzweig, 1976b, 40).
- 33 David Lasser, Sozialist und Anführer einer New Yorker Arbeitslosengruppe, später Vorsitzender der "Workers' Alliance«, argumentierte 1934, die Forderungen der Arbeitslosen hätten nationale Bedeutung gewonnen, und die Arbeitslosen selbst seien reifer geworden und würden sich jetzt nicht mehr nur mit kurzfristigen Zugeständnissen zufriedengeben, sondern eine Veränderung der Gesellschaft anstreben (New Leader, 12. Dezember 1934, 1).
- 34 Die weit verbreitete Ansicht, die Politik der amerikanischen KP sei nur Reaktion auf die Diktate der Internationale gewesen, ist in letzter Zeit von mehreren jungen Historikern bestritten worden. Sie behaupten, die Volksfront sei, zumindest teilweise, eine eigenständige wenn auch vielleicht falsche Reaktion der amerikanischen Kommunisten auf die innenpolitische Entwicklung gewesen. Siehe z.B. Buhle, Keeran und Prickett.
- 35 Earl Browder berichtete später, daß die Partei 1935 begonnen hätte, mit den Fürsorgebehörden des New Deal zusammenzuarbeiten (Buhle, 231).
- 36 Bis dahin hatten die Arbeitslosenräte als Teil der »Trade Union Unity League« gegolten, doch hatte diese Anbindung wenig Einfluß auf den örtlich begrenzten Charakter der frühen Gruppenaktivitäten (Seymour, Dezember 1937, 3).
- 37 Davon abgesehen kamen wegen der Präsidentschaftskampagne von Norman Thomas 1932 die Aktivitäten der Sozialisten zur Organisierung der Arbeitslosen zum Erliegen. Man hielt die Wahlkampagne offensichtlich für wichtiger (Rosenzweig, 1974, 15).
- 38 Kurz darauf schlossen sich die »Unemployed Leagues« der »American Workers' Party« an, welche 1934 gemeinsam mit der »Trotskyist Communist League of America« die »Workers' Party of the United States« bildete, die sich wiederum 1936 mit der »Socialist Party« zusammenschloß, bis die Trotzkisten 1937 ausgeschlossen wurden (Rogg, 14; Glick). Unter der Obhut der »Workers' Party« gewannen Fragen der revolutionären Strategie zentrale Bedeutung, und Fraktionskämpfe waren an der Tagesordnung; die »Unemployed Leagues« verloren während dieser Zeit die meisten ihrer Anhänger (Rosenzweig, 1975, 69–73).
- 39 Die Demonstration vom 24. November brachte nach Angaben ihrer Organisatoren 350000 Menschen in 22 Bundesstaaten auf die Beine (Rosenzweig, 1974, 24).

- 40 Wie gewöhnlich gingen die Schätzungen der Mitgliederzahlen weit auseinander. Die Gruppen, die auf dem Kongreß vertreten waren, gaben insgesamt 450000 Mitglieder an, doch die kommunistischen Arbeitslosenräte, die damals noch nicht dazugehörten, schätzten die aktive Mitgliedschaft auf 40000–50000 (Rosenzweig, 1974, 26).
- 41 Laut Rosenzweig nahmen 791 Delegierte an diesem Kongreß teil (1974, 33); Seymour (Dezember 1937, 8) sowie Brophy und Hallowitz (9) schätzen, daß die »Alliance« nur ungefähr 300000 Mitglieder gehabt habe.
- 42 In Einklang mit dieser neuen Auffassung über die Beteiligung der Bevölkerung wurden im Harlemer Nothilfebüro und in der WPA schwarze Beraterkommissionen gebildet und eine ganze Reihe von Schwarzen zu leitenden Verwaltungsbeamten befördert (Naison, 403).
- 43 In Chicago zum Beispiel wurde das Verbot, in den Fürsorgeämtern zu demonstrieren, von den Kommunisten entschieden verurteilt und eine Zeitlang auch verletzt. Herbert Benjamin nannte die Tendenz, »mehr oder weniger freundliche« Verhandlungen mit den Fürsorgebeamten zu führen, »rechten Opportunismus« (Rosenzweig, 1976a).
- 44 Hopkins drückte vermutlich das damalige liberale Klima aus, als er 1936 schrieb, das Arbeitsbeschaffungsprogramm signalisiere die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, ihre Armen nie wieder in menschenunwürdigen Verhältnissen leben zu lassen, und den Kommunen nie wieder solch schäbige öffentliche Maßnahmen wie vor den WPA-Programmen zu gestatten (69).
- 45 Eine Zählung des Zensus-Büros aus dem Jahr 1937 zeigte, daß alle im Rahmen der Bundesnothilfeprogramme Beschäftigten (einschließlich der beim »Civilian Conservation Corps«, bei der »National Youth Administration« und bei der WPA Beschäftigten) zusammen nur 18% der Arbeitslosen in jenem Jahr ausmachten (Howard, 554).
- 46 Ähnliche Lagebeurteilungen wurden 1936 und 1937 von der »American Association of Social Workers« abgegeben. Eine Zusammenfassung dieser Befunde findet sich bei Howard, 77–85.
- In einem persönlichen Schreiben an einen der Verfasser erhebt Benjamin entschiedene Einwände gegen unsere Beurteilung der Aktivitäten der »Alliance«. Wir halten seine Auffassung für wert, hier ausführlich zitiert zu werden: »Es scheint Ihnen nicht bewußt zu sein, daß unsere ¿Lobbying«-Aktivitäten sich erheblich von dem unterschieden, was allgemein unter dieser Bezeichnung verstanden wird. Wir betrieben einen Massen-Lobbyismus; wütende Delegationen, die reaktionäre Kongreßmitglieder in ihren Büros belagerten. Wir demonstrierten und protestierten und wurden verhaftet. Wir erschienen nicht vor den Parlamentsausschüssen, um zu bitten, sondern um zu fordern. Und unsere Aktivitäten in den Wahlkämpfen bewiesen zumindest einigen Kongreßmitgliedern, daß wir über einen politischen Einfluß verfügten, den sie nur zu ihrem

eigenen Schaden ignorieren konnten. (Die ›Alliance‹ konnte, entgegen Ihrer These, u. a. für sich verbuchen, die Wiederwahl des als unschlagbar geltenden Vorsitzenden des einflußreichen >Rules Committee« verhindert zu haben.) Nach Ihrer Auffassung war es wichtiger, lokale Fürsorgeämter wegen irgendwelcher unbedeutender Einzelprobleme in Aufruhr zu versetzen. Wir meinten allerdings, daß es wichtiger war, durch Massenaktionen anständige Maßstäbe und Regelungen zu etablieren und dann Routineangelegenheiten so zu handhaben, wie ein Betriebsrat Beschwerden behandelt. Unser Executive Board und die Kongresse, die die Meinung unserer Mitglieder repräsentierten, billigten unsere Politik. So entwickelten wir den (Marcantonio) Relief and Work Standards Acte und kämpften für seine Verabschiedung. Ebenso halfen wir unseren Ortsgruppen bei der Ausarbeitung von lokalen Statuten nach dem Vorbild dieses Gesetzes. So kämpften wir für einen höheren Wohlfahrtsetat, um die Zahl der WPA-Beschäftigten zu steigern und die Löhne zu erhöhen. ... Ihr grundlegender Irrtum, mein guter Freund, besteht darin, daß Sie von einer falschen Voraussetzung ausgehen. ... Der Kampf der Arbeitslosen ist ein politischer Kampf. Er richtet sich gegen die politischen Institutionen, die öffentlichen Verwaltungen, die die Richtlinien bestimmen und die Mittel bewilligen. Es war unsere Aufgabe, dies rückständigen Arbeitern, die nicht begriffen, daß sie ein Recht besaßen und deshalb nicht bitten, sondern fordern und kämpfen sollten, klar zu machen. Es war leicht, sie dazu zu bewegen, einem Sozialarbeiter wegen ihrer eigenen, unmittelbaren Probleme die Hölle heiß zu machen. Wir lehrten sie, darüber hinauszugehen und eine höhere Stufe des politischen Kampfes zu erklimmen. Und das war der wichtigste Beitrag, den wir zur politischen Erziehung und Entwicklung des amerikanischen Arbeiters geleistet haben.« (Unterstreichungen im Original, 8. August 1976) Wir sind für die Gelegenheit dankbar, Benjamins Kritik an unserer Analyse mit seinen eigenen Worten wiedergeben zu können. Unseres Erachtens machen seine Bemerkungen deutlich, daß die Führer der »Alliance« weder schwach noch opportunistisch waren. Doch halten wir es für einen Fehler, daß sie unter »politischen Institutionen« ausschließlich legislative und exekutive Körperschaften verstanden; auch das Wohlfahrtssystem war eine politische Institution, noch dazu, mitten in der Depression, eine sehr wichtige. Wir halten es zudem für einen Fehler, daß sie die Beziehung zwischen massiven lokalen Erschütterungen und den Handlungen legislativer und exekutiver Apparate nicht erkannten.

48 In St. Louis berichtete der Globe Democrat, daß eine 750köpfige Menge umgehende Arbeitslosenunterstützung gefordert habe (17. Dezember 1937). In Grand Rapids versammelten sich 500 Fürsorgeempfänger und WPA-Arbeiter (Grand Rapids Herald, 10. Februar 1938), und in Kalamazoo marschierte ein Zug von Arbeitslosen zur

Stadtverwaltung (Detroit Free Press, 22. Februar 1938). Der San Francisco Chronicle berichtete über eine Massendemonstration auf dem Marshall Square, mit der gegen unzureichende Fürsorgeleistungen protestiert wurde (27. Februar 1938). In Spokane protestierten etwa 800 Menschen gegen die Verringerung der Zahl der Fürsorgeempfänger (Spokane Review, 1. April 1938), während in Seattle 300 Arbeitslose das Fürsorgeamt besetzten und Unterkunft und Nahrung forderten (Seattle Times, 2. April 1938).

49 Montgomery und Schatz berichten, daß auch Ortsverbände der »United Electrical Workers« und des »Steel Workers Organizing Committee« während der Rezession von 1937 bis 1938 gegen mangelnde Unterstützung für ihre arbeitslosen Mitglieder protestierten. In Minneapolis, wo der von Trotzkisten geführte Ortsverband 574 der »Teamsters« einigen Einfluß besaß, führten gleich mehrere Gewerkschaften im Sommer 1939 einen gemeinsamen Streik gegen WPA-Projekte durch, um gegen vom Kongreß verordnete Einsparungen zu protestieren.

So Benjamin ist wiederum anderer Meinung als wir und verweist auf »die Milliarden Dollar, die seitdem für die Arbeitslosenversicherung, für öffentliche Fürsorge, Altersversorgung und viele andere Maßnahmen dieser Art aufgebracht worden sind«, und die er als Erfolge der »Workers' Alliance« ansieht (persönliche Korrespondenz, 20. August 1976). Doch all diese von Benjamin aufgeführten Maßnahmen wurden schon 1935 durchgesetzt, vor Gründung der »Alliance«. Nach unserer Auffassung sind diese Reformen der Bewegung der Arbeitslosen zu verdanken, und nicht der Organisation, die aus ihr erwachsen ist.

31 Brendan Sexton, der die New Yorker »Alliance« anführte, macht die Aktivisten der Kommunistischen Partei für das Scheitern der Organisation verantwortlich, weil ihre Unterstützung für die Bürgermeister, Gouverneure und andere Politiker des New Deal, einschließlich Roosevelt, so weit gegangen sei, daß sie Konfrontationen mit ihnen scheuten. »Es war nicht möglich, die Organisation am Leben zu erhalten, wenn wir nicht gewillt waren, gegen eben die Leute zu demonstrieren, die sich weigerten, die WPA zu erweitern und das Fürsorgesystem zu verbessern.« (Persönliche Korrespondenz, 4. Februar 1970) Wir teilen zwar Sextons Einschätzung der Ergebnisse der »Alliance«-Strategie, doch deutet nach unserer Meinung kaum etwas darauf hin, daß die parteilosen Führer der »Alliance« andere Positionen vertreten hätten. Wir wollen nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß Sexton auch in anderen Punkten nicht mit unserer Interpretation übereinstimmt, wenn er z.B. argumentiert, die »Alliance« sei bei der Bürokratisierung der Sozialfürsorge und ihrer eigenen inneren Struktur aufgeblüht und erst durch ihre mangelnde Bereitschaft, gegen leitende New-Deal-Politiker zu demonstrieren, zerstört worden. Einen Zusammenhang zwischen letzterem

Sachverhalt und den genannten organisatorischen Entwicklungen sieht Sexton augenscheinlich nicht.

52 Brian Glicks Schlußfolgerungen in bezug auf die Auswirkungen der New-Deal-Programme auf die politische Orientierung der nationalen Führung der »Alliance« ähneln im großen und ganzen den unsrigen.

III.

- I Gutman betont, daß nicht alle Streiks erfolglos waren. Er zitiert Informationen des New Jersey Bureau of Labor Statistics über 890 Arbeitskämpfe zwischen 1881 und 1887, woraus hervorgeht, daß die Streiks zu über 50% erfolgreich waren (48). Doch gingen in diesen wie in den folgenden Jahren die großen Industriestreiks verloren, z.B. die bedeutenden Eisenbahner-, Bergarbeiter- und Stahlarbeiterstreiks.
- 2 Eine der einflußreichsten dieser Interpretationen stammt von Selig Perlman. Radikalere Theoretiker verurteilten Perlmans Verteidigung der »Brot und Butter«-Forderungen US-amerikanischer Gewerkschaften, doch teilen sie im wesentlichen seine Analyse der Ursachen für das fehlende Klassenbewußtsein der amerikanischen Arbeiter.
- 3 Boyer und Morais berichten z. B., daß von 30 Gewerkschaftsverbänden, die vor der Depression von 1873 existierten, 1877 nur noch acht oder neun bestanden (40).
- 4 Leon Fink schreibt, daß in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Facharbeiter den Kern der aktiven Arbeiterschaft bildeten und daß sie von einem breiten Fächer von Gruppen Unterstützung erhielten. Er schreibt die generelle Ablehnung von Einwanderern und Schwarzen durch die Facharbeiter in der Folgezeit dem Zusammenbruch der "Knights of Labor« und den Niederlagen in einer Reihe von Industriestreiks zu (67–68).
- 5 Neuere Arbeiten radikaler Ökonomen liefern Belege dafür, daß große Unternehmen am Ende des 19. Jahrhunderts die Arbeitsplatzbezeichnungen neu definierten, um Statusunterschiede zwischen den Arbeitern zu vertiefen, ihre Solidarität zu schwächen und die Löhne zu drükken. Vgl. z.B. Stone sowie Gordon, Edwards und Reich. Konzept und Methoden für die Fragmentierung natürlicher Beschäftigtengruppen lieferten die Lehrsätze des wissenschaftlichen Management (Davis).
- 6 »Frei« war die Arbeit nur aus der Sicht der Arbeitgeber. 1864 erlaubte der Kongreß den Unternehmen, ausländische Arbeitskräfte mit Indenturverträgen zu importieren, die sie verpflichteten, so lange für ein bestimmtes Unternehmen zu arbeiten, bis sie ihre Überfahrt abgezahlt hatten (Brecher, 10).
- 7 Durch die Isolierung der verschiedenen Sprachgruppen voneinander bildeten sich vielfach ethnische »Inseln«, auf deren Grundlage sich iso-

lierte, militante Proteste einiger dieser Gruppen entwickeln konnten. So berichtet Gutman, daß Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts eingewanderte Arbeiter in den Gewerkschaften einen überproportionalen Anteil ausmachten und führt dies auf ihre natürliche Neigung nach Schutz und der Möglichkeit, die eigene Kultur und Tradition zu wahren, zurück (48-49). Ähnlich die Argumentation von Fink, der davon ausgeht, daß ethnische Solidarität eine bedeutende Rolle bei den Arbeiteraufständen der achtziger Jahre spielte. Als Beispiele führt er die Mobilisierung von polnischen und irischen Arbeitern an, bei der ethnisches Bewußtsein und das Gefühl der Klassenzugehörigkeit sich gegenseitig zu bestärken schienen (66). Viele Jahre später machte die Kommunistische Partei die Erfahrung, daß es »verhältnismäßig schwierig war, Wurzeln unter den in Amerika geborenen, Englisch sprechenden Arbeitern zu schlagen« und erfuhr »Unterstützung hauptsächlich von den fremdsprachigen Verbänden ...« (Aronowitz, 142).

- 8 Åronowitz berichtet, daß 1907 im Stahlwerk von Homestead in Pennsylvania englischsprachige Einwanderer 16 Dollar in der Woche verdienten, in Amerika geborene weiße Arbeiter dagegen 22 Dollar; Schwarze erhielten 17 Dollar, und slawische Arbeiter, die zusammen mit den Schwarzen 15 Jahre zuvor als Streikbrecher angeheuert worden waren, um den berühmten Homestead-Streik zu zerschlagen, verdienten 12 Dollar (150).
- 9 Gutman argumentiert, daß die aufstrebenden Industrien den gelernten Handwerkern und Mechanikern in der Anfangszeit der amerikanischen Industrialisierung ungewöhnliche soziale Aufstiegschancen boten (211–233).
- 10 Roberta Ash weist darauf hin, daß die meisten städtischen Arbeiter Ende des 19. Jahrhunderts allerdings viel zu verarmt waren, um nach Westen ziehen zu können (36).
- Der Brauch, Gewerkschaftsführern Gehälter zu zahlen, die mit denen von Top-Managern vergleichbar sind eine Praxis, die in Europa bei weitem nicht so ausgeprägt ist –, ist ein Beleg für diese Tendenzen; die Praxis, Gewerkschaftsgelder in verschiedene Unternehmen zu investieren, ist ein weiterer.
- Diese Beziehungen zwischen Gewerkschaftsfunktionären und Unternehmern liefen oft über die Vermittlung von Politikern der örtlichen Parteiapparate. Vgl. die interessante Darstellung der Verbindungen zwischen Gewerkschaftsführern und Parteipolitikern bei Rogin.
- 13 Von 1880 bis 1930 erließen bundes- und einzelstaatliche Gerichte 1845 Verfügungen gegen Gewerkschaften (Bernstein, 1970, 200). Die Gerichte wurden auch dazu mißbraucht, Arbeiterführer unter falschen Anklagen wie Mord, Rebellion oder Anarchismus zu verurteilen, wie am Beispiel der Molly McGuires, Joe Hills, der Haymarket-

- Anarchisten, Big Bill Haywoods und Sacco und Vanzettis um nur die bekanntesten zu nennen deutlich wird.
- 14 In der Zeit von 1880 bis 1904 gaben die Gouverneure von Colorado mehr als eine Million Dollar für derartige Militäraktionen gegen Arbeiter aus, die sie durch die Ausgabe von »Aufstands«-Anleihen finanzierten (Boyer und Morais, 142).
- 15 Nirgendwo sonst war der Gebrauch von schwarzen Listen und der Einsatz von Privatarmeen so weit verbreitet. Es gab auch nirgendwo ein so ausgedehntes Spionagenetz der Unternehmer gegen die Arbeiter. Ende des 19. Jahrhunderts unterhielt Pinkerton mehr Agenten und »Reservisten«, als die stehende Armee der USA Soldaten (Brecher, amerikanische Ausgabe, 55).
- 16 Im Homestead-Streik von 1889 z.B. kämpften die Streikenden zunächst erfolgreich gegen Pinkertons und Streikbrecher, nur um sich dann der Nationalgarde von Pennsylvania und gerichtlichen Verfahren gegenüberzusehen, die den Streik schließlich brachen (Ash, 122).
- 17 Gutman argumentiert überzeugend, daß dies in mittelgroßen Industriestädten nicht immer der Fall war im Gegensatz zu den großen Metropolen. Während der schnell voranschreitenden Industrialisierung waren die Arbeiter in manchen Industriestädten in der Lage, genügend Rückhalt in der Bevölkerung zu gewinnen, um die Stadtverwaltungen bei Arbeitskonflikten zumindest zum Stillhalten zu veranlassen (234–260).
- 18 »In keinem anderen Land«, schreibt Lewis Lorwin, »haben Unternehmer vielleicht abgesehen von den Metall- und Maschinenfabrikanten in Frankreich die Gewerkschaften so ausdauernd, so entschlossen, so aufwendig und mit einem so ausgeprägten Glauben an die Gerechtigkeit ihrer Sache abgelehnt und bekämpft wie in Amerika. Und in keinem anderen westlichen Land sind die Unternehmer dabei von staatlichen Autoritäten, Regierungstruppen und Gerichten so sehr unterstützt worden.« (Hervorhebung von uns, 355)
- 19 Laut Ash gab es in dieser Periode 61 Arbeiterparteien.
- 20 Nach 1920 stabilisierte sich der Anteil der Fabrikarbeiter an der Erwerbsbevölkerung, während die Zahl der Einzelhandels- und Dienstleistungsbeschäftigten, der Regierungsangestellten sowie der Akademiker und freien Berufe rasch anstieg (Bernstein, 1970, 55-63).
- 21 U.S. Bureau of the Census, 1941.
- 22 U.S. Bureau of the Census, 1941, 340 und 346.
- 23 Einige Gruppen von Arbeitern waren besonders stark betroffen. Bernstein nennt Sägemühlen in Pennsylvania mit Stundenlöhnen von 5 Cents; Autofabriken, die Frauen 4 Cents in der Stunde zahlten, und sweatshops in Connecticut, die für eine 55-Stunden-Woche ganze 60 Cents auszahlten (1970, 319–320).
- 24 Als die UMW einen Tarifvertrag aushandelte, der Lohnkürzungen vor-

- sah, lehnten die Bergleute in Illinois ihn schlichtweg ab. Im Spätsommer 1932 errichtete die Nationalgarde das Kriegsrecht in dem Gebiet (Rees).
- 25 Schlesinger (1957, 182–183) und Bernstein (1971, 19–20) schildern diese Entwicklungen.
- 26 Die AFL hatte schon mit ihrer traditionellen Opposition gegen staatliche Eingriffe in die Lohn- und Arbeitszeitpolitik von denen sie fürchtete, daß sie die Rolle der Gewerkschaften schmälern könnten gebrochen und unterstützte eine Gesetzesvorlage des Senators Hugo L. Black aus Alabama, die eine 30-Stunden-Woche vorsah. Die Black-Vorlage genoß weitgehende Unterstützung im Kongreß, doch die Regierung, die sich um Rückhalt in der Industrie bemühte, machte sich für einen Alternativentwurf stark, der eine flexible Arbeitszeitregelung vorsah, die schließlich in den »National Industrial Recovery Act« integriert wurde (Bernstein, 1971, 22–29). Bernstein weist darauf hin, daß im Jahr 1929 nur 19% der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie weniger als 48 Stunden in der Woche arbeiteten eine Tatsache, die den USA eine einzigartige rückständige Stellung unter den industrialisierten Ländern einräumte (1971, 24).
- 27 Vgl. den Bericht über den Textilstreik im Piedmont bei Bernstein, 1970, 1–43; einen Bericht über einige der Bergarbeiter-Streiks liefert Nyden, 403–468.
- 28 Sie sollen, so wird erzählt, tatsächlich recht bekommen haben. Die Arbeiter erwischten Hugh Johnson, den Chef der »National Recovery Administration«, die im Rahmen des NIRA geschaffen worden war, im »Commerce Building«, erhielten seine schriftliche Bestätigung, und Philco gab nach. Doch diese Geschichte blieb eine Ausnahme.
- 29 David Dubinsky blieb eine bemerkenswerte Ausnahme unter den AFL-Bossen, denn sein Gehalt betrug nur relativ bescheidene 7500 Dollar im Jahr.
- 30 In einigen wenigen Fällen einigten sich Gewerkschaften und Management auf konkrete Programme zur Hebung der Produktivität, doch blieb die Zusammenarbeit primär auf Rhetorik beschränkt. Vgl. Nadworny.
- 31 Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften beruhen zwangsläufig auf Schätzungen. Die Schwierigkeiten bei der Aufstellung dieser Zahlen diskutiert Derber (3–7).
- 32 Das Berufsgewerkschaftsprinzip der AFL hatte in Wahrheit zu einer ziemlichen Verwirrung über den betrieblichen Einflußbereich der einzelnen Gewerkschaften geführt; dieser war weniger eine Folge der tatsächlichen Berufsverteilung, als interner Machtkämpfe zwischen den Mitgliedsgewerkschaften.
- 33 Von ähnlicher Voreingenommenheit zeugt die Bemerkung Harry McLauglins, des AFL-Generalsekretärs von Cleveland gegenüber

- einer Gruppe von Automobilarbeitern, die ihn 1932 aufgesucht hatten, um seine Unterstützung bei der Organisierung der Beschäftigten der »White Motors Company« in Cleveland zu erbitten: »Diesen Haufen Idioten da draußen kann doch keiner organisieren« (Prickett, 159). Einer dieser Automobilarbeiter war Wyndham Mortimer, der einer der bedeutendsten »organizers« der »United Automobile Workers« wurde.
- 34 In einigen Branchen, ganz besonders in der Textilindustrie, stellten die Statuten ein Mittel dar, mit dem die Branche dem Lohn- und Preisverfall infolge der harten Konkurrenz eine untere Grenze setzen konnte. In der Textilindustrie waren sie auch besonders wirkungsvoll: die durchschnittlichen Wochenlöhne stiegen von 10,90 Dollar auf 13,03 Dollar, und die Zahl der Arbeitsstunden fiel von 46 auf 33 Stunden (Walsh, 145).
- 35 Eine Umfrage des »National Industrial Conference Board« ergab, daß von 623 »company unions«, die im November 1933 in der verarbeitenden Industrie und im Bergbau existierten, etwa 400 nach Verabschiedung des NIRA gebildet worden waren. Eine Übersicht des »Bureau of Labor Statistics« über die gesamte Industrie stellte einen ähnlichen Prozentsatz fest (Bernstein, 1971, 39–40).
- 36 Diese Praktiken sind in den frühen zwanziger Jahren in der Industrie sehr populär gewesen und liefen unter der offiziellen Bezeichnung »American Plan«. Der »Plan« schloß den systematischen Gebrauch von schwarzen Listen, Spitzeln, einstweiligen Verfügungen und Propaganda ein. 1936 wurden diese Arbeitgebertechniken durch die »Mohawk Valley Formula«, die von Remington Rand zur erfolgreichen Bekämpfung von Streiks entwickelt wurde, weiter systematisiert. Zum Arsenal gehörten nun auch: die systematische Verleumdung von Gewerkschaftsführern als gefährliche Radikale, der Einsatz von Polizei zur Auflösung von Gewerkschaftsversammlungen, massive Propagandaaktionen in der Bevölkerung und der Aufbau privater vigilante-Gruppen zum Schutz von Streikbrechern (Bernstein, 1970, 478–479; Rayback, 343–344; Walsh, 216–228).
- 37 Walsh führt eine Reihe von Unternehmen auf, von denen bekannt ist, daß sie Spitzel in die Gewerkschaft eingeschleust hatten: Chrysler, General Motors, Quaker Oats, Wheeling Steel, Great Lakes Steel, Firestone Tire and Rubber, Post Telegraph and Cable, Radio Corporation of America, Bethlehem Steel, Campbell Soup, Curtis Publishing Company, Baldwin Locomotive Works, Montgomery Ward, Pennsylvania Railroad, Goodrich Rubber, Aluminum Company of America, Consolidated Gas, Frigidaire, Carnegie Steel, National Dairy Products und Western Union (206–207).
- 38 Der Anteil der Streiks, bei denen es um die Anerkennung einer Gewerkschaft ging, stieg von 19% im Jahre 1932 auf 45,9% 1934. Die

- Anerkennung der Gewerkschaft blieb auch bis 1942 die Ursache für ungefähr die Hälfte aller gemeldeten Arbeitsniederlegungen (nach Angaben des »Bureau of Labor Statistics«, zitiert bei Bernstein, 1950, 143, 144).
- 39 Anders gemessen: Die Gesamtzahl der aufgrund von Streiks verlorenen Arbeitstage stieg von einem monatlichen Maximum von 603000 Tagen vor Inkrafttreten des NIRA im Juni 1933 auf 1375000 im Juli und auf 2378000 im August, so daß die Gesamtzahl des Jahres 1933 die höchste seit 1921 war (Bernstein, 1971, 173).
- 40 Vgl. die Berichte über die Ereignisse von Toledo bei: Keeran, 164–172; Bernstein, 1971, 218–228; Brecher (amerikanische Ausgabe), 158–161; und Taft und Ross, 252.
- 41 Sieben Jahre später zettelte Tobin die Verfolgung von Führern der »Socialist Workers Party« nach dem »Smith Act« an, um die Führung des Ortsverbandes der »Teamsters« in Minneapolis zerschlagen zu lassen (Lens, 230–231).
- 42 Diese Gruppe war ein Ableger der kleinen und militanten »Maritime Workers Industrial Union«, die von Kommunisten organisiert worden war. Die MWIU begann 1932 mit der Organisierung von Hafenarbeitern in San Francisco, aber nachdem Absatz 7(a) verabschiedet worden war und der Ansturm auf die Gewerkschaften begonnen hatte, war es die alte »International Longshoremen's Association«, in die die Hafenarbeiter eintraten und mit ihnen die Gruppé von Radikalen aus der MWIU (Weinstein, 64–66).
- Diese Ereignisse werden geschildert in: Schlesinger, 1958, 394; Brecher, 151-159; Levinson, 73-74; Taft und Ross, 354.
- 44 Es existierte allerdings eine von Kommunisten angeführte Gewerkschaft, die »Auto Workers Union«. 1918 hatte die AWU rund 23000 Mitglieder angegeben. Sie wurde jedoch von der AFL ausgeschlossen, weil sie sich weigerte, ihren Anspruch auf Organisierung aller Arbeiter in der Autoindustrie aufzugeben. Während der Anti-Gewerkschafts-Kampagne Anfang der zwanziger Jahre wurde sie dann stark dezimiert. Zu diesem Zeitpunkt setzten die Aktivitäten der Kommunisten in der Gewerkschaft ein. Obwohl die AWU niemals viele Mitglieder gewann, spielte sie doch eine wichtige agitatorische und auch sonst hilfreiche Rolle bei den defensiven Streiks in den späten zwanziger Jahren und noch einmal in der Periode 1932/1933 (Keeran, 4–17, 43–48, 89–103).
- 45 Edelman schreibt dazu: »Die Industrie erfreute sich des großen Vorteils, bei der Formulierung der Industriestatuten sowohl die Initiative ergreifen zu können als auch über die notwendige ökonomische Macht zu verfügen. Unternehmerverbände erarbeiteten gewöhnlich die ersten Entwürfe und waren äußerst einflußreich, wenn Änderungsvorschläge bei Hearings diskutiert wurden. Die NRA-Verteter, die den

Hearings vorsaßen, kamen zum großen Teil aus der Industrie, was den Unternehmen einen weiteren Vorteil verschaftte, wenn ihre Positionen mit denen von Arbeitern oder Gewerkschaften in Konflikt gerieten. Einige NRA-Beamte und Gewerkschaften versuchten zwar, die paritätische Vertretung der Beschäftigten in den Statutenkommissionen zu erreichen, doch nur in 23 Fällen wurden Gewerkschaftsvertretern Sitz und Stimme gewährt, in 28 Fällen dagegen Sitz ohne Stimmrecht.« (166)

- 46 Die Bemühungen im New Deal, den Arbeitsfrieden in der Autoindustrie zu bewahren, werden näher ausgeführt bei: Fine, 31; Levinson, 57–62; Bernstein, 1971, 182–185.
- 47 Dies war der zweite Aufruhr in den Textilfabriken innerhalb von nur vier Jahren, und der zweite Ausverkauf durch die AFL. Als sich 1929 ein spontaner Streik im Piedmont ausgebreitet hatte, hatte AFL-Präsident Green eine Vortragsreise durch das Gebiet unternommen, auf der er an die Fabrikbesitzer appellierte, in Verhandlungen mit den Gewerkschaften einzutreten (Bernstein, 1970, 11-43).
- 48 Die Winkelzüge in der Textilindustrie während des New Deal schildern: Levinson, 73–76; Rayback, 331; Bernstein, 1971, 300–304.
- 49 Es wird vielfach behauptet, der »Railway Labor Act« von 1926 (mit seiner Novellierung von 1934) habe die Maßstäbe für den »Wagner Act« gesetzt. Fleming weist jedoch darauf hin, daß der »Wagner Act« in seiner Unterstützung der Gewerkschaften in mancher Hinsicht viel weiter ging: Er gestattete den »closed shop« (wonach nur Gewerkschaftsmitglieder eingestellt werden dürfen d. Ü.), den der »Railway Labor Act« untersagt hatte; er verbot Einschüchterungsversuche von seiten des Managements, während der »Railway Labor Act« Einschüchterungsversuche von beiden Seiten untersagt hatte; schließlich wurde der »Wagner Act« gegen die heftige Opposition der Wirtschaft verabschiedet, während der »Railway Labor Act« sowohl die Zustimmung der Gewerkschaften als auch der Unternehmer gefunden hatte (129).
- 50 Laut Walsh waren unter den 14000 Goodyear-Beschäftigten zur Zeit des Streiks 800 Gewerkschaftsmitglieder (139).
- Oas Abkommen sah außerdem vor, das Management werde »mit jedem oder allen Beschäftigten einzeln oder mit den von ihnen bestimmten Vertretern zusammentreffen«. Das tat das Goodyear-Management auch, ein ums andere Mal, ohne allerdings bis 1941 der Unterzeichnung eines Tarifvertrages zuzustimmen (Bernstein, 1971, 596–602). Einige Kritiker behaupten, die Gummiarbeiter wären bereit gewesen, für einen besseren Tarifvertrag noch länger durchzuhalten. Sie seien aber von den CIO-Führern und auch von kommunistischen Gewerkschaftern in Akron von ihrem Vorhaben abgehalten worden (Buhle, 238).

- 52 Das weitläufige Netz der GM-Corporation 69 Autofabriken in 35 Städten, einschließlich der »Fisher Body Corporation« war zunächst von der Depression schwer getroffen worden. Der Verkauf von Automobilen und Lastwagen war zwischen 1928 und 1932 in den USA um 74% gefallen, und die Nettogewinne der Gesellschaft waren von 296 Millionen Dollar auf weniger als 8,5 Millionen Dollar gesunken. Während des New Deal erholte sich das Unternehmen jedoch schnell. Bis 1936 vervierfachte sich der Verkauf von Autos und Lastwagen beinahe; die Zahl der Beschäftigten stieg um das doppelte (Fine, 20–25).
- 53 Einige waren aber auch unabhängigen Gewerkschaften beigetreten: der »Mechanics Educational Society of America«, einer unabhängigen Gewerkschaft von Werkzeugmachern, die von den »Industrial Workers of the World« organisiert wurde; und der »Automotive Industrial Workers Association«, die etwas später von Richard Frankensteen aufgebaut wurde.
- Vgl. Kraus für eine ähnliche Schilderung eines Sitzstreiks in Flint vom November 1936, nur wenige Wochen vor dem großen Sitzstreik. Kraus war Kommunist und Redakteur der Flint-Streikzeitung.
- 55 Als Walt Moore, ein kommunistischer »organizer« in Flint, William Weinstone, den KP-Vorsitzenden im Staate Michigan, davon unterrichtete, daß der GM-Streik unmittelbar vor der Tür stehe, war Weinstone schockiert: »Du hast doch Flint noch gar nicht organisiert. Worüber redest du?« Moore antwortete: »Bill, wir können es nicht verhindern. Die Stimmung ist einfach zu aufgeputscht.« (Keeran, 241–242)
- 56 Als Mortimer im vorhergehenden Juni in Flint angekommen war, hatten die dortigen Ortsverbände nur 122 Mitglieder, von denen die meisten für GM-Spitzel gehalten wurden. Es ist anzunehmen, daß in den folgenden Monaten vor dem GM-Streik die Mitgliederzahl stieg, doch ist unklar, um wieviel.
- 57 Der Gouverneur überredete außerdem den Staatsanwalt von Genesee County, 300 Blanko-Haftbefehle gegen Streikende, die nach der »Battle of the Running Bulls« erlassen worden waren, nicht zu vollstrecken und Victor Reuther, Robert Travis und Henry Kraus, die alle an der Schlacht beteiligt gewesen waren, gegen Kaution wieder auf freien Fuß zu setzen (Keeran, 264–265).
- 58 Lee Pressman, ein CIO-Anwalt, hatte eine frühere Verfügung verhindert, indem er nachwies, daß der vorsitzende Richter ein umfangreiches Paket von GM-Aktien besaß.
- 59 Die Botschaft war von »organizer« Bob Travis und von Lee Pressman formuliert und dann von den Arbeitern genehmigt worden (Keeran, 272).
- 60 Sowohl der Sheriff als auch Richter Gadola erklärten, daß nichts unternommen werden könne, solange GM nicht ein Ersuchen um Festnahme (writ of attachment) gestellt habe. Eine entsprechende Anord-

nung des Gerichts, die den Sheriff anwies, alle Sitzstreikenden, Streikposten und Funktionäre der UAW festzunehmen, erging zwei Tage später. Daraufhin ersuchte der Sheriff den Gouverneur, der Nationalgarde die Durchführung des Gerichtsbeschlusses zu befehlen, doch zu dem Zeitpunkt war GM bereits am Verhandlungstisch, und so wies der Gouverneur das Ersuchen zurück. Auf alle Fälle schien die Nationalgarde ohnehin nicht geneigt, einen Angriff auf die Tausende von Menschen innerhalb und außerhalb der Fabriktore zu riskieren (Fine, 292–294).

Oarstellungen des General Motors-Streiks finden sich bei: Fine, 302–312; Keeran, 225–285; Thomas Brooks, 183–186; Levinson, 160–168; Prickett, 180–202.

62 Laut Matles und Higgins dienten auch im General Electric-Werk in Schenectady (64) und in der Westinghouse-Fabrik in East Pittsburgh (78) »company unions« als Vehikel für gewerkschaftliche Basisaktivitäten.

- 63 Lynd zitiert einen Brief, den Thomas W. Lamont (als Vertreter des Hauses Morgan und von U. S. Steel) ein paar Jahre später an Präsident Roosevelt schrieb und in dem er die Entscheidung von U. S. Steel, Verhandlungen aufzunehmen, begründet. Offensichtlich fürchtete der Unternehmensvorstand die enormen Kosten eines größeren Streiks, wie General Motors ihn gerade durchgestanden hatte. Ein Streik, so fügte Lamont hinzu, könnte sich ferner »als eine solch schwere Krise erweisen, daß er beinahe eine soziale Revolution darstellt«. Der Plan, wie der Streik verhindert werden konnte, war nicht schwer zu ersinnen: einfach »das C/O als den führenden Verhandlungspartner anerkennen« (Lynd, 1974, 32).
- 64 Diese unterschiedliche Handhabung von Gewerkschaftsproblemen durch Industrievertreter auf der einen und die Finanzleute der Wall Street auf der anderen Seite war schon vorher in der Stahlindustrie evident geworden. Zum Beispiel hatten Anfang des Jahrhunderts Vertreter des Finanzkapitals im Aufsichtsrat von U.S. Steel gegen den Widerstand der Industrievertreter betriebliche Sozialprogramme durchgesetzt.
- 65 Vgl. die detaillierte Schilderung des Einsatzes lokaler Polizeikräfte zur Nicderschlagung des Little-Steel-Streiks, sowie der Techniken, mit denen Lokalverwaltungen dazu gebracht wurden, sich den Interessen der Unternehmen unterzuordnen, bei Walsh, 75–95. In Youngstown, Ohio, wurde zum Beispiel jeder »organizer« in der Region mindestens einmal ins Gefängnis geworfen, und manche sogar fünf- oder sechsmal (84).
- 66 Aus Angst, er könne im ganzen Land Ausschreitungen auslösen, wurde ein Wochenschaubericht über das Ereignis von der Paramount unterdrückt. Der Film wurde später dem LaFollette-Komitee in einer

- geheimen Vorführung gezeigt. Eine detaillierte Schilderung des Films findet sich bei: Hofstadter und Wallace, 179–184.
- 67 Republic war offensichtlich der größte Käufer von Tränengas und Übelkeit erregendem Gas im Land, zusätzlich zu dem übrigen umfangreichen Waffenarsenal, das das Unternehmen angelegt hatte.
- 68 Im Herbst 1941 wurde die Gewerkschaft schließlich von den vier wichtigsten Unternehmen der Little Steel-Gruppe anerkannt, allerdings erst nach einem militanten Streik bei Bethlehem Steel.
- 69 Fine berichet, daß über 50% der Sitzstreiks im Jahre 1937 mit »substantiellen Gewinnen« endeten und in über 30% Kompromisse ausgearbeitet wurden (332).
- 70 Walsh schätzt, daß nur 25 von insgesamt rund 1 000 Sitzstreiks von der Polizei gebrochen worden seien (60).
- 71 Laut Arthur M. Ross besteht eine direkte Beziehung zwischen den in 65 Branchen zwischen 1933 und 1945 gezahlten realen Stundenlöhnen und dem jeweiligen Organisierungsgrad. Zitiert bei Bernstein, 1971, 775.
- 72 Brecher weist z.B. darauf hin, daß sich die großen Eisenbahner-Streiks von 1877 zu einem Zeitpunkt ereigneten, als der Organisierungsgrad niedrig war; die Mitgliedschaft der nationalen Gewerkschaften war von 300000 im Jahre 1870 auf ungefähr 50000 gefallen (22). Darüber hinaus hatte die »Trainsmen Union« mit dem Ausbruch der Streiks nichts zu tun. Bei der Streikwelle von 1886 erwiesen sich die »Knights of Labor« als zurückhaltender Partner: die Arbeiter legten erst die Arbeit nieder und schlossen sich später den Knights an. Terrence Powderly, der Führer der Knights, klagte, »die Mehrheit der Neulinge genügte nicht den Qualitätsansprüchen, die der Orden (der volle Name der Knights lautete: Der edle Orden der Ritter der Arbeit d. Ü.) in der Vergangenheit gestellt hatte«, und suspendierte die Organisierung neuer Arbeitergruppen (Brecher, 48). Zu Beginn des Bergarbeiterstreiks von 1894 hatte die »United Mine Workers« nicht mehr als 20000 Mitglieder, doch 150000 Männer schlossen sich dem Streik an. Und bei dem Streik der noch jungen »American Railway Union« gegen die Pullman Company im selben Jahr war fast die Hälfte der 260 000 Arbeiter, die sich dem Ausstand anschlossen, nicht in der Gewerkschaft. Gleichzeitig ignorierten die älteren Eisenbahner-Bruderschaften den Streik, ermutigten sogar Streikbrecher, wie sie es auch während des wilden Eisenbahnerstreiks von 1919 wieder taten (Brecher, 83, 89). Während des großen Stahlarbeiterstreiks von 1919 war die Unterstützung durch die AFL ähnlich zurückhaltend, und die »Amalgamated Association of Iron and Steel Workers« rief ihre Mitglieder sogar während des Streiks an ihre Arbeitsplätze zurück.
- 73 Brecher berichtet, die AFL habe bei lokalen Arbeitskämpfen der Automobilarbeiter vor dem Flint-Streik als Streikbrecher fungiert. Sie habe

- ihre Männer unter Polizeischutz an den Streikposten vorbeiziehen lassen (168).
- 74 Das LaFollette-Komitee berichtete, die Zahl der UAW-Mitglieder sei zwischen 1934 und 1936 von 26000 auf 120 gefallen. Fine berichtet, daß die fünf Ortsverbände in Flint im Juni 1935 757 zahlende Mitglieder hatten, die Detroiter GM-Ortsverbände 423 Mitglieder und die übrigen GM-Ortsverbände in Michigan 65 Mitglieder (41, 71).
- 75 Fine glaubt nicht, daß das die ganze Wahrheit ist. Er weist darauf hin, daß das CIO im August 1936 drei »organizers« in der Autoindustrie beschäftigte, stimmt jedoch zu, daß das CIO vor den GM-Sitzstreiks dort nicht mit demselben Engagement tätig war wie in der Stahlindustrie (93). In der Tat habe Adolph Germer, der Vertreter Lewis' in der UAW, die Gründung eines GM-Komitees unter den Gewerkschaftern vereitelt, um die Konfrontation mit GM zu verhindern (92–93).
- 76 Dieser Einschätzung stimmt sogar der Trotzkist Max Shachtman zu. Er schrieb über die dreißiger Jahre: »Es ist keine Übertreibung, daß 95% der Leute, die sich in jener Zeit politisch radikalisierten, Kommunisten wurden oder sich innerhalb des Einflußbereichs der [kommunistischen] Führung bewegten...« (zitiert bei Keeran, 187).
- 77 Die Mitgliedschaft der Partei verringerte sich von etwa 16000 Anfang 1925 auf 9 500 Ende der zwanziger Jahre (Weinstein, 40).
- 78 So kritisierten zum Beispiel führende Parteifunktionäre die KP-Mitglieder in Cleveland, weil sie »mit den wichtigen Details gewerkschaftlicher Organisierung so beschäftigt waren, daß die Partei, was die konkrete Arbeit im Betrieb angeht, völlig vergessen wird«. Auch rügte die Partei eine der Betriebszeitungen für Automobilarbeiter, weil sie politische Fragen ignoriert habe (Keeran, 162).
- 79 Prickett zitiert eine Rede von John Stachel, dem Gewerkschaftsreferenten der Partei, die zeigt, daß sich die Partei bewußt war, wie nützlich die Rhetorik des New Deal zur Beflügelung der Arbeiter war: »Zweitens redet Roosevelt über höhere Löhne in den »sweatshops«, er läßt Untersuchungen gegen Morgan & Co. durchführen, etc. Was die Arbeiter angeht, die haben große Illusionen, die glauben an all das, und genau wegen ihrer Illusionen werden sie aufgebracht und sind eher bereit, den Kampf aufzunehmen. Roosevelt sagt, keine »sweatshops« mehr. Gut, also kämpfen wir gegen sie. Roosevelt sagt, hohe Löhne. Sehr gut, laßt uns hohe Löhne kriegen. . . . Das Gesetz zum Wiederaufschwung und das ganze Roosevelt-Programm sind ein zweischneidiges Schwert, das wir dazu benutzen können, eben die Illusionen, die er zu schaffen versucht, zu zerstören. « (156)
- 80 Mancur Olson vertritt die interessante These, daß ungeachtet der Größe der Erfolge, die mit Hilfe von Gewerkschaften erzielt werden können – eine aktive und ausgedehnte Mitgliedschaft nicht einmal unter den günstigsten Bedingungen gewahrt werden könne, eben weil

die Erfolge kollektiver Natur waren und deshalb nicht als Belohnung für Mitgliedschaft aufgeteilt oder als Sanktion für Nicht-Mitgliedschaft vorenthalten werden konnten. Folglich gab es für den einzelnen kaum einen Anreiz, seinen Beitrag zur Gewerkschaft weiterhin zu leisten. Die von der Regierung auferlegten Zwänge schafften nach 1937 diese objektiven Hindernisse für den Fortbestand von Gewerkschaften aus dem Weg.

- 81 Die AFL hat eindeutig versucht, aus ihrem konservativen Image in den Auseinandersetzungen mit den Unternehmern Kapital zu schlagen. So schickte der Vorsitzende der »International Association of Machinists«, Arthur Wharton, im Frühjahr 1937 eine Direktive an die IAM-Funktionäre, in der es hieß: »Der Sinn dieser Mitteilung ist es, alle Funktionäre und Repräsentanten anzuweisen, mit den Unternehmern an ihrem Ort Kontakt aufzunehmen, um die Organisierung der Betriebe und Fabriken vorzubereiten. Wir haben nicht gezögert, den Unternehmern, mit denen wir gesprochen haben, mitzuteilen, daß der >closed shop die beste Grundlage für Beziehungen mit uns ist, weil wir dann in der Lage sind, von unseren Mitgliedern die Einhaltung der Bestimmungen eines abgeschlossenen Tarifvertrages zu verlangen. Zusammen mit unserer bekannten Vertragstreue gibt das dem Unternehmer die Vorteile, auf die er Anspruch hat, wenn er mit uns einen Tarifvertrag abschließt. Außerdem versetzt es uns in die Lage, Sitzstreiks, sporadische Störungen, Bummelstreiks und andere kommunistische Störaktionen und Zersetzungsmethoden des CIO zu verhindern« (zitiert bei Matles und Higgins, 48).
- 82 Derber nimmt folgende Schätzungen des Anstiegs gewerkschaftlicher Organisierung von 1930 bis 1940 vor: für den Bereich Transport, Kommunikation und öffentliche Versorgung von 23 auf 48%; für Bergbau, Steinbrüche und Ölförderung von 21 auf 72%; und für die gesamte verarbeitende Industrie von 9 auf 34% (17). Insgesamt stieg nach Angaben des U.S.-Arbeitsministeriums der Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern an den Gesamtbeschäftigten in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben zwischen 1933 und 1940 von 11 auf 27% (U.S. Department of Labor, 1972).
- 83 Es gab dennoch unmittelbar nach Unterzeichnung des Abkommens eine Vielzahl von Arbeitsniederlegungen. Walsh berichtet von 200 Arbeitsniederlegungen bis Ende Juni 1937 (134); Keeran berichtet, daß es in den ersten beiden Monaten nach Unterzeichnung des Tarifvertrages mit GM 30 wilde Streiks von GM-Arbeitern gegeben habe, und in den zwei Jahren zwischen Juni 1937 und 1939 meldete GM 270 Arbeitsniederlegungen und Bummelstreiks, Chrysler 109, Hudson über 50 und Packard 31 (292). Montgomery betont, für die Arbeiter bedeutete »die Anerkennung ihrer Gewerkschaften ... zunächst einmal ..., daß Konflikte am Arbeitsplatz eher entfesselt als verhindert

wurden« (73). Während aber der Sieg der Gewerkschaften den Arbeitern zweifellos Mut machte, verurteilte die Gewerkschaft die Arbeitsniederlegungen und versprach laut Walsh, die verantwortlichen Gewerkschaftsmitglieder zur Verantwortung zu ziehen (134). Im September 1937 sandte UAW-Präsident Homer Martin einen »letter of responsibility« an GM, in dem er der Gesellschaft das Recht zusicherte, jeden Beschäftigten zu entlassen, den sie für schuldig hielt, einen nicht von der Gewerkschaft autorisierten Streik angezettelt zu haben (Keeran, 302).

84 In diesen 14 Jahren ließen die Stahlunternehmen einfach immer zum Ende der dreijährigen Laufzeit eines Tarifvertrags ihre Lagerbestände anwachsen. Die Gewerkschaft wirkte an dieser Praxis mit, so daß der Streikverzicht an sich keine größere Veränderung in der Politik der

Gewerkschaft bedeutete (Bogdanich, 172).

85 Radikale Historiker haben in der Regel argumentiert, daß die Gewerkschaften in der Tat die Arbeiterschaft diszipliniert und damit Rationalisierungen in der Industrie gefördert hätten. Sie behaupten weiterhin, die Gewerkschaften hätten Rationalisierungen erleichtert, indem sie Plänen zur Kapitalintensivierung zugestimmt hätten. Das letztere Argument erscheint uns sowohl in historischer als auch in logischer Hinsicht zu schwach. Die Mechanisierung der Stahlindustrie und die Rationalisierung der Produktionsmethoden wurden erst durchgesetzt, nachdem es den Unternehmen gelungen war, die Gewerkschaft der Facharbeiter, die »Amalgamated Association of Iron, Tin and Steel Workers«, zu zerschlagen. Die berühmte Aussperrung durch Carnegie in Homestead war die erste Schlacht einer erfolgreichen Strategie der Stahlunternehmen, die Gewerkschaft zu zerstören; erst nachdem die Gewerkschaft dezimiert worden war, fand die Mechanisierung statt (Stone). Darüber hinaus erscheint es nicht einleuchtend, davon auszugehen, die Abwesenheit von - entweder kollaborierenden oder sich widersetzenden – Gewerkschaften hätte ein Hindernis für die Kapitalintensivierung nach dem Zweiten Weltkrieg sein können (als wichtige Gewerkschaften wie die UAW, die UMW und die ILA in der Tat bei der Umsetzung solcher Pläne mitwirkten).

Das erste Argument ist für unsere Analyse jedoch von zentralerer Bedeutung, und es will uns scheinen, als seien die Beweise noch immer schlüssig. Es steht kaum in Frage, daß die Gewerkschaften die Verantwortung für den störungsfreien Ablauf der Produktion übernahmen, doch die Streikwellen der vierziger und fünfziger Jahre lassen ernste Zweifel am Erfolg dieser Bemühungen aufkommen. Um die Frage zu klären, wäre es notwendig, sich auf einigermaßen präzise und kontinuierlich erhobene Daten über Streikausfalltage in Relation zur Gesamtbeschäftigung, aufgeschlüsselt nach gewerkschaftlich organisierten und gewerkschaftlich nicht organisierten Bereichen, stützen zu können. Die gewöhnlich präsentierten Aggregatdaten über den Anstieg der Produktivitätsraten in der verarbeitenden Industrie nach Anerkennung der Gewerkschaften sind nicht voll schlüssig. Die gewerkschaftliche Organisierung könnte durchaus mit steigender Produktivität einhergegangen sein, ohne sie verursacht zu haben.

- 86 Die UAW stimmte schon 1945 »company security«-Klauseln in den Tarifverträgen mit Chrysler und Ford zu. Diese Bestimmungen gaben der Betriebsleitung das ausdrückliche Recht, Arbeiter, die in wilde Streiks verwickelt waren, zu disziplinieren (Lichtenstein, 67). C. Wright Mills berichtet über einen späteren UAW-Vorschlag von 1946, nach dem die Gewerkschaft die Bestrafung eines »jeden Vorgesetzten oder Beschäftigten, der schuldig befunden wurde, eine unautorisierte Arbeitsniederlegung angezettelt, geschürt oder angeführt zu haben«, übernehmen sollte. Kurz darauf unterschrieb ein Ortsverband der Stahlarbeitergewerkschaft einen Tarifvertrag, nach dem die Gewerkschaft für die Kosten eines Streiks oder einer Arbeitsniederlegung verantwortlich gemacht werden konnte. Ein lebendiges Bild über die heutige Rolle der UAW bei der Disziplinierung von rebellischen Basisgewerkschaftern zeichnen: Gamson; Georgakas und Surkin; Ward; und Weir. Michels hatte schon lange zuvor erklärt, warum Gewerkschaften in dieser Rolle nützlich waren: »Ihren eigenen Führern sind die Massen viel gefügiger als den Regierenden. Sie lassen sich vielfach von ihnen Mißhandlungen gefallen, die sie von jenen nie ertragen würden... den Druck ihrer eigenen, selbstgewählten Führer spüren sie häufig überhaupt nicht« (151).
- 87 Auch hier sei wieder an Michels ernste Warnungen erinnert: »Idealismus allein ist bei der Mehrzahl der Menschen zur Pflichterfüllung ein ganz ungenügender Antrieb. Enthusiasmus ist keine Ware, die andauernd auf Lager gehalten zu werden vermag. Die gleichen Menschen, die in einem Augenblick, oder sagen wir, selbst in einigen Monaten heller Begeisterung bereit sind, um einer großen Idee willen sogar Leib und Leben aufs Spiel zu setzen, sind oft zu dauernder Arbeit im Dienste der gleichen Idee selbst dann unfähig, wenn sie nur relativ geringe, aber ständige Opfer erfordert... Daher ist es auch in der Arbeiterbe wegung notwendig, daß der Führer noch einen anderen Lohn empfange als etwa die Anhänglichkeit der Geführten und das Bewußtsein eines guten Gewissens.« (124)

Vielleicht ist es unnötig zu ergänzen, daß, wenn Regierung und Industrie viele dieser prosaischen Belohnungen kontrollieren, sich die Führer der Arbeiterbewegung zu ihnen hin orientieren werden.

88 Während des Zweiten Weltkrieges hatten sich die Gewerkschaften daran gewöhnt, auch ohne Streiks viele neue Mitglieder zu gewinnen. »Nach 1942 machten die vom NLRB durchgeführten Wahlen und getroffenen Entscheidungen Anerkennungsstreiks überflüssig.

432

Tarifvertragliche Absicherungen des Mitgliederstandes gewährleisteten einen beständigen Beitragsstrom in die Kassen der Gewerkschaften, und unerfahrene Gewerkschaftsfunktionäre saßen Seite an Seite mit Vertretern von Regierung und Wirtschaft in Hearings über Beschäftigung, Gewerkschaftsfragen und Kriegsproduktion.« (Schatz, 194)

89 C. L. R. James fällt das vernichtendste Urteil von allen: »Seitdem [der CIO geschaffen wurde] ist die Geschichte der Produktion geprägt von der Korruption der [Gewerkschafts-]Bürokratie und ihrer Transformation in ein Instrument kapitalistischer Produktion, von der Restauration der Vorrechte, die die Bourgeoisie 1936 verloren hatte, vor allem des Rechts zur Festsetzung des Produktionsstandards. Ohne diese vermittelnde Rolle der Bürokratie würde die Produktion in den Vereinigten Staaten so lange heftig und fortwährend gestört werden, bis eine Klasse der unumstrittene Herr wäre.« (23)

90 Pricket, ein den Kommunisten nahestehender Historiker, weist dennoch darauf hin, daß mit zunehmender Konsolidierung ihrer Positionen in den CIO-Organisation die politischen Überzeugungen der Kommunisten undeutlich und ihre Beziehungen zur kommunistischen Basis und Parteiführung brüchig wurden (392).

91 Laut DeCaux war »Lewis... entschlossen, es Roosevelt nicht zu erlauben, die Unterstützung der Gewerkschaften als selbstverständlich hinzunehmen, auch wenn er selbst dabei politisch draufgehen sollte«; auch kritisierte er andere CIO-Führer heftig, weil sie »den Einfluß des CIO durch das Angebot, FDR bedingungslos zu unterstützen«, geopfert hätten (357). Lewis entschied sich daher 1940, den Republikanischen Kandidaten Wendell Wilkie zu unterstützen, doch war dies unter den herrschenden Umständen eine nutzlose Geste.

92 Bernstein erwähnt eine Wahlanalyse aus 63 Landkreisen und 14 Städten, die zeigte, daß Roosevelt überall da besonderen Erfolg hatte, wo auch der Anteil von CIO-Mitgliedern hoch war (1971, 720). Schattschneider berichtet über weitere Umfragen aus jener Zeit, wonach 79 bzw. 78% der CIO-Mitglieder 1940 bzw. 1944 für Roosevelt stimmten (49).

93 Der CIO beschleunigte seine Wahlkampfaktivitäten wegen der Verabschiedung des »Smith-Connally Act«, der – neben anderen gewerkschaftsfeindlichen Bestimmungen – Spenden der Gewerkschaften für Kandidaten in Bundeswahlen untersagte. Um diese Einschränkungen zu umgehen, betrieb der CIO schon lange vor dem Wahltag »politische Bildung« (De Caux, 339-440).

94 Lichtenstein führt über die Wahlen von 1944 weiter aus: »Wo Stimmen für einen unabhängigen Standpunkt laut blieben und eine Allianz mit den Demokraten zu gefährden drohten, mobilisierte Hillmann das PAC, um sie zum Schweigen zu bringen. In New York verknüpf-

te Hillman seine einstmals antikommunistische Amalgamated Clothing Workers« mit den kommunistischen Gewerkschaften der Stadt, um den Sozialdemokraten Dubinskys die Kontrolle über die American Labor Party« zu entreißen und die Parteiorganisation im Staat New York zu einem unkritischen Anhängsel der Demokratischen Partei dort zu machen. In Michigan, wo eine lebensfähige Parteiorganisation der Demokraten kaum existierte, bekämpfte das PAC erfolgreich die Bestrebungen einiger radikaler UAW-Mitglieder, die erreichen wollten, daß das PAC in ihrem Staat nur diejenigen Demokratischen Kandidaten unterstützen sollte, die sich für ein garantiertes Jahreseinkommen und andere bekannte Forderungen des CIO einsetzten.«

95 Die Beteiligung der Mitglieder an Wahlkämpfen ging jedoch deutlich zurück. Greenstone schreibt dazu: »Zwei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg wurde eine zweifache ›Krise‹ mehr als deutlich: einmal der Rückgang des politischen Interesses an der Basis und zum anderen die schwindende Radikalität der Gewerkschaftsfunktionäre. Im Gegensatz dazu nahmen die organisatorischen Ressourcen dramatisch zu.« (58)

96 Harry Millis, ein Ökonom von der University of Chicago, der Mitglied des NLB vor dem »Wagner Act« gewesen und maßgeblich an der Entwicklung des »Wagner Act« beteiligt war, schrieb später, der Ausschuß habe Mitte der vierziger Jahre »alles getan, um den Unternehmern entgegenzukommen«, und dann auch die Schutzbestimmungen des »Wagner Act« in der Regel nicht mehr durchgesetzt (Millis und Brown).

97 Kommunisten spielten in diesem und anderen Streiks der Vorkriegszeit in der Tat eine wichtige Rolle. Da zudem das Wiederaufleben kommunistischer Militanz mit dem Hitler-Stalin-Pakt und der durch die Partei ausgesprochenen Mißbilligung des europäischen Konflikts als eines imperialistischen Krieges in Zusammenhang stand, gab es eine gewisse Berechtigung für die Verurteilung der Kommunisten.

98 Die realen Wochenlöhne nahmen während des Krieges zu, allerdings hauptsächlich aufgrund längerer Arbeitszeit. Außerdem hatten die Arbeiter die Last neuer Kriegssteuern zu tragen, die die Lohnsteuerpflicht auf Millionen von Arbeitern mit niedrigem Einkommen ausdehnte, die zuvor davon ausgenommen waren.

99 Die Anzahl wilder Streiks nahm zwischen 1943 und 1944 beständig zu. Preis berichtet, daß die Zahl der durch Streiks verlorenen Arbeitstage sich 1943 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdreifachte, und 1944 gab es laut Brecher mehr Streiks als jemals zuvor in einem Jahr in der amerikanischen Geschichte (197).

100 Die Kommunisten in den Gewerkschaften gehörten zu den glühend-

sten Verfechtern des Streikverzichts; eine Haltung, die sich aus der gefährdeten Situation der UdSSR während des Krieges ergab.

101 Roosevelt legte sein Veto gegen das Gesetz ein, doch der Kongreß überstimmte das Veto noch am selben Tag. Aus Dankbarkeit für das Veto bekräftigten die CIO-Führer den Streikverzicht.

Infolge des Streikverzichts begann 1942 die Mitgliederzahl einiger Industriegewerkschaften zu schrumpfen; auch bekamen die Gewerkschaften Schwierigkeiten bei der Eintreibung ihrer Beiträge. Das »War Labor Board« löste das Problem, indem es seine Haltung zum »union shop« modifizierte (Lichtenstein, 53). Mit Ausnahme der UMW (die den »union shop« durch ihren Streik von 1941 gewonnen hatte) konnten sich die Gewerkschaften jetzt auf »maintenance of membership«Klauseln stützen, nach denen ein Beschäftigter innerhalb einer Frist von 15 Tagen nach der Einstellung seinen Austritt aus der Gewerkschaft erklären konnte.

103 Sitkoff nennt Trumans Radioansprache, in der er damit drohte, Streikende zum Militär einzuziehen und die Züge von Armeeangehörigen fahren zu lassen, »die schneidendste gewerkschaftsfeindliche Rede eines Präsidenten seit der von Grover Cleveland« (85).

Wieder war es Lewis, der versuchte, den Trend zur Anpassung an die Regierung aufzuhalten, indem er vorschlug, alle Gewerkschaften sollten sich weigern, die Distanzierung von der Kommunistischen Partei zu unterzeichnen, und der Bestimmung damit den Boden zu entziehen. Die AFL, der sich die UMW inzwischen wieder angeschlossen hatte, lehnte seinen Vorschlag ab (De Caux, 478). Einige der CIO-Gewerkschaften weigerten sich, die Erklärungen zu unterzeichnen, allerdings nur für kurze Zeit (Matles und Higgins, 167–170).

Viele Historiker stimmen darin überein, daß Trumans Strategie bei der Behandlung des "Taft-Hartley-Act« nicht darauf abzielte, die Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern, sondern sich Vorteile für die anstehende Wahl zu verschaffen. Selbst sein symbolisches Zugeständnis war vermutlich nur nötig, weil Henry Wallace mit seiner dritten Partei auf die Unterstützung der Gewerkschaften abzielte. Trumans Strategie hatte Erfolg: die Gewerkschaften unterstützten ihn mit aller Kraft. A. F. Whitney, der Präsident der "Brotherhood of Railway Trainmen«, hatte zum Beispiel angedroht, sämtliche finanziellen Mittel seiner Gewerkschaft einzusetzen, um Truman zu schlagen, nachdem dieser vorgeschlagen hatte, die streikenden Eisenbahner zum Militär einziehen zu lassen. Doch das Veto, erklärte Whitney, habe Truman von seiner Schuld befreit und Unterstützung für Wallace stehe "nicht zur Debatte« (Yarnell, 22–25). Vgl. die ähnlichen Darstellungen der Strategie Trumans bei: Sitkoff, 92–97; Hartmann, 86–91.

106 Im Präsidentschaftswahlkampf von 1952 setzte sich der Demokratische Kandidat Adlai Stevenson sogar noch von Trumans heftiger rheto-

rischer Opposition gegen den »Taft-Hartley-Act« ab. Vgl. Martin, 540, 643, 660, 691.

107 Schattschneider präsentiert in seinem 1960 veröffentlichten Buch interessante Daten, die zeigen, daß die Gewerkschaften bei Präsidentschaftswahlen bestenfalls 960000 Stimmen in die Waagschale werfen können. Er gelangt zu dieser Schlußfolgerung, indem er die Zahl der Arbeiter, die wahrscheinlich auch dann Demokratisch wählen würden, wenn sie keine Gewerkschaftsmitglieder wären, von der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Wähler abzieht. Schattschneider folgert daraus, »daß es nahezu unmöglich ist, Interessenpolitik in Parteipolitik zu übersetzen« (47–61).

Sogar in bezug auf den »Taft-Hartley Act« hatten die Gewerkschaften nur begrenzten Einfluß auf ihre Mitglieder. So zitiert Wilson Umfrageergebnisse aus dem Wahlkampf von 1952, die besagen, daß nur 29% der Gewerkschaftsmitglieder die Aufhebung des Gesetzes forderten; 41% hatten keine Meinung, und der Rest war tatsächlich für die Beibe-

haltung des Gesetzes (1973, 338-339).

108 Wyndham Mortimer (der wegen seiner führenden Rolle beim North American-Streik von der UAW suspendiert wurde) sagte später, er habe der UAW-Führung mitgeteilt, »wäre der Streik autorisiert worden, hätte die Armee nicht eingegriffen« (zitiert bei Keeran, 348).

Mills berichtet, daß sogar während des Little-Steel-Streiks, in dem die öffentliche Meinung gegen die Streikenden war, 44% der Unterschicht und 18% der Oberschicht die Streikenden unterstützt hätten (43).

Gerald P. Swope, Chef von General Electric, hatte William Green von der AFL schon im Jahre 1926 gedrängt, Industriegewerkschaften zu gründen. Es würde »den Unterschied [bedeuten] zwischen einer Organisation, mit der wir auf einer geschäftsmäßigen Basis zusammenarbeiten könnten und einer Organisation, die nur endlose Schwierigkeiten mit sich brächte« (Radosh). Bernstein liefert eine ähnliche Einschätzung der Motive des Ölmagnaten Harry Sinclair für den Abschlußeines Tarifvertrages mit den Ölarbeitern im Mai 1934 (1971, 115). In einigen Branchen, besonders der Bekleidungsindustrie, spielten die Gewerkschaften außerdem eine wichtige Rolle bei der Regulierung eines fragmentierten, in viele kleine Unternehmen zersplitterten Industriezweigs.

111 So schätzte Leonard Silk 1969, daß das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Arbeiters beträchtlich über dem nationalen Durchschnittseinkommen lag (11). Seine Daten zeigen jedoch auch, daß andere Arbeiter, die nicht in den Massenindustrien beschäftigt waren und keiner Gewerkschaft angehörten, bei weitem nicht so gut gestellt waren und als Konsumenten zudem die Last der aus steigenden Profiten und Löhnen in den Massenindustrien resultierenden Inflation zu tragen hatten. 1 Es gibt eine Tendenz in Teilen der Linken, diese Fortschritte zu ignorieren. Ein typisches Beispiel für diese Einschätzung liefert Robert L. Allen, ein Sprecher der schwarzen Linken, wenn er sagt: »In ihren besten Tagen umgab die Integrationsbewegung eine Aura, die fast die gesamte schwarze Bevölkerung in ihren Bann schlug, doch der Hauptnutznießer dieser Bewegung war die schwarze Bourgeoisie.« (26) Diese Aussage trifft sicherlich auf die ökonomischen Fortschritte während der Bürgerrechtsära zu: die alt eingesessenen und neu entstandenen Mittelschichten waren die Hauptnutznießer. Darüber hinaus meinen wir jedoch, daß die erhebliche Reduzierung terroristischer Methoden der sozialen Kontrolle auch für die schwarzen Massen im Süden einen bedeutenden Fortschritt darstellte.

2 Louisiana, Georgia, Mississippi, Alabama, South Carolina.

3 Als dieses Buch bereits in Druck ging, fiel uns eine Monographie von C. L. R. James und seinen Kollegen in die Hand, die erstmals 1958 erschien und 1974 wieder aufgelegt wurde. Sie enthält eine Passage, die die wahlpolitischen Aspekte der Analyse in diesem Kapitel vorwegnimmt. Die Anmerkung war zwar kurz, doch geradezu hellseherisch, und wir möchten sie hier wiedergeben: »Die Schwarzen im Norden und Westen haben aufgrund ihrer anhaltenden Unruhe und ihrer wachsenden Stimmenzahl einen Keil zwischen die Demokraten im Norden und Süden getrieben. Dieser Keil kann die Partei jeden Moment auseinanderbrechen lassen und damit eine vollständige Reorganisation amerikanischer Politik erforderlich machen. Sie haben aber auch die Allianz zwischen dem rechten Flügel der Republikanischen Partei und dem Südstaatenflügel der Demokraten aufgebrochen. Mit Geduld und harter Arbeit haben sie die Führung in der Bewegung übernommen, die zu der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes gegen die Rassentrennung geführt hat. Jetzt haben die Menschen von Montgomery mit ihrem Bus-Boykott, der ein Jahr lang mit über 99%iger Beteiligung durchgeführt wurde, der Rassendiskriminierung überall in den Vereinigten Staaten einen schweren Schlag versetzt und ein neues Kapitel von weltweiter Bedeutung in der Geschichte des Kampfes gegen irrationale Vorurteile geschrieben.« (150)

4 Myrdal, der den Stellenwert der Klassenstruktur für das Verständnis des amerikanischen »Dilemmas« meist unterbewertet, kommt in bezug auf die Rolle, die die armen Weißen bei der Unterdrückung der Schwarzen spielten, dennoch zu einer ähnlichen Schlußfolgerung: »Plantagenbesitzer und Unternehmer, die farbige Arbeiter benutzen, weil sie billiger und gefügiger sind, haben gelegentlich Aggressionen armer Weißer gegen Schwarze toleriert oder sich an ihnen beteiligt. Es läßt sich plausibel argumentieren, daß sie so handeln, weil sie ein Interesse an der

Erhaltung des Kastensystems haben, das die Schwarzen auf so effektive Weise gefügig macht. « (598)

- 5 In dem politischen Chaos, das von Krieg und Rekonstruktion heraufbeschworen wurde, stellte das schwarze Wahlrecht zunächst ein Hindernis für die Restauration der weißen Vorherrschaft dar. Doch als die politischen Parteien – die Republikaner, die Populisten und die Demokraten - um politische Gefolgschaft kämpften, kamen alle drei zu der Einsicht, daß die politischen Rechte der Schwarzen ihrem Erfolg sehr im Weg standen. Die Republikaner, die mit den Nordstaaten und mit der Vertretung schwarzer Interessen identifiziert wurden, versuchten dem mit einer »blütenweißen« Strategie entgegenzuwirken. Die radikalen Agrarier in den verschiedenen Populistischen Parteien der Einzelstaaten betonten zunächst die weitgehende Identität der Interessen von armen Weißen und armen Schwarzen und versuchten, eine Koalition mit den Schwarzen aufzubauen; doch diese Allianz hielt dem Rassismus der Südstaaten nicht stand, und so verstießen die Populisten die Schwarzen wieder, um sich die Unterstützung der armen Weißen zu erhalten. Auch das nutzte nichts, denn schon bald wurden die Populisten von der Demokratischen Partei, hinter der die Plantagenbesitzer standen, überrollt. Die Demokraten wiesen den Schwarzen die Rolle des allgemeinen Feindes zu, und mit dieser Strategie gelang es ihnen, breite Unterstützung für die politische Hegemonie der weißen Pflanzer, Bankiers und Kaufleute sowohl über die armen Schwarzen als auch über die armen Weißen im Süden zu gewinnen.
- 6 Population Reference Bureau, 72.
- 7 Es gab viele Gründe für den langsamen Fortschritt, den die Mechanisierung der Landwirtschaft des Südens vor dem Zweiten Weltkrieg machte. Zu den wichtigsten gehörte der Überfluß billiger Arbeitskräfte, der es dem Süden erlaubte, trotz der Mechanisierung in anderen Agrargebieten konkurrenzfähig zu bleiben. Doch »unter dem Anreiz von Lohnerhöhungen und einer Verknappung der Arbeitskraft« während des Zweiten Weltkrieges begann die Mechanisierung den Süden zu erobern (Hoover und Ratchford, 110).
- 8 Bureau of the Census, 1976, 460-461.
- 9 Welch ungeheures Ausmaß diese Umwälzung für die Schwarzen annahm, deuten die Schätzungen des Landwirtschaftsministeriums an, die besagen, »daß 42% der farbigen Farmbewohner von 1940, die im Jahr 1950 noch am Leben waren, ihren Hof in den vierziger Jahren verlassen hatten«. (Population Reference Bureau, 73) In den fünfziger Jahren erlebte die Migrationsbewegung ihren Höhepunkt nach dem Koreakrieg: »Zwischen 1954 und 1959 ging die Zahl der von Schwarzen bewirtschafteten Farmen um 35% zurück ein Maßstab dafür, in welchem Ausmaß die Anbaubeschränkungen für Baumwolle und Tabak und der Einsatz von Maschinen den Bedarf an kleinen Pächtern inner-

- halb von nur fünf Jahren eingeschränkt hatten.« (Population Reference Bureau, 73)
- Unter den Beobachtern der Wahlen von 1948 besteht erheblicher Dissens in der Frage, ob Trumans rhetorische Position in der Bürgerrechtsfrage während des Wahlkampfes auf die Bedrohung durch Wallace oder den drohenden Verlust schwarzer Stimmen an die Republikaner zurückzuführen ist. Zu den Autoren, die Wallace für die Hauptursache halten, gehören Bernstein, Berman und Vaughan. Yarnell dagegen kommt zu dem Schluß, daß die weit größere Gefahr von den Republikanern ausgegangen sei. (Vgl. vor allem die Seiten 35, 44 und 69.) Für unsere Analyse ist diese Kontroverse nicht von entscheidender Bedeutung. Entscheidend für uns ist die Tatsache, daß die Bürgerrechtsfrage sich langsam zu einem Wahlkampfthema entwickelte.
- 11 Zu diesem Punkt siehe auch Sindler, 1962, 141.
- 12 Prinzipiell sprach sich Stevenson allerdings eindeutig für die Bürgerrechte aus: »Er redete im Süden über die Notwendigkeit von Bürgerrechten für Schwarze, sogar mit größerem Nachdruck als in Harlem.« (Muller, 101) Entscheidend ist aber, daß er sich entschieden gegen jegliche Forderung nach Maßnahmen der Bundesregierung wandte, um dem Süden dieses Prinzip aufzuzwingen.
- 13 Die schwarzen Proteste waren manchmal gegen die weiße Gesellschaft gerichtet und führten manchmal von ihr weg, denn »die Geschichte der amerikanischen Schwarzen ist im Grunde eine Geschichte des Konfliktes zwischen integrationistischen und nationalistischen Strömungen in Politik, Wirtschaft und Kultur, unabhängig von den beteiligten Führern und von den gerade gängigen Parolen« (Cruse, 564). Uns braucht diese Unterscheidung nicht weiter zu interessieren, die für andere Zwecke nützlich ist; für das Verständnis der Evolution schwarzer Proteste ist nur wichtig, daß jede Bewegung unabhängig von ihren spezifischen Zielen die Kapazität für kollektive Aktionen vergrößerte.
- Als die Schwarzen noch in der Landwirtschaft tätig waren, war ihre Arbeitslosenrate niedriger als die der Weißen. Die Binnenwanderung kehrte dieses Verhältnis um. »Ende der vierziger Jahre war die schwarze Arbeitslosenrate um 60% höher als die weiße, und seit 1954 beträgt sie das Doppelte der weißen Rate, die selbst gestiegen ist.« (Killingsworth, 50) Darüber hinaus gibt es gute Gründe für die Annahme, daß ein großer Teil der schwarzen Arbeitslosigkeit »versteckt« ist nicht erfaßt aufgrund der tendenziösen offiziellen statistischen Erfassungsmethoden. Einige Experten glauben, daß die Arbeitslosenrate der Schwarzen in den Jahren nach dem Koreakrieg durchschnittlich dreimal so hoch war wie die der Weißen (Killingsworth, 62; Ross, 22 und 26). Da in jener Rezession die Arbeitslosigkeit der Weißen regelmäßig 6% erreichte, könnte es also durchaus der Fall sein, daß die echte schwarze Arbeitslosenquote bis zu 20% betrug. In den innerstädtischen Gettogebieten lag die Quote

- sogar noch höher. Zusätzliche Daten über die schwarze Arbeitslosigkeit werden wir in Kapitel V präsentieren.
- 15 Die »National Association of Colored People« (NAACP) und die »National Urban League« wurden vor dem Ersten Weltkrieg von schwarzen Intellektuellen und Professoren, liberalen Weißen und führenden Unternehmern gegründet. Die Organisationen verdeutlichen eine institutionelle Entwicklung und das Auftreten einer Führungsschicht in der schwarzen Bevölkerung, obwohl » keine der beiden Organisationen jemals eine Massenbasis unter den Schwarzen selbst hatte. Trotz einiger bedeutender Leistungen für das Wohlergehen der Schwarzen ... konnte keine der beiden Organisationen die Loyalität großer Teile der schwarzen Bevölkerung gewinnen. Gerichtsverfahren, Verhandlungen hinter den Kulissen und Verbesserungen im Erziehungswesen gehören nicht zu den Aktivitäten, die unter Menschen außerhalb der Mittelschichtssphäre leidenschaftliche Anteilnahme hervorrufen. Für die Masse der Schwarzen repräsentieren diese Organisationen ein unbestimmbares Wohlwollen, das ihnen von außerhalb ihrer eigenen Welt zuteil wird. « (Michael Lewis, 156) Das Potential an fähigen Juristen, das die NAACP zu bieten hatte, war ein wichtiger Rückhalt der schwarzen Bewegung, wenn auch die Rolle juristischen Sachverstands bei der Durchsetzung von Gerichtsentscheidungen gegen die Rassentrennung oft überschätzt wird. Entscheidender für die Veränderung politischer, einschließlich juristischer Meinungen waren Faktoren wie Modernisierung, Binnenwanderung, Konzentration, die Zunahme der Proteste und der Kalte Krieg gegen den Kommunismus.
- 16 Im Gegensatz zu den Faktoren, denen wir besondere Bedeutung für die zunehmende Auflehnung der Schwarzen zumessen, verweisen andere Autoren auf die Frustrationen, die sich aus »ansteigenden Erwartungen« ergaben, die wiederum eine Folge höherer Einkommen waren. Für die untersuchte Periode sind Daten, die eine Theorie steigender Erwartungen belegen, in der Tat in großem Maße vorhanden. Ja, es gibt sogar ausreichende Belege, um verschiedene Varianten der Theorie zu stützen. Bezüglich der allgemeinen Verbesserung ihrer ökonomischen Lage haben die Schwarzen zwischen 1939 und 1951 die größten Fortschritte gemacht, als sich das Einkommen männlicher schwarzer Lohn- und Gehaltsempfänger von 37% auf 62% des Einkommens weißer männlicher Lohn- und Gehaltsempfänger erhöhte. Es gibt auch Belege für die These, daß rasche ökonomische Fortschritte, auf die ein abrupter Rückschritt folgte, die Ursache der Unruhe waren. Zwischen dem Höhepunkt schwarzer Prosperität im Jahre 1951 und den frühen sechziger Jahren fielen die Einkommen der schwarzen männlichen Lohn- und Gehaltsempfänger im Verhältnis zu denen der weißen von 62% auf

Und schließlich gibt es auch keinen Zweifel an der Tatsache, daß eine

- zunehmende Zahl von Schwarzen unter extremen Statuswidersprüchen zu leiden hatten, denn einerseits verlieh ihnen ihr verbessertes Einkommen einen Anspruch auf einen Platz in der Mittelschicht, aber andererseits waren sie noch immer Opfer von Demütigungen durch die Kastenund Rassenverhältnisse. Von den verschiedenen Varianten der Theorie steigender Erwartungen scheint uns als Erklärungsmoment für die schwarze Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem die der Statuswidersprüche relevant. Wir glauben jedoch, daß die von uns im Text aufgeführten Erklärungsmomente von weit größerer Bedeutung sind. Die Angaben über die Einkommensveränderungen finden sich bei: Ross, Killingsworth und Henderson.
- Wie John Walton kürzlich aufgezeigt hat, verwies Floyd Hunters Arbeit über Atlanta, die sich auf bereits 1950 durchgeführte Untersuchungen stützt, auf die veränderte Stimmung der Schwarzen. Hunter meinte, daß die Schwarzen zunehmend fordernder würden und daß »traditionelle Methoden der Unterdrückung und Einschüchterung versagen« (149). Hunter führte diesen Wandel auf die Entstehung einer schwarzen Führungsschicht zurück, die in ökonomisch gesicherten Verhältnissen lebte. Einige der vielen Schilderungen des Bus-Boykotts in Montgomery finden sich bei: King, 1964; Reddick; Lewis, 1964; und Lewis, 1970.
- 18 John Barlow Martin beschreibt in *Deep South Says Never* sehr lebendig die Ideologie und Aktivitäten der »White Citizen's Councils«.
- Das Programm der Demokraten, sagt Muller zutreffend, »war in der Bürgerrechtsfrage schwankend. Zwar verkündete es, die Partei werde auch weiterhin bemüht sein, jede Form der Diskriminierung aus der Welt zu schaffen, doch fügte es hinzu: ›Wir weisen alle Vorschläge, Gewalt anzuwenden, um eine ordnungsgemäße Regelung dieser Fragen durch die Gerichte zu beeinflussen, zurück.‹« (177) Während des Wahlkampfes wiederholte Stevenson zwar weiterhin seine prinzipielle Unterstützung der Bürgerrechte, weigerte sich aber auch fortan, bestimmte Lösungsmethoden wie den Einsatz der Machtmittel des Bundes, zur zwangsweisen Durchsetzung von Gerichtsentscheidungen zu vertreten.
- 20 Mehr als zwei Jahrzehnte lang war der Süden die einzige Region des Landes gewesen, in der die Republikaner Stimmengewinne zu verzeichnen hatten. Bei der Wahl von 1932 erhielten sie in den elf Südstaaten 18% der Stimmen, 1948 waren es 27% (1956 sollten sie dann sogar die Hälfte der Stimmen im Süden für sich verbuchen können.) Vgl. Lubell, 1966, 226.
- 21 Eisenhower war über die Brown-Entscheidung äußerst verärgert gewesen; er erklärte gegenüber Beratern, er halte »die Entscheidung (für) falsch«. Doch schien er zu glauben, daß »jeder Amerikaner einen Anspruch auf das Wahlrecht« habe (Alexander, 118, 194).

- 22 Auch Lubell (1966) beschreibt diese extremen Veränderungen des schwarzen Wählerverhaltens in einer Reihe südlicher Städte. Eine detaillierte Untersuchung des schwarzen Wahlverhaltens in nördlichen Städten, die zeigt, daß »die Treue der Schwarzen zur Demokratischen Partei... ihren Höhepunkt 1952« erreichte, bietet Glantz.
- 23 Wie wenig die Schwarzen tatsächlich von der kommunalen Politik profitierten, obwohl ihre Zahl in vielen Städten beständig zunahm, offenbart eine Studie, die in den sechziger Jahren in Chicago durchgeführt wurde, wo die Schwarzen schon seit geraumer Zeit einen umfangreichen Wählerblock bildeten: »Wir stellten fest, daß im Jahre 1965 etwa 20% der Einwohner von Cook County Schwarze waren und daß ihr Anteil in Chicago selbst 28% ausmachte... Von insgesamt 1088 politisch relevanten Verwaltungsposten waren nur 58 von Schwarzen besetzt.« (Baron, 28–29) Vgl. die umfangreiche historische Untersuchung über den rassistischen Charakter der Patronagesysteme in Chicago und New York bei Katznelson.
- 24 Eisenhowers deutlicher Unmut über die Brown-Entscheidung und seine wiederholten Äußerungen, das Rassenproblem müsse innerhalb der Einzelstaaten und »in den Herzen der Menschen« gelöst werden, müssen die Südstaatler in ihrem Glauben bestärkt haben, daß ihr Widerstand, selbst die offene Mißachtung der Gerichte erfolgreich sein könne. Noch im Juli 1957, als sich die Krise in Little Rock anbahnte, erklärte Eisenhower auf einer Pressekonferenz: »Ich kann mir keine Kombination von Umständen vorstellen, die mich jemals dazu veranlassen könnte, irgendwohin Bundestruppen zu schicken, um die Anordnungen eines Bundesgerichtes durchzusetzen.« Dunbar bemerkte dazu: »Es wäre weder einfach noch unfair, den Schaden, den die sechs Jahre dauernde politische Neutralität des Präsidenten dem öffentlichen Frieden zugefügt hat... abzuschätzen.« (20)
- 25 Eine Vielzahl von Quellen enthalten anschauliche Darstellungen der sitins und anderer Formen direkter Aktion. So schildert Patrick die Aktionen in Winston-Salem; Proudfoot die in Knoxville; Walker behandelt Atlanta; und Killian und Smith berichten über Tallahassee. Vgl. außerdem das Southern Regional Council, 1961.
- 26 Abgesehen natürlich vom FBI.
- 27 Diese Kader entstammten der neu gebildeten schwarzen Arbeiterklasse im Süden, die ein Produkt der ökonomischen Modernisierung war. »Sollte man den Mitarbeiterstab des SNCC im tiefen Süden knapp charakterisieren, würde man sagen: sie sind Schwarze, sie kommen aus dem Süden, ihre Familien sind arm und gehören zur Arbeiterklasse, aber sie haben ein College besucht.« (Zinn, 10) Auch Bell gelangt bei seiner Analyse einer CORE-Gruppe im Süden zu ähnlichen Schlußfolgerungen: »Es ist also eindeutig, daß diese CORE-Mitglieder aus der oberen Unterschicht innerhalb der Sozialstruktur der schwarzen Bevölkerung

- stammen. Ihre Eltern gehörten zur Gruppe der ungelernten, aber festangestellten und geachteten Arbeiter. Die CORE-Mitglieder selbst waren auf dem Weg nach oben auf der sozialen Stufenleiter..., da sie ein College besuchten.« (89) Für zusätzliche Daten siehe: Ladd, 218–223; und Meier, 1970. Vgl. auch den Bericht über die Art und Weise, wie diese Aktivisten die eher traditionelle Führungsschicht zur Aktion trieben, bei Walker.
- 28 Andererseits schien Kennedy durchaus zu verstehen, daß sich in der Demokratischen Partei ein Wandel vollzog. Ende der fünfziger Jahre antwortete er auf die Frage, wie er als Präsident mit der Nord-Süd-Konfrontation in der Partei fertig werden wolle: »Meiner Meinung nach werden wir aufgrund der Industrialisierung des Südens in Zukunft größere Einheitlichkeit in der Demokratischen Partei finden als bisher.« (Burnus, 276)
- 29 Für eine Diskussion der innerparteilichen Kämpfe, die während dieser Periode die Demokratische Partei beschäftigten, siehe Sindler, 1962.
- 30 »Er war zwar ein cleverer Politiker, aber dennoch machte [Nixon] fatale Fehler. Das beste Beispiel während des Wahlkampfes war seine Position oder vielmehr seine fehlende Position in der Bürgerrechtsfrage. Nachdem er hart dafür gekämpft hatte, daß im Wahlprogramm der Partei eindeutig für die Bürgerrechte Stellung bezogen wurde, um die Stimmen der Schwarzen im Norden zu gewinnen, redete er im Süden dann ganz anders, um auch noch dort zu gewinnen... Bei aller Unfähigkeit, die Gründe für die schockierende Niederlage seines Protégés gegen Kennedy zu begreifen, könnte Eisenhower doch ein wenig über die Gründe nachgedacht haben, warum [Nixon] sowohl den Süden als auch die schwarzen Wähler im Norden verlor.« (Muller, 258)
- 31 So schreibt auch Theodore F. White, daß Kennedy »der Meinung war, er müsse in den Industriestaaten im Nordosten der USA den Wahlkampf mit großem persönlichen Einsatz betreiben... Seine Berechnungen stimmten. Von den neun großen Bundesstaaten... gewann Kennedy sieben ... Die größten Irüchte trug allerdings die Strategie, die auf den Gewinn der farbigen Wähler abzielte... Bei der Analyse des farbigen Wählerverhaltens kommen alle Einzeluntersuchungen zu dem Ergebnis, daß Kennedy sieben von zehn farbigen Stimmen erhielt... Es ist kaum vorstellbar, wie Kennedy in Illinois, New Jersey, Michigan, South Carolina oder Delaware [die zusammen 74 Wahlmänner stellten] hätte gewinnen können, wenn die Verteilung der farbigen Stimmen auf Demokraten und Republikaner sich nicht gegenüber der Eisenhower-Wahl von 1956 verändert hätte.« (1961, 384–386) Vgl. auch Schlesinger, 811.
- 32 Fuller beschreibt die Strategie Kennedys en détail, ebenso wie Schlesinger, Sorenson und Fleming. Am ausführlichsten und brauchbarsten ist die Darstellung Navaskys.

- 33 Als Sekretär für Rassenbeziehungen der »Fellowship of Reconciliation« war Farmer die Haupttriebkraft bei der Gründung von CORE im Jahre 1942 gewesen.
- CORE hatte bereits 1947 zwei »freedom rides« durch den oberen Süden organisiert. Sie werden beide von James Peck in Freedom Ride beschrieben. In dieser wie auch in anderer Hinsicht hatte CORE die spätere Strategie der direkten Aktion in der Südstaatenphase der Bürgerrechtsbewegung bereits vorweggenommen. Er hatte schon zwei Jahrzehnte vor den sit-ins und »freedom rides« der frühen sechziger Jahre zu diesen Methoden gegriffen, um die Aufhebung der Rassentrennung zu erzwingen.
- 35 Meier und Rudwick betonen darüber hinaus, daß eine direkte Beziehung zwischen diesen Kanalisierungsbemühungen und den Vorbereitungen der Kennedy-Administration für den Wahlkampf von 1964 bestanden habe: »Vertreter der Kennedy-Administration waren von den Ergebnissen einzelner Wählerregistrierungskampagnen in mehreren nördlichen Städten, die sie vor der Wahl von 1960 hatten durchführen lassen, beeindruckt worden; sie erkannten die Möglichkeit, einen größeren schwarzen Wählerblock im Süden zu schaffen, der 1964 für Kennedy stimmen würde. In dieser Atmosphäre, die von einem gestiegenen Interesse an Wählerregistrierung und von einer durch die sfreedom rides hervorgerufenen Krisenstimmung bestimmt war, entstand die Idee einer größeren und durch Stiftungen finanzierten Wählerregistrierungskampagne.« (172-173) Matthews und Prothro weisen auf denselben Umstand hin: »Je mehr Schwarze im Süden in Zukunft zur Wahl gehen werden, um so mehr kann man von einem Anwachsen der Demokratischen Stimmenanteile ausgehen... eine Tatsache, die der Aufmerksamkeit der Bürgerrechtsstrategen der Kennedy- und Johnson-Administration nicht entgangen ist.« (391-392)
- 36 Es liegen mehrere recht detaillierte Berichte über die Ereignisse in Albany von 1961 und 1962 vor. Vgl. z. B. Zinn; Watters; Anthony Lewis, 1964; und David Lewis, 1970.
- 37 Die Kampagne von Birmingham wird u. a. von David Lewis, 1970, und Zinn dargestellt. Die Reaktionen der Bundesregierung schildern Sorensen, Schlesinger und Navasky.
- 38 Southern Regional Council, Presse-Mitteilung vom 15. November 1964.
- 39 Als zudem eine Delegation dieser Partei beim Demokratischen Parteikonvent im Sommer Ansprüche auf die Vertretung des Staates Mississippi anstelle der regulären Delegation erhob, wurden sie von der nationalen Parteiführung aus einem offensichtlichen Grund abgewiesen: man wollte keinesfalls zur Gründung weiterer schwarzer Splitterparteien im Süden ermuntern. Die Demokratischen Parteien in den einzelnen Südstaaten mußten reorganisiert und gestärkt werden, und die Inte-

- gration der Schwarzen in die Parteiorganisationen war der Schlüssel zu diesem Ziel, da man davon ausgehen konnte, daß die Schwarzen sich der nationalen Partei gegenüber loyal verhalten würden.
- 40 Die ermordeten jungen Leute waren Michael Schwerner und Andrew Goodman, beides Weiße aus New York, und James Chaney, ein Schwarzer aus Meridian, Mississippi. Diese Morde, die wie schon andere zuvor große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erregten, trugen erheblich dazu bei, die Unterstützung für die Bürgerrechtsgesetze von 1964 und 1965 zu verstärken.
- 41 Franklin schildert eine Reihe dieser Demonstrationen: »Es fanden ungefähr genauso viele Demonstrationen im Norden und Westen wie im Süden statt. Der Schwerpunkt lag auf einer Verbesserung der Beschäftigungschancen und dem Ende der de facto-Segregation im Wohnungsund Bildungswesen. In New York und Philadelphia versuchten Demonstranten den Bau von Schulen in rein schwarzen Wohnbezirken zu blokkieren. Sie führten sit-ins beim Bürgermeister von New York City, Robert Wagner, und beim Gouverneur des Staates New York, Nelson Rockefeller durch. In Boston, Chicago, New York und Englewood (New Jersey) wurden Schulen besetzt oder Schulstreiks durchgeführt, um gegen die Unausgewogenheit der Rassen zu protestieren. In Los Angeles und San Francisco fanden Protestversammlungen mit mehr als 20000 Teilnehmern statt, die gegen die Ermordung von Medgar Evers und William Moore protestierten. Moore war ein Postbeamter aus Baltimore gewesen, der auf einem persönlichen Freiheitsmarsch durch Mississippi erschossen worden war. « (631)

V.

- Der Bericht von Meier und Rudwick über die Aktivitäten des CORE in nördlichen Städten enthält auch eine Menge Material über diese Hinwendung zur »community organization« Mitte der sechziger Jahre. Er schildert außerdem, wie jämmerlich CORE bei der Anwendung dieser Strategie scheiterte.
- 2 Es gibt einige Dissertationen und Seminararbeiten. Steiner ist der einzige bekanntere Sozialwissenschaftler, der über die NWRO geschrieben hat (vgl. sein 8. Kapitel).
- 3 Der Leser sollte wissen, daß wir ein sehr enges Verhältnis zu George A. Wiley hatten, dem geschäftsführenden Direktor der NWRO. George starb im Sommer 1973 durch einen Unfall. Er war ein äußerst talentierter Führer und ein guter Freund. Sein Tod hat uns tief berührt.
- 4 Es gab drei verschiedene Kategorien der öffentlichen Unterstützung: Altersfürsorge, Blindenhilfe und Unterstützung für abhängige Kinder

(»Aid to Dependent Children« [ADC], später in »Aid to Families with Dependent Children« [AFDC] umgeändert). AFDC war die wichtigste Form der Unterstützung für arme Familien, und dieses Programm erfuhr auch in den sechziger Jahren die größte Ausdehnung. Die Programme wurden von der Bundesregierung überwacht und teilweise finanziert, doch die Bundesstaaten und Lokalverwaltungen führten sie aus. 1950 wurde eine weitere Kategorie hinzugefügt: »Aid to Permanently and Totally Disabled« (Unterstützung für unheilbar und vollständig Behinderte).

- 5 Alle Daten in diesem Abschnitt und in anderen Teilen dieses Kapitels, soweit sie die Ausdehnung der Sozialfürsorge in den sechziger Jahren betreffen, sind dem statistischen Anhang von Piven und Cloward (1977) entnommen. Die Daten über Anträge und Bewilligungen finden sich in Tabelle 5; über die Zahl der AFDC-Familien in Tabelle 1. Die Zunahme der Sozialfürsorge in den größten Städten des Landes läßt sich in Tabelle 2 ablesen. Die Daten enthalten die AFDC-UP-Fälle und beziehen sich auf die Vereinigten Staaten ohne Hawaii und Alaska.
- 6 U.S. Department of Labor, 1964, 48.
- 7 Es war schon die vierte schwere Rezession seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Nach jeder Rezession war die Langzeitarbeitslosigkeit auf ein höheres Niveau gestiegen - das Arbeitsministerium nannte es ein »Herausdrängen«: »Der bedeutendste Anstieg dieses Herausdrängens aus dem Arbeitsmarkt scheint unter Nicht-Weißen nach 1958 - dem Jahr einer Rezession, die in vielen Bereichen nie ganz überwunden wurde - erfolgt zu sein. Die Arbeitslosigkeit hatte unter Nicht-Weißen allerdings schon nach jeder einzelnen Nachkriegsrezession erheblich zugenommen, und war seit 1954 während der folgenden Aufschwungsphasen nicht in demselben Maße wieder zurückgegangen wie die Arbeitslosigkeit unter Weißen. Das bekannte Muster des >zuerst gefeuert, zuletzt eingestellt« scheint sich geändert zu haben - jetzt heißt es: »zuerst gefeuert, vielleicht nie wieder eingestellt« « (1964, 82) Als Kennedy die Regierung übernahm, hatte die letzte dieser Rezessionen der Nation eine offizielle Arbeitslosenrate von 7% hinterlassen - 6% unter Weißen und 12,5% unter Nicht-Weißen.
- 8 Wie immer, wenn er die Handlungen von Präsidenten interpretiert, unterstellt Schlesinger Kennedy ausschließlich staatsmännische Motive. Arbeitslosigkeit beunruhigte den Präsidenten nicht »politisch, konnte er doch sicher sein, daß die Arbeitslosen sich auf der Suche nach Arbeit nie an die Republikaner wenden würden. Was ihm dagegen Sorge machte, war die soziale Seite des Problems. Denn die Arbeitslosigkeit war besonders unter den Schwarzen hoch, die der amerikanischen Gesellschaft ohnehin schon weitgehend entfremdet waren, und dazu noch unter den Jugendlichen, womit das gesellschaftliche Gefüge einer zunehmenden Belastung ausgesetzt war. « (873) Aber die »Belastung des

gesellschaftlichen Gefüges« war natürlich auch ein politisches Problem, ob nun in bezug auf organisierte Proteste gegen Arbeitslosigkeit und Diskriminierung oder in bezug auf die Reaktionen anderer Gruppen auf wachsende Kriminalität und andere Ausdrucksformen sozialer Desorganisation, die sich aus der mangelnden Integration der Schwarzen in das Beschäftigungssystem ergeben. Auch war es ein zunehmend akutes politisches Problem, denn mit dem Ausbruch der Gettounruhen im Jahre 1964 erschreckten die Auswirkungen dieser »Belastung des gesellschaftlichen Gefüges« viele weiße Wähler und verhalfen so den Republikanern 1968 wieder zur Machtübernahme.

- 9 Das Gesetz basierte auf einem Bericht der "Task Force on Manpower Conversation«, einem Ausschuß auf Kabinettsebene, der von Präsident Kennedy am 30. September (nur wenige Wochen nach dem Marsch auf Washington) eingesetzt worden war.
- 10 Vgl. die ausführliche Behandlung der ökonomischen Angebote und staatlichen Hilfsprogramme der Kennedy- und Johnson-Administration zur Eindämmung schwarzen Protests in Kapitel 9 von Piven und Cloward, 1977; siehe auch verschiedene Artikel von Piven in Teil 4 von Cloward und Piven, 1974.
- 11 Der prominenteste Anwalt, der an dieser landesweiten juristischen Herausforderung des Wohlfahrtssystems teilnahm, war Edward Sparer, der als Anwalt bei »Mobilization for Youth«, einem Programm gegen die Armut, erstmals mit Fürsorgefällen zu tun hatte. Er führte seine Arbeit als Direktor des »Center on Social Welfare Policy and Law« und als Rechtsbeistand der »National Welfare Rights Organization« fort.
- 12 Kapitel 10 von Piven und Cloward, 1977, enthält eine detaillierte Beschreibung der Rolle, die die »Great Society«-Programme, insbesondere die Programme gegen die Armut, bei der Wohlfahrtsexplosion in den sechziger Jahren gespielt haben.
- 13 Es stehen keine Daten zur Verfügung, die die Unruhen in direkte Beziehung zum Anwachsen der AFDC-Zahlen stellen. Es gibt jedoch eine Studie über die Auswirkungen von Unruhen auf die Zahl der »General Assistance«-Empfänger. So sagt Betz: »Die Angaben aus 23 Städten, in denen es Unruhen gab, werden mit denen aus 20 Städten ähnlicher Größe, in denen es nicht zu Unruhen gekommen ist, verglichen... Die Analyse ergab, daß in Städten, in denen es Unruhen gab, im jeweils nachfolgenden Jahr die Ausgaben für die Sozialfürsorge überproportional erhöht wurden.« (345)
- 14 Vgl. die Diskussion der Ursachen und politischen Konsequenzen dieser Unruhen bei Fiske, 21–22.
- 15 Dieser Artikel wurde am 2. Mai 1966 in der Zeitschrift The Nation veröffentlicht; er wurde nachgedruckt in Cloward und Piven, 1974. Soweit nicht anders angegeben, stammen alle Zitate in diesem Abschnitt aus dem Artikel.

- 16 Als George später die »National Welfare Rights Organization« gründete, animierte er damit eine Reihe von CORE-Veteranen, ebenfalls im Wohlfahrtsbereich tätig zu werden; unter ihnen war auch Bruce Thomas.
- 17 In dieser Hinsicht bestehen auffallende Parallelen zur Großen Depression. Wie wir in Kapitel III angemerkt haben, wude 1930 die »United States Conference of Mayors« zu dem erklärten Zweck gegründet, sich im Kongreß für Bundeszuschüsse an die Gemeinden einzusetzen, um sie von der Last steigender Fürsorgekosten zu befreien.
- 18 Martin, 1972, 75–85, gibt einen detaillierten und zutreffenden Bericht über diese Ereignisse im Frühjahr 1966.
- 19 Dieser Bericht über die Entwicklung einer einfachen AFDC-Empfängerin zum NWRO-Mitglied durch den Einfluß von Bürgerrechtsdemonstrationen bezieht sich allerdings auf einen etwas späteren Zeitraum in den sechziger Jahren. Dieser geringfügige Zeitunterschied ist jedoch irrelevant, denn wenn es Berichte über eine frühere Periode gäbe, würden sie ebenfalls die wichtige Rolle des Kampfes um die Bürgerrechte bei der Gründung der NWRO offenbaren.
- 20 Bei 25 bis 49 Mitgliedern einen Delegierten und einen Nachrücker; bei 50 bis 99 Mitgliedern drei Delegierte und drei Nachrücker; für jeweils weitere 100 Mitglieder einen zusätzlichen Delegierten und Nachrükker.
- 21 Ein internes NWRO-Dokument, das erstellt wurde, um die Stärke der einzelnen Delegationen zum Kongreß von 1969 zu berechnen, stellte fest, daß es in den Vereinigten Staaten insgesamt 523 lokale Gruppen gab, von denen 376 über die zur Entsendung eines Delegierten notwendigen 25 beitragszahlenden Mitglieder verfügten (Jackson und Johnson, 116). Whitacker bestätigt diese Angaben (180).
- 22 Eine interessante Betrachtung über die Versuche der »organizers«, aufzuzeigen, daß Fürsorgeverwaltungen zum Einlenken gezwungen werden konnten, ist in den Berichten bei Kurzmann über die Bewegung in Mississippi enthalten.
- 23 Es führte aber auch zu empörten Reaktionen von seiten der Amtsleiter, oft in der Form von Pressemitteilungen oder internen Memoranden an das Personal, in denen sie erklärten, daß »unsere Klienten« »eingeschüchtert«, »mißbraucht«, »manipuliert« oder »ausgebeutet« werden.
- 24 Vgl. die Schilderung der Kampagnen von »Mobilization for Youth« bei Rabagliati und Birnbaum; sowie Birnbaum und Gilman.
- 25 Vgl. Jackson und Johnson; sowie Sardell. In beiden Quellen werden die Sonderzuwendungskampagnen des New Yorker Koordinierungsausschusses detailliert beschrieben.
- 26 Die genannten Beschreibungen der Sonderzuwendungskampagnen in Massachusetts finden sich bei Fiske und Bailis.

- 27 Der Erfolg der Kampagnen in New York und in Massachusetts konnte an den meisten anderen Orten nicht wiederholt werden. In Detroit veranlaßten Demonstrationen für Zuschüsse zur Schulkleidung die politischen Verantwortlichen zur vorübergehenden Schließung der Wohlfahrtsbehörde. In Chicago wurden die Zuständigkeitsbereiche der einzelnen Fürsorgebüros verändert, um den Bezirk, wo die »welfare rights«-Gruppen am aktivsten waren, einzugrenzen und zu isolieren. Damit wurde es leichter, den Demonstrationen zu begegnen (Martin, 161–163).
- 28 Dieser Artikel wurde auch in Cloward und Piven, 1974, aufgenommen.
- 29 Die führenden Vertreter der NWRO klagten oft, der Hauptgrund dafür, daß keine Kampagnen zur Ausweitung der Zahl der Wohlfahrtsempfänger eingeleitet würden, liege darin, daß keiner wüßte, wie das gehen sollte. Steiner wiederholt diese Kritik, wenn er schreibt: »Die wirkliche Schwierigkeit besteht darin, daß Cloward und Piven nicht erklären, wie man denn allen Anspruchsberechtigten zu Sozialfürsorge verhelfen könne... sie lassen die entscheidende Frage unbeantwortet: nämlich wie man diese Leute finden, motivieren und bei der Stange halten soll, während ihre Anträge bearbeitet werden. « (297) Aber das Gegenteil war richtig: »Diese Leute« mußten nicht »gefunden« oder »motiviert« werden, sie überfluteten die Wohlfahrtszentren mit Millionen von Anträgen, und viele von ihnen wurden ablehnend beschieden. Um diese Leute ausfindig zu machen und ihnen bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche zu helfen, hätte man bloß in die Wohlfahrtszentren im ganzen Land zu gehen brauchen. Aber Steiner sagt außerdem (ohne den Widerspruch zu erkennen), daß die NWRO-Vertreter wenig Zeit gehabt hätten, in die Wohlfahrtszentren zu gehen, weil sie von ganztägigen Konferenzen mit »Bürokraten, Wissenschaftlern und Lobbyisten« in Anspruch genommen wurden, »um Veränderungen der Sozialfürsorge zu planen...« (285).
- 30 Als George acht Monate später starb, übernahm DeLeeuw die Leitung der »Movement for Economic Justice«.
- Ji Die Bemühungen der NWRO und ihrer lokalen Gruppen, den Mitgliederstand durch die Propagierung anderer Themen zu halten, sollen nicht unerwähnt bleiben. So wurden Versuche unternommen, mit den Warenhaus-Ketten Sears & Roebuck und Montgomery Ward sowie mit lokalen Warenhäusern in einer Reihe von Städten Kreditkartenabkommen zu treffen. Außerdem wandte man sich Fragen wie Kindertagesstätten, Erziehungsproblemen, Gesundheitsfürsorge, Wohnungen, Lebensmittelverteilung, Schulessen usw. zu. Man hoffte, durch eine Erweiterung des NWRO-Programms die erlahmende Mitgliederbasis wiederbeleben zu können. Diese Bemühungen blieben jedoch ohne Erfolg.

- 32 Alle Beobachter gehen übereinstimmend davon aus, daß die Mitgliedschaft der NWRO fast vollständig schwarz war. Martin schätzt z.B. den Anteil der Schwarzen auf 85%, den der Weißen auf 10% und den der Latinos auf 5% (2, Fußnote 1, und Appendix C, Tabelle 44).
- 33 Congressional Quarterly Weekly Report, Nr. 36, 8. September 1967 (Washington, D. C., Congressional Quarterly Service), 1729.
- 34 In den ersten ein bis zwei Jahren ihrer Existenz erhielt die NWRO nur wenig Unterstützung von etablierten schwarzen Politikern und Organisationen. Zum Teil war dies einfach Ausdruck der Konkurrenz der verschiedenen Organisationen, Gefolgschaft und Ressourcen. Doch es spiegelte auch die tiefe Ambivalenz gegenüber der öffentlichen Wohlfahrt wider. Ganz allgemein waren schwarze Führer der Meinung, man solle sich von der Wohlfahrt möglichst unabhängig machen, und nicht umgekehrt. Die wachsende Zahl schwarzer Wohlfahrtsempfänger stellte für sie eine Quelle beständiger Peinlichkeit dar. Als wir einen prominenten schwarzen Führer um Hilfe bei der Beschaffung von Mitteln baten, drückte dieser in seiner Antwort vermutlich die Meinung der meisten aus: einer schwarzen Frau einen Job als Stewardess zu verschaffen, sagte er, sei wichtiger, als 50 vaterlosen Familien zu öffentlicher Unterstützung zu verhelfen. Als jedoch eine landesweite Debatte über Armut, Arbeitslosigkeit und die zunehmende Zahl der Fürsorgeempfänger einsetzte, bezog eine Reihe schwarzer Führer eine freundlichere Haltung. U.a. begannen sie, die bestehenden Wohlfahrtspraktiken zu verurteilen und nach einer Form staatlicher Einkommensgarantie zu verlangen.
- 35 Die Kirche war wahrscheinlich die private Institution, die der NWRO die meiste Hilfe zukommen ließ. Einige Kirchenleute, die selbst mit großem Engagement an der Bürgerrechtsbewegung im Süden teilgenommen hatten und von ihr beeinflußt worden waren, verstanden vermutlich, wie tief die Rassen- und Klassenunterdrückung reichte, der die Schwarzen unterworfen waren. Diese Kirchenleute erwiesen sich manchmal als die entschiedensten Befürworter und Aktivisten der »welfare rights«-Gruppen. Auf der lokalen Ebene drückten Kirchengemeinden ihre Unterstützung dadurch aus, daß sie Geld, Büroräume, Telefone und Gerät zur Herstellung von Literatur und Flugblättern zur Verfügung stellten. Im ganzen Land schlossen sich viele Geistliche den Demonstrationen an; eine Reihe von ihnen organisierte »welfare rights«-Gruppen, und einige lokale Kirchenverbände stellten einen Geistlichen ab, um ganztägig für die »welfare rights«-Gruppen tätig sein zu können. Auf Bundesebene ließen mehrere große Konfessionen der NWRO oder ihren angeschlossenen Gruppen im Laufe der Jahre hunderttausende von Dollar zukommen, sie organisierten Diskussionsrunden über Ziele und Politik der Bewegung, und Kirchenführer beteiligten sich an Aktionsbündnissen, um Politiker zugunsten der Fürsor-

- gebedürftigen zu beeinflussen. Die Unterstützung der Kirche bedeutete für die Wohlfahrtsempfänger einen erheblichen Rückhalt. Sie half den Armen, ihr Schamgefühl zu überwinden, indem sie ihnen den Eindruck vermittelte, daß ihre Forderung nach menschenwürdiger Unterstützung vom moralischen wie religiösen Standpunkt aus gerechtfertigt war.
- 36 In New York war zum Beispiel die Unterstützung des Ortsverbands District 37 extrem hilfreich.
- 37 Vereinbarung zwischen dem Staate Pennsylvania, Ministerium für öffentliche Wohlfahrt, und der »Philadelphia Welfare Rights Organization, West District«, veröffentlicht am 17. Oktober 1968 von Elias S. Cohen, Commissioner.
- 38 Commonwealth of Pennsylvania, Department of Public Welfare, Harrisburg, Pa., Public Assistance Memorandum Nr. 968, Supplement 1, 11. März 1969.
- 39 Bailis Beschreibung der »Massachusetts Welfare Rights Organization« (MWRO) deckt sich vollkommen mit unseren Beobachtungen: »Die letzte Phase des sich entwickelnden Bruchs zwischen einfachen Aktivisten und professionellem Mitarbeiterstab begann vielleicht, als lokale Aktivisten feststellten, daß sie keine starken Gruppen brauchten, um in der Politik der MWRO eine wichtige Rolle zu spielen, und als der Exekutivausschuß der MWRO zu der parallelen Schlußfolgerung gelangte, daß die Ehren und die Hochachtung, die sie von Politikern, Fürsorgebeamten und Vertretern privater Wohltätigkeitsorganisationen erfuhren, nicht wirklich eine funktionierende Basisorganisation im ganzen Staat erforderten.« (73)
- 40 Die NWRO beschloß umgehend, an Nevada »ein Exempel zu statuieren«, in der Hoffnung, andere Bundesstaaten damit von der Durchführung ähnlicher »Reformen« abzuhalten. George hoffte außerdem, daß eine Massenmobilisierung in Nevada das zurückgehende Spendenaufkommen der Organisation wieder festigen und die Moral der Organisation heben würde.
 - Innerhalb weniger Wochen lief die »Operation Nevada« der NWRO an. Eine »Anwalts-Brigade«, die sich aus rund 40 Anwälten und 70 Jurastudenten zusammensetzte und von Edward Sparer (dem Rechtsbeistand der NWRO) angeführt wurde, stürmte die Gerichte von Nevada, während der nationale Mitarbeiterstab der NWRO sowie »organizers« aus verschiedenen Teilen des Landes eingeflogen wurden, um Demonstrationen auf dem berühmten »Strip« von Las Vegas zu organisieren. Bekannte Leute wie Ralph Abernathy, David Dellinger, Jane Fonda und Sammy Davis jr. nahmen ebenfalls an den Demonstrationen teil.
 - Die größten Erfolge wurden in den Gerichtssälen erzielt. Am 20. März ordnete der »Federal District Court« an, alle Streichungen von Empfängern und alle Leistungskürzungen zurückzunehmen und die versäum-

ten Zahlungen nachträglich zu leisten. Das Gericht befand, daß »infolge der dargestellten übereilten Aktionen der Behördenleiter und sein Stab die verfassungsmäßigen Rechte anspruchsberechtigter wie nichtanspruchsberechtiger Empfänger gleichermaßen mißachtet haben.« Die Wohlfahrtsbehörde hatte, kurz gesagt, zu unverhohlen und zu dreist gehandelt. Es gab subtilere Wege, um den Zuwachs der Wohlfahrtsausgaben zu stoppen und die Zahl der Empfänger wieder einzuschränken; andere Bundesstaaten waren schon vorsichtig dabei, sie zu beschreiten.

Die Operation Nevada endete mit einem Sieg der NWRO – es sollte ihr letzter gewesen sein. Es war wohl sogar die letzte große nationale Demonstration der Schwarzen mit Hilfe von Massenmärschen und Aktionen zivilen Ungehorsams in Verbindung mit gerichtlichen Schritten. Es war das Ende einer Ära, die zwei Jahrzehnte zuvor in Montgomery, Alabama, begonnen hatte.

41 Detaillierte Auseinandersetzungen mit den FAP-Vorschlägen und anschließenden parlamentarischen Debatten finden sich bei: Moynihan; Burke und Burke; und Bowler. Bowlers Studie enthält außerordentlich klarsichtige Erklärungen der komplexen Details sowohl der gültigen als auch der vorgeschlagenen Wohlfahrtsprogramme.

Da die meisten Bundesstaaten Beihilfen von weit über 1600 Dollar für eine vierköpfige Familie gewährten, hätten die Bundesstaaten trotzdem noch etwas auf die Zahlungen des Bundes drauflegen müssen, und liberalere Staaten hätten höhere Kosten zu tragen gehabt als Staaten mit restriktiver Fürsorgepraxis – eine Regelung, die sich nicht sehr von der alten unterschieden hätte. Nichtsdestoweniger wurde allen Bundesstaaten versichert, unter dem Nixon-Plan zumindest gewisse Einsparungen vornehmen zu können.

43 Als wir A Strategy to End Poverty schrieben, sahen wir nicht das volle

Ausmaß südstaatlicher Opposition gegen ein garantiertes Mindesteinkommen voraus, die in dem Interesse begründet lag, das extrem niedrige Lohnniveau zu erhalten, das in Teilen des Südens noch immer vorherrscht. Eine Lehre, die wir aus den Debatten über die Reorganisation des Wohlfahrtssystems ziehen können, ist die, daß ein garantiertes nationales Mindesteinkommen – sollte es je zustande kommen – aus Rücksicht auf die unterschiedlichen Lohnniveaus in den regionalen Wirtschaftssystemen der Vereinigten Staaten sehr niedrig sein wird. Eine umfassende Reform resultierte aber doch aus dem erheblichen Anstieg der Zahl der Fürsorgeempfänger: die Übernahme der sogenannten Erwachsenenkategorien in Bundeshoheit, also die Unterstützung der Behinderten, Blinden und Alten. Diese Gruppen wurden von der Bundesregierung übernommen und in ein neues System – das »Supplemental Security Income« (SSI) – integriert. Für diese Gruppen gibt es daher ein nationales Mindesteinkommen, und das bedeutet für

sie in vielen Bundesstaaten einen Fortschritt. Darüber hinaus stellten viel mehr Personen Anträge auf diese Unterstützung, als es zuvor der Fall gewesen war, da SSI von den »Social Security«-Verwaltungen vergeben wird und deshalb in weit geringerem Maße stigmatisiert ist als die älteren Unterstützungsprogramme. Dieser wesentliche Fortschritt wurde erst durch die fiskalische Krise und deren politische Auswirkungen, die beide von der Wohlfahrtsexplosion ausgelöst worden waren, ermöglicht. Die »Krisenstrategie« war doch teilweise richtig gewesen, allerdings nicht ganz auf die Weise, die wir erwartet hatten.

44 Zitiert mit Genehmigung von Hyman Bookbinder.

45 Vgl. die Auseinandersetzung mit der sich verändernden Position der NWRO über FAP bei Burke und Burke, 159–165.

- 46 Moynihan behauptet, daß noch eine andere Neinstimme die von Anderson aus New Mexico auf den Einfluß von Harris zurückging, und damit indirekt auf den Einfluß der NWRO (533). Burke und Burke bestätigen dies nicht, ebensowenig wie Mitchell I. Ginsberg, der in New York der »Human Ressources Administrator« und einer der aktivsten Lobbyisten für FAP war.
- 47 Das Ausschußmitglied Hartke aus Indiana war bei dieser entscheidenden Abstimmung nicht anwesend. Hartke, ein Liberaler, war bei den Zwischenwahlen gerade noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen. Burke und Burke sagen nichts darüber, wie er bei Anwesenheit gestimmt hätte. Moynihan gibt ebenfalls keinen Hinweis, und auch Ginsberg findet die Antwort schwierig. Auf alle Fälle gibt es keinerlei Anzeichen dafür, daß er von der NWRO beeinflußt gewesen sein könnte. Auch haben die Lobbyisten der NWRO nie derartiges behauptet.

Literaturhinweise

Ι.

Anderson, Gosta Esping/Friedland, Roger: Class Structure, Class Politics and the Capitalist State, Madison 1974, mimeographed.

Ash, Roberta: Social Movements in America, Chicago 1972.

Balbus, Isaac D.: The Concept of Interest in Pluralist and Marxian Analysis, in: Politics and Society 1 (1971).

Bloom, Howard S./Price, Douglas H.: Voter Response to Short-Run Economic Conditions: The Asymmetric Effect of Prosperity and Recession, in: American Political Science Review 69 (December 1975).

Bridges, Amy: Nicos Poulantzas and the Marxist Theory of the State, in: Politics and Society 4 (Winter 1974).

Burnham, Walter Dean: The Changing Shape of the American Political Universe, in: American Political Science Review 59 (1965).

Ders.: Critical Elections and the Mainsprings of American Politics, New York 1970.

Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E.: The American Voter, New York 1960.

Castells, Manuel: L' Analyse Interdisciplinaire de la Croissance Urbaine, Paper presented at a colloquium of the Centre National de la Recherche Scientifique, June 1–4, 1971, in Toulouse.

Dahrendorf, Ralf: Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart 1957.

Davies, James C.: Toward a Theory of Revolution, in: American Sociological Review 27 (1962).

Dollard, John, u. a.: Frustration und Aggression, Weinheim/Berlin/Basel 1970.

Edelman, Murray: Politics as Symbolic Action, New Haven 1971.

Engels, Friedrich: Vorwort zu Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich, 1848–1850«, in: Marx-Engels-Werke Band 22, Berlin (DDR) 1969.

Ders.: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Marx-Engels-Werke Band 19, Berlin (DDR) 1969.

Feierabend, Ivo/Feierabend, Rosalind L./Nesvold, Betty A.: Social Change and Political Violence: Cross National Patterns, in: Violence in America: A Staff Report, edited by Hugh Davis Graham/Ted Robert Gurr, Washington, D. C.: U.S. Government Printing Office 1969.

Flacks, Richard: Making History vs. Making Life: Dilemmas of an American Left, in: Working Papers for a New Society 2 (Summer 1974).

Gamson, William A.: The Strategy of Social Protest, Homewood/Illinois 1975.

Geschwender, James: Social Structure and the Negro Revolt: An Examination of Some Hypotheses, in: Social Forces 43 (December 1964).

Gordon, David M./Edwards, Richard C./Reich, Michael: Labor Market Segmentation in American Capitalism, Paper presented at the Conference on Labor Market Segmentation, March 16–17, 1973, Harvard University.

Gurr, Ted Robert: Psychological Factors in Civil Violence, in: World Politics 20 (January 1968).

Ders.: Rebellion. Eine Motivationsanalyse von Aufruhr, Konspiration und innerem Krieg, Düsseldorf 1972.

Gusfield, Joseph R. (ed.): Protest, Reform and Revolt: A Reader in Social Movements, New York 1970.

Ders./Rudé, George: Captain Swing, New York 1968.

Hobsbawm, Eric: Sozialrebellen. Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Iahrhundert, Berlin 1962.

Howard, Dick (ed.): Selected Writings of Rosa Luxemburg, New York 1971. Huntington, Samuel P.: Political Order in Changing Societies, New Haven 1968.

James, C. L. R./Lee, Grace C./Chaulieu, Pierre: Facing Reality, Detroit

Katznelson, Ira: The Crisis of the Capitalist City: Urban Politics and Social Control, in: Theoretical Perspectives in Urban Politics, edited by W. D. Hawley/Michael Lipsky, New York 1976.

Kornhauser, William: The Politics of Mass Society, New York 1959.

Kramer, Gerald H.: Short-Term Fluctuations in U.S. Voting Behavior, 1896-1964, in: American Political Science Review 65 (March 1971).

Lefebvre, Henri: Das Alltagsleben in der modernen Welt, Frankfurt/M. 1972.

Lipsky, Michael: Protest as a Political Resource, in: American Political Science Review 62 (December 1968).

Ders.: Protest in City Politics, Chicago 1970.

Lodhi, Abdul Qaiyum/Tilly, Charles: Urbanization, Crime, and Collective Violence in 19th Century France, in: American Journal of Sociology 79 (September 1973).

Lupsha, Peter A.: Explanation of Political Violence: Some Psychological Theories Versus Indignation, in: Politics and Society 2 (Fall 1971).

Luxemburg, Rosa: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke, Band 2, S. 91–170, Berlin (DDR) 1974.

Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx-Engels-Werke, Band 8, S. 111-207, Berlin (DDR) 1969.

Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der kommunistischen Partei, in: Marx-Engels-Werke, Band 4, S. 459-493, Berlin (DDR) 1969.

Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Stuttgart 1957.

Moore, Barrington: Revolution in America?, in: New York Review of Books, January 30, 1969.

Ollman, Bertell: Toward Class Consciousness Next Time: Marx and the Working Class, in: Politics and Society 3 (Fall 1972).

Parsons, Talcott: The Social System, New York 1951.

Ders.: An Outline of the Social System, in: Theories of Society: Foundations of Modern Sociological Thought, edited by Talcott Parsons/Edward Shils/Kaspar D. Naegele/Jesse, R. Pitts, New York 1965.

Poulantzas, Nicos: Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt/M. 1974.

Rudé, George: The Crowd in History, New York 1964.

Rustin, Bayard: From Protest to Politics, in: Commentary 39 (February 1965).

Schattschneider, E. E.: The Semi-Sovereign People, New York 1960.

Schwartz, Michael: The Southern Farmers' Alliance: The Organizational Forms of Radical Protest, Unpublished Ph.D. dissertation, Department of Sociology, Harvard University 1971.

Smelser, Neil J.: Theorie des kollektiven Verhaltens, Köln 1972.

Snyder, David/Tilly, Charles: Hardship and Collective Violence in France, 1830–1960, in: American Sociological Review 37 (October 1972).

Spencer, Joseph/McLoughlin, John/Lawson, Ronald: New York City Tenant Organizations and the Formation of Urban Housing Policy, 1919 to 1933, Unpublished paper of The Tenant Movement Study, New York, Center for Policy Research 1975.

Tilly, Charles: Reflections on the Revolution of Paris: A Review of Recent Historical Writing, in: Social Problems 12 (Summer 1964).

Useem, Michael: Conscription, Protest and Social Conflict: The Life and Death of a Draft Resistance Movement, New York 1973.

Ders.: Protest Movements In America, Indianapolis 1975.

Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1972.

Wilson, James Q.: Political Organizations, New York 1973.

Wilson, John: Introduction to Social Movements, New York 1973.

Wolfe, Alan: New Directions in the Marxist Theory of Politics, in: Politics and Society 4 (Winter 1974).

Zald/Mayer, N./Ash, Roberta: Social Movement Organizations: Growth, Decay, and Change, in: Social Forces 44 (March 1966).

II.

Abbott, Edith: The Tenements of Chicago, 1908–1935, Chicago 1936.

Bakke, E. Wight: The Unemployed Man: A Social Study, New York 1934.

Ders.: Citizens Without Work: A Study of the Effects of Unemployment Upon the Workers' Social Relations an Practices, New Haven 1940.

Benjamin, Herbert: Why We Marched, in: Social Work Today, October 1937.

Bernstein, Irving: The Lean Years: A History of the American Worker, 1920–

Ders.: The Turbulent Years: A History of the American Worker, 1933-1941, Boston 1971.

Bird, Caroline: The Invisible Scar, New York 1966.

Boyer, Richard O./Morais, Herbert M.: Labor's Untold Story, New York 1972.

Brecher, Jeremy: Streiks und Arbeiterrevolten. Amerikanische Arbeiterbewegung 1877–1970, Frankfurt/M. 1975.

Brophy, Alice/Hallowitz, George: Pressure Groups and the Relief Administration in New York City, Unpublished professional project. New York: New York School of Social Work. April 8, 1937.

Brown, Josephine C.: Public Relief, 1929-1939, New York 1940.

Buhle, Paul Merlyn: *Marxism in the United States*, 1900–1940, Unpublished Ph.D. dissertation, University of Wisconsin, Madison 1975.

Cayton, Horace: No Rent Money... 1931, in: The Nation, September 9, 1931.

Chandler, Lester V.: America's Greatest Depression, 1929-1941, New York 1970.

Colcord, Joanna C. u.a.: Emergency Work Relief As Carried Out in Twenty-six American Communities, 1930–1931, with Suggestions for Setting Up a Program, New York 1932.

Cooley, Robert Angell: The Family Encounters the Depression, New York 1936.

Cross, Frank Clay: Revolution in Colorado, in: The Nation, February 7, 1934.

De Caux, Len: Labor Radical From the Wobblies to CIO: A Personal History, Boston 1970.

Edelman, Murray: Growth and Expansion, in: Labor and the New Deal, edited by Milton Derber/Edwin Young, Madison 1957.

Feder, Leah H.: Unemployment Relief in Periods of Depression, New York 1936.

Foner, Philip: History of the Labor Movement in the United States, New York 1947.

Gilpin, DeWitt: Fired for Inefficiency, in: Social Work Today 3 (November 1935).

Glick, Brian: The Thirties: Organizing the Unemployed, in: Liberation, September-October 1967.

Gosnell, Harold: Machine Politics: Chicago Model, Chicago 1937.

Ders.: The Rise of Negro Politics in Chicago, Chicago 1967.

Greenstein, Harry: The Maryland Emergency Relief Program - Past and Future, Address delivered before the Maryland Conference of Social Work, February 25, 1935.

Gutman, Herbert G.: The Failure of the Movement by the Unemployed for Public Works in 1873, in: Political Science Quarterly 80 (June 1965).

1933, Baltimore 1970.

Ders.: Work, Culture and Society in Industrializing America, New York 1976.

Herndon, Angelo: Let Me Live, New York 1969.

Hofstadter, Richard/Wallace, Michael (eds.): American Violence: A Documentary History, New York 1971.

Hopkins, Harry L.: Spending to Save: The Complete Story of Relief, New York 1936.

Howard, Donald C.: The WPA and Federal Relief Policy, New York 1943.

Huntington, Emily H.: Unemployment Relief and the Unemployed in the San Francisco Bay Region, 1929–1934, Berkeley 1939.

Karsh, Bernard/Garman, Phillip L.: The Impact of the Political Left, in: Labor and the New Deal, edited by Milton Derber/Edwin Young, Madison 1957.

Keeran, Roger Roy: Communists and Auto Workers: The Struggle for a Union, 1919–1941, Unpublished Ph.D. dissertation University of Wisconsin 1974.

Kerr, Clark: Productive Self-Help Enterprises of the Unemployed, Unpublished Ph.D. dissertation, University of California, Berkeley 1939.

Komarovsky, Mirra: The Unemployed Man and His Family, New York 1940.

Kurzmann, Paul: Harry Hopkins and the New Deal, Fairlawn/New Jersey 1974.

Lasswell, Harold D./Blumenstock, Dorothy: World Revolutionary Propaganda, 1939, Reprint. Plainview, New York 1970.

Leab, Daniel: United We Eat: The Creation and Organization of the Unemployed Councils in 1930, in: Labor History 8 (Fall 1967).

Lescohier, Don D./Brandeis, Elizabeth: History of Labor in the United States, 1896–1932, in the 4-volume series The History of Labor in the United States, compiled by John R. Commons, New York 1935.

Lynd, Robert S./Lynd, Helen Merrell: Middletown in Transition: A Study in Cultural Conflicts, New York 1937.

Moley, Raymond: Comment, in: Political Science Quarterly 87 (December 1972).

Montgomery, David/Schatz, Ronald: Facing Layoffs, in: Radical America 10 (March-April 1976).

Naison, Mark: The Communist Party in Harlem, 1928-1936, Unpublished Ph.D. dissertation, Columbia University 1975.

Prickett, James Robert: Communists and the Communist Issue in the American Labor Movement, Unpublished Ph.D. dissertation, University of California, Los Angeles 1975.

Rodman, Selden: Lasser and the Workers' Alliance, in: The Nation, September 10, 1938.

Rogg, Nathan: The Unemployed Unite, in: Social Work Today 3 (June 1936).

Roosevelt, Franklin D.: The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt, Vol. I, New York 1938.

Rosenzweig, Roy: Radicals in the Great Depression: Socialists and the Unemployed, 1929–1936, Unpublished paper, January 24, 1974.

Ders.: Radicals and the Jobless: The Musteites and the Unemployed Leagues, 1932–1936, in: Labor History 16 (Winter 1975).

Ders.: Organizations of the Unemployed in the 1930's, Unpublished paper, January 1976.

Ders.: Organizing the Unemployed: The early Years of the Great Depression, 1929–1933, in: Radical America 10 (July-August 1976).

Schlesinger, Arthur M. Jr.: The Age of Roosevelt, Vol. 1: The Crisis of the Old Order, 1919-1933, Boston 1957.

Ders.: The Age of Roosevelt, Vol. 3: The Politics of Upheaval, Boston 1960.

Seymour, Helen: *The Organized Unemployed*, Unpublished Ph.D. dissertation, University of Chicago 1937.

Dies.: Unpublished report to the Committee on Social Security of the Social Science Research Council, December I, 1937.

Stouffer, Samuel/Lazarsfeld, Paul: Research Memorandum on the Family in the Depression, Social Science Research Council Bulletin No. 29.

Terkel, Studs: Hard Times: An Oral History of the Great Depression, New York 1970 (deutsche, gekürzte Fassung: Der große Krach. Die Geschichte der amerikanischen Depression, Frankfurt/M. 1972).

White, Clyde R./White, Mary K.: Relief Policies in the Depression, Social Science Research Council Bulletin No. 38.

Woodroofe, Kathleen: From Charity to Social Welfare, Toronto 1966.

WPA General Files 040, National Archives and Record Service.

III.

Ash, Roberta: Social Movements in America, Chicago 1972.

Aronowitz, Stanley: The Shaping of American Working Class Consciousness, New York 1973.

Bendix, Reinhard: Nation Building and Citizenship, New York 1964.

Bernstein, Irving: The New Deal Collective Bargaining Policy, Berkeley 1950.

Ders.: The Lean Years: A History of the American Worker, 1920–1933, Baltimore 1970.

Ders.: Turbulent Years: A History of the American Worker, 1933-1941, Boston 1971.

Bird, Caroline: The Invisible Scar, New York 1966.

Bogdanich, George: Steel: No-Strike and Other Deals, in: The Nation, September 7, 1974.

- Boyer, Richard O./Morais, Herbert M.: Labor's Untold Story, New York
- Brecher, Jeremy: Streiks und Arbeiterrevolten. Amerikanische Arbeiterbewegung 1877–1970, Frankfurt/M. 1970 (gekürzte Fassung von: Strike!, Greenwich 1974).
- Brooks, Robert R. R.: As Steel Goes, New Haven Press 1940.
- Brooks, Thomas R.: Toil and Trouble: A History of American Labor, New York 1971.
- Buhle, Paul Merlyn: Marxism in the United States, 1900–1940, Unpublished Ph.D. dissertation, University of Wisconsin, Madison 1975.
- Chandler, Lester V.: America's Greatest Depression, 1929–1939, New York 1970.
- Davis, Mike: The Stop Watch and the Wooden Shoe, in: Radical America 9 (January-February 1975).
- Derber, Milton: Growth and Expansion, in: Labor and the New Deal, edited by Milton Derber/Edwin Young, Madison 1957.
- Edelman, Murray: New Deal Sensitivity to Labor Interests, in: Labor and the New Deal, edited by Milton Derber/Edwin Young, Madison 1957.
- Fine, Sidney: Sit-down: The General Motors Strike of 1936-1937, Ann Arbor 1969.
- Fink, Leon: Class Conflict in the Gilded Age: The Figure and the Phantom, in: Radical History Review 3 (Fall-Winter 1975).
- Fleming, R. W.: The Significance of the Wagner Act, in: Labor and the New Deal, edited by Milton Derber/Edwin Young, Madison 1957.
- Gamson, William A.: The Strategy of Social Protest, Homewood/Illinois 1975.
- Georgakas, Dan/Surkin, Marvin: Detroit I Do Mind Dying: A Study in Urban Revolution, New York 1974.
- Gordon, David M./Edwards, Richard C./Reich, Michael: Labor Market Segmentation in American Capitalism, Unpublished paper presented at the Conference on Labor Market Segmentation, Harvard University, March 16–17, 1973.
- Green, James: Fighting on Two Fronts: Working Class Militancy in the 1940s, in: Radical America 9 (July-October 1975).
- Greenstone, J. David: Labor in American Politics, New York 1969.
- Gutman, Herbert G.: Work, Culture and Society in Industrializing America, New York 1976.
- Hartmann, Susman M.: Truman and the 80th Congress, Columbia 1971.
- Hofstadter, Richard/Wallace, Michael (eds.): American Violence: A Documentary History, New York 1971.
- James, C. L. R.: Excerpts from »State Capitalism and World Revolution (1949)«, in: Radical America 4 (May 1970).
- Josephson, Mathew: The Robber Barons, New York 1934.
- Karsh, Bernard/Garman, Phillip L.: Impact of the Political Left, in: Labor

- and the New Deal, edited by Milton Derber/Edwin Young, Madison 1957.
- Keeran, Roger Roy: Communists and Auto Workers: The Struggle for a Union, 1919–1941, Unpublished Ph.D. dissertation, University of Wisconsin 1974.
- Kraus, Henry: The General Motors Sit-down: Skirmishes, in: American Labor Radicalism: Testimonies and Interpretations, edited by Staughton Lynd, New York 1973.
- Laslett, John H. M.: Labor and the Left: A Study of Socialist and Radical Influences in the American Labor Movement, 1881–1934, New York 1970.
- Lens, Sidney: Radicalism in America, New York 1966.
- Lescohier, Don D./Brandeis, Elizabeth: History of Labor in the United States, 1896–1932, in the 4-volume series: The History of Labor in the United States, compiled by John R. Commons, New York 1935.
- Levinson, Edward: Labor on the March, New York 1938.
- Lichtenstein, Nelson: Defending the No-Strike Pledge: CIO Politics during World War II, in: Radical America 9 (July-October 1975).
- Lorwin, Lewis: The American Federation of Labor, Washington, D. C.
- Lynd, Staughton (ed.): Personal Histories of the Early CIO, in: Radical America 5 (May-June 1969).
- Ders.: The United Front in America: A Note, in: Radical America 8 (July-August 1974).
- Martin, John Bartlow: Adlai Stevenson of Illinois, Garden City 1976.
- Matles, James J./Higgins, James J.: Them and Us: Struggles of a Rank-and-File Union, Englewood Cliffs 1974.
- Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Stuttgart 1957.
- Millis, Harry A./Brown, E. C.: From the Wagner Act to Taft-Hartley, Chicago 1950.
- Ders./Montgomery, Royal E.: Organized Labor (Bd. 2 von The Economics of Labor), New York 1945.
- Mills, C. Wright: New Men of Power, (1948) Reprint Fairfield/New Jersey 1969.
- Moley, Raymond: Comment, in: Political Science Quarterly 87 (December 1972).
- Montgomery, David: Spontaneity and Organization: Some Comments, in: Radical America 7 (November-December 1973).
- Nadworny, Milton J.: Scientific Management and the Unions 1900–1932, Cambridge 1955.
- Nyden, Paul J.: Miners for Democracy: Struggle in the Coal Fields, Unpublished Ph.D. dissertation, Columbia University 1974.

Olson, Mancur: Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen, Tübingen 1968.

Pelling, Henry: American Labor, Chicago 1962.

Perlman, Selig: Eine Theorie der Gewerkschaften, Berlin 1952.

Preis, Art: Labor's Giant Step: 20 Years of the CIO, New York 1964.

Prickett, James Robert: Communists and the Communist Issue in the American Labor Movement, 1920–1950, Unpublished Ph.D. dissertation, University of California, Los Angeles 1975.

Radosh, Ronald: The Corporate Ideology of American Labor Leaders from Gompers to Hillman, in: Studies on the Left, November-December 1966.

Raybeck, Joseph G.: A History of American Labor, New York 1966.

Rees, Goronwy: The Great Slump: Capitalism in Crisis, 1929–1933, New York 1970.

Reich, Michael: The Evolution of the United States Labor Force, in: The Capitalist System, edited by Richard C. Edwards/Michael Reich/Thomas I. Weisskopf, Englewood Cliffs 1972.

Rogin, Michael: Nonpartisanship and the Group Interest, in: Power and Community, edited by Philip Green/Sanford Levison, New York 1970.

Rudé, George: The Crowd in History, New York 1964.

Schatz, Ronald: The End of Corporate Liberalism: Class Struggle in the Electrical Manufacturing Industry, 1933–1950, in: Radical America 9 (July-October 1975).

Schattschneider, E. E.: The Semisovereign People: A Realist's View of Democracy in America, New York 1960.

Schlesinger, Arthur M. Jr.: The Age of Roosevelt, Vol. I: The Crisis of the Old Order, 1919-1933, Boston 1957.

Ders.: The Age of Roosevelt, Vol. 3: The Politics of Upheaval, 1935–1936, Boston 1960.

Silk, Leonard: Is There a Lower-Middle Class Problem?, in: Blue Collar Workers: A Symposium on Middle America, edited by Sar A. Levitan, New York 1971.

Sitkoft, Harvard: Years of the Locust: Interpretations of Truman's Presidency since 1965, in: The Truman Period as a Research Field, edited by Richard S. Kirkendall, Columbia 1974.

Stone, Katherine: The Origins of Job Structures in the Steel Industry, Unpublished paper presented at the Conference on Labor Market Stratification, Harvard University, March 16–17, 1973.

Taft, Philip/Ross, Philip: American Labor Violence: Its Causes, Character, and Outcome, in: The History of Violence in America: A Report to the National Commission on the Causes and Prevention of Violence, edited by Hugh Davis Graham/Ted Robert Gurr, New York 1969.

U.S. Bureau of the Census: Statistical Abstract of the United States, 1940, Washington, D.C. 1941.

U.S. Department of Labor: *Handbook of Labor Statistics*, 1972, Washington, D.C. 1973.

Walsh, J. Raymond: CIO: Industrial Unionism in Action, New York 1937. Ward, Matthew: UAW, in: American Labor Radicalism: Testimonies and Interpretations, edited by Staughton Lynd, New York 1973.

Wecter, Dixon: The Age of the Great Depression, New York 1948.

Weinstein, James: Ambiguous Legacy: The Left in American Politics, New York 1975.

Weir, Stanley: Rank-and-File Labor Rebellions Break into the Open: The End of an Era, in: American Labor Radicalism: Testimonies and Interpretations, edited by Staughton Lynd, New York 1973.

Widick, B. J.: Labor 1975: The Triumph of Business Unionism, in: The Nation, September 6, 1975.

Wilson, James Q.: Political Organizations, New York 1973.

Yarnell, Allen: Democrats and Progressives: The 1948 Presidential Election as a Test of Postwar Liberalism, Berkeley 1974.

IV.

Allen, Robert L.: Black Awakening in Capitalist America, New York 1970. Alexander, Charles C.: Holding the Line: The Eisenhower Era, 1952–1961, Bloomington 1975.

Baron, Harold u.a.: Black Powerlessness in Chicago, in: Trans-Action, November 1968.

Bartley, Numan V.: The Rise of Massive Resistance, Baton Rouge 1969.

Bell, Inge Powell: CORE and the Strategy of Non-Violence, New York 1968.

Berman, William: The Politics of Civil Rights in the Truman Administration, Columbus 1970.

Bernstein, Barton J.: The Ambiguous Legacy: The Truman Administration and Civil Rights, in: Politics and Policies of the Truman Administration, edited by Barton J. Bernstein, Chicago 1970.

Bleiweiss, Robert M. (ed.): Marching to Freedom: The Life of Martin Luther King Ir., New York 1969.

Brink, William/Harris, Louis: The Negro Revolution in America, New York 1964.

Ders.: Black and White, New York 1966.

Burns, James MacGregor: John Kennedy, New York 1959.

Carleton, William G.: Kennedy in History: An Early Appraisal, in: The Antioch Review 24 (1964).

Carmichael, Stokely/Charles V. Hamilton: Black Power. Die Politik der Befreiung in Amerika, Frankfurt/M. 1969.

Clark, Kenneth B.: The Civil Rights Movement: Momentum and Organization, in: Daedalus 95 (Winter 1966).

Cloward, Richard A./Piven, Frances Fox: The Politics of Turmoil: Essays on Poverty, Race, and the Urban Crisis, New York 1974.

Cochran, Bert: Adlai Stevenson: Patrician Among Politicians, New York 1969.

Ders.: Harry Truman and the Crisis Presidency, New York 1973.

Cox, Oliver Cromwell: Caste, Class, and Race, New York 1959.

Cruse, Harold: The Crisis of the Negro Intellectual, New York 1967.

Dunbar, Leslie: A Republic of Equals, Ann Arbor 1966.

Evans, Rowland/Robert Novak: Lyndon B. Johnson. Geschichte eines Scheiterns, Frankfurt/M. 1968.

Farmer, James: Freedom - When?, New York 1965.

Fleming, Harold C.: The Federal Executive and Civil Rights: 1961-1965, in: Daedalus 94 (Fall 1965).

Foner, Eric (ed.): America's Black Past, New York 1970.

Franklin, John Hope: From Slavery To Freedom, New York 1969.

Fuller, Helen: Year of Trial, New York 1962.

Garfinkel, Herbert: When Negroes March, New York 1969.

Glantz, Oscar: The Negro Voter in Northern Industrial Cities, in: Western Political Quarterley 13 (December 1960).

Hartmann, Susman M.: Truman and the 80th Congress, Columbia 1971.

Henderson, Vivian W.: Regions, Race, and Jobs, in: Employment, Race, and Poverty, edited by Arthur M. Ross/Herbert Hill, New York 1967.

Hoover, Calvin/Ratchford, B. U.: Economic Resources and Policies of the South, New York 1951.

Hunter, Floyd: Community Power Structure: A Study of Decision Makers, Chapel Hill 1953.

Ions, Edmund S.: The Politics of John F. Kennedy, New York 1967.

James, C. L. R./Lee, Grace C./Chaulieu, Pierre: Facing Reality, Detroit 1974.

Johnson, Charles S./Embree, Edwin R./Alexander, Will W.: The Collapse of Cotton Tenancy, Chapel Hill 1935.

Katznelson, Ira: Black Men, White Cities, New York 1973.

Killian, Lewis M./Smith, Charles U.: Negro Protest Leaders in a Southern Community, in: Social Forces 38 (March 1960).

Ders.: The Impossible Revolution?, New York 1968.

Killingsworth, Charles C.: Negroes in a Changing Labor Market, in: Employment, Race, and Poverty, edited by Arthur M. Ross/Herbert Hill, New York 1967.

King, Martin Luther: Freiheit. Aufbruch der Neger Nordamerikas. Bericht über den Busstreik in Montgomery, Kassel 1964.

Ders.: Warum wir nicht warten können, Frankfurt/M. 1965.

Ders.: Wohin führt unser Weg? Chaos oder Gemeinschaft, Wien/Düsseldorf, 1968.

Ladd, Everett Carl Jr.: Negro Political Leadership in the South, Ithaca/New York 1966.

Lewis, Anthony: The New York Times: Portrait of a Decade, New York 1964.

Lewis, David L.: King: A Critical Biography, New York 1970.

Lewis, Michael: The Negro Protest in Urban America, in: Protest, Reform and Revolt, edited by Joseph R. Gusfield, New York 1971.

Lomax, Louis Emanuel: Auch wir sind Amerikaner. Der Freiheitskampf der Farbigen, Bergisch-Gladbach 1965.

Lubell, Samuel: Revolt of the Moderates, New York 1956.

Ders.: White and Black, New York 1966.

Maclachan, John M.: Recent Population Trends in the Southeast, in: Social Forces 35 (1956).

Martin, John B.: Deep South Says Never, New York 1957.

Ders.: Adlai Stevenson of Illinois, Garden City 1976.

Marx, Gary T.: Protest and Prejudice, New York 1969.

Matthews, Donald R./Protho, James W.: Negroes and the New Southern Politics, New York 1966.

McCord, Wiliam: Mississippi: The Long, Hot Summer, New York 1965.

Meier, August: On the Role of Martin Luther King, in: New Politics 4 (Winter 1965).

Ders.: Civil Rights Strategies for Negro Employment, in: Employment, Race, and Poverty, hg. v. Arthur M. Ross/Herbert Hill, New York 1967.

Ders.: Who Are the »True Believers«? – A Tentative Typology of the Motivations of Civil Rights Activitists, in: Protest, Reform, and Revolt, edited by Joseph R. Gusfield, New York 1970.

Meier, August/Rudwick, Elliott: CORE: A Study in the Civil Rights Movement, 1942-1968, Urbana 1975.

Moon, Henry Lee: Balance of Power: The Negro Vote, Garden City 1948. Ders.: The Negro Vote in the Presidential Election of 1956, in: The Journal

of Negro Education 26 (Summer 1957).

Muller, Herbert J.: Adlai Stevenson: A Study in Values, New York 1967.

Mydral, Gunnar: An American Dilemma: The Negro Problem and Modern Democracy, New York 1944.

Navasky, Victor S.: Kennedy Justice, New York 1971.

Patrick, Clarence H.: Lunch Counter Desegregations in Winston-Salem, North Carolina, Atlanta 1960.

Peck, James: Freedom Ride, New York 1962.

Perlo, Victor: The Negro in Southern Agriculture, New York 1953.

Piven, F. Frances/Richard A. Cloward: Regulierung der Armut. Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt, Frankfurt/M. 1977.

Population Reference Bureau: The American Farmer, in: Population Bulletin 19 (May 1963).

Powledge, Fred: Black Power, White Resistance, Cleveland 1967.

Proudfoot, Merrill: Diary of a Sit-in, Chapel Hill 1962.

Reddick, L. D.: Crusader Withhout Violence, New York 1959.

Rich, Marvin: The Congress of Racial Equality and Its Strategy, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 357 (January 1965).

Rose, Arnold: The Negro in America, New York 1964.

Ross, Arthur M.: The Negro in the American Economy, in: Employment, Race, and Poverty, hg. v. Arthur M. Ross/Herbert Hill, New York 1967.

Schlesinger, Arthur M.: Die tausend Tage Kennedys, Bern/München/Wien 1965 (dt. Ausgabe von: A Thousand Days, Boston 1965).

Sherrill, Robert: The Accidental President, New York 1967.

Sindler, Allen P.: The Unsolid South, in: The Uses of Power, hg. v. A. Westin, New York 1962.

Ders.: Protest Against the Political Status of the Negro, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Sciences 357 (January 1965).

Sorensen, Theodore C.: Kennedy, Frankfurt/M. 1967 (gekürzte dt. Ausgabe von: Kennedy, New York 1965).

Southern Regional Council: The Student Protest Movement: A Recapitulaton, Atlanta. Southern Regional Council, September 29, 1961, Special Report.

Tindall, George Brown: The Disruption of the Solid South Athens 1972.

U.S. Bureau of the Census: Statistical Abstract of the United States, Washington D.C.: U.S. Department of Commerce, 1975.

U.S. Bureau of the Census: Historical Statistics of the United States, Washington D.C.: U.S. Department of Commerce, 1976.

U.S. National Advisory Commisson on Civil Disorders: Report of the Advisory Commission on Civil Disorders, New York 1968.

Vaughan, Philip H.: President Truman's Committee on Civil Rights: The Urban Implications, in: Missouri Historical Review 66 (April 1972).

Walker, Jack L.: The Functions of Disunity: Negro Leadership in a Southern City, in: Journal of Negro Education 32 (Summer 1963).

Walton, John: Community Power and the Retreat from Politics: Full Circle after Twenty Years, in: Social Problems 23 (February 1976).

Watters, Pat: Down to Now: Recollections of the Civil Rights Movement, New York 1976.

White, Theodore H.: The Making of the President, 1960, New York 1961.

Ders.: The Making of the President, 1972, New York 1973.

Wilson, James Q.: The Negro in American Politics: The Present, in: The American Negro Reference Book, Englewood Cliffs 1966.

Woodward, C. Vann: Origins of the New South, Baton Rouge 1951.

Ders.: The Strange Career of Jim Crow, 1974.

Yarnell, Allen: Democrats and Progressives: The 1948 Presidential Election as a Test of Postward Liberalism, Berkeley 1974.

Zinn, Howard: SNCC: The New Abolitionists, Boston 1964.

Bailis, Lawrence Neil: Bread or Justice, Lexington/Mass. 1974.

Betz, Michael: Riots and Welfare: Are They Related?, in: Social Policy 21 (1974).

Birnbaum, Ezra/Gilman, David: Unpublished paper on the minimum standards campaigns, New York City, January 1968, mimeographed.

Bowler, Kenneth M.: The Nixon Guaranteed Income Proposal, Cambridge 1974.

Burke, Vincent J./Burke, Vee: Nixon's Good Deed: Welfare Reform, New York 1974.

Cloward, Richard A./Piven, Frances Fox: The Politics of Turmoil: Essays on Poverty, Race, and the Urban Crisis, New York 1974.

Donovan, John C.: The Politics of Poverty, New York 1973.

Durbin, Elizabeth: Welfare and Employment, New York 1969.

Evans, Rowland/ Robert Novak: Lyndon B. Johnson. Geschichte eines Scheiterns, Frankfurt/M. 1968.

Fiske, Mary Ann: The Politics of the Claiming Minority: Social Protest Strategies to End Poverty, Unpublished master's thesis, College of Human Ecology, Cornell University 1971.

Gelb, Joyce/Sardell, Alice: Strategies for the Powerless: The Welfare Rights Movement in New York City, Unpublished paper prepared for delivery at a meeting of the American Political Science Association in New Orleans, 1973, mimeographed.

Jackson, Larry R./Johnson, William A.: Protest by the Poor, Lexington/ Mass. 1974.

King, Martin Luther: Warum wir nicht warten können, Frankfurt 1965.

Kurzmann, Paul (ed.): The Mississippi Experience: Strategies for Welfare Rights Action, New York 1971.

Levens, Helene: Organizational Affiliation and Powerlessness, in: Social Problems 16 (Summer 1968).

Martin, George T. Jr.: The Emergence and Development of a Social Movement Organization Among the Underclass: A Case Study of the National Welfare Rights Organization, Unpublished Ph.D. dissertation, Department of Sociology, University of Chicago 1972.

Meier, August/Rudwick, Elliott: CORE: A Study in the Civil Rights Movement, 1942-1968, Urbana 1975.

Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Stuttgart 1957.

Miller, Hermann P.: Rich Man Poor Man, New York 1964.

Milwaukee County Welfare Rights Organization: Welfare Mothers Speak Out: We Ain't Gonna Shuffle Anymore, New York 1972.

Moynihan, Daniel P.: The Politics of a Guaranteed Income, New York 1973.

- Piven, Frances F./Cloward, Richard A.: Regulierung der Armut. Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt, Frankfurt/M. 1977.
- Rabagliati, Mary/Birnbaum, Ezra: Organization of Welfare Clients, in: Community Development in the Mobilization for Youth Experience, edited by Harold H. Weissmann, New York 1969.
- Rothmann, Gene H.: Welfare Rights Groups of the 1930's and 1960's, Unpublished master's thesis, Department of Sociology, Columbia University 1969.
- Sardell, Alice: The Minimum Standards Campaign: A Case of Protest Politics, Unpublished master's thesis, Graduate Division of the College of Arts and Sciences, City College of the City University of New York 1972.
- Schlesinger, Arthur M.: Die tausend Tage Kennedys, Bern/München 1965.
- Stein, Hermann D. (ed.): The Crisis in Welfare in Cleveland: Report of the Mayor's Commission, Cleveland 1969.
- Steiner, Gilbert: The State of Welfare, Washington, D.C. 1971.
- Sorensen, Theodore C.: Kennedy, Frankfurt/M. 1967.
- U.S. Department of Health, Education, and Welfare: Social Security Bulletin 34 (August 1971).
- U.S. Department of Labor: Manpower Report to the President and A Report on Manpower Requirements, Resources, Utilization, and Training, Washington D.C.: U.S. Government Printing Office 1964.
- U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics: Recent Trends in Social and Economic Conditions of Negroes in the United States, July 1968, Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office, 1969 (BLS Report Nr. 347).
- U.S. National Advisory Commission on Rural Poverty: The People Left Behind, Washington, D.C.: U.S. Government Printing Office, 1967.
- U.S. President's National Advisory Commission on Civil Disorders: Report of the National Advisory Commission on Civil Disorders, New York 1968.
- Van Til, Jon: On Overcoming Barriers to the Organization of the Welfare Poor, Paper presented at a meeting of the Society for the Study of Social Problems, New Orleans, August 28, 1972, mimeographed.
- Weissmann, Harold H.: Problems in Maintaining Stability in Low-Income Social Action Organizations, in: Community Development in the Mobilization for Youth Experience, edited by Harold H. Weissmann, New York 1969.
- Whitaker, William H.: The Determinants of Social Movement Success: A Study of the National Welfare Rights Organization, Unpublished Ph.D. dissertation, Florence Heller School for Advanced Studies in Social Welfare, Brandeis University, 1970.
- Wilson, James Q.: The Strategy of Protest: Problems of Negro Civic Action, in: Journal of Conflict Resolution 5 (September 1961).
- Ders.: Political Organizations, New York 1973.

edition suhrkamp. Neue Folge

- 198 Franz Böni, Der Johanniterlauf
- 199 Ngugi wa Thiong'o, Der gekreuzigte Teufel
- 200 Walter Benjamin, Das Passagen-Werk. Hg. v. Rolf Tiedemann. Zwei Bände
- 201 Jugend und Kriminalität. Hg. v. Horst Schüler-Springorum
- 202 Friederike Mayröcker, Magische Blätter
- 203 Manfred Frank, Was ist Neostrukturalismus?
- 204 Chie Nakane, Die Struktur der japanischen Gesellschaft
- 205 Marguerite Duras, Sommer 1980
- 206 Roland Barthes, Michelet
- 207 Julius Posener, Geschichte der Architektur im 20. Jahrhundert
- 208 Grace Paley, Veränderungen in letzter Minute
- 209 Kindheit in Europa. Hg. v. Heinz Hengst
- 210 Stanley J. Stein/Barbara H. Stein, Das koloniale Erbe Lateinamerikas
- 211 Naturplan und Verfallskritik. Zu Begriff und Geschichte der Kultur. Hg. v. Helmut Brackert u. Fritz Wefelmeyer
- 212 Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft. Hg. v. Wolfgang Bonß u. Rolf G. Heinze
- 213 Tzvetan Todorov, Die Eroberung Amerikas
- 214 Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat. Hg. v. Peter Glotz
- 215 Peter Weiss, Der neue Prozeß
- 216 Ein Jahrhundert geht zu Ende. Hg. v. Karl Dedecius
- 217 Luise F. Pusch, Das Deutsche als Männersprache
- 218 Alfred Sohn-Rethel, Soziologische Theorie der Erkenntnis
- 219 Randzonen. Interviews Kurzgeschichten. Hg. von Judith Ammann
- 220 Claude Lévi-Strauss / Jean-Pierre Vernant u. a., Mythos ohne Illusion
- 221 Christiaan L. Hart Nibbrig, Der Aufstand der Sinne im Käfig des Textes
- 222 V-Leute Die Falle im Rechtsstaat. Hg. v. Klaus Lüderssen
- 223 Tilman Moser, Eine fast normale Familie
- 224 Juan Goytisolo, Dissidenten
- 225 Alice Schwarzer, Lohn: Liebe. Zum Wert der Frauenarbeit
- 226 Paul Veyne, Glaubten die Griechen an ihre Mythen?
- 227 Thank you good night. Hg. v. Bodo Morshäuser